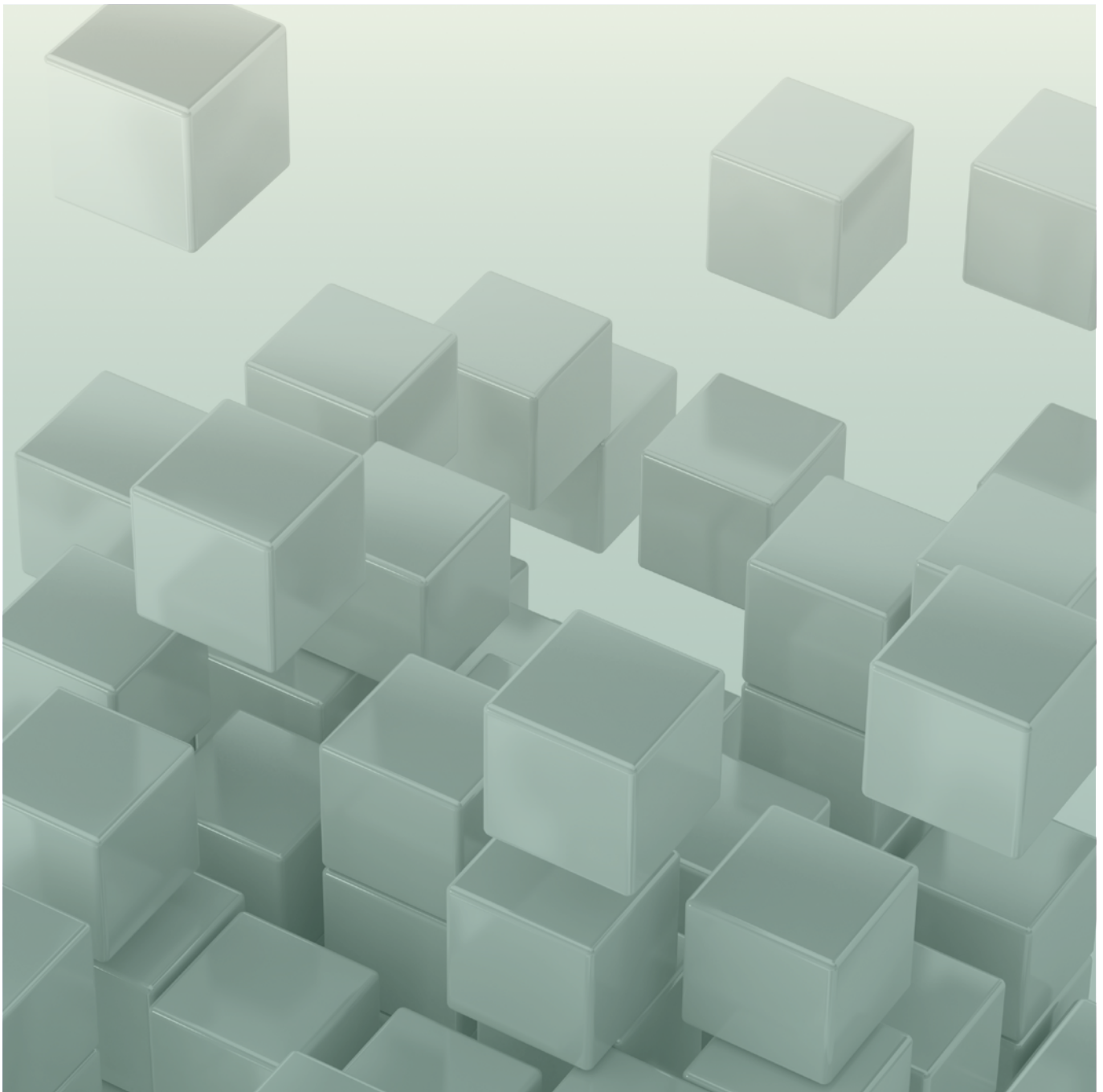


Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken

Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk



PREVAL MONITOR 2025

Extremismusprävention, Demokratieförderung
und politische Bildung durch Evaluation stärken

Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk



Peace Research Institute Frankfurt
Leibniz-Institut für
Friedens- und Konfliktforschung

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

INHALT

Kernbefunde	I–II
Vorwort	1

TEIL I: VOM FORMAT ZUR UMSETZUNG

Die Zukunftswerkstätten

Umsetzungsformate und Pilotierung im Fokus – Überblick	4
Passgenaue Unterstützung für die Fachpraxis bei Evaluation und Qualitätssicherung	5
Wissen zusammenführen und erschließen. Empfehlungen zur Struktur einer Evaluationsdatenbank	19

TEIL II: MONITORING UND ANALYSE

Evaluationsforschung und -praxis in Deutschland und international

Kommunale und internationale Perspektiven auf Evaluation und Evaluationsstrukturen sowie Expertisen aus der Evaluationsforschung – Überblick	28
Kommunale Evaluationsstrukturen und -kapazitäten in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung in Deutschland	29
Extremismus, Prävention und Evaluierung weltweit. Neue Erkenntnisse und Lehren aus dem internationalen Monitoring	57
Extremismusprävention und politische Bildung international. Gegensatz oder Symbiose?	73
Demokratie und Diversität als Gegenstand und Anspruch. Gesellschaftliche Herausforderungen im Spiegel der Evaluationsforschung	85

TEIL III: EVALUATION IM DIGITALEN ZEITALTER

Herausforderungen für politische Bildung, Sekundär- und Tertiärprävention

Wirkung messen an der Schnittstelle zur Digitalität – Überblick	106
Evaluative Herausforderungen und Erkenntnisse aus digitalen Beratungsprojekten der sekundären und tertiären Extremismusprävention	107
Entwicklung eines KI-Kompetenzprofils aus Perspektive der politischen Bildung	117

TEIL IV: EVALUATION WEITERDENKEN

Zum Umgang mit Erkenntnissen aus und über Evaluationen

Evaluation weiterdenken – Überblick	130
Selbstevaluation hybrider Projekte der politischen Bildung.	
Eine transdisziplinäre Methodenwerkstatt und Workshops als Räume für Instrumenten(weiter-)entwicklung	131
Wirkungshorizonte von Evaluationen. Zum Uptake von Evaluationen der Extremismusprävention	143

ANHANG

PrEval-Publikationen	154
PrEval-Partner	162



Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken **Eine Auswahl der Kernbefunde aus dem PrEval Monitor 2025**

- 1** Die Stärkung von Evaluation und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung ist gerade in herausfordernden Zeiten von zentraler Bedeutung. Evaluation fördert Lernen, Innovation und Wirksamkeit. Dauerhafte Kooperationen und Netzwerke zwischen Praxis und Wissenschaft sichern dabei die Zukunft von Prävention und Evaluation. Damit dies gelingt, müssen Lernprozesse auch strukturell in Projekten und Programmen verankert und systematisch begleitet werden. Die Politik ist gefordert, hierfür verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und vorhandene Ressourcen gezielt einzusetzen.
- 2** Wir stellen den Bedarf für ein modulares Beratungs- und Qualifizierungsnetzwerk zur Stärkung von Evaluation und Qualitätsentwicklung in den Handlungsfeldern der politischen Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention fest. Träger, Verwaltungen und Förderinstitutionen können so bei einer zentralen Anlaufstelle fachliche Beratung, Schulungsformate und praxisnahe Werkzeuge an die Hand bekommen. Zugleich vernetzt eine solche Struktur bestehende Strukturen, schließt Lücken in der Unterstützungslandschaft und bildet die Grundlage für eine dauerhafte bundesweite Infrastruktur zur Sicherung und Weiterentwicklung von Qualität und Wirkung.
- 3** Wir empfehlen die Einrichtung einer zentralen Evaluationsdatenbank, die vorhandene Evaluationsberichte und -erfahrungen strukturiert und sichtbar und zugänglich macht. Neben einer redaktionellen Betreuung wird die Integration von KI-gestützten Funktionalitäten empfohlen – sowie eine Sensibilität für die Besonderheiten der einzelnen Handlungsfelder.
- 4** Um die ausdifferenzierten Handlungsfelder von Prävention und politischer Bildung im digitalen Raum (z. B. Desinformation, Hass, KI) zu evaluieren, sollten politische Akteure die Entwicklung von modularen Evaluationsinstrumenten fördern. Dabei müssen neue Wertfragen und Anforderungen, die im Zusammenhang mit KI entstehen, gezielt berücksichtigt werden.

- 5 Die professionelle Kooperation von Extremismusprävention und politischer Bildung ist bislang konzeptionell und in der Praxis unterentwickelt – aber unbedingt notwendig, um den demokratischen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken. Fördermittelgeber sollten daher entsprechende Kooperationsprojekte zwischen Prävention und politischer Bildung, deren Evaluation und die Entwicklung von Qualitätsstandards für die Zusammenarbeit initiieren. *PrEval* hat gezeigt, dass das geht, ohne, dass die politische Bildung in ihrer Eigenständigkeit und Kompetenzorientierung als Disziplin und Handlungsfeld gefährdet wird.
- 6 Innovative digitale Interventions- und Beratungsansätze leben von ihrer Anpassungsfähigkeit. Um ihre Wirkung adäquat zu erfassen und zu verbessern, müssen die Logiken der jeweiligen Digitalplattform systematisch berücksichtigt, formative Evaluationen umgesetzt und quantitative Messungen qualitativ kontextualisiert werden.
- 7 Kooperative Evaluation, die Programmgebende, Durchführende und Evaluierende gemeinsam in iterative Prozesse einbindet, macht die Praxis effektiver, innovativer und adaptiver. Dabei ist Selbstevaluation ein wichtiges Instrument und sollte professionell unterstützt werden. Programme sollten Förderungen für Austauschformate für Stakeholder von Evaluation und den Aufbau von Kapazitäten kooperativer (Selbst-)Evaluation systematisch vorsehen.
- 8 Klient*innenzentrierte Evaluation betrachtet die Wechselwirkungen von Hilfesystemen auf Einzelne und ist ein gewinnbringender Ansatz zur Bewertung von Beratungsarbeit. Da er ressourcenintensiv ist, empfehlen wir die systematische Einbettung in Programmevaluationen und Projekten mit mehreren Praxispartnern, auch wenn sie nicht explizit Teil der geförderten Maßnahme sind.
- 9 Internationale Befragungen zeigen: Das Evaluationsfeld droht zu stagnieren. Alle Akteur*innen sollten die verbundenen Risiken ernst nehmen und kritisches Wissen, Netzwerke und Expertise schützen. Geldgebende sollten in Zeiten von Haushaltskürzungen Mittel für hochwertige Evaluationen strategischer einsetzen, um die Wirksamkeit von Prävention zu sichern.

Liebe Leser*innen,

Demokratien sind aktuell mit einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert: internationale Krisen, zunehmende gesellschaftliche Spannungen, sich wandelnde extremistische Strömungen, technologischer Wandel – und nicht zuletzt eine angespannte Haushaltslage. Die Relevanz von Demokratieförderung, politischer Bildung und Extremismusprävention steht also nicht außer Frage; aber sie unterliegen auch zunehmend der Notwendigkeit, wirksame Ansätze zu identifizieren, vorhandene Stärken auszubauen und belastbare Grundlagen für politische wie praktische Entscheidungen zu schaffen. Evaluation spielt dabei eine Schlüsselrolle.

Wie können wir Evaluation in den genannten Handlungsfeldern und unter diesen Umständen in Deutschland in einer Weise weiterentwickeln, die unsere Demokratie resilient macht und die Vielfalt zivilgesellschaftlicher und staatlicher Ideen, Maßnahmen und Zugänge stärkt? Das ist die Leitfrage des *PrEval*-Forschungsverbundes, dessen Erkenntnisse wir im *PrEval Monitor* bündeln. Diese Erkenntnisse markieren keinen Endpunkt, sondern sollen weitere Räume für den Dialog über Qualitätssicherung und Wirksamkeit erschließen und inspirieren. *PrEval* bringt dafür Forschungserkenntnisse, praktische Erfahrungen und politische Anforderungen miteinander ins Gespräch.

Mit dem vorliegenden *Monitor* setzen wir die Arbeit der vergangenen Jahre fort – aber mit neuen Schwerpunkten. Im ersten Teil schlagen wir konkrete Formate zur Stärkung von Evaluation und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung vor. In den vergangenen Jahren haben wir uns mit zahlreichen Akteuren in den genannten Handlungsfeldern ausgetauscht, Ideen entwickelt und diese getestet. Wir werden also nun konkreter und zeigen, wie sie umgesetzt werden können, unter welchen Bedingungen sie funktionieren und wie sie in einzelnen Fällen tatsächlich Wirkung entfalten können. Damit ebnen wir nun einem weiteren entscheidenden Schritt den Weg: vom Format zur Umsetzung.

PrEval: Wer wir sind

Wir – das ist ein Netzwerk aus zahlreichen Verbund- und Kooperationspartner*innen aus Wissenschaft, Präventionspraxis und politischer Bildung, aber auch aus Politik und Verwaltung. *PrEval* lebt von vielfältigen Perspektiven, Bedarfen und vom Austausch: Deshalb steht die Mitarbeit in unserem Netzwerk allen Interessierten offen.

Alle Informationen zu den beteiligten Partnern und Mitwirkenden finden sich auf den

► Seiten 162–167 und auf ► <https://preval.hsfk.de/zukunftswerkstaetten>.

PrEval wird vom Bundesministerium des Innern (BMI) mit einer Laufzeit von Oktober 2022 bis Dezember 2025 gefördert.

VORWORT

Im zweiten Teil stehen Monitoring und Analyse von Evaluationskapazitäten im Vordergrund – diesmal mit besonderem Blick auf die kommunale Ebene und internationale Entwicklungen, die zeigen, wie eng lokale und globale Herausforderungen miteinander verwoben sind. Zugleich nehmen wir die wachsende Bedeutung von Selbstevaluation in den Blick: Sie wird vielerorts zum entscheidenden Instrument, um Qualität auch unter schwierigen Rahmenbedingungen systematisch weiterzuentwickeln.

Im dritten Teil legen wir den Fokus auf die Herausforderungen und Chancen der digitalen Transformation. Kompetenzen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz sind längst ein zentrales Thema politischer Bildung – ebenso, wie digitale Plattformen und Tools aus der Extremismusprävention nicht mehr wegzudenken sind. Doch was bedeutet das für die Evaluation entsprechender Ansätze? Digitalität eröffnet neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe und Effizienzsteigerung, bringt aber zugleich enorme Datenmengen hervor, die reflektiert genutzt und bewertet werden müssen.

Abschließend beschäftigen wir uns mit der Frage, wie Evaluation weitergedacht und genutzt werden kann – das heißt, wie einerseits unsere Erkenntnisse *über* Evaluation, aber auch konkrete Ergebnisse *aus* Evaluationen tatsächlich in der Praxis genutzt werden können.

Der *PrEval Monitor 2025* versteht sich als Impulsgeber und Dialogangebot. *PrEval* hat weiterhin das Ziel, Brücken zu bauen – zwischen Akteursgruppen, Handlungsfeldern und Perspektiven – und so die Qualität von Prävention, politischer Bildung und Demokratieförderung nachhaltig zu stärken. Wir laden Sie ein, die Analysen, Empfehlungen und Impulse dieser Ausgabe aufzugreifen und gemeinsam mit uns an einer bedarfsgerechten und damit zukunftsfähigen Evaluationskultur mitzuwirken.

Viel Freude beim Lesen wünscht der *PrEval*-Verbund!

Kontakt zu PrEval:

E-Mail: ► preval@prif.org

Auf dem Laufenden bleiben:

Web: ► <https://preval.hsfk.de> | **Newsletter:** ► <https://preval.hsfk.de/newsletter> | **LinkedIn** ► [PrEval-Projekt](#)

TEIL I: Vom Format zur Umsetzung

Die Zukunftswerkstätten

Teilprojekte und Federführende:

- **Zukunftswerkstatt Unterstützungsangebote**
i-unito – Institut für systemische und sozialarbeiterische Praxisentwicklung und Radikalisierungsprävention, Violence Prevention Network
 - **Zukunftswerkstatt Evaluationsdatenbank**
Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK), Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS), Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)
-

Die Zukunftswerkstätten: Umsetzungsformate und Pilotierung im Fokus

2025 stand ganz im Zeichen der Praxis: In den *PrEval*-Zukunftswerkstätten wurden verschiedene Unterstützungsformate und Gestaltungselemente für eine Evaluationsdatenbank erprobt, um zu ermitteln, wie hilfreich sie für die Fachpraxis sind. Die Ergebnisse zeigen: Angebote wirken dann, wenn sie niedrigschwellig zugänglich sind, methodisch fundiert aufbereitet und von unabhängigen Stellen begleitet werden.

Sprechstunden eröffnen individuellen Zugang zu Expertise, Peer-Formate fördern Austausch und gemeinsames Lernen und In-House-Beratungen bieten maßgeschneiderte Lösungen – so der Tenor zahlreicher Kreativwerkstätten und Gespräche mit Fachpraktiker*innen, die wir bei der Evaluation ihrer Arbeit unterstützen möchten. Nach ersten Pilotierungen liegen uns mittlerweile Erkenntnisse dazu vor, wie diese Formate konkret gestaltet werden müssen, damit sie ihre angestrebte Wirkung entfalten und die Praxis nachhaltig stärken.

Die Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* widmete sich der Frage, wie unterschiedliche Such- und Zugriffsoptionen kombiniert werden können, um sowohl einen schnellen Überblick als auch vertiefende Recherchen zu ermöglichen – und damit auf Bedarfe zu reagieren, die uns in den letzten drei Jahren Projektarbeit gespiegelt wurden. Von Kategoriensystemen bis zu KI-gestützten Lösungen – dieses Kapitel gibt Einblicke in die Erprobungen und lädt dazu ein, nachzulesen, welche Gestaltungsansätze sich als besonders tragfähig erwiesen haben und unter welchen Bedingungen sie dauerhaft wirken können.

Zukunftswerkstatt Unterstützungsangebote

Passgenaue Unterstützung für die Fachpraxis bei Evaluation und Qualitätssicherung

Svetla Koynova

Violence Prevention Network

Maximilian Campos Ruf

Violence Prevention Network

Moritz Lorenz

i-unito – Institut für systemische und sozialarbeiterische Praxisentwicklung und Radikalisierungsprävention

Alexander Swidziniewski

Violence Prevention Network

Benedikt Büchsenschütz

Violence Prevention Network

Können Peer-to-Peer-Workshops vertrauensvollen Austausch über Qualitätssicherung fördern? Welche Impulse geben Evaluationen für strategische Entscheidungen? Und wie lassen sich Brücken zwischen Fachpraxis, Verwaltung und Zuwendungsgebenden bauen? 2024 und 2025 stand die Erprobung von Unterstützungsformaten im Fokus. In diesem Kapitel bündeln wir zentrale Erkenntnisse und formulieren konkrete Empfehlungen für ihre Umsetzung.

Executive Summary & Empfehlungen

Im Rahmen der *PrEval*-Zukunftswerkstätten haben wir verschiedene Formate zur Unterstützung der Fachpraxis bei Fragen rund um Evaluation und Qualitätssicherung entwickelt, erprobt, ausgewertet – und weiterempfohlen:

Evaluationssprechstunde: niedrigschwellige, vertrauliche Kurzberatungen durch Evaluationsexpert*innen. Besonders wirksam bei kleineren und mittleren Trägern mit Bedarf nach Orientierung und individuellen Lösungsvorschlägen.

Peer-to-Peer-Workshops zur Erkenntnisnutzung: Online-Workshops, in denen Praktiker*innen ihre Lernerfahrungen aus Fremdevaluationen teilen. Das Format fördert kollegialen Austausch, verlangt aber Bereitschaft, die Ergebnisse zu teilen. Besonders geeignet, wenn Praxis und Wissenschaft gemeinsam auftreten.

Methodenworkshops zur Selbstevaluation: sehr nachgefragtes Format mit klarer Wissensvermittlung und Raum für praxisnahe Eigenarbeit. Wird bereits von mehreren Wissensnetzwerken dezentral genutzt.

Modulare In-House-Beratung zur Indikatorenentwicklung: intensives und flexibel anpassbares Format zur Entwicklung realistischer Wirkannahmen, Zielmarken und Indikatoren. Erfordert aufgrund hoher Nachfrage und begrenzter Kapazitäten langfristige institutionelle Förderung. Jeweils eigenes Format für Verwaltung und Zuwendungsgebende erforderlich.



Fördermittelgebenden empfehlen wir,

- **niedrigschwellige Unterstützungsformate** wie Evaluationssprechstunden, Methodenworkshops und In-House-Beratungen **zu institutionalisieren** – idealerweise langfristig und mit festen Honorarsätzen für externe Expert*innen.
- **Formate mit Peer-Logik und vertrauensvoller Atmosphäre zu finanzieren**, einschließlich Anreizen zur Ergebnisverwertung (z. B. durch Uptake-Formate anstelle bloßer Berichtspflicht).
- **Förderlogiken zu flexibilisieren**, um Praxisakteuren Spielräume für indikatorenbasierte Zielentwicklung und methodische Eigenentwicklung zu ermöglichen.



Der Fachpraxis und ihren Netzwerken empfehlen wir,

- **die Formate in bestehenden Netzwerken zu verankern**. Insbesondere Methodenworkshops und Peer-to-Peer-Austausch lassen sich dezentral anpassen und verstetigen.

- **sich frühzeitig an Forschungskonzeptionen zu beteiligen.** Dies erhöht die Akzeptanz und Bereitschaft zur Ergebnisverwertung.
- **an offenen Fachforen teilzunehmen** (z. B. DeGEval-Tagungen, Arbeitskreise). Diese können als Orte kollegialer Reflexion jenseits von Förderlogiken fungieren.



MERL-Expert*innen und Evaluationsberater*innen empfehlen wir,

- **Angebote zu konzipieren, die kollektives Lernen ermöglichen** (z. B. moderierte Peer-Formate mit Reflexionsraum zu Zielerreichung, Indikatoren, Lernschleifen).
- **Expertise sichtbar und verfügbar zu machen** (z. B. über einen zentralen Helpdesk als Koordinierungsstelle, thematische Pools oder Kooperationsplattformen mit Wissensnetzwerken).
- **Prozesse vertrauensvoll zu begleiten, statt nur punktuell zu evaluieren.** Die Nachfrage liegt zunehmend auf partizipativen, begleitenden Formaten statt rein externer Bewertung.

MERL: Measurement, Evaluation, Research, and Learning

Von der Bedarfserhebung zur Erprobung: Ausgangspunkte und Entwicklungsschritte 2023–2024

Die im Jahr 2025 erprobten Unterstützungsformate zur Evaluation, Qualitätssicherung und Lernorientierung beruhen auf einem mehrjährigen Entwicklungsprozess, der maßgeblich durch die Arbeit der drei *PrEval*-Zukunftswerkstätten in den Jahren 2023 und 2024 geprägt wurde. Ziel dieser Dialogräume war es, tragfähige und praxisnahe Konzepte für eine reflexive, partizipative Evaluationspraxis in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung zu entwickeln. Ausgehend von den drei zentralen Themenfeldern *Wissensbündelung*, *Unterstützungsstrukturen* und *fachlicher Austausch* wurden die Zukunftswerkstätten *Evaluationsdatenbank*, *Helpdesk* und *Wissensnetzwerke* eingerichtet, um bestehende Angebotslücken zu adressieren und die Grundlage für konkrete Umsetzungsformate zu schaffen (vgl. *PrEval Monitor* 2024: 66 ff.).



Die Grundlage für die Formatentwicklung bildeten breit angelegte empirische Erhebungen. Mittels Fokusgruppen, Offenen Foren, Online-Befragungen und Konsultationen mit Praxisakteur*innen, wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Vertreter*innen von Verwaltungs- und Förderinstitutionen wurde untersucht, welche Formen der Unterstützung und Wissensaufbereitung als hilfreich, zugänglich und anschlussfähig wahrgenommen werden. Im Rahmen der Zukunftswerkstatt *Helpdesk* wurde ein starkes Bedürfnis nach offenen, vertrauensvollen und reaktionsschnellen Unterstützungsformaten deutlich – etwa in Form von individuell nutzbaren Sprechstunden oder einer klaren Vermittlungsstelle für methodische Fragen (vgl. *PrEval Monitor* 2024: 78–83). Die Zukunftswerkstatt *Wissensnetzwerke* ergänzte diese Erkenntnisse um den Wunsch, besser in bestehende fachliche Strukturen eingebunden zu sein, etwa durch die Angliederung an Bundesarbeitsgemeinschaften oder Kompetenznetzwerke, um Sichtbarkeit, Vertrauen und Reichweite zu erhöhen (vgl. *PrEval Monitor* 2024: 86–92).

Zugleich offenbarten die Bedarfserhebungen eine Reihe gemeinsamer Herausforderungen. Besonders betont wurden der Mangel an dauerhaft verfügbaren Beratungsformaten, die eingeschränkte Auffindbarkeit methodischer Expertise sowie der Wunsch nach Orientierung und Austausch im Umgang mit Evaluationen – und zwar, ohne dabei ausschließlich Kontrolllogiken zu folgen. Deutlich wurde auch: Unterstützungsangebote müssen lernorientiert, möglichst niedrigschwellig, an den Projektkontext anpassbar und zeitlich wie personell realistisch nutzbar sein. Nicht zuletzt wurde unterstrichen, dass eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur gelingen kann, wenn die Formate nicht nur methodisch fundiert, sondern auch dialogisch, vertraulich und praxisrelevant gestaltet sind (vgl. *PrEval Monitor* 2024: 88–89).

Darauf aufbauend wurden gegen Ende des Jahres 2024 erste Formate konzipiert und als Prototypen in Werkstattformaten mit Fachakteur*innen getestet. Dazu zählten unter anderem die Evaluationssprechstunde, Methodenworkshops zur Selbstevaluation, Peer-to-Peer-Formate zu Fremdevaluationserfahrungen sowie modulare In-House-Beratungen. Die Formate wurden eng

angebunden an die Netzwerkstrukturen der Fachpraxis erprobt und entlang der zuvor identifizierten Gelingensbedingungen weiterentwickelt (vgl. PrEval Monitor 2024: 90–91).

Damit bilden die Erhebungen und Entwicklungsschritte der Jahre 2023 und 2024 das methodische und konzeptionelle Fundament für die im Jahr 2025 durchgeführte Erprobung. Die hier gewonnenen Erfahrungen haben entscheidend dazu beigetragen, Formate zu gestalten, die nicht nur auf bestehenden Bedarfen aufbauen, sondern auch strukturell anschlussfähig sind – an bestehende Netzwerke, an förderlogische Anforderungen und an die Realitäten der Praxis.

Erfahrungen mit den erprobten Formaten

Evaluationssprechstunde mit thematisch und methodisch versierten Wissenschaftler*innen

Die Evaluationssprechstunde soll den Kontakt zu Vertreter*innen von Forschungseinrichtungen und der Wissenschaft durch fortlaufend verfügbare Sprechstundenkapazitäten mit Evaluationsexpert*innen aus der Wissenschaft erleichtern und so langfristig zum Austausch zwischen Wissenschaft und Fachpraxis beitragen. Das Format richtet sich an alle interessierten Personen, die praktisch in der Extremismusprävention, politischen Bildung und Demokratieförderung tätig sind. Angeboten werden die Sprechstunden von Forschenden und Evaluationsexpert*innen aus dem Themenfeld. Den Netzwerken werden hierfür bestimmte Honorarsätze durch die Mittelgebenden zur Verfügung gestellt, mittels derer das Angebot von zwei bis drei Expert*innen pro Jahr finanziert werden kann. So ist das Angebot für Mitglieder des Netzwerks kostenfrei.



Die Evaluationssprechstunde wurde im Jahr 2024 in Kooperation mit dem *Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus* (KN:IX) umgesetzt. Eine erfahrene Evaluatorsin wurde als Honorarkraft für drei Einzeltermine angeworben und führte vertrauliche Beratungsgespräche durch. So konnten wir die angedachte Zielgruppe der kleineren und mittelgroßen Träger erreichen, die in diesem Handlungsfeld aktiv sind. Die Vertraulichkeit der Gespräche wurde immer wieder als expliziter Vorteil hervorgehoben. Die Erfahrung zeigt, dass das Angebot nur dann angenommen wird, wenn es ausdrücklich als vertraulich gekennzeichnet ist und der*die anbietende Akteur*in als im Handlungsfeld erfahren und fachlich kompetent eingeschätzt wird.

Die Datenerfassung zeigte, dass die Kurzberatung vor allem bei ad-hoc-Fragen unterstützt, wobei sich die Fragen vor allem auf die geeignete Budgetierung von Evaluationsmaßnahmen, die Rahmenbedingungen zur Umsetzung und der Identifizierung geeigneter Erkenntnisinteressen und den Umfang angedachter Evaluationen konzentrierten (z. B. Fokussierung auf Maßnahme, Projektsäule oder Gesamtprojekt). Das Format erwies sich als sehr gut geeignet, um schnell und niedrigschwellig erste Orientierung zu bieten.



Online-Workshops mit Erfahrungsberichten zu Fremdevaluation

Die Online-Workshops sollen einen Rahmen bieten, in dem Praktiker*innen über ihre Erfahrungen und Herausforderungen bei Fremdevaluationen berichten. Der Fokus soll hierbei allerdings nicht auf dem Durcharbeiten eines gesamten Evaluationsberichts liegen. Vielmehr geht es um die Vorstellung des eigenen Projekts, das Kommunizieren von *Lessons Learned* aus den Evaluationsergebnissen und die Diskussion zur Praxistauglichkeit von

Evaluationen. Die Online-Workshops sollen in regelmäßigen Abständen als Peer-to-Peer-Austausch stattfinden und gemäß der *Chatham House Rule* durchgeführt werden, um einen vertraulichen Umgang mit den besprochenen Erfahrungen zu garantieren. Die Teilnahme der an der externen Evaluation beteiligten Wissenschaftler*innen ist optional vorgesehen. Dadurch können Evaluationsergebnisse transparent geteilt und ihre Bedeutung für die zukünftige Arbeit gemeinsam diskutiert werden. Pro Jahr sollten auf diese Weise drei bis vier im Rahmen von Fremdevaluationen angewandte Methoden vorgestellt und – je nach Interesse – im darauffolgenden Jahr potenziell wiederholt oder vertieft werden, um den Wissenstransfer nachhaltig zu stärken.

Chatham House Rule

Die sogenannte *Chatham House Rule* besagt, dass Teilnehmende eines Treffens die erhaltenen Informationen frei verwenden dürfen, jedoch weder die Identität noch die Zugehörigkeit der Redner*innen oder anderer Teilnehmender offenlegen dürfen. Ziel ist es, einen offenen und vertraulichen Austausch zu ermöglichen.

Qualitätszirkel

Der *Qualitätszirkel* von *dist[ex]* dient der phänomenübergreifenden und intersektionalen Vernetzung und Weiterentwicklung im Bereich Qualitätssicherung und Evaluation. Im Bereich der Qualitätsentwicklung bietet *dist[ex]* die *Kurz und Knapp-Inputs* und -Austausche für Wissenschaft und Fachpraxis an. Diese digitalen Sessions decken verschiedene Themen wie Re-Evaluierung von Standards, Selbstevaluationskonzepte und Wirkungsanalysen ab und dienen der kontinuierlichen Optimierung der Methoden in der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit.

Mit einigen Anpassungen und in verkürzter Form konnte das Format im November 2024 als Präsenz-Workshop, angeboten durch die *Amadeu Antonio Stiftung* (AAS), umgesetzt werden. Mehrere Projekte berichteten kurz von ihren Erfahrungen mit externen Evaluationen und den Erkenntnissen, die daraus hervorgingen. Im Jahr 2025 wurde das Format schließlich in Kooperation mit *dist[ex]* – *Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit* im Rahmen ihres *Qualitätszirkels* als Online-Workshop weitergeführt und fachlich vertieft. Unter dem Titel *Evaluert – und dann? Ein Erfahrungsbericht und peer-to-peer Austausch zu Umsetzung und Uptake der Evaluation des API NRW* berichteten Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen gemeinsam von den wichtigsten Erkenntnissen einer externen Evaluation und den daraufhin vorgenommenen Anpassungen in der Dokumentation ihrer Arbeit. In diesem Rahmen konnten sich unterschiedliche Träger austauschen und rund um die Themen soziale Diagnostik und qualitative Qualitätsmerkmale für Beratung in der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit diskutieren.

Es zeigte sich, dass das Format viele Rückfragen inspiriert und ermöglicht und dass unter Einhaltung der *Chatham*

House Rule nicht zuletzt auch ein vertraulicher Peer-to-Peer Austausch zu mitunter sensiblen Themen (z. B. Anpassungen und Veränderung von internen Abläufen) zustande kommen kann. Eine zentrale Hürde bei der Umsetzung der Online-Workshops liegt darin, geeignete Erfahrungen und Referent*innen zu identifizieren, die bereit sind, zu diesem Thema zu präsentieren. Dies gelang vor allem dann, wenn die Fachpraxis bereits bei der Konzipierung des Forschungsdesigns, dessen Ergebnisse schlussendlich vorgestellt wurden, eingebunden war. Zudem offenbarten sich hier sinnvolle Anknüpfungspunkte für eine mögliche Evaluationsdatenbank: Das Präsentations- und Q&A-Format wurde gelobt und als wesentlich niedrigschwelliger wahrgenommen als die reine Publikation eines Berichtes. So könnten solche Präsentationen und Uptake-Berichte im Anschluss an die Veranstaltungen auch im Rahmen einer Evaluationsdatenbank begleitend zum Bericht zugänglich gemacht werden und so die Reichweite der Erkenntnisse erhöhen.

► EVALUATIONSdatenbank S. 19

Methodische Workshops zu Erhebungsmethoden in der Qualitätssicherung und Selbstevaluation

Auch methodische Workshops lassen sich als Online-Veranstaltung umsetzen, wurden aber ebenfalls als Offline-Format angefragt und erprobt – allerdings mit einem noch stärkeren Fokus auf die konkrete Entwicklung von Instrumenten. Hier berichten Praktiker*innen über Methoden des internen Monitorings und der Selbstevaluation. Die Referent*innen sollten selbst Erfahrungen mit der vorgestellten Methode mitbringen und als Expert*innen fungieren können. Ziel ist es, den Teilnehmenden durch die umfassende Darstellung einer konkreten und in der eigenen Praxis verwendeten Methode zu vermitteln, wie sie ihre Maßnahmen selbst evaluieren und monitoren können.



Die Workshops umfassen zum einen Erfahrungsberichte und die Präsentation und anschließende Diskussion über die Umsetzungsmöglichkeiten der Methode und zum anderen ein Eigenarbeit-Modul, bei dem die Teilnehmenden angeleitet am Beispiel eigene Instrumente entwickeln können. Auch hier sorgt die *Chatham House Rule* für einen geschützten, vertrauensvollen Rahmen. Jährlich sollen drei bis vier solcher Methoden und Ansätze vorgestellt und diskutiert werden. Ähnlich wie die Online-Workshops zu Erfahrungsberichten mit Fremdevaluationen können diese im Sinne des Wissenstransfers im folgenden Jahr wiederholt oder vertieft werden. Auf diese Weise stärkt das Format nicht nur die Anwendungskompetenz der Teilnehmenden, sondern auch ihr Vertrauen in die vorgestellten Verfahren.

Dieses Format stieß auf sehr großes Interesse bei der Fachpraxis, da der unmittelbare Erkenntnisgewinn als sehr klar eingeschätzt wurde und ein derart konkreter, praxisorientierter Austausch zum Thema Qualitätssicherung in dieser Form bislang nicht existierte. Die Fokussierung auf Methoden und die Möglichkeit, im Rahmen des Workshops eigene Lösungen zu entwickeln, wurde als sehr gewinnbringend erlebt. Dabei wurde mitunter auch individuelles Coaching im Nachgang an Veranstaltungen angefragt, vor allem nach Präsenzveranstaltungen, bei denen ein stärkeres Vertrauensverhältnis zu den Referent*innen aufgebaut wird.

Das Format wurde von mehreren Wissensnetzwerken übernommen und konnte so bereits mehrfach dezentral umgesetzt werden. Diese nutzten den *PrEval*-Verbund gezielt, um entsprechende

Expertise zu identifizieren und geeignete Referent*innen zu finden. So wurden zwei Präsenz-Workshops vom regionalen Verbund der *DEXT-Fachstellen* in Hessen durchgeführt: Einmal zu Monitoringinstrumenten, die den Grad der Vernetzung und die Passgenauigkeit der Vernetzungsstrukturen erfassen, und ein weiteres Mal zur Erprobung von Instrumenten, die sich dazu eignen, die

Kompetenzerweiterung der Zielgruppen bei Fortbildungen zu messen. Zudem wurden in diesem Rahmen aussagekräftige



<https://hke.hessen.de/foerderprojekte/saeule-a/dext>

Indikatoren für Verweisberatungsprozesse diskutiert und so Impulse für die laufende Qualitätssicherung geschaffen.

Auch im Rahmen der Sommertagung des *Arbeitskreises Demokratie der Gesellschaft für Evaluation* (DeGEval) wurde ein Workshop zu geeigneten Nachbefragungen nach Fortbildungen mit Polizei angeboten. Dort stellte ein Träger der politischen Bildung die Entwicklung und Anwendung eines Fragebogens sowie mögliche Anpassungen vor und die Teilnehmenden konnten eigene Befragungsinstrumente entwickeln. Dieses Format hat zu einer regen Diskussion geführt und die *Best Practice*-Vermittlung wurde von mehreren Praxisakteur*innen als so gewinnbringend eingeschätzt, dass sich die bundeszentrale Infrastruktur *KN:IX connect* dazu entschied, den methodischen Workshop mit der gleichen Referentin zu multiplizieren, um ihn so einem noch größerem Publikum in ihrem Phänomenfeld zu präsentieren. *dist[ex]* wiederum vermittelte einen methodischen Workshop, bei dem ein Instrument zur Klient*innenbefragung der Distanzierungsarbeit im Phänomenbereich Rechtsextremismus vorgestellt wurde, mit dem Klient*innen ihre eigene Distanzierungsentwicklung einschätzen können.

Insgesamt erwies sich das Format als sehr zukunftssträchtig, da es flexibel an die Bedarfe der jeweiligen Wissensnetzwerke und ihrer Zielgruppen anpassbar war. In ihren Rückmeldungen betonten sowohl die Teilnehmenden als auch die Vertreter*innen der Wissensnetzwerke einen Mehrwert bei einem vergleichsweise geringen Aufwand. Allerdings ist zu beachten, dass die Fachpraxis ihre Teilnahme nur dann priorisieren konnte, wenn Planungssicherheit für ihre Maßnahmen gegeben war, sodass es eine begründete Motivation gab, Zeit in die Planung von eigenen Qualitätssicherungsinstrumenten zu investieren, die auch tatsächlich implementiert werden. Darüber hinaus ist auf die Zusammensetzung der Teilnehmenden zu achten. Bei einer zahlreichen Teilnahme von Wissenschaftler*innen sowie Zuwendungsgebenden und einer geringen Teilnahme von Fachpraktiker*innen kann das praktische Konzept des Formats, in dem Praktiker*innen vorgestellte Erhebungsmethoden selbst für ihren Arbeitsbereich im Workshop modellieren sollen, nicht vollständig ausgeschöpft werden. Aufgrund einer solchen Konstellation wurde in einem Workshop ein vorgestelltes Instrument stattdessen ausführlich methodisch diskutiert und es wurden Optimierungsvorschläge geteilt. Hierin zeigt sich die angesprochene Flexibilität des Formats. Des Weiteren ist auch bei der Wahl der didaktischen Herangehensweise auf die Erfahrungen der Zielgruppe zu achten. Vor allem in der Zusammenarbeit mit jungen Wissensnetzwerken ist es förderlich, bereits im Vorfeld mehrere Kommunikationsschleifen einzuplanen, um Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der Organisator*innen, Referent*innen, Berater*innen klar zu definieren. Dies ist entscheidend, um bei einem sensiblen Thema wie Methodenvorstellung Misstrauen vorzubeugen und einen Rahmen zu ermöglichen, in dem alle Teilnehmenden ohne Unsicherheiten arbeiten können.

Beratungsreihe zur Erstellung individueller wirkungsorientierter Indikatoren

Einer der größten identifizierten Bedarfe ist der Wunsch nach Unterstützung bei der Festlegung geeigneter Indikatoren, um (Wirk-)Ziele besser erfassen zu können. Die Diskussion solcher Projektdetails setzt jedoch ein hohes Maß an Vertrauen voraus, das bei heterogenen Gruppen nicht immer gewährleistet ist. Auch die Expert*innen, die eine solche Unterstützung erbringen können, müssen das Vertrauen der teilnehmenden Projekte und/oder Träger entgegengebracht bekommen. Darüber hinaus erfordert eine solche Unterstützungsleistung Zeit.



Entsprechend bietet sich als geeignetes Format eine Konsultationsreihe mit praktischer Arbeit am Monitoring- und Evaluationssystem an. Um zur Vertrauensbildung beizutragen, könnte eine solche interaktive Reihe beispielsweise an professionelle Netzwerke wie Bundesarbeitsgemeinschaften, Kompetenznetzwerke oder Demokratiezentren oder an einen zentralen Helpdesk angegliedert werden. Die Beteiligung wissenschaftlicher Einrichtungen und Berater*innen wird durch die ausrichtenden Wissensnetzwerke per Ausschreibung gewährleistet.

Zielgruppe der Beratungsreihe sind je nach Interesse und Einflussspielraum sowohl Projektmitarbeitende und -verantwortliche als auch Geschäftsführende. In einem ersten Schritt werden die Teilnehmenden dazu beraten, welche Indikatoren aussagekräftig sind und welche Erhebungsinstrumente sich für deren Erfassung eignen. Basierend auf den selbst mitentwickelten Indikatoren diskutieren sie dann in einem zweiten Schritt, welche Zugangsraten und Erfolge für einzelne Projekte beziehungsweise Projektskizzen realistisch erreichbar sind.

Das Format der In-House-Beratung umfasst auch asynchrone Online-Informationsangebote für Vertreter*innen aus Verwaltung, Fördererinstitutionen, koordinierenden Institutionen und der Zivilgesellschaft, die in ihren Projekten beziehungsweise Organisationen mit Evaluation und Qualitätssicherung betraut sind. Im Zuge der In-House-Beratung werden daraufhin die für das beratene Vorhaben zuständigen Entscheidungsträger*innen punktuell eingebunden, um ihre Perspektiven ebenfalls angemessen mitzudenken und zugleich ein Dialogforum für ehrlichen Austausch zu Erwartungen und Fehlerkultur zu schaffen. Während des Kurses treten alle an dem Vorhaben Interessierten in einen intensiven Austausch zu den verschiedenen Themen, lassen sich zu formellen Aspekten beraten und teilen ihre individuelle Expertise miteinander. Dadurch entwickeln sie ein umfassendes Verständnis für die Interessensgebiete der beteiligten Akteure, bauen Misstrauen ab und stärken das gegenseitige Vertrauen. Umgesetzt wird das Format durch Forschende und andere Expert*innen im Themenfeld. Die Teilnehmenden lassen sich von diesen Expert*innen und wissenschaftlichen Institutionen anleiten und entwickeln im Rahmen des Kurses Konzepte für ihre jeweiligen Einrichtungen.

Die Reihe wurde im Jahr 2024 konzipiert und 2025 erstmals erprobt. Bereits im Vorfeld zeigte sich ein großes Interesse – sowohl bei erfahrenen und ressourcenstarken Institutionen, die aber diese spezifische Kompetenzerweiterung und Dialogmöglichkeit sehr begrüßten, als auch bei kleineren Trägern, die die individualisierte Beratung als deutliche Entlastung ihres Arbeitsalltags wahrnahmen. Damit erwies sich die Reihe als sehr gut an den Bedarfen der Fachpraxis ausgerichtet. Durch

die Fokussierung der individuellen Beratungsbedarfe ließ sich auch eine große Flexibilisierung des Formats erreichen, sodass anstelle von nur einer Erprobung schlussendlich vier Institutionen begleitet werden konnten, was allerdings die im Rahmen der Erprobungsphase geplanten Kapazitäten des Forschungsteams bei Weitem überstieg. Daher empfehlen wir, die Beratungsreihe als Unterstützungsformat in Zukunft mit mehr personellen Ressourcen auszustatten und durch eine langfristige Förderung seitens der Zuwendungsgebenden zu institutionalisieren. Die Lehrmaterialien, die entsprechend publiziert wurden, können künftig auch als *Toolbox* zur Gestaltung individueller wirkungsorientierter Indikatoren genutzt werden. Allerdings zeigten die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Zuge der Erprobung weitaus größere Expertise im Bereich Qualitätssicherung und Evaluation wie auch Interesse an den Entwicklungsprozessen als ihre Ansprechpartner*innen aus Verwaltung und Zuwendungsgebende, die die Angebote zur Kompetenzerweiterung unter Verweis auf geringe Kapazitäten nur sehr punktuell wahrnahmen. Entsprechend wird für diese Zielgruppe eine eigene Fortbildungs- und *Leadership*-Entwicklungsreihe empfohlen.

DeGEval Stipendium 3.0



Die Ergebnisse der qualitativen Befragungen legen nahe, dass ein offener, methodischer Austausch dann stattfindet, wenn sich Einzelpersonen mit ihrer eigenen professionellen Expertise einbringen können und nicht die Träger-Expertise repräsentieren. Um sich diese Expertise zu erarbeiten oder zu vertiefen, äußerten viele Befragte aus den besagten Arbeitsfeldern den Wunsch nach einem Anschluss an trägerübergreifende Netzwerke, die sich im Kern mit Qualitätssicherung und Evaluation beschäftigen. Diese weisen jedoch mitunter hohe Zugangsvoraussetzungen auf. Obwohl die Befragten der Bedarfserhebung die DeGEval mehrheitlich mit methodischem Wissen assoziieren und sie als zentrale Anlaufstelle wünschen, gaben 2023 nur acht Prozent von ihnen an, sie im Alltag tatsächlich als Ressource zu nutzen oder zu kontaktieren.

Vor diesem Hintergrund prüften wir 2024 im Rahmen von *PrEval*, ob ein Stipendienmodell diese Lücke schließen und die Fachpraxis stärker an existierende Foren der professionellen Evaluationsforschung anbinden könnte. Die Offenheit für ein solches Format war bei potenziell ausrichtenden Institutionen allerdings nur bedingt gegeben. Es wurde befürchtet, dass fachlich derart spezielle Foren keinen geeigneten Rahmen für einen Austausch auf Augenhöhe bieten würden.

Für die Zukunft empfehlen wir daher, auf bereits bestehende öffentliche Foren wie Tagungen einzelner thematischer Arbeitskreise der DeGEval oder das Mentorship-Programm der Gesellschaft als passende Einstiegsformate zurückzugreifen. Das Stipendienformat hat sich in diesem Zusammenhang somit nicht als zielführend erwiesen.

Themenakzente aus der Fachpraxis

Indikatoren

Ein wiederkehrendes, phänomen- und handlungsfeldübergreifendes Thema in den Diskussionen mit Akteur*innen aus der Fachpraxis war die Notwendigkeit, den Blick stärker auf geeignete Wirk-Indikatoren zu richten. Immer wieder wurde betont, dass es nicht ausreiche, sich auf quantitative Output-Indikatoren zu stützen. Vielmehr brauche es qualitative, Outcome-orientierte Indikatoren, die präzise auf die jeweilige Maßnahme zugeschnitten sind und tatsächliche Veränderungen erfassen können.

Fortbildungen

Im Bereich der Fortbildungsmaßnahmen zeigte sich, dass viele Träger bereits eigene Evaluationsinstrumente entwickelt haben, um die Wirksamkeit ihrer Angebote im Hinblick auf unterschiedliche Zielgruppen zu erfassen. Dennoch bestand ein großes Interesse am fachlichen Austausch über die konkreten Herangehensweisen: Wie evaluieren andere Träger zum Beispiel ihre Fortbildungen? Welche Fragen stellen sie, um Relevanz, Verständlichkeit und Praxistauglichkeit der vermittelten Inhalte zu erfassen? Und nach welchen Kriterien wählen sie geeignete Erhebungsinstrumente aus? Dabei rückten Überlegungen in den Fokus wie: Soll vor allem der individuelle Lernzuwachs gemessen werden oder auch Veränderungen auf struktureller Ebene? Genügt eine punktuelle Befragung direkt im Anschluss an die Fortbildung oder braucht es mit Blick auf den Kenntnisstand einen Vorher-Nachher-Abgleich? Oder sind gar längerfristige Nachbefragungen möglich – und wenn ja, unter welchen Umständen und wie lassen sie sich umsetzen? Zudem wurde diskutiert, wie sichergestellt werden kann, dass Rückmeldungen tatsächlich und aktiv in die Weiterentwicklung der Angebote einfließen. Solche Fragen verdeutlichen, dass es nicht nur um die Auswahl technischer Instrumente geht, sondern um ein tieferes Verständnis der jeweiligen Zielsetzung von Evaluation im Fortbildungskontext.

Inklusive Einbindung und Datentriangulation

Viele Träger zeigten eine hohe Bereitschaft, ihre Datenerhebung inklusiver zu gestalten – insbesondere, indem sie die Perspektiven von Teilnehmenden und Adressat*innen ihrer Maßnahmen direkt einbeziehen wollen. Dies wurde nicht nur als Möglichkeit zur Verbesserung der Wirksamkeit verstanden, sondern auch als ein Beitrag zu echter Teilhabe. Gleichzeitig wurde betont, dass dabei hohe datenschutzrechtliche Standards eingehalten werden müssen.

Ergänzend wurde der Wunsch formuliert, vermehrt auch breitere Kooperationsnetzwerke systematisch in die Evaluation einzubeziehen, um Wirkungen nicht nur auf individueller, sondern auch auf struktureller Ebene sichtbar zu machen – etwa durch Indikatoren wie nachhaltige Veränderung institutioneller Haltungen, verbesserte Zusammenarbeit zwischen Akteuren oder langfristige Anpassungen von Regelstrukturen.

Gelingsbedingungen für die einzelnen Formate: ein Resümee

Damit Angebote im Feld – etwa Weiterbildungen, Beratungen oder Transferformate – von Fachkräften in der Praxis tatsächlich angenommen und wirksam genutzt werden, müssen bestimmte strukturelle und inhaltliche Bedingungen erfüllt sein. Die folgenden fünf zentralen Gelingsbedingungen erwiesen sich als grundlegend:

Auffindbarkeit und Sichtbarkeit

Ein grundlegender Erfolgsfaktor ist, ob die Zielgruppe von einem Angebot überhaupt erfährt und es als relevant wahrnimmt. Dazu gehört eine niedrighschwellige Zugänglichkeit: Die Informationen müssen verständlich, klar strukturiert und leicht zugänglich sein – etwa über Kanäle, die die Zielgruppe im Arbeitsalltag ohnehin nutzt. Ebenso wichtig ist ein transparent kommunizierter Mehrwert: Teilnehmende müssen erkennen können, wie das Angebot ihre Arbeit konkret unterstützt. Alltagsnahe Themenstellungen und Formate, die sich gut in bestehende Routinen integrieren lassen, erhöhen zusätzlich die Sichtbarkeit und Relevanz.

Identifikation von Expertise

Fachkräfte nehmen Angebote nur dann wahr und ernst, wenn sie die dahinterstehende Expertise als glaubwürdig und überzeugend empfinden. Dazu gehört die Unabhängigkeit von förderlogischen Interessen ebenso wie eine hohe Evaluationskompetenz und fundiertes Wissen im jeweiligen Handlungsfeld. Gleichzeitig ist es für Wissensnetzwerke eine Herausforderung, geeignete Referent*innen zu finden, die bereit sind, ihre Expertise trotz prekärer Rahmenbedingungen und Konkurrenz im Feld öffentlich einzubringen. *PrEval* erfüllte hier mit seiner Verbund- und Netzwerkarbeit eine wichtige Koordinations- und Vernetzungsfunktion. Auch langfristig braucht es Strukturen, um die Unterstützungsformate zu bewerben, zu koordinieren, die Expertise zugänglich zu machen und Vertrauen zu fördern, um mit den vorgestellten Formaten die Fachkompetenz in Netzwerken und Organisationen systematisch fördern zu können.

Vertrauen und Passgenauigkeit

Zentral ist die Frage, ob die ausrichtende Institution als vertrauenswürdig und thematisch anschlussfähig wahrgenommen wird. Interessierte Akteur*innen prüfen dabei, ob die Organisation ihre Interessen teilt, über die notwendige Kompetenz im jeweiligen Themenfeld verfügt und passgenaue Angebote entwickeln kann. Vertrauen spielt insbesondere bei sensiblen Themen oder Teilen projektinterner Informationen eine Rolle – hier ist sowohl fachliche als auch zwischenmenschliche Kompetenz gefragt. Auch die Flexibilität der Formate ist entscheidend: Angebote sollten so gestaltet sein, dass sie sich an spezifische Bedarfe und Kontexte anpassen lassen.

Planungssicherheit

Wirksame Angebote brauchen langfristige Perspektiven, damit die durchführenden Netzwerke ihr Portfolio verstetigen können und die Fachpraxis genügend Möglichkeiten hat, die Formate zu nutzen. Es muss sichergestellt sein, dass die Strukturen, die Querschnittsthemen wie Evaluation und Wissensmanagement tragen, über ausreichende Ressourcen verfügen. Gleichzeitig benötigen die

eingebundenen Expert*innen Planungssicherheit, um sich verbindlich beteiligen zu können. Für Praktiker*innen wiederum ist eine verbindliche und frühzeitige Terminierung entscheidend, damit sie Angebote mit ausreichendem Vorlauf sinnvoll in ihren Arbeitsalltag integrieren können.

Nachhaltigkeit

Damit Angebote nicht nur punktuell wirken, ist eine dezentrale Umsetzung notwendig. Inhalte und Methoden müssen direkt in bestehende Netzwerke und Strukturen eingebunden werden, um dort nachhaltig wirksam zu werden. Ziel muss es sein, Kompetenzen und Wissen langfristig zu verankern – unabhängig von einzelnen Projekten oder kurzfristigen Förderlogiken.

ABBILDUNGEN

Icons S. 6, S. 7, S. 8, S. 12: media machine GmbH, Mainz.

Icons S. 9, S. 10, S. 11, S. 13, S. 14: Design: Infografik Pro GmbH.

Literatur

Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken. Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk, PrEval Monitor, 1. Aufl. 2024, Frankfurt/M. DOI: 10.48809/PrEvalMon24

Zukunftswerkstatt Evaluationsdatenbank

Wissen zusammenführen und erschließen **Empfehlungen zur Struktur einer** **Evaluationsdatenbank**

Marcus Kober

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Mikhail Logvinov

Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS)

Andreas Uhl

*Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
an der Universität Bielefeld (IKG)*

Julian Junk

*Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) /
Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)*

Wie lässt sich vorhandenes Evaluationswissen in der Extremismusprävention, politischen Bildung und Demokratieförderung besser nutzbar machen? Eine zentrale Erkenntnis aus der ersten Projektphase war die Notwendigkeit, Ansätze, Methoden und Befunde systematisch zu bündeln und zugänglich zu machen. Die Zukunftswerkstatt Evaluationsdatenbank hat genau diesen Bedarf aufgegriffen – mit dem Ziel, wissenschaftliche Erkenntnisse und Praxiserfahrungen in einer strukturierten, nutzerfreundlichen Form zusammenzuführen. Dieser Beitrag zeigt, wie eine Evaluationsdatenbank inhaltlich und technisch ausgestaltet werden kann, die diese Funktionen praxisorientiert und systematisch erfüllt.

Executive Summary & Empfehlungen

Ziel der *PrEval*-Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* war es, den potenziellen Nutzungskontext einer Datenbank bestmöglich zu eruieren, um die Chancen und die Grenzen eines solchen Angebots zu erfassen. Dazu wurden im Projektverlauf zunächst empirische Erkenntnisse mittels Fokusgruppen, Offenen Foren und Interviews mit Expert*innen gewonnen. Auf Grundlage dieser Erhebungen entstanden Empfehlungen zu Konzeption, Gestaltung, Erwartungen und Bedenken in Bezug auf eine Evaluationsdatenbank.

Zu den wesentlichen Befunden und von der Fachpraxis formulierten Anforderungen zählte unter anderem die Notwendigkeit, die Spezifika und Handlungsschwerpunkte der jeweiligen Handlungsfelder adäquat abzubilden. Aus diesem Grund stellten wir in der zweiten Jahreshälfte 2024 konkrete Aspekte von Struktur und Funktionalität der angedachten Datenbank in den Vordergrund. Maßgebliche Fragestellungen waren etwa: Welche Grundstruktur sollte das internetbasierte Informationsportal haben? Nach welchen Kriterien sollten die zu berücksichtigenden Evaluationen recherchierbar sein? Welchen zusätzlichen Nutzen könnten Recherchemöglichkeiten auf Basis eines KI-Moduls entfalten?

Drei Workshops mit Praktiker*innen und Praxisforscher*innen aus den relevanten Handlungsfeldern machten den funktionalen Abgleich und die Verfeinerung des Kategoriengerüsts der Evaluationsdatenbank möglich, das im zweiten Projektschritt entworfen worden war. Überdies führte der Austausch zu einem besseren Verständnis im Hinblick auf die technische und funktionale Umsetzung der praktischen Anforderungen.



Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse empfehlen wir **potenziellen Betreibern** die Einrichtung einer Evaluationsdatenbank, die

- sich an den Wissensbeständen und Arbeitsschwerpunkten der Fachpraxis und Praxisforschung orientiert,
- trotz einer großen zugrundeliegenden Datenmenge strukturell einfach und funktional intuitiv gestaltet ist, damit gesuchte Informationen leicht erschließbar sind,
- modular aufgebaut ist und sich nach Bedarf um weitere Bestandteile – beispielsweise einen Helpdesk – erweitern lässt.
- innovativ und technologieoffen im Hinblick auf automatisierte Verfahren der Datengenerierung und -verarbeitung ist (KI-gestützte Funktionalitäten),
- Möglichkeiten bietet, sowohl einen schnellen Überblick zu gewinnen als auch tiefere Einblicke in einzelne Evaluationsgegenstände und -studien zu bekommen, sowie
- Schnittstellen bereithält, um einen Datenaustausch mit weiteren existierenden Informationsportalen zu ermöglichen.

► UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE S. 5

Innovative Recherche- und Suchfunktionen für vielfältige Bedarfe und ein optimiertes Nutzererlebnis

Im Laufe einer intensiven Bedarfsanalyse in der ersten Projektphase wurde die Notwendigkeit festgestellt, das vorhandene Wissen über Ansätze, Methoden und Befunde der Evaluationsforschung in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung gebündelt und strukturiert zugänglich zu machen. Daran schloss sich im nächsten Projektschritt die inhaltliche und technische Ausgestaltung einer Evaluationsdatenbank an. Im Folgenden werden die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse vorgestellt, die es ermöglichen, das praxisorientierte Evaluationswissen systematisch aufzubereiten, gegenstandsadäquat abzubilden und anwendungsorientiert zugänglich zu machen.

Eine Grundintention der angedachten Datenbank ist es, vorhandene und veröffentlichte Evaluationen in den drei Handlungsfeldern nach einem Kriterienraster zu erfassen und zu kategorisieren. Anhand dieser Kriterien sind Evaluationsberichte für Interessierte so gezielt und strukturiert zugänglich. Nutzer*innen können potenziell in verschiedener Hinsicht von einer solchen Ausgestaltung profitieren. Eine große, schwer zu überschauende Menge von Primärquellen (Evaluationsberichten) wird anhand von relevanten handlungsfeldspezifischen Kriterien eingeordnet, wodurch die Datenmenge für Nutzer*innen entsprechend deren Interessenschwerpunkten erschlossen wird. Dergestalt bilden die Kategorien eine Struktur, die es erlaubt, in komplexen Handlungsfeldern nach systematischen und gegenstandsadäquaten Merkmalen zu recherchieren.

Dem von uns entwickelten Kriteriensystem liegen zwei Dimensionen zugrunde: die Abbildung der inhaltlichen Bezugsebenen in den Handlungsfeldern und die evaluativen Unterscheidungsmerkmale. Den Endnutzenden sollen hierbei unterschiedliche Ausgabeformate zur Verfügung stehen:

- Zum einen soll eine grundsätzliche Differenzierung nach den Handlungsfeldern – Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung – erfolgen, um die Informationsgewinnung „auf einen Blick“ zu ermöglichen.
- Zum anderen müssen die Anwender*innen in den jeweiligen Handlungsfeldern das für sie relevante Wissen nach inhaltlichen und evaluativen Kriterien finden können.
- Im Ergebnis werden sowohl eine komprimierte Übersicht der Suchergebnisse als auch relevante Evaluationsberichte zur Verfügung gestellt.

In einem mehrstufigen Abstimmungsprozess mit der Fachpraxis und Forschung aus den verschiedenen Handlungsfeldern wurden Kategorien identifiziert, die eine hohe Relevanz aufweisen, um a) die Erkenntnisse aus den jeweiligen Arbeitsfeldern zu strukturieren, b) Maßnahmen systematisch voneinander zu unterscheiden und c) es Anwender*innen damit erlauben, schnell die für sie relevanten Informationen zu finden. Dabei hat sich gezeigt, dass sich inhaltliche Kriterien zwischen den Handlungsfeldern unterscheiden, wohingegen



evaluative Unterscheidungsmerkmale und Spezifika handlungsfeldübergreifend gleich verwendet werden können.

Während in der Extremismusprävention beispielsweise nach Phänomenbereichen (Rechts-/ Linksextremismus, religiös motiviertem Extremismus oder sonstigen Formen) zu unterscheiden wäre, eignet sich für das Handlungsfeld der politischen Bildung eine Unterscheidung nach Arbeitsfeldern (Erwachsenenbildung, offene Kinder- und Jugendarbeit, politische und kulturelle Jugendbildung etc.). Ähnliches gilt auch für weitere inhaltliche Kriterien, wie adressierte Zielgruppen oder angewandte Methoden, die zwischen Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischer Bildung differieren.

Kriterien hingegen, die zur Kennzeichnung und Auffindbarkeit verschiedener Formen und Zielsetzungen von Evaluationen dienen, können über die Arbeitsfelder hinweg verwendet werden. So können Unterscheidungen beispielsweise nach Fremd- und Selbstevaluation, angewandten Methoden (quantitativ, qualitativ oder gemischt) oder Zielgruppen der Evaluation in allen drei Arbeitsbereichen verwendet werden. Der Katalog vorgegebener Kriterien kann dabei auf zentrale Merkmale beschränkt werden, da mittels der integrierten KI-Suche bedarfsweise ergänzend auch nach sehr spezifischen Kriterien (z. B. speziellen Evaluationsdesigns) recherchiert werden kann.

Neben dieser vorstrukturierten Form der Recherche, bei der Evaluationen in redaktioneller Bearbeitung nach verschiedenen Kriterien zugeordnet und kategorisiert werden und auf diesem Wege recherchierbar sind, haben wir weitere innovative Such- und Recherchezugänge erprobt.

Ziel dieser flexiblen Recherchefunktionen ist es unter anderem, eine intuitive Gestaltung für ein gutes Nutzer*innenerlebnis (*UX-Design*) zur Verfügung zu stellen.

Es bietet sich an, drei Recherchemodi zu integrieren, um optimale und flexible Suchmöglichkeiten zu gewährleisten:

- Die **freie Recherche** soll es Nutzer*innen ermöglichen, den gesamten Datenbankkatalog zu durchsuchen. Zur Verfeinerung der Recherche ließen sich zusätzliche Filterkategorien verwenden (z. B. Erscheinungsdatum, adressierte Handlungsfelder, involvierte Organisationen). Diese Art der Suche eignet sich besonders für Nutzer*innen, die sich zunächst einen Überblick über die verfügbaren Inhalte verschaffen möchten oder eine explorative Recherche bevorzugen.
- Über eine **semantische Suche** können hingegen auch mit eher unscharfen Suchbegriffen relevante Inhalte gefunden werden. Diese Suchmethode erkennt Bedeutungszusammenhänge und liefert Ergebnisse, die den inhaltlichen Kontext der Suchanfrage berücksichtigen. Je nach verwendetem Suchalgorithmus beziehungsweise verwendeter Suchmethode kann die semantische Suche Nutzer*innen bei ihren Suchanfragen jenseits der vergebenen Schlagworte unterstützen, was eine flexible Recherche zu einem bestimmten Thema möglich macht.
- Die Suche über ein **Sprachmodell („KI-Suche“)** setzt auf den Einsatz von *Large Language Models* (LLMs, wie z. B. *Open AI ChatGPT-4o*). Eine KI-gestützte Suchfunktion ermöglicht eine noch flexiblere und dynamischere Suche, die auch bei komplexeren Anfragen mittels natür-

licher Sprache relevante Ergebnisse liefern kann. Zwecks präziserer Ergebnisdarstellung sollte *Retrieval-Augmented Generation* (RAG) eingesetzt werden. Diese Technik stellt sicher, dass die vom Sprachmodell generierten Antworten nur auf den in der Datenbank enthaltenen Evaluationsberichten basieren. Sie generiert also kontextuell passende Antworten mit Referenz auf konkrete Inhalte der in der Datenbank enthaltenen Evaluationsberichte. Dabei können entweder alle Inhalte der Datenbank in die Ergebniserzeugung einbezogen werden oder eine Auswahl der für die Suchabfrage passenden Berichte. Die Suchabfragen können auch in anderen Sprachen erfolgen, so dass die KI-Suche besonders auch hinsichtlich eines internationalen Austausches sehr gewinnbringend eingesetzt werden könnte. Ein integriertes KI-Modul kann des Weiteren bei der Arbeit mit den einzelnen Evaluationsberichten nützlich sein, indem es bei der Erschließung relevanter Inhalte unterstützt (s. Abb. 1).

Neben den spezifischen Ergebnisdarstellungen der unterschiedlichen Suchstrategien, etwa einer generierten Textzusammenfassung bei der KI-Suche, sollte ergänzend immer auch eine tabellarische Übersicht der für die jeweilige Suchabfrage relevanten Evaluationsberichte dargestellt werden. Diese Übersicht kann grundlegende Metadaten enthalten (z. B. Titel, Erscheinungsjahr, involvierte Institutionen und Autor*innen), ergänzt um Kurzzusammenfassungen mit hervorgehobenen relevanten Textpassagen oder Suchbegriffen. Auch automatisch generierte Zusatzfelder, etwa thematische Schlagworte oder methodische Klassifikationen, könnten hier integriert werden.

Abb. 1: Mögliche Ergebnisseite einer KI-Suche (nur exemplarisch).

Welche Erkenntnisse liegen in der Extremismusprävention bei Jugendlichen in der Schule vor?

In der Extremismusprävention bei Jugendlichen in der Schule liegen vielfältige Erkenntnisse vor, die sich auf die Rolle der Schule, beobachtete Problemlagen, angewandte Methoden, Herausforderungen und erzielte Erfolge beziehen.

I. Die Schule als zentraler Ort der Prävention

- Wichtigkeit der Schule:** Schulen sind als *entscheidende Orte* für Präventionsbemühungen gegen religiös begründeten Extremismus identifiziert worden ¹. Sie bieten die Möglichkeit, gefährdete junge Menschen zu erreichen, die sich möglicherweise bereits in einem Radikalisierungsprozess befinden ¹. Darüber hinaus spielen Schulen eine **zentrale Rolle in der Primärprävention**, indem sie durch Workshops demokratische Werte vermitteln, um die Identität der Schüler*innen zu stärken und sie weniger anfällig für extremistische Anwerbeversuche zu machen ¹.
- Zugang und Zuweisungen:** Ein beträchtlicher Teil der Fälle, die von Beratungsstellen wie KOMPASS bearbeitet werden, wird über Schulen und andere Bildungseinrichtungen vermittelt ² Etwa **ein Viertel der Fälle der Beratungsstelle KOMPASS** kam über Schulen und andere Institutionen zustande ² Beratungsstellen fungieren als zivilgesellschaftliche Anlaufstellen für pädagogisches Personal (z. B. Lehrkräfte oder Schulsozialarbeiter*innen), das sich Sorgen um Jugendliche macht, aber möglicherweise nicht direkt die

2 Quellen

Titel	Jahr	Schlagworte	Relevante Ergebnisse ⁺
 Toleranz statt Extremismus Violence Prevention Network gGmbH	2019	Fremdevaluation Gemischte Methoden Islamistischer Extremismus Beratung	- Schulen sind zentrale Präventionsorte. Workshops stärken Identität und demokratische Werte gegen extremistische Anwerbung ¹. - Kontaktaufnahme gelingt durch unverbindliche Workshops (z.B. zu Islam) und Nutzung der Eigeninteressen der Jugendlichen ². - Verlässliche Ansprechpartner (z.B. Schulsozialarbeiter) und der Schutz vor Stigmatisierung sind entscheidend für Vertrauensaufbau ³.
 Evaluationsbericht Dekonstrukt 2017-2019 Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands gemeinnütziger e. V.	2019	Fremdevaluation Qualitative Methoden Rechtsextremismus Wissensvermittlung Sensibilisierung +5	- Angehörige der Neuen Rechten sind in regulären Bildungseinrichtungen präsent, was neue pädagogische Ansätze erfordert ⁴. - Der direkte Zugang zu Schulen für präventive Maßnahmen erwies sich als schwierig ⁵. - Es besteht ein großer Fortbildungsbedarf bei Lehrkräften; Projektmaterialien wie Vlogs und der Methodenkoffer sind gut für den schulischen Einsatz geeignet ⁶.

Alle aufgelisteten Berichte sollten in einer eigenen Detailansicht geöffnet werden können, in der weiterführende Informationen sowie interaktive Funktionen zur Verfügung stehen (s. Abb. 2). Denkbar ist beispielsweise eine direkte Interaktion mit einem Evaluationsbericht über das integrierte Sprachmodell. Nutzer*innen könnten in natürlicher Sprache Fragen zum jeweiligen Bericht stellen und sich auf diese Weise gezielt Inhalte erschließen. Darüber hinaus könnte die Möglichkeit geschaffen werden, thematisch verwandte Berichte anzeigen zu lassen oder Anmerkungen und Bewertungen zum jeweiligen Bericht zu hinterlassen. Diese Rückmeldungen ließen sich im Anschluss redaktionell auswerten und zur Weiterentwicklung der Datenbank nutzen.

Das Sprachmodell lässt sich darüber hinaus zur redaktionellen Unterstützung einsetzen, etwa für die automatische Verschlagwortung, die Erstellung von Zusammenfassungen oder die Zuordnung der Kategorien. Entsprechende Marker zu automatisierten und redaktionellen Inhalten gewährleisten dabei Transparenz. Der Einsatz eines Sprachmodells kann die Bearbeitung neuer Inhalte oder die Überarbeitung unterstützen und würde es ermöglichen, neue Evaluationsberichte deutlich schneller zugänglich zu machen. Auch bei der nachträglichen Überarbeitung oder Qualitätssicherung könnte das Sprachmodell die Redaktion unterstützen.

Abb. 2: Exemplarische Detailansicht eines Evaluationsberichts mit weiteren Interaktionsmöglichkeiten.



Empfehlungen für die Umsetzung

Eine Evaluationsdatenbank sollte einerseits redaktionell betreut werden und Recherchen auf Grundlage vorgegebener Kriterien ermöglichen. Zugleich wird eine innovative und technologieoffene Integration von KI-gestützten Funktionalitäten, etwa im Hinblick auf automatisierte Verfahren der Datengenerierung, -verarbeitung und -recherche, empfohlen.



Die Entwicklung der Datenbank sollte iterativ und nutzer*innenorientiert erfolgen. Es empfiehlt sich daher, einen agilen Ansatz zu wählen, bei dem bestimmte Teilbereiche schrittweise realisiert, getestet und in enger Abstimmung mit den Zielgruppen weiterentwickelt werden. So können frühzeitig Rückmeldungen aufgenommen, Entwicklung an den Zielgruppen vorbei vermieden und die Anwendung kontinuierlich verbessert werden. Die im Rahmen von *PrEVal* aufgebauten Netzwerke bieten hierfür wichtige Grundlagen.

Um die technische Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten, sollte die Systemarchitektur möglichst modular aufgebaut sein. Die Einbindung von separaten Services in eine gemeinsame Systemarchitektur, die über standardisierte Schnittstellen miteinander kommunizieren, bietet sich hierbei an. Einzelne Komponenten, wie die Suchfunktion, das eingesetzte Sprachmodell oder auch die grafische Oberfläche, können nebeneinander in das Gesamtsystem integriert und so auch größtenteils unabhängig voneinander (weiter-)entwickelt, ersetzt oder skaliert werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die dynamische Entwicklung im KI-Bereich sinnvoll, da sich so neue Technologien oder KI-Dienste (z. B. für die semantische Suche oder für die Erstellung von Textzusammenfassungen) leichter austauschen lassen, ohne die Gesamtarchitektur von Grund auf neu entwickeln zu müssen. Mit einem agilen Vorgehen und einem modularen Aufbau lässt sich eine Datenbank mit den beschriebenen Funktionalitäten implementieren, die den formulierten Anforderungen entspricht.

Trotz einer großen und im Laufe der Zeit wachsenden Datenmenge ist besonderer Wert auf eine strukturell einfache und funktional intuitive Gestaltung zu legen. Diese erlaubt es den Nutzenden, auf verschiedenen Wegen die für sie relevanten Informationen zu finden.

Realisiert wird dies durch eine Kombination von kriteriengeleiteten Suchabfragen mit der Möglichkeit einer freien KI-gestützten Recherche.

Ausgabeformate sollen so gestaltet sein, dass sich Nutzende in verschiedenen Ansichten a) Übersichtsseiten zu Fundstellen entsprechend gewählter Auswahlkriterien (wie z. B. hinsichtlich bestimmter Arbeitsmethoden, Zielgruppen oder Evaluationsansätze) im Vergleich ansehen können, und b) steckbriefartige Kurzbeschreibungen einzelner Evaluationsberichte mit Hinweisen unter anderem zu angewendeten Methoden, zentralen Ergebnissen et cetera anzeigen lassen können.

Offene Datenstandards sollten genutzt werden, um Daten mit vorhandenen Informationsquellen auszutauschen und so Synergien zu schaffen. Dies würde perspektivisch die Vernetzung mit anderen Plattformen erleichtern, den Datenaustausch fördern und die Sichtbarkeit der Inhalte erhöhen. Die langfristige Wartbarkeit und Skalierbarkeit der Lösung sollte ebenso von Beginn an

mitgedacht werden – etwa durch eine detaillierte Dokumentation, offene Schnittstellen und eine tragfähige, langfristig angelegte Betriebsstrategie.

Eine Finanzierung sollte nicht nur Personalkosten und die initiale technische Entwicklung umfassen, sondern auch Möglichkeiten für Austauschrunden und Feedbackmöglichkeiten mit Nutzer*innen beinhalten. Ein iterativer Ansatz ermöglicht es zudem, bereits mit einem überschaubaren Budget ein funktionales *Minimum Viable Product* zu realisieren, welches später bedarfsgerecht ausgebaut werden kann.

Ein solches arbeitsfeldübergreifendes Informationsportal bietet sich in besonderem Maße auch Landes- und Bundesprogrammen als zentrale Plattform für die strukturierte Sichtbarmachung gewonnener Erkenntnisse an. Insgesamt könnte eine Evaluationsdatenbank als Dokumentations-, Austausch- und Lernplattform dabei als ein relevanter Innovationstreiber in den Handlungsfeldern der Extremismusprävention, politischen Bildung, Demokratieförderung und Evaluationsforschung fungieren.

ABBILDUNGEN

Icons S. 20, S. 21, S. 25: media machine GmbH, Mainz.

Abb. 1: Screenshot der Evaluationsdatenbank/eigene Darstellung.

Abb. 2: Screenshot der Evaluationsdatenbank/eigene Darstellung.

TEIL II: Monitoring und Analyse

***Evaluationsforschung und -praxis in
Deutschland und international***

Teilprojekte und Federführende:

- **Teilprojekt PrEval-Plattform – Weiterführung und Vertiefung**
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
an der Universität Bielefeld (IKG)
 - **Teilprojekt Internationales Monitoring**
Global Public Policy Institute (GPPi), Universität Duisburg-Essen
 - **Teilprojekt Evaluationsforschung**
Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut)
-

Kommunale und internationale Perspektiven auf Evaluation und Evaluationsstrukturen sowie Expertisen aus der Evaluationsforschung

Aufbauend auf den bisherigen Ergebnissen wurde das Monitoring der Evaluationspraxis und -forschung in Deutschland und international fortgeführt und inhaltlich vertieft. Im Mittelpunkt stehen drei Perspektiven: kommunale Evaluationsstrukturen in Deutschland, eine internationale Vergleichsstudie sowie aktuelle Entwicklungen der Evaluationsforschung.

Die Analyse kommunaler Evaluationsstrukturen zeigt: Kommunen sind zentrale Orte demokratischer Teilhabe und übernehmen eine wichtige Rolle in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung. Auf Grundlage von 22 qualitativen Expert*inneninterviews wird deutlich, wie Evaluation kommunal strukturell, institutionell und praktisch verankert ist. Gleichzeitig treten fehlende Ressourcen, unklare Zuständigkeiten, Spannungen zwischen unterschiedlichen Handlungslogiken und begrenzte methodische Expertise zutage. Die daraus abgeleiteten Empfehlungen benennen konkrete Ansatzpunkte, um Evaluation nachhaltig und zielgerichtet in kommunalen Strukturen zu verankern.

Das internationale Monitoring ermöglicht die Beobachtung von Veränderungen in der Struktur und Praxis von Prävention und Evaluation im zeitlichen Vergleich. Erkenntnisse aus der zweiten Befragungsrunde von Expert*innen aus zwölf Ländern zeigen: Während sich Bedrohungen durch Extremismus weiterentwickeln, droht das Evaluationsfeld zu stagnieren. Ein zusätzlicher Fokus auf das Verhältnis zwischen politischer Bildung und Prävention zeigt zudem die mangelnde Integration beider Handlungsfelder auf nationaler Ebene auf, auch wenn in einigen Ländern in lokalen Projekten zusammengearbeitet wird. Aus den Ergebnissen geht hervor, wie Prävention und Evaluation weiterentwickelt werden sollten, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Das 25-jährige Monitoring der Evaluationsforschung zeigt eine Entwicklung von abstrakten Demokratieideen hin zu partizipativer Praxis und reflektierter Vielfalt. Neun vertiefte Expertisen erarbeiten im Austausch von Wissenschaft und Praxis anspruchsvolle Methoden, relevante Ansätze und innovative Instrumente, mit denen die Zivilgesellschaft gezielter auf aktuelle Herausforderungen reagieren kann.

Aus all dem ergeben sich wichtige Impulse für die Weiterentwicklung: strukturelle Maßnahmen, transdisziplinäre und wirkungsorientierte Kooperationen sowie praxisnahe Empfehlungen zum Aufbau nachhaltiger Evaluationskapazitäten.

Teilprojekt PrEval-Plattform: Weiterführung und Vertiefung

Kommunale Evaluationsstrukturen und -kapazitäten in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung in Deutschland

Andreas Uhl, Ian Kattein & Andreas Zick

*Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
an der Universität Bielefeld (IKG)*

Kommunen sind zentrale Orte demokratischer Gestaltung, an denen sich entscheidet, wie Teilhabe und Zusammenhalt gelebt werden. Evaluation kann dazu beitragen, die Qualität und Wirksamkeit kommunaler Präventions-, Demokratie- und Bildungsarbeit zu stärken, Lernprozesse anzustoßen und Vertrauen zu fördern. Damit Evaluation dieses Potenzial entfalten kann, bedarf es gemeinsamer Standards, externer fachlicher Unterstützung, stabiler Netzwerke sowie einer Kultur der Kooperation, des Lernens und eines konstruktiven Umgangs mit Fehlern, die von Politik, Verwaltung, Praxis und Wissenschaft gemeinsam getragen wird – als Grundlage für nachhaltige und ressourcensensible Arbeit vor Ort.

Executive Summary & Empfehlungen

Die Befragungsergebnisse zu kommunaler Evaluation und Evaluationsstrukturen in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung in Deutschland zeichnen ein heterogenes Bild: Strukturen, Ressourcen und Evaluationsverständnisse unterscheiden sich teils erheblich. Zwar gilt Evaluation grundsätzlich als nützlich, allerdings stoßen Akteure vor Ort auf mangelnde Sensibilisierung für Evaluation bei Fördermittelgebenden und in Kommunalstrukturen sowie unklare Verantwortlichkeiten und unterschiedliche Handlungslogiken. Für wirksame Evaluation braucht es vor allem externe fachliche Unterstützung, gemeinsame Standards, langfristige Perspektiven sowie tragfähige und praxisnahe Netzwerkstrukturen. Auf dieser Basis formulieren wir folgende Kernempfehlungen.



Politische Entscheidungsträger*innen und Fördermittelgebende auf Bundes- und Landesebene

sollten ein gemeinsames Grundverständnis von Evaluation schaffen, das über reine Kontrolle hinausgeht. Anstatt Evaluation lediglich als verpflichtend im Rahmen von Förderungen vorzugeben, sollten die strukturellen Voraussetzungen und Unterstützungsformate dafür geschaffen werden, dass Evaluation als Lerninstrument genutzt werden kann und Scheitern als Lernchance begriffen wird. Dadurch können nachhaltige Strukturen entstehen, in denen Ressourcen gezielt und schonend für die Weiterentwicklung von Angeboten eingesetzt werden – etwa für Formate, wie sie im Rahmen der *PrEval*-Zukunftswerkstätten entwickelt und vorgeschlagen wurden.

► VOM FORMAT ZUR UMSETZUNG S. 3



Praxisakteure und zivilgesellschaftliche Träger

sollten evaluatives Denken soweit wie möglich in den Arbeitsalltag integrieren. Dazu können einfache Feedbackroutinen, systematische Reflexion und ein strukturiertes Wissensmanagement aufgebaut werden, um nachhaltiges Wissen zu sichern. Komplexe Fragestellungen sollten durch externe Expertise unterstützt, dabei partizipative Formate genutzt und Kooperationen mit Wissenschaft – etwa über projektbegleitende Evaluationen – ausgebaut werden. Eigene Netzwerke sollten bedarfsgerecht für Evaluationsthemen genutzt werden: vertrauensvolle, starke Netzwerke zur Professionalisierung sowie informelle Netzwerke und Austauschformate zur Sensibilisierung für Evaluation und zur Verbreitung und Einholung von Evaluationswissen.



Forschungseinrichtungen und Hochschulen

müssen langfristige Partnerschaften mit Kommunen aufbauen, praxisnahe Fragestellungen aufgreifen und Evaluationswissen in Ausbildung, Weiterbildung und Beratung einbringen. Praxis-Wissenschaft-Kooperationen sind eine wichtige Komponente für nachhaltige Kapazitätsentwicklung. Institutionelle Stabilität praxisnaher Forschung sollte gewährleistet werden, um Abhängigkeiten von Professuren oder Einzelpersonen im Rahmen von langfristig angelegten Kooperationen zu reduzieren.

Evaluation kann integraler Bestandteil kommunaler Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischer Bildung sein. Sie ist mehr als eine formale Pflicht: Sie kann Lernen ermöglichen, Innovationen schaffen und durch Transparenz Vertrauen stärken und demokratische Resilienz fördern.

Kommunen als Orte demokratischer Teilhabe

Kommunen gelten als zentrale Orte demokratischer Mitgestaltung, an denen politische Teilhabe und gesellschaftliche Aushandlung direkt erlebbar werden. Sie nehmen deshalb auch bei der Umsetzung von Maßnahmen der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung eine wichtige Rolle ein. Innerhalb ihrer Verwaltungsstrukturen sind Kommunen in die Umsetzung staatlicher Förderprogramme eingebunden. Gleichzeitig entstehen vor Ort auch lokale, vielfach zivilgesellschaftlich getragene Strukturen der Präventions- und Bildungsarbeit.

In den letzten Jahren übernehmen zunehmend Kommunen selbst Verantwortung für die Radikalisierungsprävention (Biene 2020), denn Radikalisierung und demokratiefeindliche Entwicklungen zeigen sich in konkreten lokalen Lebenswelten – in Schulen, Vereinen, Nachbarschaften und öffentlichen Räumen. Entsprechend findet auch die präventive und demokratiestärkende Praxis vor Ort statt: durch kommunale Netzwerke, Bildungsinitiativen oder Präventionsmaßnahmen. Damit solche Maßnahmen und Angebote gezielt wirken können, braucht es Evaluation, die nicht nur rückblickend kontrolliert, sondern laufend Orientierung bietet – darüber, was funktioniert, für wen und unter welchen Bedingungen (Pawson/Tilley 1997). Besonders in konfliktgeladenen oder politisierten Kontexten ist eine systematisch verankerte, unabhängige Evaluation notwendig und zielführend. Sie schützt fachliche Standards, sichert Vertrauen und stärkt die langfristige Handlungsfähigkeit von Prävention, Demokratieförderung und politischer Bildung.

In den Bundesprogrammen wie *Demokratie leben!* (BMBFSFJ) oder *Zusammenhalt durch Teilhabe* (BMI) ist Evaluation fest in der Programmstruktur verankert, wodurch viele geförderte Träger bereits vielfältige Erfahrungen mit Qualitätssicherung und Wirkungsanalyse sammeln konnten. Dadurch konnte sich auch auf kommunaler Ebene bereits Evaluationswissen ausbilden. Bei den zahlreichen kleineren oder weniger formal gebundenen Angeboten, etwa in Form von kommunalen Präventionsräten, unabhängigen Beratungsstellen oder ressortübergreifenden Arbeitsgruppen, bestehen hier aber oft noch Lücken.

Evaluationsstrukturen

sind formalisierte und institutionalisierte, aber auch informelle Strukturen, innerhalb derer Evaluationen durchgeführt werden (Stockmann 2022). Sie unterliegen formalen Regeln, die von Förderinstitutionen vorgegeben oder von gesellschaftlichen und sozialen Normen geprägt sein können. Diese Strukturen können eine mehr oder minder ausgeprägte Evaluations-, Fehlerbeziehungsweise Lernkultur begünstigen.

Zwar haben sich innerhalb der kommunalen Verwaltungen gewisse Strukturen etabliert, die mit der Koordination, Prävention oder politischen Bildungsarbeit betraut sind oder zumindest Berührungspunkte zu diesen Handlungsfeldern besitzen. Im kommunalen Raum fehlt es aber häufig an standardisierten Verfahren, klaren Zuständigkeiten oder ausreichenden Ressourcen für Evaluation. Dadurch werden nicht nur der erforderliche Wissenstransfer zwischen Akteursgruppen, sondern auch das Lernen aus Erfahrung und die strategische Weiterentwicklung bestehender Strukturen erschwert. Dies ist insofern wichtig, da viele der involvierten Akteure an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und lokaler Politik einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung demokratischer Resilienz im kommunalen Raum leisten.

Vor diesem Hintergrund widmet sich dieses Kapitel der Frage, welche Evaluationsstrukturen sich im kommunalen Kontext bereits etabliert haben, wie diese ausgestaltet sind und welche Faktoren ihre weitere Entwicklung begünstigen oder hemmen beziehungsweise wo sich bislang noch keine Strukturen ausbilden konnten. Auf Grundlage qualitativer Interviews mit kommunalen Akteuren der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung wurde untersucht,

- wie Evaluation in der kommunalen Praxis verankert ist,
- welche Bedarfsebenen und Nutzungsszenarien existieren und
- welche Herausforderungen sich hierbei zeigen.

Ziel war es zum einen, anhand der Datengrundlage bestehende kommunale Strukturen in den Handlungsfeldern zu analysieren und zu systematisieren, und zum anderen, Empfehlungen für deren (Weiter-)Entwicklung abzuleiten und somit erste Anhaltspunkte dafür zu liefern, unter welchen Bedingungen kommunale Evaluationsstrukturen entstehen und wirksam werden können.

Im Fokus standen dabei insbesondere die institutionellen Rahmenbedingungen, personellen Ressourcen, methodischen Kompetenzen und strategischen Zielsetzungen, mit denen Evaluation in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung auf kommunaler Ebene verbunden ist. Evaluation wird dabei nicht als bloßes technisches Prüfverfahren verstanden, sondern als Bestandteil reflexiver Praxis in einem sich dynamisch entwickelnden Praxisfeld, mit unmittelbarer Bedeutung für die demokratische Resilienz vor Ort.

Die Analyse schließt an zwei vorausgegangene empirische Erhebungen des *Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) an. Diese nahmen vor allem eine Gesamtsicht auf die Evaluationslandschaft und Evaluationskapazitäten in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung in Deutschland ein, beinhalteten zum Teil aber auch bereits kommunale Perspektiven. Hier werden nun letztere noch einmal bewusst genauer beleuchtet und im Forschungskontext der geleisteten Vorarbeiten analysiert.

Evaluationskapazitäten

können als das Gesamt(nutzungs)potenzial verstanden werden, das für die Durchführung von Evaluationen eingesetzt werden kann (Uhl et al. 2024: 12), sodass Evaluationen nicht nur punktuell, sondern regelmäßig, strategisch und handlungsleitend eingesetzt werden können. Dazu gehören zum Beispiel Personal- und Finanzressourcen sowie Methodenexpertise. Evaluationskapazitäten stellen ein wesentliches Element für das Verständnis und die Analyse von Evaluationsstrukturen dar.

Kommunale Evaluationsstrukturen: Akteure, Rahmenbedingungen und Bedarfe

In der Auswertung der Interviewdaten ließen sich erste Cluster bilden. Bei deren Verfeinerung zeigte sich jedoch, dass lokale und kommunale Kontextfaktoren beziehungsweise Rahmenbe-



Kommunale Evaluationsstrukturen: Methodik

Die Analyse von Evaluation auf kommunaler Ebene ist herausfordernd, da sie nicht standardisiert, sondern in spezifische lokale Verwaltungslogiken, Netzwerke und politische Kulturen eingebettet ist. Die Untersuchung kommunaler Evaluationsstrukturen erfolgte daher in einem qualitativen Forschungsdesign mit leitfadengestützten Expert*inneninterviews. Ziel war es, Gelingensbedingungen von Evaluation auf kommunaler Ebene zu identifizieren sowie Unterstützungsbedarfe und Weiterentwicklungsmöglichkeiten zu erfassen.

Stichprobenbildung

Für die Datenerhebung wurde ein breites Akteursfeld einbezogen, das unterschiedliche Perspektiven auf Planung, Durchführung und Nutzung von Evaluation abbildet. Hierbei konnte auch auf die Stichprobe früherer Erhebungswellen zurückgegriffen werden.

Berücksichtigt wurden Kommunen verschiedener Größen und Verwaltungsformen (Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt, ländlicher Raum) sowie unterschiedlicher Professionalisierungsgrade in der Präventions- und Bildungsarbeit. Kontextfaktoren wie die Ressourcenlage oder demografische Struktur flossen ebenfalls in die Typisierung der Fälle ein. Auf dieser Basis konnten sowohl Kommunen mit etablierten Evaluationsroutinen als auch solche mit weniger Erfahrung in die Analyse aufgenommen werden.

Datenerhebung und Auswertung

Zwischen September 2024 und März 2025 wurden insgesamt 22 leitfadengestützte Expert*inneninterviews durchgeführt. Der Leitfaden orientierte sich an thematischen Schwerpunkten wie lokalen Problemlagen, eingesetzten Lösungsstrategien, Einbindung von Evaluation sowie daran anschließenden Bedarfen und Herausforderungen im kommunalen Kontext. Er bot zugleich Raum für individuelle Schwerpunktsetzungen und spezifische Praxisperspektiven.

Die Interviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und mit MAXQDA auf Basis einer inhaltlich-strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2016) ausgewertet. Dabei wurden deduktiv aus dem Leitfaden abgeleitete Kategorien mit induktiv gewonnenen Aspekten aus dem Material kombiniert.

Im Zuge der Datenanalyse erfolgte eine Verfeinerung der groben Typisierung der Stichprobe, indem Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Akteursgruppen systematisch herausgearbeitet wurden. Die Stichprobe ist nicht repräsentativ, erlaubt jedoch eine differenzierte Typenbildung und Hypothesengenerierung im Sinne explorativer qualitativer Forschung.



Weiterführende Informationen zum methodischen Vorgehen und zur Datenauswertung finden sich unter <https://preval-plattform.de/kommunen>.

dingungen stark variieren – und damit auch die Implementierung von Evaluation. Daraus ergeben sich jeweils spezifische Analyseebenen, die im weiteren Verlauf beleuchtet werden – nicht zuletzt, um ihre Weiterentwicklungspotenziale zu identifizieren. Zunächst wird jedoch die Typisierung vorgestellt, anhand derer sich die Analyse weiter aufspannen lässt.

Typisierung der unterschiedlichen Akteursgruppen

Die interviewten Einrichtungen wurden insgesamt fünf Hauptkategorien zugeordnet:

- Netzwerk- und Koordinierungsstellen ($n=6$)
- Kommunale Präventionsräte und -netzwerke ($n=6$)
- Sicherheitsbehörden ($n=2$)
- Fachstellen ($n=5$)
- Projektträger ($n=3$)

Diese Typisierung orientiert sich an der strukturellen Einbettung der interviewten Einrichtungen sowie ihrer funktionalen Rolle im Evaluationsgeschehen hinsichtlich der Steuerung, Koordination, Beauftragung, Durchführung, Beratung oder (politischen) Rahmensetzung.

Ziel war es, möglichst viele Akteure auf kommunaler Ebene einzubeziehen, insbesondere auch in Gemeinden und Kleinstädten. Hier erwies es sich allerdings als schwierig, Akteure mit nachweisbarer Evaluationserfahrung zu identifizieren.

Da Gespräche ohne entsprechende Anknüpfungspunkte als weniger zielführend für das Erkenntnisinteresse der Befragung eingeschätzt wurden, verlagerte sich der Fokus daher sukzessive auf höhere Verwaltungsebenen – insbesondere auf Fach-, Netzwerk- und Koordinierungsstellen, die als Anlaufstellen für unterschiedliche Fragen auftreten und betreuend wie koordinierend zwischen den Verwaltungsebenen arbeiten. Wenngleich deren Einschätzungen nicht immer auf eigener Praxiserfahrung basierten, erwies sich dieser Zugang als besonders ergiebig, um tiefere Einblicke in kommunale Strukturen zu gewinnen: Durch ihre Vernetzung und Überblicksfunktion lieferten sie wertvolle Informationen über vorhandene Evaluationskapazitäten in den von ihnen begleiteten Bereichen.

Die kommunale Ebene

In den Blick genommen wurden Kreise, Städte, Gemeinden und Stadtbezirke in Deutschland, die sich mit Evaluation in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung beschäftigen.

Der Begriff *kommunal* bezeichnet alle Strukturen, Akteure und Prozesse, die innerhalb der öffentlichen Selbstverwaltung verortet sind. Er verweist auf die institutionelle und administrative Ebene, auf der politische Entscheidungen getroffen, Ressourcen gesteuert und Maßnahmen in den genannten Handlungsfeldern umgesetzt werden. Kommunale Strukturen nehmen zugleich die Rolle als Umsetzungsinstanzen und steuernde Schnittstellen zwischen zivilgesellschaftlichen Projekten, politischen Zielsetzungen und übergeordneten Programmen ein. Sie stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zu landesweiten oder bundesweiten Steuerungs- und Unterstützungsstrukturen, die durch Beratung, Vernetzung und Qualifizierung auf die lokale Ebene einwirken und maßgeblich zur Entwicklung von Standards, zur Professionalisierung sowie zur horizontalen und vertikalen Koordination von Maßnahmen der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung beitragen.

Kommunale Evaluationsstrukturen

bezeichnen die auf kommunaler Ebene verankerten Akteure, Evaluationskapazitäten und Prozesse, die für Planung, Durchführung und Nutzung von Evaluation relevant sind. Dazu gehören Kenntnisse über Funktionen und Nutzen von Evaluation, deren Einbindung in Arbeitsprozesse sowie die Inanspruchnahme externer Expertise, um bestimmte Handlungsziele zu erreichen bzw. diese zu überprüfen.

Die Evaluationsgegenstände sind lokal verankert (etwa Projekte, die vor Ort umgesetzt werden) und lokale Kontextfaktoren müssen berücksichtigt werden. Auch der regionale Bezug von Evaluationsakteuren kann relevant sein, beispielsweise Hochschulen im Einzugsbereich oder bestehende (persönliche) Netzwerke. Im Unterschied zum Begriff *lokal*, der stärker auf spezifische Sozialräume und zivilgesellschaftlich getragene Vorhaben verweist, hebt *kommunal* somit die institutionelle, politisch-administrative und steuernde Funktion der Beteiligten hervor, die dauerhaft, rechtlich legitimiert und ressourcengestützt in die Gestaltung demokratischer Strukturen eingebunden sind. Die kommunale Ebene bildet in diesem Gefüge das zentrale organisatorische Rückgrat für eine strategisch verankerte Präventions-, Bildungs- und Demokratieförderarbeit und deren Weiterentwicklung.

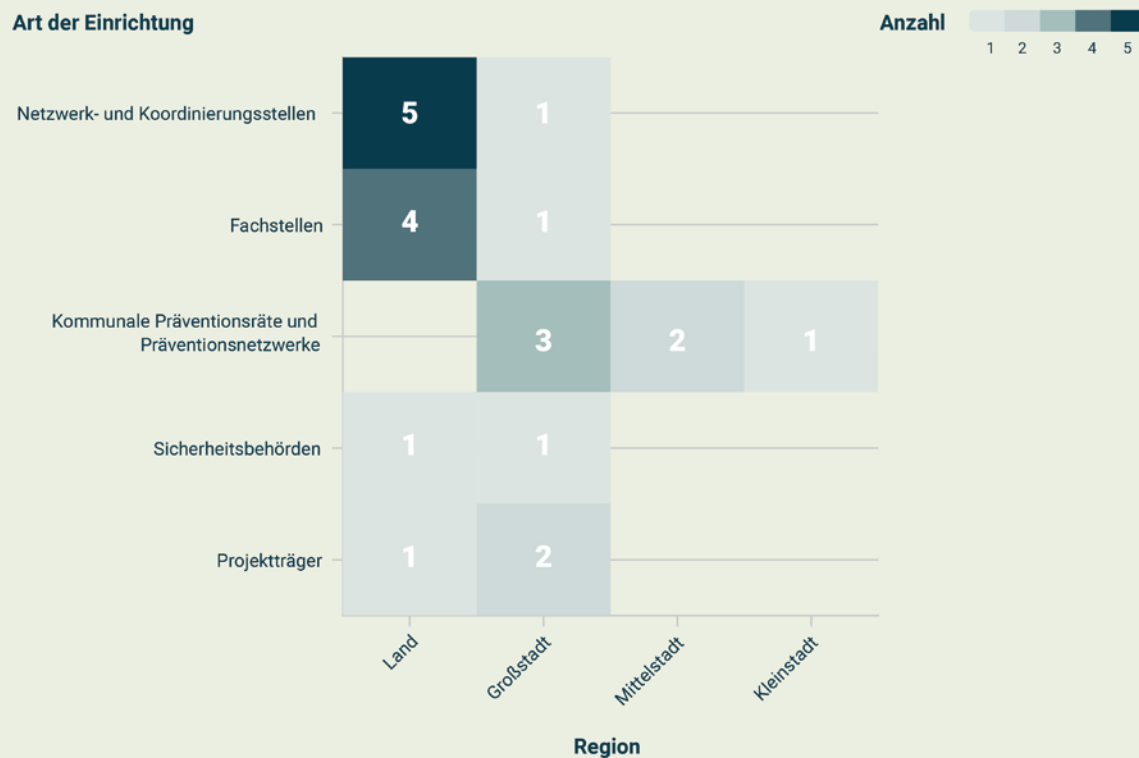
Eine vollständige Analyse kommunaler Evaluationspraxis war im Rahmen dieses Vorhabens nicht möglich. Für künftige Forschung wäre daher eine erweiterte Ressourcenbasis wünschenswert, um die kommunale Ebene noch umfassender betrachten zu können. Die vorliegenden Ergebnisse liefern jedoch bereits eine Grundlage für eine erste Systematisierung und zeigen zentrale Bedingungen, Hemmnisse und Potenziale kommunaler Evaluationsstrukturen auf.

Abbildung 1 zeigt die ersten Ergebnisse: Ein Großteil der interviewten Einrichtungen ist auf Landesebene und in Großstädten angesiedelt, mit einem Schwerpunkt auf Netzwerk- und Koordinierungsstellen auf Landesebene. In Mittel- und Kleinstädten konnten vor allem kommunale Präventionsräte und -netzwerke interviewt werden.

Die befragten **Netzwerk- und Koordinierungsstellen** erfüllen in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung eine zentrale Mittlerrolle zwischen fördernden und geförderten Einrichtungen: zwischen Verwaltung und Politik sowie zwischen der Präventions- und Evaluationspraxis. Meist agieren sie überregional, typischerweise bundeslandweit. Teilweise verwalten und steuern sie Förderprogramme (z. B. auf Landesebene) und verteilen Fördermittel, betreuen Antragsverfahren und prüfen Verwendungsnachweise. In fast allen Fällen wurden alle der oben genannten drei Handlungsfelder adressiert, während Evaluationen typischerweise bei den vernetzten oder koordinierten Projektträgern erfolgen. Einige Befragte setzen eigene Programme um und lassen diese extern evaluieren. Durch ihre enge Anbindung an die politische Ebene erfüllen die Netzwerk- und Koordinierungsstellen häufig eine Steuerungsfunktionen, wodurch sie einerseits eine Überblicksperspektive einnehmen und andererseits den Informationsfluss zwischen Förderstrukturen, Politik und Verwaltung und der Praxis sicherstellen. Unterschiede zwischen den Einrichtungen ergeben sich vor allem in der jeweiligen Anbindung an die Bundesebene, die stärker oder schwächer ausfallen kann.

Kommunale Präventionsräte und Präventionsnetzwerke sind typischerweise stark lokal verankert, die Befragten waren zudem durchweg in kommunale Verwaltungsstrukturen eingebettet (z. B. in der Jugend-, Sicherheits- oder Sozialverwaltung). Ihre Hauptaufgabe liegt in der lokalen Vernetzung

Abb. 1: Befragte Akteure und ihre regional-institutionelle Zuordnung.



und Anbahnung von Kooperationen zwischen präventionsrelevanten Akteuren vor Ort, darunter Akteure der Zivilgesellschaft, Sicherheitsbehörden, Justiz, Beiräten, Religionsgemeinschaften, Vereinen, Kultureinrichtungen, Unternehmen, Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen sowie der Politik. Je nach finanzieller Ausstattung treten sie teilweise selbst als Mittelgeber auf. Am häufigsten wurden die Demokratieförderung und Extremismusprävention als Handlungsfelder genannt, aber auch die politische Bildung wird adressiert. Evaluationen erfolgen hauptsächlich als Selbstevaluationen der koordinierten Projekte. Externe Evaluationen werden wegen fehlender Ressourcen selten beauftragt.

Sicherheitsbehörden sind stark in der kommunalen Präventionsarbeit engagiert. Nahezu alle der 22 interviewten Einrichtungen berichteten von erfolgreichen und gewinnbringenden Kooperationen, meist mit örtlichen Polizeibehörden, die als wichtige Partner in der kommunalen Präventionsarbeit wahrgenommen werden. Allerdings zeigten sich bei den beiden interviewten sicherheitsbehördlichen Akteuren verschiedene konzeptionelle Herangehensweisen: Während einer der Akteure einen eher klassischen, auf Risikowahrnehmung und Schutz fokussierten Zugang mit langfristig etablierten Verfahren und Zielgruppenzugängen verfolgt, setzt der andere Akteur auf einen kooperativen Ansatz mit starker Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese Präventionsarbeit ist durch eine hohe Dynamik, intensive Netzwerkarbeit und die Einbeziehung vielfäl-

tiger zivilgesellschaftlicher Einrichtungen geprägt. Neben Gewalt- und Kriminalprävention wurde die Extremismusprävention als weiterer Schwerpunktbereich genannt. Evaluation ist bei den Befragten bislang wenig institutionalisiert, eine Einrichtung berichtete allerdings von einer selbst initiierten Evaluation ihrer Maßnahmen.

Fachstellen zeichnen sich durch eine hohe strukturelle Stabilität aus – besonders dann, wenn sie Teil der örtlichen Verwaltungsstruktur sind. Alle befragten Fachstellen arbeiten in der Extremismusprävention, meist als Anlaufstellen für Fortbildungen, Beratung (einschließlich Verweisberatung), Krisenintervention bis hin zu Umfeld- und Ausstiegsberatung. Drei Einrichtungen adressierten zudem Demokratieförderung, eine die politische Bildung als weiteres Handlungsfeld. Evaluationskapazitäten und Evaluationswissen wie auch der Professionalisierungsgrad variieren stark zwischen den Fachstellen. Manche Einrichtungen führen keine Evaluationen durch, andere hingegen umfangreiche interne und externen Evaluationen, meist in Kooperation mit wissenschaftlichen Partner*innen. Unterschiede bestehen vor allem hinsichtlich ihrer Ressourcenausstattung, ihrer Einbettung in Verwaltung sowie Politik als auch ihrer Anbindung an Bundes- und Landesebenen.

Projektträger sind typischerweise von zeitlich befristeten Förderungen abhängig, die selten in eine Verstetigung oder institutionelle Absicherung überführt werden. Projekte werden sowohl von zivilgesellschaftlichen Trägern als auch durch kommunale Einrichtungen initiiert. Alle drei befragten Einrichtungen adressieren Demokratieförderung und politische Bildung und eine davon zusätzlich die Extremismusprävention. Die Projektträger verfügen über umfassende und detaillierte Kenntnisse des Feldes, der Zielgruppen und der Präventionspraxis. Externe Evaluationen erfolgen hier eher selten und in der Regel im Auftrag der jeweiligen Förderprogramme, die mehr die Programmsteuerung als die organisationsinterne Weiterentwicklung im Blick haben. Meist werden Selbstevaluationen durchgeführt, wobei vorhandene Qualifikationen und Ressourcen und die genutzten Ansätze und Instrumente stark variieren. Während einige Einrichtungen über jahrelange Erfahrung in der (Selbst-)Evaluation verfügen, beschränken sich andere auf Maßnahmen der Qualitätssicherung oder wenden einfache Evaluationsinstrumente an. Oft ist vorhandene Evaluationsexpertise und -erfahrung zufällig individuellen Vorerfahrungen oder einer sozialwissenschaftlichen Ausbildung des Personals geschuldet. Die starke Abhängigkeit der Träger von befristeten Fördermitteln und Beschäftigungsverhältnissen führt häufig zu einer hohen Personalfuktuation, was den organisationsinternen Kapazitätsaufbau erschwert. Damit unterscheiden sich Projektträger deutlich von stärker institutionell angebundenen Akteuren in dieser Befragung.

Die Befragung zeigt, dass kommunale Evaluationsstrukturen äußerst heterogen sind. Bereits innerhalb der gebildeten Akteurstypen zeigen sich deutliche Unterschiede – etwa in der Ausprägung des Evaluationsverständnisses, vorhandener Evaluationskapazitäten und in der praktischen Umsetzung von Evaluationen. Institutionelle Anbindungen, Ressourcenausstattungen oder lokale politische Konstellationen prägen jeweils spezifische Handlungslogiken und Herausforderungen im Umgang mit Evaluation. Diese Vielfalt bildet die Grundlage für die vertiefende Analyse.

Kommunale Rahmenbedingungen für Evaluation

Aufgaben im Bereich der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung – ebenso wie deren Evaluation – zählen nicht zu den gesetzlich festgelegten Pflichtaufgaben von Kommunen, sondern werden über Förderprogramme umgesetzt. Besonders Bundes- und Landesprogramme wie *Demokratie leben!* und *Zusammenhalt durch Teilhabe* machen inhaltliche Vorgaben, stellen Finanzmittel bereit und haben bereits in vielen Kommunen zentrale Impulse für die Entwicklung entsprechender Strukturen und Maßnahmen gesetzt.

Vor diesem Hintergrund sind die kommunalen Rahmenbedingungen stark durch föderale Verflechtungen von Bund, Ländern und Kommunen geprägt (Bogumil/Gräfe 2024), was auch die Evaluation beeinflusst. Bundes- und landesweite Koordinierungs-, Fach- und Beratungsstellen arbeiten dabei an den Schnittstellen zwischen Politik, Verwaltung und Fachpraxis und unterstützen inhaltlich wie methodisch und bei Evaluationen. In den Interviews wurde dies bestätigt: Förderstrukturen setzen thematische Schwerpunkte, deren Umsetzung Kommunen vor Ort ausgestalten.

Außerhalb von Bundes- und Landesprogrammen – so die Interviewdaten – hängt die Fach- und Evaluationspraxis auf kommunaler Ebene stark von Haushaltslage, Verwaltungsstruktur, politischer Rahmung und vorhandener Fachkompetenz ab. Entsprechend variiert auch der Stellenwert von Evaluation als Steuerungsinstrument deutlich zwischen den befragten Einrichtungen.

Die Interviews zeigten jedoch auch, dass Evaluation besonders dann nachhaltig wirkt, wenn sie als Lern- anstatt als reines Kontrollinstrument verstanden wird – und wenn stabile Förderbedingungen sowie eine politische Kultur der Wertschätzung vorliegen. Dazu gehört auch die Etablierung von Qualifizierungs- und Unterstützungsformaten für Fachkräfte und Träger. Dadurch lässt sich Innovation schaffen, die wiederum zur Programmentwicklung, auch auf kommunaler Ebene, genutzt werden könnte.

Nachhaltige Strukturen finden sich vor allem in Kommunen mit stabiler Finanzierung, klaren Zuständigkeiten und politischer Rückendeckung für Evaluation. Um kommunale Evaluationskapazitäten so zu stärken, dass Evaluation ihr volles Potenzial entfalten und Lernen ermöglichen kann, müssen verschiedene Bedarfsebenen adressiert werden. Die Interviewdaten verdeutlichen, wie stark bestehende Rahmenbedingungen die kommunale Evaluationspraxis prägen und welche Ansatzpunkte sich daraus für ihre Weiterentwicklung ableiten lassen.

Förderung der Sensibilisierung für Evaluation

In den Interviews wurde Evaluation generell als wertvolles Instrument zur Weiterentwicklung der Arbeit in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung eingeschätzt. Gleichzeitig zeigte sich jedoch, dass sie im kommunalen Bereich eher unregelmäßig eingesetzt wird. Rund ein Drittel der Befragten sieht daher auch einen teils erheblichen Aufholbedarf bei der Sensibilisierung für Evaluation und deren Nutzen – Sensibilisierung verstanden als Aufbau eines gemeinsamen Verständnisses von Evaluation, die Hervorhebung ihres Nutzungspotenzials und Förderung der Bereitschaft, Evaluation aktiv einzusetzen und Ergebnisse konstruktiv zu nutzen.

Zur Sensibilisierung gehört ebenfalls ein gemeinsames Begriffsverständnis, welches sich in den Interviews bislang nicht feststellen lässt – die Interviewten merkten dies zum Teil auch selbst an.

Kapazitätenerhebung

Ergebnisse der bundesweiten Erhebung von Evaluationskapazitäten im Bereich der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung finden sich auf der *PrEval-Plattform*.



<https://preval-plattform.de>

Teilweise wurde Evaluation auch Routineaufgaben der Qualitätssicherung oder einem nach Veranstaltungen ausgegebenen „Minimalfragebogen“ zugeordnet. Dies verweist auf ein breites, teils unscharfes Evaluationsverständnis. Während Qualitätssicherung vor allem die Einhaltung und Verbesserung von Standards und Prozessen im laufenden Betrieb beschreibt und dabei häufig auf Routinedaten oder Feedbackinstrumente zurückgreift, geht Evaluation darüber hinaus: Sie prüft systematisch Wirksamkeit, Angemessenheit und Effizienz – nicht zuletzt auch, um Entscheidungen daraus ableiten zu können (Stockmann 2002). Hierbei kommen spezifische Forschungsdesigns und Erhebungsmethoden zum Einsatz, die oftmals externe Expertise erfordern.

Ein gemeinsames Begriffsverständnis ist deshalb eine wesentliche Voraussetzung für die Vergleichbarkeit von Evaluationen und eine gewisse Standardisierung. Ein klar definierter Evaluationsbegriff könnte ein gemeinsames Verständnis schaffen, die Abstimmung zwischen Praxis, Verwaltung und Politik erleichtern und die gezielte Umsetzung von Weiterentwicklungsmaßnahmen ermöglichen, sodass diese sich optimal entfalten. Ein unscharfes Begriffsverständnis hingegen kann zu verzerrten Bildern und Erwartungen gegenüber der Fachpraxis führen und die zielgerichtete Mittelzuleitung erschweren. In einer ersten Erhebungswelle des IKG (siehe *Methodik-Box*) zeichnete sich diesbezüglich eine Art Scheinprofessionalisierung ab: Quantitative Angaben der Befragten ließen zunächst den Eindruck entstehen, dass (Selbst-)Evaluation bereits weiter verbreitet sei und auch professionelle Methoden zum Einsatz kämen (Uhl et al. 2022: 7, 27–28). Nachvalidierungen durch qualitative Nachfragen im persönlichen Gespräch zeigten jedoch, dass diese Zwischenergebnisse das jeweils zugrundeliegende Begriffsverständnis abbildeten. Auch in der aktuellen Befragung wurde daher das jeweilige Evaluationsverständnis erfragt, um die Bedarfsebenen besser abbilden zu können.

Die aktuellen Interviewdaten machen außerdem deutlich, dass unzureichende Sensibilisierung für Evaluation Vorbehalte gegenüber ihrer Anwendung fördern kann – insbesondere dann, wenn Evaluation als disruptiv und nicht als Lernmöglichkeit für die eigene Arbeit wahrgenommen wird:



„Um nicht auf die Idee [zu kommen], das alles in Frage zu stellen, weil auch das schwingt dann immer so mit, wenn man jetzt eine Evaluation macht, stellt man vielleicht das ganze Konstrukt in Frage und muss es vielleicht am Ende komplett über den Haufen werfen, weil die Wissenschaftlichkeit oder die Evaluation dann zu einem ganz anderen Schluss kommt. [...]“

Diese Haltung richtet sich häufig auch an politische Entscheidungsträger*innen, die Evaluation nach Ansicht der Befragten aus Sorge vor unbequemen Ergebnissen eher zögerlich unterstützen – zumal sie ohnehin oft aus Ressourcenmangel nicht stattfinden können:

”

„Selbst wenn man Geld und Ressourcen hätte, ist es oftmals gar nicht gewollt, weil viele Angst haben, es käme ja dann vielleicht raus, dass manche Sachen überhaupt nicht so laufen, wie man es gerne möchte. [...] Das ist dann wieder das Problem, was wir mit Politik haben.“

Die Interviews machen deutlich, dass hier unterschiedliche Handlungslogiken aufeinandertreffen: Während die Fachpraxis Evaluation verstärkt zur Weiterentwicklung der eigenen Arbeit nutzen möchte, überlagern sich im politischen Raum oftmals Rollenkonflikte, strategische Entscheidungen und die Sorge, dass kritische Ergebnisse politisch instrumentalisiert werden könnten. Wo Evaluation als Lern- und Entwicklungsinstrument verstanden wird, entstehen Innovationsräume. Wo sie als Kontrollinstrument oder potenzielle politische Waffe wahrgenommen wird, kommt es zu Zurückhaltung bis Ablehnung. Ein Befragter einer Sicherheitsbehörde sieht hier die Politik in der Verantwortung: „Es muss ein politischer Wille da sein [...], es muss Interesse da sein, ja, und dann wird das gemacht.“

Diese Zurückhaltung bremst Lern- und Innovationsprozesse: Werden Evaluationen aus Sorge vor negativer (Um-)Deutung vermieden oder Evaluationsergebnisse nicht genutzt, bleiben Fehlentwicklungen unentdeckt und Chancen zur Weiterentwicklung ungenutzt. Dadurch droht langfristig Stagnation oder ein Rückschritt kommunaler Bemühungen in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung.

Nur, wenn Evaluation als Chance verstanden und in allen relevanten Akteursgruppen akzeptiert wird, kann sie ihr Potenzial entfalten, die Qualität, Wirksamkeit und Transparenz kommunaler Arbeit in den Handlungsfeldern langfristig zu sichern.

Um Evaluation in der kommunalen Präventionsarbeit nachhaltig zu verankern, braucht es mehr Sensibilisierung für Evaluation und deren Nutzen – auf unterschiedlichen Handlungsebenen.

Empfehlungen für Politik und Verwaltung

- Bewusstsein für den langfristigen Nutzen von Evaluationen fördern – insbesondere auf der Führungsebene.
- Ergebnisse nicht nur erheben, sondern auch konsequent nutzen, um Entscheidungen zu fundieren. Hierfür müssen nachgelagerte Lernprozesse strukturell in Projekten vorgesehen werden.
- Eine übergeordnete Handlungsstrategie entwickeln, die Evaluation als festen Bestandteil kommunaler Präventionsarbeit verankert.
- Übergeordnete Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen (s. *Teil I: Vom Format zur Umsetzung* ► S. 3) aufbauen, um die Fachpraxis zu unterstützen, eine Begriffs- und Methodenklarheit zu entwickeln.



Die Befragten wünschten sich in diesem Zusammenhang vor allem professionelle Unterstützung – einerseits zur weiteren Sensibilisierung und damit Professionalisierung und andererseits bei der Datenerhebung, -analyse und -interpretation. Hier braucht es also einen stärkenden und systemisch angelegten Ansatz zum Aufbau von Evaluationskapazitäten.

Kommunale Evaluationsstrukturen und -kapazitäten stärken

Die Interviews zeigten vielfältige Bedarfe nach externer Unterstützung für Evaluationen. Diese spiegeln die Einbettung der befragten Einrichtungen in die heterogene Angebotslandschaft sowie unterschiedliche institutionelle Voraussetzungen und Anbindungen, Professionalisierungsgrade und Ressourcenausstattungen in der kommunalen Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung wider. Alle äußerten ein grundlegendes Interesse an Evaluationen und deren Ergebnissen, vor allem auch in Bezug auf Wirksamkeitsanalysen, Weiterentwicklung von Maßnahmen und Legitimation gegenüber Fördermittelgebenden und der Öffentlichkeit.

Bedarf nach externer Unterstützung

Die meisten befragten kommunalen Akteure betonen aber auch die Notwendigkeit externer Unterstützung bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Evaluationen. Vor allem kleinere Projektträger und Netzwerkstellen schilderten, dass sie für eine eigenständige Umsetzung von Evaluationsvorhaben oftmals weder über die personellen Ressourcen noch über benötigte methodische Fachkenntnisse verfügen.

„Da müsste man schon mehr machen und sich auch mehr mit Befragungen oder solchen Sachen beschäftigen. Das ist bei uns im Alltagsgeschehen einfach nicht vorhanden. [...] Daher würde ich mir auch nicht auf die Fahne schreiben, ich bin jetzt kompetent darin, Fragebögen zu erstellen. Sondern das würde ich dann tatsächlich an Leute abgeben, die das permanent machen und [...] wissen, was sie da tun [...].“

Dieser Bedarf sollte jedoch nicht als vollständige „Auslagerung“ von Evaluation verstanden werden, sondern vielmehr als Wunsch, durch begleitende Prozesse von unabhängigen Stellen den Aufbau eines grundlegenden Verständnisses für Evaluation zu fördern, ohne dabei zu überfordern.

„Also was ich mir tatsächlich wünschen würde, ist eine Struktur [...], dass sie einerseits uns sozusagen zur Selbsthilfe ermächtigen und unterstützen soll, prozessbegleitend, anhand der jeweiligen Wirkkriterien, die der Eigenlogik unseres Aufgabenmandates entspricht. [...] also eine Institution, die verstetigt, angesiedelt ist, idealerweise auch wissenschaftlich, [...] um [...] auch so ein Stück weit die etwas abstraktere Vogelperspektive auf den Arbeitsbereich zu haben und die jetzt sozusagen nicht nur aus dieser Fördereigenlogik heraus denkt, [...] uns sozusagen ermächtigt zur Entwicklung eigener Kriterien, die wir im Alltag auch in unserer Handlungspraxis, unser Tagesgeschäft, sage ich mal, überführen können, ohne dass unsere Kapazitäten jetzt, [...] unbotmäßig ausgereizt werden [...].“

Dies knüpft direkt an einen häufig genannten Bedarf an: Viele kommunale Akteure wünschen sich externe Unterstützung bei der Erstellung von (Feedback-)Fragebögen. Zwar nutzen fast alle interviewten Einrichtungen solche Instrumente für Zielgruppenfeedback oder teilweise auch, um Wirkungen nachzuverfolgen, jedoch schwanke die Qualität der eigenen Erhebungsinstrumente deutlich. Zum Teil werden Fragebögen von den Trägern selbst entwickelt, sofern Mitarbeitende über einen entsprechenden fachlichen Hintergrund verfügen. Insgesamt zeigt sich jedoch ein deutliches Defizit an systematisch vorhandener Methodenkompetenz in der Praxislandschaft:

„Also wir haben [...] Stück für Stück diese sozialwissenschaftliche Kompetenz und die Erfordernisse ausgebaut. [...] Es ist natürlich in der Praxis trotzdem so, dass all das, was hier [...] an Themen bearbeitet wird, nicht zulässt, dass ich mich jetzt nur mit dem Thema Evaluation beschäftige. Und wir müssen, wenn wir wirklich, [...] eine Evaluation durchführen wollen, das extern vergeben. Das kann dann natürlich und muss auch entsprechend mit den sozialwissenschaftlichen Kenntnissen begleitet werden. Aber dass wir das jetzt hier mit unseren Bordmitteln, mit unseren Ressourcen [...] machen könnten, davon sind wir leider noch weg.“

Neben der inhaltlich-methodischen Gestaltung wurde auch die technische Umsetzung von Fragebögen mehrfach als Herausforderung genannt. Digitale Befragungen könnten den Aufwand für Erhebung und Auswertung erheblich reduzieren, erfordern jedoch geeignete, datenschutzkonforme Tools. Die Befragten wünschen sich geprüfte, leicht anwendbare Softwarelösungen, die Rechtssicherheit gewährleisten. Solche Lösungen könnten zentral über übergeordnete Netzwerk- und Koordinierungsstellen, möglicherweise auch auf Bundesebene, im Rahmen von Förderprogrammen bereitgestellt werden. Entsprechende Tools sind kostenlos am Markt verfügbar.

Neben grundlegenden Methodenbedarfen zeigten die Interviews aber auch differenziertere Wünsche von Einrichtungen, die bereits über eine gewisse Evaluationspraxis verfügen. Hier geht es weniger um die erstmalige Einführung, sondern um die Weiterentwicklung bestehender Verfahren. Fluktuierendes Personal erschwere jedoch eine kontinuierliche Professionalisierung der Praxislandschaft. Eine Fachstelle identifizierte im Interview zwei konkrete Probleme:

„Wir haben relativ viel Fluktuation in den Stellen, auch aus diversen Gründen, das führt dann natürlich dazu, Handlungswissen muss wieder neu aufgebaut werden, Netzwerkstrukturen müssen re-aktualisiert werden, die Zusammenarbeit mit den genannten Akteuren, mit denen wir arbeiten, muss dann auch wieder neu aufgebaut werden, das sind in der Praxis eben alles Herausforderungen, [...] also auch für mich gerade als [...] Koordinator dann immer zu schauen, wie binden wir denn die Personen dann immer wieder neu ein, wie re-aktualisieren wir das Handlungswissen, ohne dass es für die Leute, die jetzt schon drei Jahre dabei sind, da noch irgendwann redundant sind.“

Diese Bedarfe lassen sich einerseits als Ausdruck einer noch im Entstehen begriffenen Evaluationsinfrastruktur im kommunalen Feld interpretieren, andererseits sind aber auch bereits etabliertere Strukturen erkennbar. Die unterschiedlichen Professionalisierungsgrade müssen bei einer Stärkung der Evaluationskapazitäten von extern jeweils in den Blick genommen werden und

erfordern eine gezielte und spezifische Unterstützung. Zwar ist Evaluation in vielen Förderprogrammen als obligatorischer Bestandteil vorgesehen – oft auch im Rahmen von Selbstevaluationen –, doch fehlen häufig die notwendigen Voraussetzungen für eine Umsetzung. Dies führt zu einer Diskrepanz zwischen formalen Anforderungen und realen Umsetzungsmöglichkeiten und birgt die Gefahr, dass Evaluation primär im Sinne einer bürokratischen Pflicht wahrgenommen und rein symbolisch statt als lernorientiertes Instrument zur Weiterentwicklung der eigenen Arbeit genutzt wird. Eine nachhaltige Stärkung der Evaluationspraxis setzt daher voraus, dass Legitimation und Lernen zusammengedacht werden: Evaluation muss sowohl den legitimen Informationsbedürfnissen von Gesellschaft und Fördermittelgebenden entsprechen als auch den Akteuren vor Ort einen Mehrwert für die eigene Praxis bieten.

Vor diesem Hintergrund scheint es notwendig, externe Unterstützungsangebote systematisch auszubauen, bedarfsorientiert auszurichten und institutionell zu verankern. Förder- und Koordinierungsstrukturen auf Landes- und Bundesebene sind besonders als Anlaufstellen geeignet, um solche Angebote vorzuhalten – einzelne Angebote existieren bereits. Ein niedrigschwelliger Einstieg, etwa durch Unterstützungsangebote wie vom *PrEval*-Verbund empfohlen (siehe *TEIL I: Vom Format zur Umsetzung*), könnte ein solcher Baustein sein. Komplexere Fragestellungen könnten darüber ebenfalls aufgefangen und – wenn möglich – mit abgedeckt oder an eine spezialisierte Beratung weiter verwiesen werden. Ergänzend sollten gemeinsame Leitlinien und Gütekriterien entwickelt werden, die Orientierung bieten und eine gewisse Vergleichbarkeit der Evaluationen ermöglichen. Nicht zuletzt sollten Evaluationsberichte und Beispiele guter Praxis in einer öffentlich zugänglichen Datenbank gesammelt und verfügbar gemacht werden, um den Wissenstransfer im Feld systematisch zu fördern (siehe Kapitel *Evaluationsdatenbank*).

Evaluatives Denken fördern

Kompetenzen auf Expert*innenniveau auf lokaler Ebene aufzubauen, erscheint finanziell, zeitlich und auch förderlogisch kaum realistisch. Vor allem im Hinblick auf die von den Befragten immer wieder genannten Personalfluktuationen, durch die organisationsintern aufgebautes Wissen schnell wieder verloren gehen kann. Vielmehr sollte es darum gehen, ein grundlegendes Verständnis für Evaluation und evaluatives Denken zu fördern. Einschlägige Forschungsliteratur legt nahe, dass die Förderung von *evaluativem Denken* (*Evaluative Thinking*, Patton 2018) eine zielführendere Strategie darstellen könnte, um Kapazitäten in der Organisation aufzubauen und nachhaltig zu verankern. Dabei geht es weniger um die Beherrschung komplexer Evaluationsmethoden, sondern um eine reflexive Grundhaltung, die es ermöglicht, Maßnahmen systematisch auf ihre Zielerreichung hin zu hinterfragen und Entscheidungen evidenzbasiert zu treffen. Weitere Studien weisen darauf hin, dass Programme dann die besten Erfolgsaussichten haben, wenn alle beteiligten Akteure – von der Planung über die Umsetzung bis hin zur Evaluation – evaluatives Denken internalisieren (Cole 2023). Nach Buckley et al. ergibt sich daraus folgende Definition:

”

„Evaluatives Denken ist kritisches Denken, das im Kontext von Evaluation angewendet wird und durch Neugierde und der Überzeugung vom Wert von Fakten motiviert ist. Dies umfasst das Aufdecken von Vorannahmen, das Stellen durchdachter Fragen, das Streben nach einem tieferem Verständnis durch Reflexion und Perspektivübernahme sowie

das Treffen fundierter Entscheidungen zur Vorbereitung von Handlungsmöglichkeiten.“
(Buckley et al. 2015: 378 [Übers. d. Verf.])

Für die kommunale Praxis bedeutet dies, dass nicht alle Akteure und Träger eigene Evaluations-expert*innen innerhalb ihrer Organisation benötigen. Stattdessen sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen evaluatives Denken im Alltag verankert werden kann – etwa durch einfache Reflexionsroutinen, die systematische Nutzung vorhandener Daten und gezielte Kooperation mit externen Expert*innen. Partizipative Evaluationsformate können hierbei eine Brücke schlagen, indem sie es kommunalen Akteuren ermöglichen, gemeinsam mit externen Evaluator*innen sowohl methodisches Wissen als auch evaluatives Denken zu entwickeln. Projektträger können dabei weniger komplexe Evaluationsschritte wie etwa Feedbackerhebungen eigenständig übernehmen, während externe Expertise gezielt bei anspruchsvolleren Fragestellungen (z. B. zu Wirkungsanalysen, theoriegeleiteten Designs) eingebunden wird.

Die Befunde machen deutlich, dass die Entwicklung von Evaluationskapazitäten im kommunalen Kontext nicht als punktuelle Aufgabe verstanden werden darf, sondern als langfristiger Prozess. Evaluatives Denken muss auf allen Ebenen gestärkt werden, um Evaluation nicht nur als externe Anforderung, sondern als integralen Bestandteil professioneller Präventions-, Demokratieförder- und politischer Bildungsarbeit zu verankern. Externe Unterstützung kann dabei eine Schlüsselrolle übernehmen, indem sie Ressourcenengpässe kompensiert, methodische Qualität sichert und Lernprozesse anstößt. So kann Evaluation von einer unbeliebten Pflicht zu einem wirkungsvollen Lerninstrument werden.

Aus Evaluation lernen – Wissen systematisch nutzbar machen

Die kommunale Evaluationslandschaft und deren Strukturen sind derzeit noch ausbaufähig. Gleichzeitig besteht der Bedarf, den vielfältigen Problemlagen vor Ort wirksam zu begegnen. Doch wie kann bei der Erreichung dieses Ziels mit begrenzten Ressourcen und oft fehlender Evaluationsexpertise umgegangen werden? In den Interviews wurde immer wieder der Wunsch geäußert, auf bereits bewährte und als wirksam evaluierte Maßnahmen zurückgreifen zu können – auch, um erneute aufwändige Evaluationen zu vermeiden.

Eine Vertreterin einer landesweiten Netzwerk- und Koordinierungsstelle sieht hier entsprechenden Handlungsbedarf in ihrem Netzwerk:

„Wenn ich da unsere Strukturen [...] überlege, dann kann das vielleicht auch gar nicht unser Anspruch sein, dass da jede einzelne Maßnahme am Ende evaluiert wird. Unser Ziel wäre ja auch, eher Kommunen dahin zu bringen, bereits evaluierte Programme zu übernehmen. Aber ich glaube, es bleibt am Ende ein komplexer Prozess und die Frage ist, an wen richte ich mich mit solchen Maßnahmen, welche Zielgruppe möchte ich ansprechen.“

Solche bereits evaluierten Projekte und Maßnahmen könnten also eine sinnvolle Alternative darstellen, um Maßnahmen vor Ort wirkungsorientiert zu implementieren. Strobl und Lobermeier empfehlen in diesem Zusammenhang

”

„die Implementation nachweislich wirksamer und sorgfältig dokumentierter Programme. Hierbei muss es sich nicht immer um aufwendige und komplexe Programme handeln. Gerade die großen Bundesprogramme sollten darauf drängen, kleine und auf spezielle Fragen zugeschnittene Maßnahmenprogramme zu entwickeln und so gut und anschaulich zu dokumentieren, dass diese vor Ort auch von unerfahrenen Trägern eingesetzt werden können.“

Programme sollten daher stärker auf die Implementierbarkeit bereits evaluierter Maßnahmen hinarbeiten, indem sie diese systematisch und verständlich dokumentieren und bereitstellen. Die Interviews zeigen zudem, dass Evaluationswissen insgesamt besser nutzbar gemacht werden sollte. Evaluationsergebnisse sind häufig nur schwer auffindbar oder lassen sich schwer erschließen, wodurch wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung von Angeboten verlorengehen.

”

„[...] alles, was irgendwie ein sinnvolles Informationsmanagement in dem Themenfeld ist, ist glaube ich gerade sehr notwendig, weil die vielen Einzelnen, die sich auf den Weg gemacht haben in dem Thema, [...] die fangen irgendwie so alle so ein bisschen gefühlt bei Null an. Und dann trägt man sich das irgendwie sehr mühevoll zusammen und man möchte gar nicht drüber nachdenken, wie viele vielleicht in dem Prozess dann schon aufgeben [...] und wenn man natürlich heutzutage vielleicht nochmal andere technische Möglichkeiten hat, das auch zugänglicher zu machen, dann ist das, glaube ich, gerade beim Thema Evaluation, was für viele auch irgendwie noch [...] sehr abstrakt klingt, der richtige Weg, das dann halt auch wirklich praktisch runterzubrechen, sodass auch jeder sich das quasi abgreifen kann an Wissen, was er im konkreten Fall benötigt.“

Ein Lösungsansatz, der auch im Rahmen von *PrEval* formuliert wurde, ist die Einrichtung einer Evaluationsdatenbank, in der Evaluationsberichte systematisch gesammelt und dokumentiert werden.

► EVALUATIONSDATENBANK S. 19

Eine solche Datenbank könnte zu mehr Transparenz und Evidenzorientierung im Feld beitragen, Kommunen und Trägern den Zugriff auf bereits vorliegende Erkenntnisse erleichtern, um ihre Arbeit auf

eine gesicherte Wissensbasis zu stützen, und darüber hinaus Doppelarbeit vermeiden, wenn ähnliche Maßnahmen nicht jedes Mal von Grund auf neu evaluiert werden.

Damit eine solche Datenbank Wirkung entfalten kann, müssen jedoch verbindliche Dokumentationsstandards festgelegt und auch kleinere Träger aktiv beim Einstellen ihrer Ergebnisse unterstützt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Vielfalt der Praxis abgebildet wird und auch kleinere Initiativen von einer solchen Datenbank profitieren können.



Empfehlungen für die Praxis

- **Evaluatives Denken im Alltag verankern:** Durch regelmäßige Reflexion und systematische Nutzung vorhandener Daten können Maßnahmen gezielt hinterfragt und verbessert werden und es kann eine Grundlage für evaluatives Denken gelegt werden.

Empfehlungen für die Praxis



- **Externe Expertise gezielt nutzen:** Bei komplexen Fragestellungen sollten Fachleute einbezogen werden. Externe Unterstützung lässt sich beispielsweise über die *PrEval-Plattform* finden.
- **Wissen systematisch dokumentieren:** Strukturiertes Wissensmanagement reduziert Verluste durch Personalfuktuation.

 <https://preval-plattform.de>

Empfehlungen für die Politik



- **Ressourcen für Unterstützung und Kapazitätsaufbau bereitstellen:** Förderprogramme sollten nicht nur Evaluation einfordern, sondern auch die dafür notwendigen Mittel bereitstellen. Implementierbare Maßnahmenprogramme sollten gefördert werden, um die Nachhaltigkeit von eingesetzten Mitteln zu gewährleisten.
- **Konkrete Unterstützungsangebote umsetzen:** Digitale Tools und geprüfte Softwarelösungen für die Praxis bereitstellen, um Evaluationsvorhaben niedrigschwellig zu unterstützen.
- **Nachhaltige Förderstrukturen sichern:** Langfristige Rahmenbedingungen helfen, Evaluationskompetenz dauerhaft aufzubauen und zu erhalten.
- **Innovative Unterstützungsformate fördern:** Unabhängige (Forschungs-)Einrichtungen sollten in Innovationsvorhaben wie einer zentralen Evaluationsdatenbank unterstützt werden.

► EVALUATIONSDATENBANK S. 19

Diese vielfältigen Aufgaben können Kommunen, Träger oder Verwaltungen jeweils nicht allein bewältigen. Vielmehr braucht es gemeinsame Netzwerke und Kooperationen, in denen Wissen und Ressourcen gebündelt, Kompetenzen geteilt und gegenseitige Unterstützung ermöglicht werden, um voneinander zu lernen und die Präventions- und Demokratieförderungsarbeit weiterzuentwickeln. Als nächstes wird der Blick daher auf bestehende Netzwerk- und Kooperationsformen gerichtet und gefragt, welche Bedeutung sie für die Stärkung und Verankerung von Evaluation auf kommunaler Ebene haben. Verankerung meint dabei allerdings nicht, einfach möglichst viele Evaluationen durchzuführen in der Annahme, dies führe automatisch zu einer besseren Praxis. Vielmehr sollten Evaluationen gezielt, kontextsensibel als auch wirk- und lernorientiert genutzt werden.

Unterstützende Netzwerk- und Kooperationsformen

Ähnlich verhält es sich mit unterstützenden Netzwerkstrukturen: Ein bloßes „Mehr“ an Netzwerken führt nicht automatisch zu einer Professionalisierung oder einer besseren Wissensdurchdringung. Netzwerkarbeit bindet zudem erhebliche Kapazitäten, sodass ihr Nutzen stets in Relation zum Aufwand betrachtet werden muss. Eine Interviewpartnerin konnte dies aus ihrer koordinierenden Arbeit heraus bestätigen: „[D]as ist auch schon herausfordernd genug, um da also ange-

sichts der Trägerstruktur der Diversität da auch einen relativ homogenen Ansatz zu finden und einen Informationsfluss zu ermöglichen.“

Ein kurzer Blick in die Netzwerkforschung

Die Netzwerkforschung bietet wichtige Anhaltspunkte für den Aufbau gewinnbringender Netzwerke in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung. Verschiedene Studien zeigen, dass je nach Kontext unterschiedliche Netzwerkstrukturen hilfreich sein können, wenn es um Wissensvermittlung oder den Informationsfluss geht (z. B. Bruggeman 2016):

- Starke Netzwerke, wie sie etwa im Rahmen enger und langfristig angelegter Kooperationen zwischen Praxis und Wissenschaft entstehen, zeichnen sich durch ein hohes Maß an Vertrauen, Kontinuität und Verbindlichkeit aus. Solche Strukturen erlauben eine vertiefte Bearbeitung komplexer Fragestellungen, was gemeinsame Lernprozesse ermöglicht und langfristig zu einer Professionalisierung im Umgang mit Evaluation beiträgt.
- Schwache Netzwerke in Form von Konferenzen, Fachtagen oder informellen Austauschformaten hingegen übernehmen eine komplementäre Funktion: Sie sind weniger auf Tiefe, dafür aber stärker auf Breite angelegt. Sie eignen sich besonders zur Verbreitung von Evaluationswissen, zur Sensibilisierung neuer Akteursgruppen und zur Anbahnung von Kontakten, aus denen sich später auch stabile Kooperationen entwickeln können.

Während einfache Informationen über breit gefächerte, eher informelle (schwache) Netzwerke transportiert werden und Anknüpfungspunkte zur Sensibilisierung für Evaluation und Förderung evaluativen Denkens schaffen können, eignen sich für vertiefte fachliche Fragen eher starke, vertrauensbasierte Netzwerke.

Die Bedeutung von Netzwerken für den Aufbau von Evaluationskapazitäten

Damit dieser Mehrwert ausgeschöpft werden kann, braucht es jedoch Instanzen, die beide Netzwerkebenen miteinander verbinden, um Wissen zu bündeln und zielgerichtet in die jeweiligen Kontexte zurückzuspiegeln. Hier kommt den in Bundes- und Landesprogrammen etablierten Netzwerk- und Koordinierungsstellen eine zentrale Rolle als institutionalisierte Brücken zwischen Bund, Land und Kommunen zu. Sie machen die Vorteile beider Netzwerkebenen strategisch nutzbar, was in den Interviews sowohl hinsichtlich ihrer spezifischen Stellung innerhalb der Förderstrukturen als auch ihrer bereits etablierten Kooperationsformate in den Kommunen bestätigt wird. Die Angebote einer landesweiten Netzwerk- und Koordinierungsstelle stoßen auf großes Interesse in den Kommunen, gleichzeitig zeigt sich hier auch der Nutzen schwacher Netzwerke, wenn es um die Verbreitung solcher Informationen geht:

„Mit der Zeit, als sich [das Angebot] [...] rumgesprochen hat und man auch untereinander in Kontakt gekommen ist, also unter den Kommunen und sich ausgetauscht hat, wie das so gelaufen ist, sind auch Kommunen nicht weniger auf uns zugekommen, [...] die durchaus einfach Interesse hatten, sich frühzeitig in der Prävention besser aufzustellen. Also nicht, weil sie den Leidensdruck hatten aufgrund der Problematik heraus, sondern weil sie gesagt haben, eigentlich läuft bei uns alles soweit ganz gut, aber das soll auch in

Zukunft so sein und wir würden hier gerne mal schauen, was können wir denn mit eurer Hilfe anders oder besser machen. [...]. Wir decken ja noch mehrere Themenfelder ab, die ja dann durchaus eine Rolle spielen können.“

„[...] Ohne, dass man jetzt eventuell viel an Finanzen erstmal reinstecken muss, sondern man kriegt dieses Know-how, die Erfahrung, ja, auch von anderen Kommunen. Die Kommunen sind ja an sich untereinander gut vernetzt. Die Bürgermeister, die Ordnungsämter, aber meistens regional, nicht [landesweit]. [...] Und da haben wir eben also Formen gefunden, die, ja, landesweit zusammenzubringen, die Kommunen.“

Dadurch können auch Bedarfe aus der kommunalen Praxis in übergeordnete Strukturen getragen und das hieraus konsolidierte Wissen wieder in lokale Netzwerke zurückgeführt werden. Das kann zu einem sukzessiven Anheben der allgemeinen Wissens- und Evaluationskapazitäten in den Handlungsfeldern beitragen. Evaluation kann in diesem Zusammenhang – insbesondere auf kommunaler Ebene – als Kompetenzfeld begriffen werden, in dem möglichst viele Akteure ein grundlegendes Verständnis für Evaluation beziehungsweise evaluatives Denken entwickeln können.

Preskill und Boyle haben in ihrem multidisziplinären Modell zum Evaluationskapazitätsaufbau gezeigt, dass Personen ihr erworbenes Evaluationswissen insbesondere durch Diffusion in andere Kontexte in die Breite tragen können – etwa über Präsentationen in Gremien, Beiträge auf Konferenzen oder informelle Gespräche (Preskill/Boyle 2008: 456–457). Auf diese Weise lassen sich schwache Netzwerke nutzen, um Evaluationswissen und evaluatives Denken über die eigene Organisation hinaus zu verbreiten. Der Nutzen solcher Netzwerkstrukturen zeigte sich auch in den Interviews:

„Wir haben von Anfang an eine große Nähe gehabt zu Akteuren [...] [eines Netzwerks] [...] und von denen haben wir tatsächlich viele Standards der Projektarbeit tatsächlich, ich würde fast sagen, übernommen [...] und da haben wir uns auch die Instrumente zur Selbstevaluation tatsächlich letztlich angeeignet [...] oder gemeinsam entwickelt, also da gibt es sozusagen viele personelle Überschneidungen und da haben wir gelernt [...].“

Es braucht also solche koordinierenden Stellen, die eine Balance zwischen Tiefe und Breite, Reflexion und Diffusion, Praxisnähe und wissenschaftlicher Fundierung herstellen können. Um einen nachhaltigen Kapazitätsaufbau unterstützen zu können, sollten diese Netzwerkstellen langfristig institutionell abgesichert sein.

Praxis-Wissenschaft-Austausch stärken

Eine besondere Netzwerk- beziehungsweise Kooperationsform ist dabei der Praxis-Wissenschaft-Austausch. Die Interviews zeigten, dass auch hier ein großer Bedarf an Zusammenarbeit besteht – sowohl in der konkreten Praxisarbeit als auch hinsichtlich Evaluation. Ein kommunaler Präventionsrat sieht in diesem Austausch eine hilfreiche Perspektiverweiterung:

„Offenheit ist immer da, weil das eben wichtig ist, auch die Wissenschaft auch einzubeziehen [...], weil es eben auch immer wieder eine Perspektive ist, die wichtig ist und auch

dann so ein bisschen dieses Empfinden von den einzelnen Expert:innen, die in so einem Netzwerk sind, auch manchmal ein bisschen gerade rückt und eben doch deutlich macht, dass vielleicht gerade ein subjektives Empfinden nicht unbedingt der Gesamtlage entspricht und dafür braucht es dann eben häufig den wissenschaftlichen Blick, um das gut einzuordnen und auch nachvollziehbar zu machen, warum vielleicht Menschen so oder so reagieren, warum Menschen sich radikalisierten oder oder oder. Und das ist mal eine [...] wichtige Ergänzung, aber nicht regelmäßig gegeben.“

Auch wurde in den Interviews der Mehrwert stabiler Wissenschaftskooperationen betont. Hochschulen können – sofern eine längerfristige Zusammenarbeit gelingt – zu starken Netzwerkpartnern werden, sodass idealerweise beide Seiten voneinander profitieren: Die Praxis gewinnt Zugang zu wissenschaftlicher Expertise und methodischem Know-how, während die Wissenschaft von praxisnahen Fragestellungen, Daten und Zielgruppenzugängen profitiert. Dadurch entsteht eine Win-Win-Situation, die nicht nur den beteiligten Akteuren zugutekommt, sondern auch die Professionalisierung der gesamten Handlungsfelder vorantreiben kann.

Da Praxis-Wissenschaft-Netzwerke meist weder verstetigt noch institutionalisiert sind, besteht die Gefahr, dass diese auch wieder eingestellt werden – vor allem im Fall unzureichender Mittel- und Personalausstattung oder beim Ausscheiden wichtiger Beteiligter, deren Personalstellen kritisch für das Bestehen solcher Netzwerke sein können. Eine Befragte einer Fachstelle sieht dies ebenfalls problematisch:

„Das ist aber, denke ich mal, eine allgemeine Problemstellung im universitären Umfeld, dass wenn halt auch Lehrstuhlleiter weggehen, häufig ja manchmal auch wirklich ganze Themengebiete dann im Studiengang wegfallen, weil den niemand mehr abdeckt. Das ist hochproblematisch, finde ich [...]“

Das Verschwinden dieser Netzwerke bedeutet nicht nur für die direkt Involvierten einen Verlust, sondern kann sich auch auf die indirekt angebundenen schwachen Netzwerkstrukturen auswirken. Solche Effekte sind nur schwer analysierbar, können aber ebenfalls als Problem beim Kapazitätsaufbau gesehen werden. Daher wäre es sinnvoll, solche Netzwerk- und Kooperationsformen so weit wie möglich zu institutionalisieren und sowohl von Hochschul- als auch von Mittelgeberseite zu unterstützen. Die Interviews mit zwei landesweiten Netzwerk- und Koordinierungsstellen haben gezeigt, dass deren starke administrative Anbindung an die Verwaltung und die Nähe zur Politik langfristige Wissenschaftskooperationen begünstigen kann. In diesem Zusammenhang berichtete eine der Einrichtungen von einem besonders engen Austausch mit dem Forschungsbeauftragten einer Hochschule, der dazu beitrage, Studierende für Präventionsthemen und damit auch für evaluative Fragestellungen zu gewinnen. Beispiele hierfür sind etwa Abschlussarbeiten oder Promotionsprojekte.

Solche Kooperationsformate erfordern vergleichsweise geringe finanzielle Mittel, ermöglichen aber den Aufbau erster Kontakte und können den Grundstein für dauerhafte Netzwerke legen. Darüber hinaus könnte eine grundlegende Finanzierung von Kooperationsprojekten – etwa über gezielte Förderprogramme – verhindern, dass wissenschaftliche Partner*innen allein von exter-

nen Drittmitteln oder kurzfristigen Projektlogiken abhängig sind. Die Leiterin einer landesweiten Netzwerk- und Koordinierungsstelle sieht hier, trotz einiger Herausforderungen, auch in der Kooperation mit Fördermittelgebenden einen Mehrwert:

„Ehrlicherweise hat sich das aber auch als ein Stück weit herausfordernd herausgestellt, was nicht heißt, dass wir diesen Weg aufgeben. Also die sind da nach wie vor dran und versuchen da vielleicht auch festere Partnerschaften zu etablieren. Aber letztlich die Ziele, die ein Ministerium hat, wenn das ein eigenes Programm evaluiert und die Ziele, die vielleicht jemand an einer Universität hat, wenn er Forschung betreibt, die zusammenzubringen, das kann durchaus herausfordernd sein, wie erste Gespräche gezeigt haben. Insofern ist das ein Weg, wo wir auch relativ am Anfang stehen, aber trotzdem einer, den wir auch weiterhin gehen wollen. Um da zu schauen, kann man insgesamt vielleicht festere Kooperationen mit Hochschulen und Universitäten auch eingehen in Präventionsthemen, wo dann natürlich Evaluation ein Aspekt sein könnte.“

Die Interviews zeigten zwei zentrale Punkte: Einerseits erschweren Hemmnisse den Praxis-Wissenschaft-Austausch, gleichzeitig verdeutlichen positive Beispiele, dass Hochschulen in längerfristigen und verlässlichen Kooperationsstrukturen starke Netzwerke mit der Praxis ausbilden können, die Vertrauen schaffen, Wissensdiffusion ermöglichen und evaluatives Denken nachhaltig in den Handlungsfeldern verankern können. Aktuell scheint eine erfolgreiche Zusammenarbeit jedoch oft vom Zufall oder günstigen strukturellen Gegebenheiten bestimmter Einrichtungen abzuhängen.

Zusammenfassend machen die Interviews eines deutlich: Es gibt vielfältige Ansatzpunkte für Politik, Verwaltung, Praxis und Forschung, die über die oft anzutreffenden projektförmigen Beziehungen hinausgehen und die kommunale Ebene in ihrer zentralen Rolle in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung unterstützen können.

Empfehlungen für die Politik

- **Förderlogiken anpassen:** Neue Förderprogramme sollten nicht nur allgemein Netzwerkarbeit und Vernetzung einfordern, sondern gezielt nützliche und funktionale Netzwerkstrukturen unterstützen, die klar definierte Ziele verfolgen.
- **Hochschulen systematisch einbinden:** Fördermittel sollten gewünschte langfristige, gleichberechtigte Kooperationen zwischen Praxis und Wissenschaft ermöglichen, etwa durch Anschubfinanzierungen oder die gezielte Förderung von Praxis-Wissenschaft-Netzwerken – auch innerhalb von Förderprogrammen.
- **Rolle von Netzwerk- und Koordinierungsstellen stärken:** Ihre Funktion als institutionalisierte Mittler sollte explizit in Programmen verankert und mit klaren Zielen sowie Ressourcen unterlegt und stärker gefördert werden.





Empfehlungen für die Praxis

- **Starke Netzwerke nutzen:** Praxisakteure sollten Kooperationen mit Hochschulen, Evaluationsexpert*innen oder Fachstellen aktiv suchen, um Lern- und Professionalisierungsprozesse anzustoßen.
- **Schwache Netzwerke gezielt einsetzen:** Konferenzen, Gremien und informelle Austauschformate können gezielt genutzt werden, um Evaluationswissen zu verbreiten oder sich zu informieren, neue Akteure zu sensibilisieren und Kontakte für spätere stabile Kooperationen anzubahnen.
- **Wissenschaftsaustausch initiieren:** Auch Abschlussarbeiten, Promotionsprojekte oder projektbegleitende Evaluationen bieten Einstiegsmöglichkeiten für Wissenschaftskooperationen, die mit einem geringeren Ressourcenaufwand erste Brücken bauen können.



Empfehlungen für die Forschung

- **Langfristige Partnerschaften aufbauen:** Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollten Kooperationen mit kommunalen Akteuren nicht nur projektbezogen, sondern dauerhaft anstreben mit dem Ziel, sie strukturell zu verankern.
- **Austauschformen stärken:** Forschungsprojekte sollten stärker auf die konkreten Bedarfe von Kommunen und Trägern eingehen, um eine Win-Win-Situation zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Anwendbarkeit herzustellen.
- **Kapazitätsaufbau unterstützen:** Forschung kann einen Beitrag leisten, indem sie Evaluationskompetenzen in die Breite trägt, etwa über die Einbindung von Praxispartner*innen in Lehr- und Qualifizierungsformate, Weiterbildungen oder Forschungsprojekte.
- **Langfristigkeit und Stabilität sichern:** Um Abhängigkeiten von Einzelpersonen (z. B. Professuren) zu vermeiden, sollten Hochschulen prüfen, wie institutionelle Strukturen für praxisnahe Forschung dauerhaft abgesichert werden können und welche Förderpartnerschaften sich dafür gegebenenfalls in Bundes- und Landesprogrammen bieten.

Fazit und Ausblick: neue Wege in der Evaluation

Kommunen sind zentrale Aushandlungsorte der Demokratie, an denen gesellschaftliche Konfliktlagen sichtbar werden und sich entscheidet, ob und wie demokratische Teilhabe gelebt wird. Präventions-, Demokratieförder- und politische Bildungsangebote sollen diese Teilhabe sicherstellen

und unterstützen. Dabei sind kommunale Angebote aber nicht isoliert zu betrachten, sondern stark mit Bundes- und Landesstrukturen verzahnt, deren eigene Strukturen in den kommunalen Raum hineinwirken.

Damit stellt sich auch auf kommunaler Ebene die Frage, wie Qualität, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Arbeit gesichert werden können. Evaluation ist hierfür von zentraler Bedeutung. Sie fördert Lernprozesse und unterstützt damit Wissensaufbau und Innovation; sie schafft Transparenz über staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln und kann dadurch Vertrauen stärken. Damit trägt sie nicht nur zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Handlungsfelder bei, sondern potenziell auch zur Stärkung demokratischer Resilienz.

Gleichzeitig verdeutlichen die Interviews, dass kommunale Evaluationsstrukturen sehr heterogen sind. Unterschiede bestehen hinsichtlich Ressourcen, Expertise und struktureller Einbettung der interviewten Einrichtungen. Knappe Evaluationsbudgets, hohe Personalfluktuationen und fehlende Qualifikationen stellen die kommunalen Akteure vor große Herausforderungen. So können Diskrepanzen zwischen formalen Förderanforderungen und realen Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort entstehen.

Die Analyse zeigt außerdem, dass Evaluation an den Schnittstellen zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft, Politik und Fördermittelgebenden häufig an Grenzen stößt. Unterschiedliche Handlungslogiken und Zielsetzungen führen zu Parallelprozessen, Ineffizienzen und zum Teil auch zu (gegenseitigem) Misstrauen. Verwaltungshandeln ist geprägt durch gesetzliche Vorgaben, Zuständigkeitsgrenzen, knappe Ressourcen und formalisierte Abläufe, während zivilgesellschaftliche Akteure projektorientiert mit hoher (geforderter) Anpassungsflexibilität, aber begrenzter Planungssicherheit arbeiten. Politik und Fördermittelgebende fokussieren wiederum primär auf strategische Zielerreichung, Outputs und Wirkungstransparenz.

Um Evaluation auf kommunaler Ebene nachhaltig in den Handlungsfeldern zu verankern, braucht es daher eine Kultur der Kooperation, Transparenz und Fehleroffenheit. Dazu sind klare Mandate, politische Rückendeckung und die Einrichtung koordinierender Stellen erforderlich, die vorhandene Netzwerke bündeln und Akteure systematisch einbinden können.

Darüber hinaus ist externe Unterstützung für Evaluation unverzichtbar. Viele Akteure benötigen Unterstützung bei der Konzeption und Durchführung von Evaluationen, bei der Nutzung digitaler Erhebungsinstrumente sowie bei der Daten- und Ergebnisinterpretation. Netzwerke können dabei in doppelter Rolle genutzt werden: starke, vertrauensvolle Netzwerke zur Vertiefung und Professionalisierung von Evaluationswissen und informellere Netzwerke zur allgemeinen Informationsvermittlung und Sensibilisierung für Evaluation in der Breite. Vor allem der Praxis-Wissenschaft-Austausch bietet großes Potenzial – sofern er langfristig angelegt ist und nicht nur punktuelle Projektkontakte beinhaltet: Hochschulen und Forschungseinrichtungen können methodisches Know-how bereitstellen und die Praxis konkrete Fragen und Daten einbringen. So kann ein wechselseitiger Lernprozess mit beidseitigem Nutzen entstehen.

Doch Evaluation entfaltet ihren vollen Nutzen erst, wenn Ergebnisse nicht symbolisch, sondern systematisch genutzt und öffentlich zugänglich gemacht werden. Ebenso wichtig ist die Förderung evaluativen Denkens: Nicht jede Kommune oder jeder Träger benötigt eigene Evaluationsexpert*innen. Eine reflexive Grundhaltung, die es erlaubt, Ziele kritisch zu überprüfen und Entscheidungen evidenzbasiert zu treffen, sollte aber auch in der Breite verankert werden, um das gesamte Feld stetig weiterzuentwickeln.

Über die klassischen Funktionen von Evaluation hinaus stellt sich die Frage, ob Evaluation selbst nicht auch als Instrument der Demokratieförderung verstanden werden kann. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und wachsender Skepsis gegenüber Politik und Verwaltung bietet sie die Chance, öffentliche Debatten zu versachlichen und Vertrauen zurückzugewinnen. Voraussetzung dafür ist ein transparenter Umgang mit Ergebnissen, nicht nur bei Erfolgen, sondern auch bei Fehlschlägen und Schwierigkeiten. Eine nachvollziehbare und differenzierte Berichterstattung, die Bürger*innen erlaubt, Entscheidungen kritisch nachzuvollziehen, kann eine tatsächlich gelebte Fehlerkultur fördern und den öffentlichen Diskurs auf eine faktenbasierte Grundlage stellen. Evaluation könnte damit zu einem Schutzfaktor in von Des- und Falschinformationen geprägten Debatten werden, Orientierung bieten, Polarisierung entgegenwirken und die demokratische Resilienz vor Ort stärken.

Die tragfähigsten Empfehlungen für die Weiterentwicklung von Evaluation in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung sind dabei auch die kostengünstigsten, die aber neue Wege der Kommunikation erfordern und die Bereitschaft, diese auch zu gehen: die Stärkung einer gemeinsamen Kooperations-, Evaluations- und Fehlerkultur, die zu mehr Transparenz und Vertrauen führen kann und sich in den größeren Kontext der Bekämpfung gesellschaftlicher Problemfelder integrieren lässt. Hierfür ist eine langfristige Perspektive notwendig, die sich eventuell nicht immer mit allen Handlungslogiken im Feld verträgt, die aber fraglos dabei helfen kann, Debatten neu auszurichten, Innovationen zu fördern und Menschen dabei mitzunehmen.

ABBILDUNGEN

Icons S. 30, S. 31, S. 34, S. 40, S. 41, S. 46, S. 47, S. 51, S. 52: media machine GmbH, Mainz.

Abb. 1: eigene Darstellung.

Literatur

Biene, Janusz 2020: Kommunale Radikalisierungsprävention. Gelingensbedingungen und Herausforderungen am Beispiel von PRO Prävention, 29.06.2020, <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311875/kommunale-radikalisierungspraevention/> (letzter Zugriff: 25.07.2025).

Bogumil, Jörg/Gräfe, Philipp 2024: Verwaltungsverflechtungen im föderalen System, in: Politische Vierteljahresschrift 65: 3, 417–446.

Bruggeman, Jeroen 2016: The Strength of Varying Tie Strength: Comment on Aral and Van Alstyne, in: American Journal of Sociology 121: 6, 1919–1930.

Buckley, Jane/Archibald, Thomas/Hargraves, Monica/Trochim, William M. 2015: Defining and Teaching Evaluative Thinking: Insights From Research on Critical Thinking, in: American Journal of Evaluation 36: 3, 375–388.

Cole, Michael J. 2023: Evaluative Thinking, in: Evaluation Journal of Australasia 23: 2, 70–90.

Mayring, Philipp 2016: Einführung in die qualitative Sozialforschung, 6., neu ausgestattete, überarbeitete Aufl., Weinheim.

Patton, Michael Quinn 2018: A Historical Perspective on the Evolution of Evaluative Thinking, in: New Directions for Evaluation 2018: 158, 11–28.

Pawson, Ray/Tilley, Nicholas 1997: Realistic Evaluation, London.

Preskill, Hallie/Boyle, Shanelle 2008: A Multidisciplinary Model of Evaluation Capacity Building, in: American Journal of Evaluation 29: 4, 443–459.

Stockmann, Reinhard 2002: Qualitätsmanagement und Evaluation – konkurrierende oder sich ergänzende Konzepte? (CEval-Arbeitspapier, 3), Saarbrücken.

Stockmann, Reinhard (Hrsg.) 2022: Sozialer und politischer Kontext der Evaluation, in: Handbuch zur Evaluation: eine praktische Handlungsanleitung, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage., Münster New York, 191–238.

Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf 2021: Wirkungen im Zentrum, in: Milbradt, Björn/Greuel, Frank/Reiter, Stefanie/Zimmermann, Eva (Hrsg.) 2021: Evaluation von Programmen und Projekten der Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention. Gegenstand, Entwicklungen und Herausforderungen, Weinheim, 59–87.

Uhl, Andreas/Freiheit, Manuela/Zeibig, Benjamin/Zick, Andreas 2022: Evaluationskapazitäten im Bereich der Extremismusprävention und der politischen Bildung in Deutschland, PRIF Report 9/2022, Frankfurt/M, <https://doi.org/10.48809/prifrep2209>.

Uhl, Andreas/Kattein, Ian/Zick, Andreas 2024: Mapping und Monitoring von Evaluationskapazitäten. Evaluation stärken und weiterentwickeln, in: Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken. Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk, PrEval Monitor, 1. Aufl. 2024, Frankfurt/M., 9–30. DOI: 10.48809/PrEvalMon24

Teilprojekt Internationales Monitoring

Extremismus, Prävention und Evaluierung weltweit

Neue Erkenntnisse und Lehren aus dem internationalen Monitoring

Sofie Lilli Stoffel & Sarah Bressan

Global Public Policy Institute (GPPi)

Gibt es in der Evaluation von Extremismuspräventionsmaßnahmen Fortschritte – oder ist das Feld ins Stocken geraten? Während sich Extremismus wandelt und politische Sensibilität wächst, bleiben Innovation, Transparenz und Finanzierung in der Evaluation von Präventionsmaßnahmen weitgehend aus. Die Ergebnisse der zweiten Erhebung des internationalen Monitorings beleuchten Trends in zwölf Ländern – und was jetzt passieren muss, damit Evaluation weiter zu besserer Prävention beitragen kann.

Executive Summary & Empfehlungen

Im September 2024 haben wir zum zweiten Mal internationale Expert*innen zur Evaluation von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus in zwölf Ländern weltweit befragt. Unsere Ergebnisse zeigen: Während sich Bedrohungen durch Extremismus weiterentwickeln, droht das Evaluationsfeld zu stagnieren – mit möglicherweise weitreichenden Folgen für Wirkung und Qualität von Evaluationen sowie die Extremismusprävention und verwandte Handlungsfelder insgesamt. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse empfehlen wir:



Alle Akteure in der Extremismusprävention, inklusive Geldgebenden, Evaluator*innen und Projektträgern, sollten:

- **weiter in vertrauensvolle Beziehungen untereinander investieren und Evaluationen als Chance für kohärentere und wirksamere Prävention begreifen.** Sie sollten versuchen, auch in einem zunehmend polarisierten politischen Umfeld lernorientierte Verbesserungen in der Extremismusprävention zu ermöglichen.
- **die Risiken von Stagnation im Feld der Evaluierung von Extremismusprävention ernst nehmen. Sie sollten kritisches Wissen, Netzwerke und Expertise sichern und bestehende Defizite aktiv beheben** – sowie Forschung zu den Bedingungen effektiver Prävention in Anbetracht neuer Formen von Extremismus ermöglichen.
- **systematische Lernstrategien für Evaluationen entwickeln, die konkrete Umsetzungsmechanismen für Evaluationsergebnisse enthalten.** Geldgebende und Projektträger sollten gemeinsame Ziele für die Nutzung von Evaluationsergebnissen formulieren – inklusive der Bereitschaft, auch mit negativen Ergebnissen konstruktiv zu arbeiten.
- **die Rolle unabhängiger Expertise als Evaluierende oder zu Qualitätssicherungen in allen Evaluierungsformaten stärken.**



Geldgebende sollten zudem:

- **den breiten Austausch von Erfahrungen mit Evaluation weiter fördern und finanziell unterstützen.** Sie sollten den vertraulichen Austausch sowie die Veröffentlichung von Evaluationsergebnissen und Erkenntnissen ermöglichen, inklusive zu aktuellen extremistischen Entwicklungen.
- **Mittel für hochwertige Evaluationen bereitstellen und diese insbesondere in Zeiten von Haushaltskürzungen strategischer und im Sinne klarer Lernstrategien einsetzen.**
- **in den Aufbau von Evaluierungskompetenzen auf Seiten von Projektträgern und Entscheidungsträgern investieren, um hochwertige Evaluationen und eine lernbasierte Praxis zu ermöglichen.** Bestehende Angebote sollten verstetigt und miteinander verknüpft werden, statt neue, isolierte Einzelmaßnahmen zu schaffen.

Das *PrEval*-Forschungsteam *Internationales Monitoring* befasst sich mit Herausforderungen und Innovationen in der Evaluation und Qualitätssicherung von Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischer Bildung im internationalen Vergleich. Ziel ist, ein besseres Verständnis für Strukturen, Praxis, Methoden und Ansätze in anderen Ländern zu entwickeln, zentrale Herausforderungen, gute Evaluationspraktiken und innovative Ansätze zu identifizieren sowie Handlungsempfehlungen für das Akteursfeld in Deutschland und international abzuleiten.

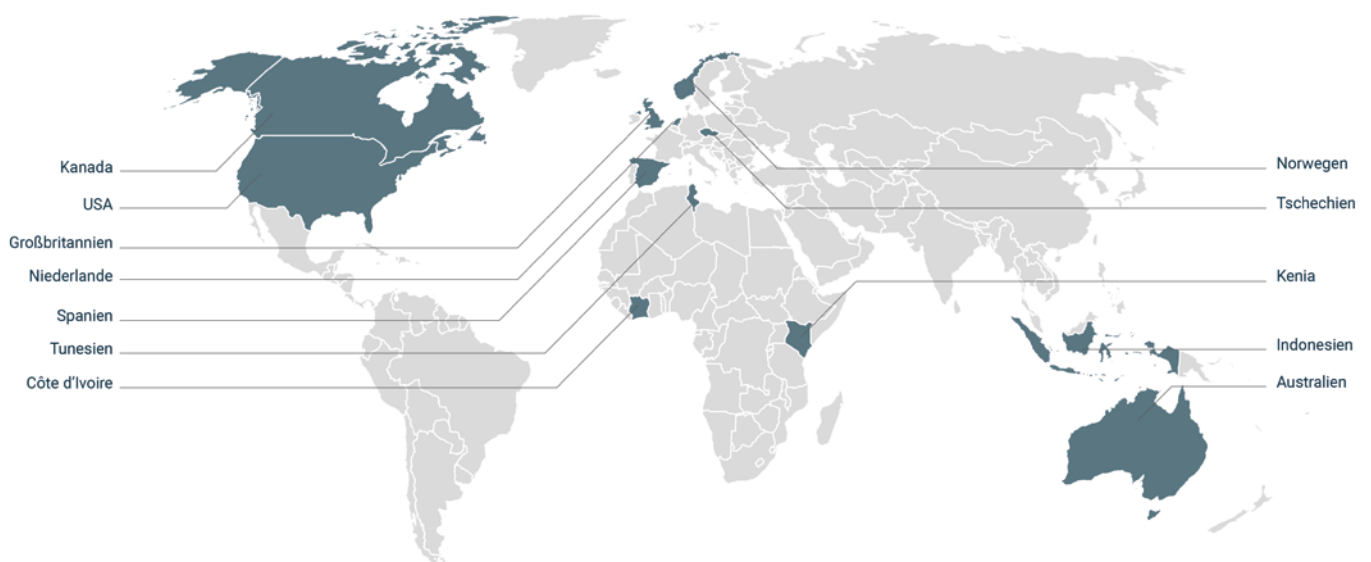
Bei der vorliegenden Analyse handelt es sich um die zweite Runde einer internationalen Expert*innenbefragung, die Ende 2024 durchgeführt wurde und auf einer ersten Erhebung von Mitte 2023 aufbaut (vgl. Bressan/Ebbecke/Rahlf 2024). Sie vertieft zentrale Fragestellungen und erlaubt einen Vergleich der Resultate im zeitlichen Verlauf. Auf Basis der identifizierten Trends, Beispiele positiver Evaluationspraxis sowie Herausforderungen entwickeln wir Empfehlungen, wie Evaluationen im Bereich Extremismusprävention und angrenzender Felder verbessert werden können. Die befragten Expert*innen machten Angaben zu zwölf Ländern (s. Abb. 1). Aus den Ergebnissen wurden zudem Themen für vertiefende, themenspezifische Studien abgeleitet (siehe Box *Vertiefende Fallstudien*).

Forschungsergebnisse

Trends in Phänomenen des gewalttätigen Extremismus

Wie bereits in der ersten Erhebungswelle baten wir die befragten Expert*innen anzugeben, welche extremistischen Phänomene sie zum Zeitpunkt der Erhebung (September bis Dezember 2024)

Abb. 1: In der zweiten Erhebung erfasste Länder.





Internationales Monitoring: Methodik

Die hier diskutierten Ergebnisse der im Herbst 2024 durchgeführten zweiten Erhebungswelle des internationalen Monitorings repräsentieren die Auswertung und Synthese der Angaben von 37 Befragten zu den zwölf Länderkontexten Australien, Kanada, Tschechische Republik, Indonesien, Côte d'Ivoire, Kenia, Niederlande, Norwegen, Spanien, Tunesien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten (vgl. Abb. 1), sowie eines Validierungsworkshops und der vergleichenden Analyse mit der ersten Erhebungswelle im Sommer 2023 (Bressan/Ebbecke/Rahlf 2024; Stoffel/Bressan/Korb 2025). Befragte waren regierungsunabhängige Expert*innen, die sowohl über umfassende Kenntnisse zu Evaluation und Qualitätssicherung als auch Expertise in den entsprechenden Handlungsfeldern verfügen.

Der Online-Fragebogen zielt darauf ab, die Praxis, Herausforderungen, aktuelle und zukünftige Entwicklungen sowie Innovationen in Schlüsselbereichen der Evaluation und Qualitätssicherung von Extremismusprävention und verwandten Themenbereichen zu erheben, um so einen umfassenden Überblick über die Entwicklungen des Feldes zu erlangen.

Alle Umfrageergebnisse und die Methodik der Erhebung werden im englischsprachigen Bericht des *Global Public Policy Institute* ausführlich beschrieben (Stoffel/Bressan/Korb 2025). Im Herbst 2025 fand eine dritte Erhebungswelle statt.



Stoffel, Sofie Lilli/Bressan, Sarah/Korb, Lea Marlene (2025): Holding Ground in Preventing Violent Extremism: Avoiding Stagnation in P/CVE and Evaluation, GPPi Report, Berlin.

sowie mit Blick auf die nächsten zwei bis fünf Jahre als besonders gefährlich einschätzen – und welche Extremismustrends in ihrem Bedrohungspotenzial für die öffentliche Sicherheit weiterhin unterschätzt werden. Dabei zeigte sich: Während bekannte Gefahren bestehen bleiben, wandelt sich das Extremismusfeld schnell.

Wie im ersten Monitoring 2023 erfasst, sehen Expert*innen in vielen Ländern islamistischen Extremismus und Rechtsextremismus weiter als die dominierenden Bedrohungen. In der zweiten Erhebungswelle nannten Expert*innen aus zehn (islamistischer Extremismus) beziehungsweise neun (Rechtsextremismus) der zwölf Fallstudienländer diese Phänomene als klare Gefahr für die öffentliche Sicherheit. In Tunesien oder Kenia beispielsweise seien fehlende Reintegrationsprogramme für verurteilte islamistische Extremist*innen ein besorgniserregender Faktor, der die weitere Radikalisierung oder Rekrutierung durch gewalttätige Gruppen Betroffener begünstige. In Europa gaben mehrere befragte Expert*innen an, dass die Folgen der Eskalation des Nahostkonflikts seit dem 7. Oktober 2023 Auswirkungen auf islamistische Radikalisierung hätten. Doch

auch rechtsextreme Strömungen erfahren vielerorts Zuwachs – und bereiten Expert*innen insbesondere Sorgen durch eine Zersplitterung der Szene, die sich zudem zunehmend online und anonym organisiert. Dadurch seien Zellen, die zur Gewalt mobilisieren, noch schwerer zu fassen.

Als bemerkenswerte Veränderung seit der letzten Erhebung im Jahr 2023 sehen Expert*innen weiter steigende Risiken durch sich überschneidende und ideologisch fluide Formen des Extremismus. Besonders hervorgehoben werden regierungsfeindliche und „hybride“ Formen von gewaltbarem Extremismus. Zudem weisen die Expert*innen auf spezifische Gefährder*innenprofile hin, wie etwa sogenannte *incels* und *lone wolves*, die sich oft scheinbar unabhängig von realweltlichen Szenekontakten radikalieren. Ihre Wege zur Gewalt sind den befragten Expert*innen zufolge schwer zu erkennen und noch schwieriger zu verhindern.

Regierungsfeindlicher Extremismus speist sich aus einem breiten Spektrum ideologischer Hintergründe – von religiös motivierten Gruppen über die extreme Linke, Impfgegner*innen und Reichsbürger*innen. Befragte Expert*innen erkennen an, dass es sich bei dieser neuen Extremismusform um eine schwer fassbare Kategorie handelt, die nicht alle Ausprägungen anti-staatlicher Tendenzen eindeutig erfassen kann. Sie beschreiben regierungsfeindlichen Extremismus als ein „sehr zersplittertes und intransparentes Feld“ (Niederlande; Zitat übersetzt aus dem Englischen), das sich „als Folge eines während der COVID-Pandemie entstandenen Misstrauens gegenüber der Regierung verbreitet hat“ (Kanada; Zitat übersetzt aus dem Englischen). Expert*innen aus den USA, den Niederlanden, Norwegen (dort mit dem Hinweis auf eine insgesamt geringe Terrorgefahr), Tschechien, Kanada und Australien benannten anti-staatlichen Extremismus explizit als aktuelle Bedrohung.

Ähnlich wie bereits 2023 hoben mehrere Expert*innen auch die Bedrohung durch auf Einzelthemen fokussierten Extremismus hervor, darunter Anti-Gender- und Anti-LGBTQI+-Extremismus (USA, Kanada), anti-migrantische und rassistische Ausprägungen (USA, Tschechien) sowie antisemitischer Extremismus (Niederlande, Kanada). Allerdings treten diese Einzelformen zunehmend gemeinsam und miteinander verwoben auf – in einer ideologisch fluiden Weise, wie sie auch für regierungsfeindlichen Extremismus typisch ist. Mehrere Expert*innen aus Australien und Kanada bezeichneten „hybriden Extremismus“ oder die „Hybridisierung extremistischer Ideologien“ als eine eigenständige Bedrohung. Eine Expertin beschrieb die Komplexität dieser neuen extremistischen Phänomene als eine „perverse ‚Choose-your-own-adventure‘-Form der Radikalisierung“, die klare Grenzen zwischen verschiedenen Extremismusformen im Grunde auflöse. Besonders anfällig für hybriden Extremismus seien junge Menschen als *Digital Natives*, da sie verschiedene Arten von extremistischem Material in ihrem Alltag häufiger und mit geringerer Hemmschwelle online konsumieren als andere demografische Gruppen.

Die befragten Expert*innen gehen insgesamt davon aus, dass Bedrohungen für die öffentliche Sicherheit durch gewalttätigen Extremismus derzeit und in den nächsten zwei bis fünf Jahren gleichbleiben. Zu den unterschätzten Bedrohungen, denen nach Ansicht der Expert*innen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird, gehören die Radikalisierung von Jugendlichen, der künftige Einfluss neuer Technologien und die anhaltende Normalisierung extremistischer Ideen in westlichen Demokratien.

Vertiefende Fallstudien

In zusätzlichen themenspezifischen Studien des internationalen Monitorings wurden Themen bearbeitet, die aus den Befragungsergebnissen der Online-Umfrage als prioritär für die Weiterentwicklung des Präventions- und Evaluationsfeldes hervorgingen.

Dazu zählen:



Kapazitätsaufbau für Evaluierung in der Extremismusprävention (Ebbecke/Bressan 2024)

Ein Mangel an Evaluierungserfahrung und -fachwissen unter Akteuren im Feld ist eine Herausforderung für regelmäßige, qualitativ hochwertige Evaluierungen. Evaluierungs-Toolkits als Lernressourcen können helfen, Wissens- und Kompetenzlücken zu schließen. Auf Basis einer Analyse bestehender Evaluierungs-Toolkits und Interviews mit Entwickler*innen und Geldgebern präsentieren wir in dieser Studie Empfehlungen für die Konzeption und Umsetzung wirksamer Toolkits und Unterstützungsstrukturen für die Evaluierung im Bereich der Extremismusprävention. Die Empfehlungen beziehen sich auf Relevanz und nutzer*innenzentriertes Design, Zugänglichkeit und Sprache, Nutzer*innentests und Feedback, effektive Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation sowie die Evaluierung von Toolkits.



Die Rolle von Evaluierung in der jugendzentrierten Präventionspraxis (Stoffel 2025)

In der zweiten Erhebung des internationalen Monitorings betonten Expert*innen aus Norwegen, den Niederlanden, Australien, Spanien und Kanada die besondere Gefahr von Jugendradikalisierung. Diese vertiefende Studie zeigt, dass Präventionsarbeit oft auf junge Menschen abzielt, jedoch zentrale Wissenslücken zu ihren spezifischen Bedarfen und altersgerechten Präventionsansätzen bestehen. So spielen ideologische Faktoren bei der Radikalisierung von Jüngeren eine vergleichsweise geringere Rolle; dafür sind stabile Beziehungen zu Fachkräften in der Präventionsarbeit besonders bedeutend. Klassische Befragungsmethoden in der Evaluation können junge Menschen in vulnerablen Identitätsbildungsphasen durch suggestive Bewertungen zudem gefährden oder durch falsch gesetzte Anreize zu verzerrten Antworten verleiten. Evaluationsdesigns sollten daher jugendspezifische Dynamiken in Radikalisierungsbiografien, Methodik, und Erfolgsindikatoren von Präventionsprogrammen unbedingt stärker berücksichtigen.



Jenseits des religiösen Extremismus: Erkenntnisse aus dem Wandel in Präventionsprogrammen im internationalen Vergleich (Watson 2025)

Nach extremistischen Anschlägen der frühen 2000er-Jahren fokussierten sich amerikanische und europäische Entscheidungsträger*innen vornehmlich auf Ideologie und Religion – insbesondere Islamismus – als Ursachen extremistischer Gewalt. In einigen Kontexten haben wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Erfahrungen inzwischen dazu beigetragen, holistischere Ansätze für wirksamere Prävention zu entwickeln. Für effektive Prävention im Lichte hybrider Ideologien und auf Basis von Interviews mit Expert*innen zu Großbritannien, den USA, Kanada, Deutschland und Kenia empfiehlt diese Studie iterative Lernstrategien in der Evaluierung, bedrohungsagnostische Präventionsansätze unter Berücksichtigung vielfältiger Radikalisierungsursachen und bessere sektorübergreifende Koordination unter Einbezug der Perspektive und Erfahrungen von Präventionspraktiker*innen.

Gleichzeitig betonten die Expert*innen in unserem Validierungsworkshop die begrenzte Rolle, die Ideologie in Radikalisierungsprozessen spielt. Stattdessen hoben die Expert*innen sowie Autor*innen einschlägiger Fachliteratur die Bedeutung nicht-ideologischer individueller und systemischer Faktoren gewaltsamer Radikalisierung hervor – darunter soziale Unterstützungsnetzwerke, soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Ungleichheit. Einzelne Präventionsprogramme können diese strukturellen Probleme zwar nicht lösen, sie können jedoch individuelle Schutzfaktoren stärken. Wie eine Expertin erläuterte, ist ein solcher Ansatz der Gewaltprävention – den sie als wirksamer einschätzt als ideologiebasierte Ansätze – von Natur aus nicht ideologisch geprägt. Expert*innen sprachen sich daher dafür aus, Bemühungen zur Extremismusprävention auf Anti-Gewalt-Strategien statt auf Anti-Ideologie-Ansätze zu verlagern.

Trends in der Evaluation von Extremismusprävention

Zusammenfassend zeigt die zweite Welle der Expert*innenbefragung im Herbst 2024, dass das Feld der Evaluierung von Extremismusprävention in den untersuchten Ländern seit Sommer 2023 kaum Fortschritte gemacht hat. Unsere Ergebnisse bestätigen zwar einige ausgewählte positive Evaluierungspraktiken, die bereits in der Umfrage von 2023 identifiziert wurden. Obwohl mit etwas über einem Jahr nur relativ wenig Zeit zwischen den beiden Erhebungswellen des Monitorings lag, finden wir allerdings in den Ergebnissen insgesamt eindeutige Hinweise auf eine Stagnation des Evaluierungsfeldes:

1. Evaluationshäufigkeit bleibt gering und ungleich verteilt

Die Verteilung von Evaluationen über die verschiedenen Formen und Ebenen von Extremismusprävention bleibt unausgewogen – und Expert*innen sehen keine Steigerung der Häufigkeit, mit

INTERNATIONALES MONITORING

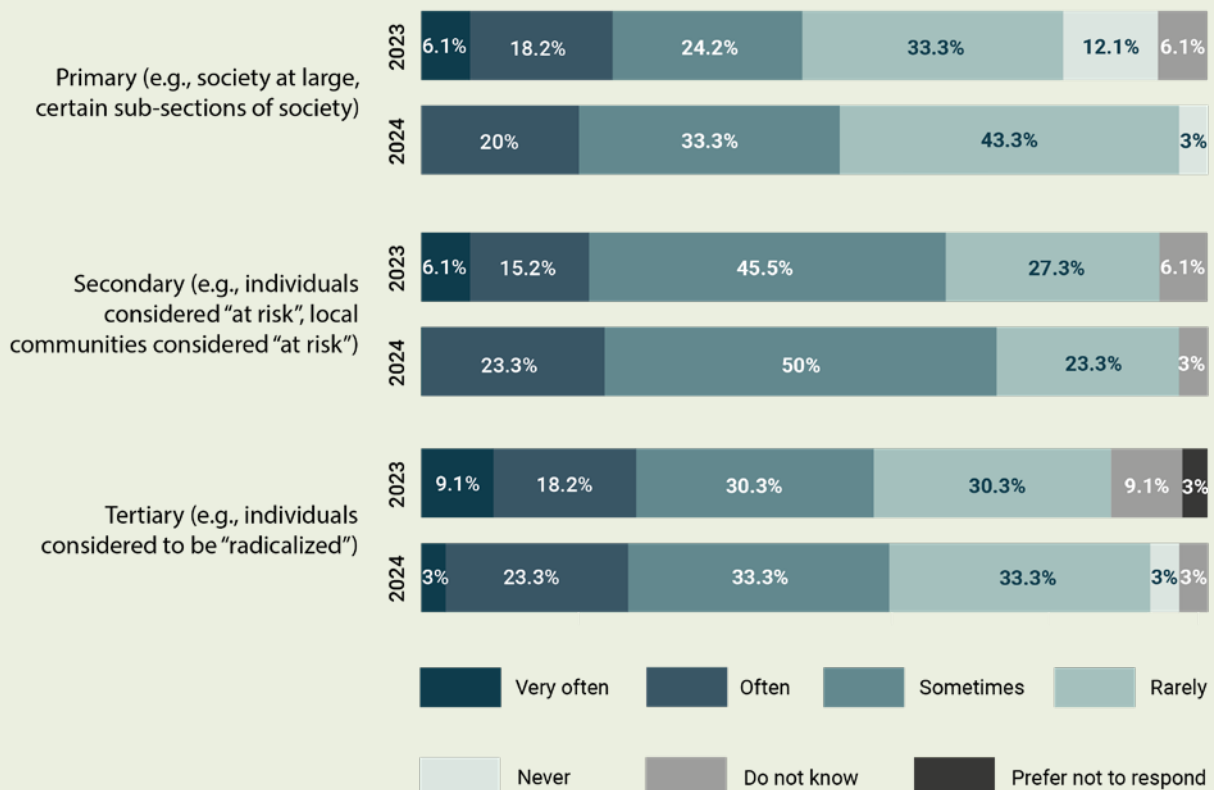
der Evaluationen durchgeführt werden. Insgesamt werden Projekte und Programme häufiger evaluiert als einzelne Präventionsmaßnahmen, politische Strategien oder institutionelle Strukturen. Auch innerhalb der Programme zeigt sich ein Ungleichgewicht: Primärpräventive Maßnahmen, etwa zur Stärkung von Resilienz oder sozialem Zusammenhalt, werden seltener evaluiert als sekundär- und tertiärpräventive Maßnahmen.

2. Evaluationen werden weiter am häufigsten durch Projektträger selbst durchgeführt

Wie bereits 2023 festgestellt, wird die Mehrheit der Evaluationen weiterhin von den Projektträgern selbst durchgeführt (2023: 84,8 %, 2024: 86,7 %), gefolgt von Forschenden an Universitäten (2023: 72,7 %, 2024: 73,3 %) sowie unabhängigen Berater*innen (2023: 66,7 %, 2024: 70 %). Ähnlich verhält es sich bei der Frage, wer Evaluationen anstößt: Die befragten Expert*innen sehen Regierungen weiterhin als wichtigste Treiber (2023: 75,8 %, 2024: 83,3 %), gefolgt von Projektträgern (2023: 51,5 %, 2024: 63,3 %) und dem akademischen Betrieb (2023: 48,5 %, 2024: 56,7 %).

Es wurden insgesamt mehr verschiedene Akteursgruppen als Evaluationstreiber genannt als 2023 – mit einem Anstieg von rund zehn Prozent bei den Kategorien *Regierung*, *Umsetzung*, *aka-*

Abb. 2: Evaluationshäufigkeit von primär-, sekundär- und tertiärpräventiven Maßnahmen im Vergleich 2023 (n=33) und 2024 (n=30).

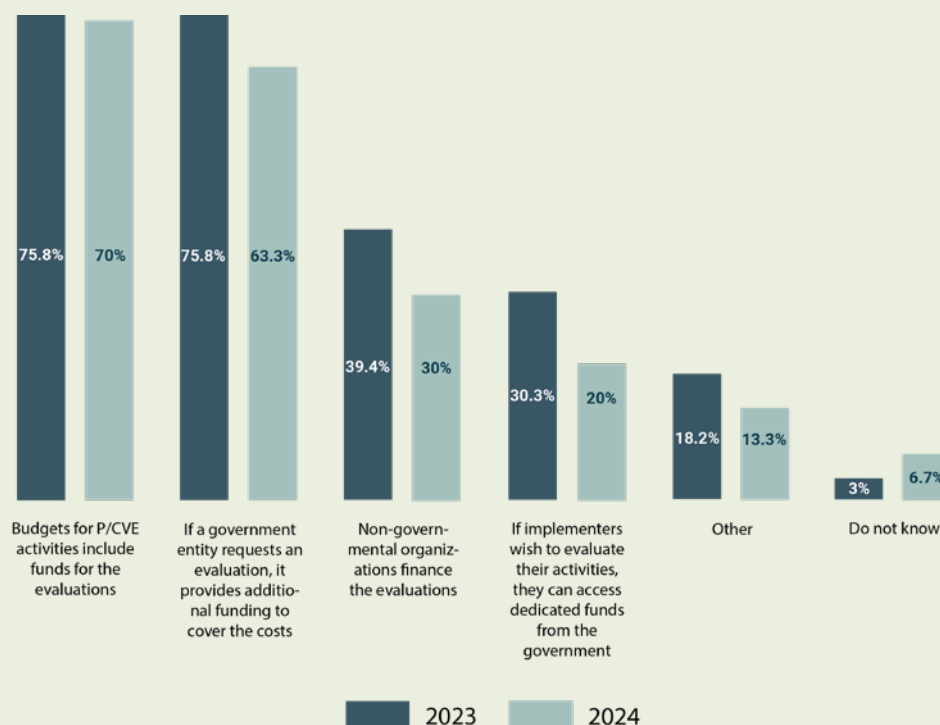


demische Forschung und regionale Organisationen sowie einem leichten Zuwachs bei internationalen Organisationen und ausländischen Geberregierungen. Stiftungen sind die einzige Kategorie, deren Bedeutung als Evaluationstreiber gegenüber 2023 zurückging. In den Freitextantworten bestätigte sich jedoch kein genereller Bedeutungszuwachs von Evaluationen – vielmehr wird die weitere Verbreitung negativer Haltungen gegenüber Evaluationen deutlich kritisiert.

3. Finanzierungsmöglichkeiten für Evaluationen sind (noch) weniger geworden und setzen oft die falschen Anreize

Auch bei den Finanzierungsquellen von Evaluationen zeigten sich keine positiven Veränderungen. Die Befragten gaben an, dass Evaluationen weiterhin vor allem auf zwei Wegen finanziert werden: Erstens, wenn im Budget der Extremismuspräventionsmaßnahme bereits Mittel für eine Evaluation vorgesehen sind (2023: 75,8 %, 2024: 70 %), und zweitens, wenn eine staatliche Stelle eine Evaluation beauftragt und dafür zusätzliche Mittel bereitstellt (2023: 75,8 %, 2024: 63,3 %). 30 % der Befragten gaben zudem an, dass NGOs in ihrem Land Evaluationen im Bereich Extremismusprävention finanzieren (2023: 39,4 %) und 20 % nannten den Zugang zu speziellen staatlichen Fördermitteln als Finanzierungsquelle (2023: 30,3 %). Wie bei der Frage zu den Evaluationstreibern waren Mehrfachantworten möglich – allerdings gaben die Befragten insgesamt weniger Finanzierungsquellen an als noch 2023. In allen Kategorien zeigt sich ein Rückgang von 5,8 % bis 12,5 %.

Abb. 3: Finanzierungsmöglichkeiten für Evaluation von Extremismuspräventionsmaßnahmen im Vergleich 2023 (n=33) und 2024 (n=30).



Auch in offenen Antworten wurde die Finanzierung von Evaluationen als eines der zentralen Probleme benannt, wenn es um die generelle Stärkung von Evaluationen im Bereich Extremismusprävention geht. Neben dem generellen Bedarf an mehr finanziellen Mitteln teilen viele Expert*innen die Ansicht, dass Evaluationen häufiger von unabhängigen Dritten durchgeführt werden sollten. Da Evaluationen am häufigsten von den Projektträgern selbst verantwortet und aus deren Projektbudgets finanziert werden, kritisieren viele Befragte den Mangel an Ressourcen für objektivere, unabhängige Evaluationen durch entsprechend qualifizierte Fachpersonen.

Darüber hinaus werden nach Angaben befragter Expert*innen Evaluationen häufig primär durchgeführt, um die Anforderungen von Geldgebern zu erfüllen – was dann zum Problem wird, wenn Förderlogiken die Häufigkeit, Qualität und Transparenz von Evaluationen sowie die Etablierung einer Lernkultur behindern. In manchen Fällen äußert sich dies in Gleichgültigkeit gegenüber Evaluationen, etwa wenn Projektträger oder Evaluierende diese lediglich pro forma durchführen, ohne sich ernsthaft mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen und aus ihnen zu lernen. In anderen Fällen führt der (vermutete) Zusammenhang zwischen Evaluationsergebnissen und Förderentscheidungen zu einer insgesamt ablehnenden Haltung gegenüber Evaluationen. Expert*innen warnen vor Vorurteilen gegenüber Evaluationen, weil diese als Beurteilung des Projekts und der Projektträger wahrgenommen würden – was bei vielen zu der Sorge führe, bei negativen Ergebnissen ihre Fördergelder zu verlieren.

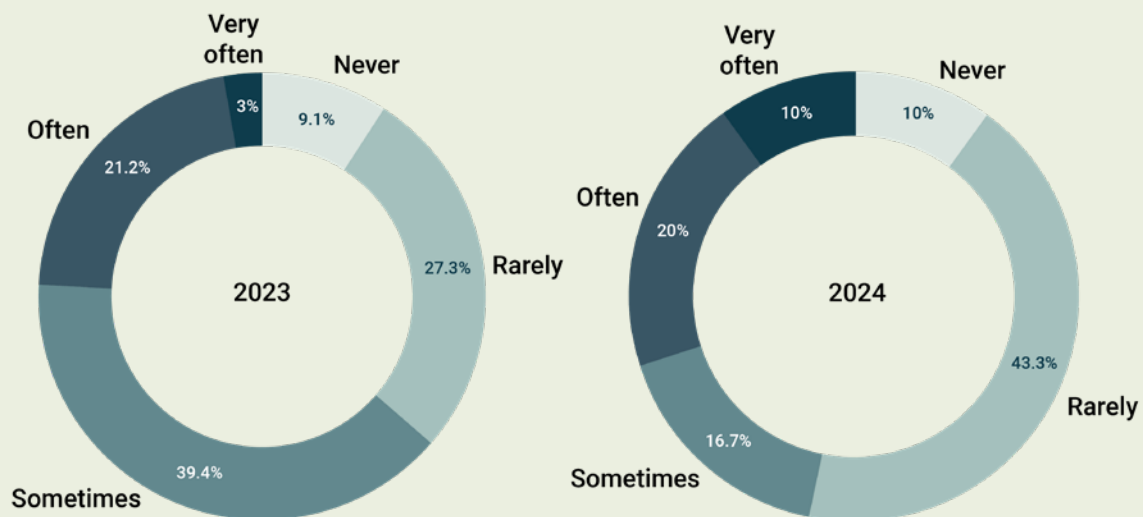
4. Innovation in Evaluationsdesign und Methodik bleibt selten

Befragte aus neun der zwölf untersuchten Länder sehen wenig bis gar keine Innovationen in der Evaluation von Extremismuspräventionsmaßnahmen (Ausnahmen: Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Kanada). Dieses Ergebnis deckt sich mit der Erhebung von 2023, in der Expert*innen aus neun von damals 14 Ländern ebenfalls keine nennenswerten Neuerungen identifizieren konnten. Gleichzeitig herrscht weitgehend Einigkeit darüber, welche methodischen Verbesserungen sich Expert*innen wünschen: Evaluationen, die von Projektbeginn mitgedacht und in Projektzyklen eingebaut werden, wissenschaftlich fundierte Methoden inklusive der Arbeit mit expliziten Wirkungsmodellen, standardisierte Indikatoren, die Vergleiche über Zeit und Organisation hinweg ermöglichen, und eine stärkere Einbindung von Gemeinschaften in Projektorten, um individuelle Kontexte besser zu verstehen. Da diese methodischen Fortschritte laut Befragten stark von wissenschaftlicher Fundierung abhängen, werden Universitätsforscher*innen am häufigsten als wichtigste Innovationsakteure genannt (36,7 %), gefolgt von nationalen Regierungen (13,3 %).

5. Veröffentlichungen von Evaluationsergebnissen werden immer mehr zur Ausnahme

Im Jahr 2023 gaben die Befragten an, dass Evaluationsergebnisse gelegentlich, aber nicht systematisch veröffentlicht würden – 39,4 % der Expert*innen sagten, dass Ergebnisse „manchmal“ öffentlich zugänglich gemacht würden. In 2024 bewerteten die Befragten die Transparenz in Bezug auf Evaluationsergebnisse im Bereich der Extremismusprävention weiterhin als unzureichend – die Veröffentlichungsrate ist sogar weiter gesunken: 2024 gaben über die Hälfte (53,3 %) der Befragten an, dass Ergebnisse „selten oder nie“ veröffentlicht würden.

Abb. 4: Häufigkeit der Veröffentlichung von Evaluationsergebnissen im Vergleich 2023 (n=33) und 2024 (n=30).



Wenn Ergebnisse zurückgehalten werden, geschieht dies weiterhin häufig, weil Geldgebende keine Veröffentlichung wünschen (2023: 51,5 %, 2024: 46,7 %) und immer mehr, um negative Ergebnisse nicht öffentlich machen zu müssen (2023: 36,4 %, 2024: 50 %). Möglicherweise nimmt auch die politische Sensibilität rund um Extremismusprävention und deren Evaluationen zu. Einige Expert*innen betonten die Reputationsrisiken, denen sowohl Geldgebende als auch Projektträger ausgesetzt sind, wenn Evaluationen negative Ergebnisse hervorbringen – oder überhaupt nur öffentlich machen, dass bestimmte Organisationen Extremismuspräventionsmaßnahmen durchführen.

Darüber hinaus wiesen 43,3 % der Befragten darauf hin, dass einige Evaluationsberichte nicht veröffentlicht werden, um Einzelpersonen und ihre persönlichen Daten zu schützen. Hier hat sich im Vergleich zu 2023, wo 42,4 % den Schutz persönlicher Daten als Grund für die Nichtveröffentlichung angaben, nicht viel geändert. Interessanterweise halten Geldgebende im Vergleich zu 2023 weniger Evaluierungsberichte zurück, weil Projektträger nicht wünschen, dass die Ergebnisse veröffentlicht werden (2023: 45,5 %, 2024: 26,7 %). Mehrere Befragte im Jahr 2023 begründeten die Skepsis der Durchführenden gegenüber der Veröffentlichung von Evaluierungsergebnissen mit der Sorge, die Ergebnisse könnten sich auf die künftige Finanzierung auswirken oder sogar ein Grund sein, die Extremismuspräventionsaktivitäten einzustellen. Während diese Dynamik von den Befragten im Jahr 2024 immer noch häufig genannt wird, wenn es um die Frage geht, ob überhaupt eine Evaluierung durchgeführt wird und wenn ja, mit welchem Anspruch (siehe Punkt 3. *Finanzierungsmöglichkeiten*), scheint sie im Hinblick auf die Veröffentlichung der Ergebnisse für Durchführende weniger Gewicht zu tragen.

6. Die Umsetzung von Evaluationsergebnissen bleibt immer weiter zurück

Aus einer geringen Veröffentlichungsrate resultiert auch, dass andere Extremismuspräventionsakteure nicht aus Evaluationsergebnissen lernen und keine Anpassungen ihrer eigenen Maßnahmen vornehmen können. Auf die Frage, welche Mechanismen es in ihren Ländern gibt, um sicherzustellen, dass Evaluierungsergebnisse zur Verbesserung von Extremismuspräventionsmaßnahmen genutzt werden, antworteten zwölf von 30 Befragten, dass sie keine entsprechenden Prozesse kennen – doppelt so viele wie 2023.

Die Gründe, die für diese Lernbarrieren genannt werden, lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. Erstens: begrenzte Kapazitäten und fehlende Fachkenntnisse – sowohl bei Projektträgern als auch bei Geldgebern. Wo die Grundlagen fehlen, um Ergebnisse effizient umsetzen zu können, werden Kapazitäten lieber für Projektimplementierung eingesetzt.

Zweitens: fehlender politischer Wille und negative Einstellungen gegenüber Evaluationen. Wer von vornherein nicht glaubt, dass Evaluationen helfen können, Extremismus besser verhindern zu können, wird auch nicht darin investieren, Evaluationsergebnisse zu nutzen.

7. Trotz Diversifizierung von Unterstützungsangeboten gibt es keine Ausweitung

Im Hinblick auf Strukturen zur Qualitätssicherung und Unterstützung von Evaluationen im Bereich der Extremismusprävention berichten die Befragten von einer leichten Diversifizierung, jedoch keiner generellen Ausweitung von Angeboten im Vergleich zu 2023. Fachnetzwerke werden weiterhin am häufigsten als vorhandene Unterstützungsform genannt (2023: 70,3 %, 2024: 63,3 %), ebenso wie Toolkits und andere Bildungs- und Beratungsformate (2023: 59,5 %, 2024: 63,3 %). Interaktive Trainings bleiben ebenfalls ein weit verbreitetes Mittel zur Unterstützung von Evaluationstätigkeiten (2023: 62,2 %, 2024: 56,7 %), ebenso wie formalisierte Wissenszentren (*knowledge hubs*; 2023: 35,1 %, 2024: 33,3 %), wenn auch auf niedrigerem Niveau. Ein Anstieg wurde bei Evaluationsdatenbanken festgestellt – von 18,9 % in 2023 auf 26,7 % in 2024. Auch nicht-interaktive Vorträge werden laut den Befragten etwas häufiger genutzt, mit einem Anstieg von 10,8 % in 2023 auf 23,3 % in 2024.

Da die Befragten mehrere Antwortoptionen auswählen konnten, ist der (geringe) Anstieg bei Toolkits, Datenbanken und Vorträgen jedoch gegen die Rückgänge bei Fachnetzwerken und interaktiven Trainings abzuwägen – es scheint zwar mehr Unterstützungsformate zu geben, nicht aber unbedingt mehr tatsächliche Unterstützung. Bemerkenswert ist auch, dass der Anteil der Befragten, die angaben, dass es in ihrem Land keine Unterstützungsstrukturen gibt, nahezu gleichgeblieben ist: 13,5 % in 2023, 13,3 % in 2024. In den Langtextantworten offenbarten sich sogar noch mehr kritische Äußerungen: 20 % der Befragten aus vier Ländern erklärten, sie sähen keine „signifikanten oder wirkungsvollen“ Unterstützungsstrukturen.

Stagnationsrisiko – und jetzt? Empfehlungen und Ausblick

Zusammenfassend liefern unsere Umfrageergebnisse aus zwölf Ländern weltweit eindeutige Hinweise darauf, dass sich die Entwicklung des Evaluationsfeldes im Bereich Extremismusprävention auf einem Plateau befindet – oder sogar stagniert. Zwar findet eine Konsolidierung etablierter Praktiken und Innovationen in einigen Bereichen und Ländern durchaus statt, allerdings berichten die befragten Expert*innen insgesamt nur von wenig Fortschritt in den Bereichen, für die bereits in vergangenen Publikationen des internationalen Monitorings Empfehlungen für Verbesserungen formuliert wurden. Teilweise lassen sich sogar negative Entwicklungen feststellen.

Zusätzlich zu unseren Umfrageergebnissen stützen die Auswertung des Validierungsworkshops und zusätzliche Gespräche mit internationalen Expert*innen diese Interpretation. Einige Teilnehmer*innen äußerten differenzierte Einschätzungen und sahen in individuellen Ländern eher eine Konsolidierung als eine Stagnation, allerdings betonten die meisten die gegenwärtige Entwicklung als entscheidenden Wendepunkt, an dem Stagnation bisherigen Fortschritt bedroht – sowohl für das Feld der Extremismusprävention als Ganzes als auch für diesbezügliche Evaluationen. Dabei wurde auch die Möglichkeit diskutiert, dass nur das Evaluationsfeld stagniere – etwa aufgrund der hohen Anforderungen an Finanzierung, Entwicklung und Umsetzung innovativer Designs –, während das Interesse an Extremismusprävention als Thema nach wie vor groß sei.

Die vergangenen Publikationen des Teilprojekts finden sich hier:



<https://preval.hsfk.de/publikationen/gppi-publikationen>

Als Gründe für Stagnation legt unsere Analyse nahe, dass in den ersten Jahren der Etablierung von Evaluierung im Feld der Extremismusprävention vergleichsweise schnelle Erfolge erreicht wurden. So wurden beispielsweise Leitfäden und Toolkits zur Evaluation veröffentlicht (Ebbecke/Bressan 2024), Budgetquoten für Evaluationen festgelegt, nationale Aktionspläne verabschiedet und Evaluierungsformate pilotiert. Diese frühen Fortschritte bringen jedoch keine tiefgreifenden strukturellen Veränderungen. Zur Weiterentwicklung des Feldes bräuchte es nun verlässliche und langfristige Investitionen.

Der weiteren Konsolidierung und Entwicklung steht vielerorts eine Kombination aus schrumpfenden Budgets einerseits und einer zunehmenden Politisierung von Extremismusprävention andererseits im Wege. Als wichtigste Geldgeber prägen Regierungen weiterhin maßgeblich die Richtung im Evaluationsfeld – und agieren nun unseren Expert*innen zufolge zunehmend zurückhaltend. Diese Zurückhaltung ist besonders in Ländern mit demokratischem Rückbau, autoritären Tendenzen oder wachsendem politischem Einfluss extremistischer Kräfte zu beobachten – laut unserer Umfrage etwa in Tunesien, den USA oder Tschechien.

Trotzdem erfordert unsere länderübergreifende Methodik eine gewisse Zurückhaltung bei der Generalisierung dieser Ergebnisse: Das Sample der Befragten umfasst nur zwei bis drei Expert*in-

nen pro Land, was Rückschlüsse auf nationaler Ebene begrenzt. Zudem handelt es sich bei den Befragten 2024 größtenteils um dieselben wie im Jahr zuvor – möglicherweise hatten sie angesichts des kurzen Intervalls wenig Neues beizutragen. Da Extremismuspräventionsmaßnahmen und ihre Evaluationen zudem weiterhin untererforscht sind, bot diese Umfrage eine seltene Gelegenheit, Kritik und Frustration zu äußern – was das Gesamtbild tendenziell negativ verzerren könnte. Darüber hinaus wurde in der Umfrage nicht explizit danach gefragt, ob eine Stagnation wahrgenommen wird.

Dennoch sehen wir in den Ergebnissen insgesamt eindeutige Hinweise auf Stagnation: Die Häufigkeit von Evaluierungen ist unverändert geblieben, die bereits begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten sind weiter zurückgegangen, es gibt kaum methodische Innovationen, die Transparenz der Ergebnisse hat abgenommen und es bestehen weiterhin Kapazitätslücken, ohne, dass angemessene Gegenmaßnahmen ergriffen werden.



In Kombination mit den bereits bekannten und neuen Herausforderungen, mit denen der Bereich der Extremismusprävention insgesamt konfrontiert ist, lautet unsere wichtigste Botschaft daher: Alle an der Prävention von Extremismus beteiligten Akteure müssen sicherstellen, dass sie beim Thema Evaluierung, Lernen und Verbesserung auf Kurs bleiben. Dies bedeutet, dass Evaluierungsbemühungen, die zur Verbesserung der Präventionspraxis beitragen und Erkenntnisse darüber liefern können, was unter welchen Bedingungen zur Verhinderung von Radikalisierung und Extremismus funktioniert, strategisch beibehalten und vorangetrieben werden sollten.

Die Empfehlungen aus dem Bericht zur ersten Erhebungswelle des internationalen Monitorings (Bressan/Ebbecke/Rahlf 2024) sind nach wie vor relevant. Auf Basis der Ergebnisse der zweiten Erhebungswelle nehmen wir zudem eine neue Priorisierung sowie Ergänzung und Nuancierung der Empfehlungen vor:

1. **Alle Akteure in der Extremismusprävention sollten sich auf den Aufbau vertrauensvoller Beziehungen untereinander konzentrieren und Evaluationen als Chance für kohärentere und wirksamere Prävention begreifen.** Wenn extremistische Ideologien in den politischen Mainstream oder in Machtpositionen vordringen, steigt das Risiko, dass Extremismusprävention stärker ideologisch als durch Evidenz und Lernen geleitet wird. Akteure sollten diese Dynamiken genau beobachten und in konstruktive Beziehungen investieren, die auch in Anbetracht schwierigerer politischer Umstände lernorientierte Verbesserungen ermöglichen.
2. **Geldgebende sollten den Austausch zwischen allen Akteuren weiter fördern und finanziell unterstützen.**
 - a. Sie sollten – unter Wahrung von Vertraulichkeit – die Veröffentlichung von Evaluationsergebnissen und Erkenntnissen ermöglichen, zum Beispiel durch öffentlich zugängliche Evaluationsdatenbanken oder Austauschformate.
 - b. Sie sollten in Formate investieren, die informelle Beziehungen zwischen Praxis, Wissenschaft, Evaluation und Politik fördern. Diese Formate sollten Raum für Diskussionen über Stagnationen, ihre Ursachen und gemeinsame Lösungsansätze bieten.

- c. Formate zum Austausch über Ergebnisse und Erfahrungen sollten auch aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf Extremismustrends reflektieren – zum Beispiel hybride Phänomene, ideologische Fluidität, die Normalisierung extremer Narrative oder nicht-ideologische Radikalisierungsfaktoren.

3. Geldgebende sollten ausreichende Mittel für hochwertige Evaluationen bereitstellen und in lernorientierte Strategien investieren – besonders in Zeiten von Haushaltskürzungen.

- Geldgebende sollten Ressourcen für die Evaluation der von ihnen geförderten Aktivitäten vorsehen und bereits in der Antragsphase entsprechende Mittel einplanen lassen.
- Um durch Projektträger selbst initiierte Evaluationen durchzuführen oder zu beauftragen, braucht es dezidierte Förderinstrumente.
- Bei allen Finanzierungsmodellen sollte die Einbindung unabhängiger Dritter als Evaluierende oder beratende Qualitätssicherer gefördert werden.

4. Alle Akteure sollten in den Kompetenzaufbau von Projektträgern und Entscheidungsträgern investieren, um hochwertige Evaluationen und Lernprozesse zu ermöglichen.

- Evaluation sollte durch Formate gefördert werden, die Austausch und Koordination ermöglichen – zum Beispiel durch Fachnetzwerke, interaktive Trainings oder formalisierte Wissenszentren (*knowledge hubs*).
- Bestehende Angebote sollten verstetigt und miteinander verknüpft werden anstatt neue, voneinander isolierte Einzelmaßnahmen zu schaffen.

5. Evaluationen sollten systematische Lernstrategien verfolgen, die konkrete Umsetzungsmechanismen für ihre Ergebnisse enthalten.

- Regierungen und Trägerorganisationen sollten Mechanismen entwickeln, durch die Ergebnisse eingesetzt werden können, um Verbesserungen in Extremismuspräventionsprogrammen, -strategien und -maßnahmen zu erzielen.
- Geldgebende und Projektträger sollten gemeinsame Ziele für die Nutzung von Evaluationsergebnissen formulieren – inklusive der Bereitschaft, auch mit negativen Ergebnissen konstruktiv zu arbeiten.

6. Alle Akteure sollten die Risiken von Stagnation im Evaluationsfeld ernst nehmen und kritisches Wissen, Netzwerke und Expertise sichern – während sie bestehende Defizite aktiv angehen.

Die Analyse der Ergebnisse des zweiten internationalen Monitorings deuten bereits daraufhin, dass 2025 ein entscheidendes Jahr für Extremismusprävention in vielen Teilen der Welt ist. Die dynamische Weiterentwicklung extremistischer Bedrohung steht in Verbindung mit geopolitischen Konflikten sowie zunehmender Polarisierung in vielen Gesellschaften wie etwa in Nordamerika, Europa und Westasien. Regionen, in denen Extremismusprävention durch internationale Organisationen und Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird, sind von signifikanten Veränderungen in der Akteurs- und Finanzierungslandschaft betroffen. Budgetkürzungen betreffen die Präventionspraxis weltweit – und damit auch die Evaluierungspraxis. Diese Entwicklungen werden in vertiefenden Studien und der dritten Erhebungswelle des internationalen Monitorings im

Stoffel, Sofie Lilli (2025): Seen but not Heard: How Evaluation Overlooks Youth Realities in Extremism Prevention, GPPi Report, Berlin.



<https://preval.hsfk.de/publikationen/gppi-publikationen>

Herbst 2025 genauer analysiert, um abschließende Lehren und Empfehlungen aus drei Erhebungswellen des internationalen Monitorings zu ziehen.

ABBILDUNGEN

Icons S. 58, S. 60, S. 62, S. 63, S. 69, S. 70, S. 72: media machine GmbH, Mainz.

Abb. 1: media machine GmbH, Mainz (bearbeitet: PRiF).

Abb. 2/Abb. 3/Abb. 4: eigene Darstellung.

Literatur

Bressan, Sarah/Ebbecke, Sophie/Rahlf, Lotta (2024): How Do We Know What Works in Preventing Violent Extremism? Evidence and Trends in Evaluation from 14 Countries. GPPi Report, Berlin.

Stoffel, Sofie Lilli/Bressan, Sarah/Korb, Lea Marlene (2025): Holding Ground in Preventing Violent Extremism: Avoiding Stagnation in P/CVE and Evaluation. GPPi Report, Berlin.

Watson, Abigail (2025): Beyond Religion – Learning From the Shift Toward a Wider Understanding of Extremism in P/CVE Programming. GPPi Report, Berlin.

Teilprojekt Internationales Monitoring

Extremismusprävention und politische Bildung international Gegensatz oder Symbiose?

Myrte van Veldhuizen & Hermann Josef Abs

Universität Duisburg-Essen

Wird die Prävention von Radikalisierung und Extremismus international als Bildungsaufgabe gesehen? Und wenn ja: Wie wird der Zusammenhang von Extremismusprävention und (politischer) Bildung organisiert? Anhand von Daten aus einer internationalen Befragung geht das folgende Kapitel diesen Fragen auf den Grund. Ergänzend wurden im englischen Bildungssystem vertiefende Interviews geführt, um die Intensität und Formen der Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und Präventionsakteuren zu untersuchen.

Executive Summary & Empfehlungen

Im Fokus dieser international angelegten Studie standen das Verhältnis zwischen politischer Bildung und der Prävention von Radikalisierung und Extremismus in verschiedenen Ländern sowie die Frage nach bestehenden Kooperationsformen. Unsere Untersuchung folgte einem *Mixed-Methods*-Design: Eine internationale Umfrage des *Global Public Policy Institutes* (GPPi) unter 30 Expert*innen aus zwölf Ländern wurde um spezifische Fragen zur Kooperation zwischen den beiden Bereichen ergänzt. Im Rahmen einer Fallstudie wurden zusätzlich sechs Interviews mit Fachkräften aus der (politischen) Bildung und Prävention in England geführt.

Unsere Untersuchung zeigt, dass politische Bildung nicht in allen Ländern als eigenständiger Bereich etabliert ist und sehr unterschiedlich organisiert wird. In den meisten Ländern fehlt es an einer zentralen Strategie, die eine systematische Kooperation zwischen den beiden Bereichen anleitet. In einigen Ländern bestehen jedoch punktuelle Kooperationen auf lokaler Ebene oder an einzelnen Schulen.

In England befürworten Fachkräfte beider Bereiche grundsätzlich eine Zusammenarbeit. Allerdings existiert kein übergeordnetes, landesweites Kooperationsprogramm – stattdessen koexistieren vereinzelte lokal oder von einzelnen Schulen umgesetzte Projekte. Die Schulen agieren dabei weitgehend autonom und entscheiden selbst über Art und Umfang präventiver Maßnahmen.

Basierend auf den Ergebnissen der internationalen Studie ergeben sich folgende Empfehlungen für den deutschen Kontext:



Trägern der politischen Bildung und Extremismusprävention empfehlen wir,

- eine Anreizstruktur zu schaffen, um Kooperationen zwischen der Präventionspraxis und Lehrkräften für politische Bildung auf lokaler oder schulischer Ebene zu erproben.
- ein Pilotprogramm auszuschreiben, in dem Praxisakteure beider Bereiche sich mit Projektideen bewerben können. Die Projekte sollten dann nach vereinbarten Kriterien evaluiert werden, um *Best Practices* zu identifizieren.



Wissenschaftler*innen empfehlen wir, folgende Forschungsvorhaben in Betracht zu ziehen:

- eine *Baseline*-Studie, um den aktuellen Stand der Zusammenarbeit, Gelingensbedingungen und die sich daran anschließenden Formen praktischer Kooperation von politischer Bildung und Extremismusprävention in Deutschland zu systematisieren. Eine solche Studie schafft eine Wissensgrundlage, auf der weiterführende Forschungen aufbauen können.

- zielgerichtete Forschung zur Entwicklung lokaler Kooperationsansätze. Durch die Einrichtung von Pilotprojekten mit begleitender Evaluierung auf lokaler Ebene könnte die Zusammenarbeit zwischen Prävention und politischer Bildung in ganz Deutschland gestärkt werden.
- eine *Delphi*-Studie mit Vertreter*innen der Extremismusprävention und politischen Bildung, um ein Konzept beziehungsweise Richtlinien zur Kooperation zu entwickeln. Indem Expert*innen aus beiden Bereichen zusammenkommen, um mögliche Hindernisse zu erörtern und Lösungsvorschläge zu entwickeln, könnte die Kooperationsbereitschaft der Fachkräfte aus beiden Bereichen wachsen.

Extremismusprävention und politische Bildung international: Gegensatz oder Symbiose?

Obwohl die Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteuren im Bereich der Extremismusprävention und der politischen Bildung Chancen für beide Bereiche bietet, zeigen sich in Deutschland auch Widerstände gegen mögliche Kooperationen (Schmitt 2019). Diese Bedenken legen eine international vergleichende Perspektive nahe. Denn nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Ländern wird die Integration von Extremismusprävention in das Bildungssystem mitunter kritisch gesehen. Die größte Befürchtung lautet, dass Extremismusprävention als Bildungsaufgabe zu einer sogenannten *Versicherheitlichung* der Bildung führen könnte (Edward 2021; Sjøen/Mattsson 2023). Demnach sollte die Prävention von Radikalisierung und Extremismus eine Aufgabe von Polizei und Sicherheitsbehörden bleiben. Dieser Einwand wird sowohl in akademischen Kreisen als auch von gemeinnützigen Organisationen und NGOs im Bildungsbereich geäußert. Seltener jedoch kommt Kritik von Fachkräften, die in der Schule oder der außerschulischen Bildung selbst arbeiten. So stellten beispielsweise Busher et al. (2019) für Großbritannien fest, dass Bildungsfachleute dort kaum Widerstand und sogar eine gewisse Akzeptanz der Extremismusprävention als Bildungsaufgabe zeigen.

Im Rahmen von *PrEval* haben wir daher untersucht, wie die Prävention von Radikalisierung und Extremismus im Bildungswesen international organisiert ist. Darüber hinaus wurde am Beispiel Englands die Zusammenarbeit zwischen Fachkräften der Prävention und Lehrkräften an Schulen mithilfe von Interviews näher beleuchtet (siehe *Methodik-Box*).

(Politische) Bildung und Extremismusprävention international

Die zwölf Länder der Umfrage

Australien, Côte d'Ivoire, Großbritannien, Indonesien, Kanada, Kenia, Niederlande, Norwegen, Spanien, Tschechien, Tunesien, USA.



Details zur Umfrage im Beitrag von Stoffel/Bressan auf ► S. 57.

Die Organisation politischer Bildung auf internationaler Ebene

Die politische Bildung existiert nicht in allen zwölf Ländern der internationalen Umfrage als eigenständiger Bereich. Mehr als die Hälfte der befragten Expert*innen für Radikalisierungs- und Extremismusprävention gab an, dass die politische Bildung in ihrem Land kein eigener Bildungsbereich sei. Doch selbst innerhalb einzelner Länder ist die Wahrnehmung der Situation teils diffus: In der Hälfte der untersuchten Länder wichen die Antworten der jeweiligen Expert*innen voneinander ab. Nur in den Niederlanden, im Vereinigten Königreich und in Indonesien benannten alle Expert*innen die



Internationales Monitoring: Methodik

Die Methode für die Umfrage unter 30 Expert*innen ist in der Methodenbox des GPPI beschrieben (► S. 60). Die englische Fallstudie stützt sich auf eine Literaturstudie und Interviews. Die Literaturstudie berücksichtigt wissenschaftliche Artikel und Sekundärdaten wie etwa Regierungsberichte. Darüber hinaus führten wir sechs Interviews mit Fachleuten, die im Bereich der (politischen) Bildung und/oder der Prävention von Radikalisierung und Extremismus tätig sind.

- Interviewpartner*in 1: Geschäftsführer*in der *Association for Citizenship Teaching* (ACT)
- Interviewpartner*in 2: Leiter*in der politischen Bildung in einem Schulverbund, vorher Lehrer*in für politische Bildung
- Interviewpartner*in 3: Leiter*in der politischen Bildung in einem Schulverbund und Lehrer*in für politische Bildung
- Interviewpartner*in 4: Lokale*r Präventionsbeauftragte*r
- Interviewpartner*in 5: Leiter*in der Schutzabteilung in einem Schulverbund
- Interviewpartner*in 6: Lokale*r Präventionsbeauftragte*r

Die Interviews wurden mit Hilfe der Transkriptionssoftware *MAXQDA* automatisch transkribiert. Für die Auswertung der Interviews wurde eine vergleichende Inhaltsanalyse in *MAXQDA* durchgeführt.

politische Bildung als eigenständigen Bereich. In Norwegen, den Vereinigten Staaten und der Côte d'Ivoire wiederum waren sich alle Expert*innen einig, dass die politische Bildung kein eigenständiger, von anderen Bildungsbereichen getrennt zu betrachtender Bereich ist. Indes ist es nicht zwangsläufig so, dass die Aufmerksamkeit für die politische Bildung in diesen Ländern geringer ist. Eine*r der norwegischen Expert*innen beispielsweise betonte die Interdisziplinarität der politischen Bildung in Norwegen:

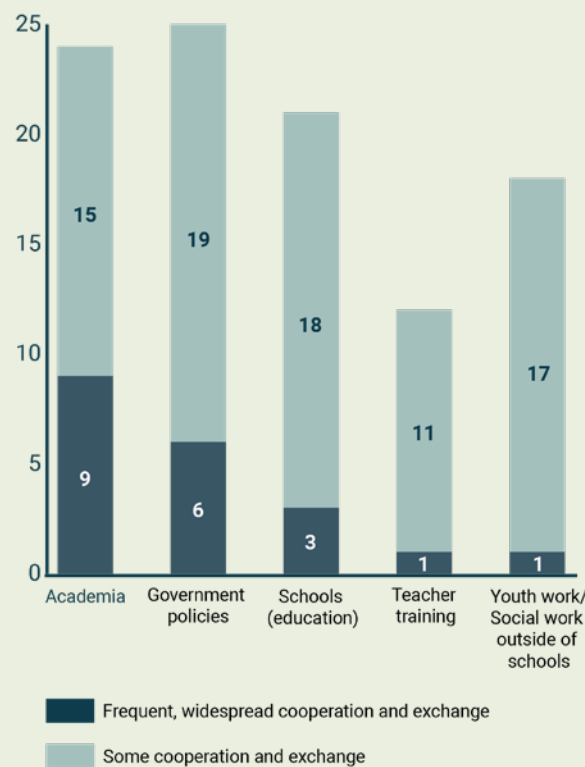
”

„Civic/citizenship education is interdisciplinary in the Norwegian education system, meaning that several thematic areas/subjects cover parts of civic citizenship (e.g. under religion, social studies, geography). Topics include democracy, human rights, critical thinking, and participation in society. The overarching educational framework emphasizes fostering democratic citizenship as part of the core objectives of the Norwegian school system, yet 'civic education' is not a subject of itself. Schools are increasingly teaching about radicalization and P/CVE [Preventing and Countering Violent Extremism], but mostly in larger cities. Teachers get no training.“ (Norwegische*r Expert*in)

Die Zusammenarbeit zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention

Nach Angaben der befragten Expert*innen aus zwölf Ländern findet die Zusammenarbeit zwischen Extremismusprävention und (politischer) Bildung vor allem im akademischen Bereich und auf Regierungsebene statt. Auf praktisch-operationaler Ebene (z. B. in Schulen und in der Sozialarbeit) ist den befragten Expert*innen keine weit verbreitete Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen bekannt (s. Abb. 1).

Abb. 1: Zusammenarbeit und Austausch zwischen den Bereichen (politische) Bildung und P/CVE nach Einschätzung der befragten Expert*innen (N=30).



Natürlich hängt der Grad der Zusammenarbeit auch vom jeweiligen Land ab. In Kanada beispielsweise beschreibt ein*e Expert*in die Situation wie folgt:

”

„Aside from strong cooperation between government policy there is limited engagement across other sectors. Some work is being done in bringing together practitioners and academics and there have been some work in training social workers, educators and working schools. However, many of these cooperations have been funded by or led by the government.“ (Kanadische*r Expert*in)

In den Niederlanden, so ein*e Expert*in, bemühe sich die Regierung, aber es sei schwierig, die Schulen zur Teilnahme an Kooperationsprojekten zu bewegen. In einigen anderen Ländern koexistieren die beiden Bereiche gänzlich getrennt. Nach Angaben der Expert*innen aus Kenia und Tschechien gibt es dort keine nennenswerten Formen der Zusammenarbeit oder des Austauschs zwischen der politischen Bildung und der Radikalisierungs- und Extremismusprävention.

In manch anderen Ländern hingegen gibt es einige Beispiele für lokale oder regionale Projekte, bei denen eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Bereichen stattfindet. Ein*e spanische*r Expert*in beschreibt dies wie folgt:

„The level of cooperation is very low. There are programs such as the aforementioned manuals for secondary school teachers or the Fénix Andalucía program, which is implemented in a region in southern Spain. However, governmental efforts consist of very generic strategies with no clear framework or allocated budget. Meanwhile, in academia, some researchers have conducted studies on the topic, but these initiatives remain isolated.“ (Spanische*r Expert*in)

Ein Blick auf die Gesamtheit der befragten Expert*innen zeigt, dass in keinem der untersuchten Länder eine enge Zusammenarbeit zwischen Extremismusprävention und (politischer) Bildung auf nationaler Organisationsebene besteht. Wenngleich zwar in einigen Ländern Kooperationen zwischen den Bereichen berichtet werden, so bewegen sich diese meist auf der Mikroebene, zum Beispiel an einer bestimmten Schule oder in einem bestimmten Projekt, das in einer bestimmten Region durchgeführt wird.

Die Organisation der Extremismusprävention im englischen Bildungswesen

2015 wurde in England die *Prevent Duty* als Teil der bereits bestehenden umfassenderen Präventionsstrategie eingeführt. Alle Fachleute, die mit jungen Menschen arbeiten (z. B. Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen etc.) sind demnach dazu verpflichtet, Verdachtsmomente im Hinblick auf eine potenzielle Anfälligkeit junger Menschen für Radikalisierung und Extremismus zu melden. Die *Prevent Duty* stieß in der akademischen Welt nicht nur wegen der eingangs bereits erwähnten befürchteten Versicherheitlichung der (politischen) Bildung auf Kritik. Weiterhin wurde die Befürchtung laut, dass eine Fokussierung auf die Förderung sogenannter „britischer Werte“ im Rahmen der Präventionspflicht zur Stigmatisierung bestimmter Gruppen, insbesondere von Muslim*innen, führen könnte (James 2022).

Promotion of British Values

Seit der Einführung der Präventionsstrategie im Jahr 2011 sind britische Schulen verpflichtet, grundlegende britische Werte zu fördern (*the promotion of British values*). Als britische Werte werden Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Respekt und Toleranz gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden sowie individuelle Freiheit angesehen (UK Government 2014).

Zudem liege der Schwerpunkt der im Rahmen der *Prevent Duty* formulierten Präventionspflicht zu sehr auf dem Aspekt der Anfälligkeit von Jugendlichen und zu wenig auf dem Aufbau von Resilienz (Edwards 2021). Doch trotz dieser Kritikpunkte gilt in England eine gesetzliche Verpflichtung für Schulen, zur Prävention von Radikalisierung und Extremismus beizutragen. Es erscheint somit naheliegend, zu fragen, wie genau die *Prevent Duty* in der Praxis funktioniert – das heißt, auf welche Weise der (politische) Bildungsbereich und der Präventionsbereich in England tatsächlich zusammenarbeiten.

Politische Bildung in der Schule in England

Akademien

Akademien erhalten ihre Mittel direkt von der Regierung und werden von einem sogenannten *academy trust* betreut. Sie verfügen autonom über ihre Arbeit als Gemeinschaftsschulen; sie müssen sich zum Beispiel nicht an den nationalen Lehrplan halten und können ihre eigenen Unterrichtszeiten festlegen. Akademien erheben keine Gebühren und werden wie andere Schulen vom *Office for Standards in Education, Children's Services and Skills (Ofsted)* inspiziert. Sie müssen dieselben Regeln für die Aufnahme, den sonderpädagogischen Förderbedarf und den Ausschluss von Schüler*innen befolgen wie andere staatliche Schulen und legen dieselben Prüfungen ab. Einige Schulen entscheiden sich aufgrund interner Prozesse dafür, Akademien zu werden. Wird eine von der örtlichen Behörde finanzierte Schule von *Ofsted* als „unzureichend“ eingestuft, muss sie in eine Akademie umgewandelt werden.



<https://www.gov.uk/types-of-school/academies>

Die politische Bildung ist in England Teil des nationalen Lehrplans. Schulen, die den Status von Akademien haben, müssen sich jedoch nicht an den nationalen Lehrplan halten. Entsprechend große Unterschiede gibt es zwischen den Schulen – sowohl hinsichtlich des zeitlichen Umfangs als auch hinsichtlich der politisch-bildnerischen Inhalte:

„So if your school is part of an academy chain, you don't have to follow the national curriculum. So you still have to give a broad and balanced education. But in theory, you don't have to teach citizenship education in its own right, if that makes sense. So they may teach some elements of citizenship, but they might not teach the whole national curriculum. There is currently no, compulsion, as I say, on an academy chain. It's part of the inspection process. So it is mentioned as part of our school inspection under the heading of personal development. So there's an expectation, for example, that students are taught things like British values, the Equality Act. And so there are elements of citizenship that are definitely inspected. But again, as I say, it's a mixed picture.“ (Interviewpartner*in 3)

Im Schuljahr 2024/2025 hatten in England 83 % aller weiterführenden Schulen den Status von Akademien (LGINform 2025). Dieser hohe Anteil von Schulen, die Bildungsinhalte relativ autonom gestalten können, verdeutlicht, wie sehr die Quantität und Qualität der politischen Bildung zwischen den Schulen in England variieren kann. Denn da Akademien nicht an den Lehrplan gebunden sind, entscheiden die Schulen selbst, ob und wie sie politische Bildung unterrichten. Das bedeutet auch, dass englische Schulen der Radikalisierungs- und Extremismusprävention als Teil der

politischen Bildung unterschiedlich viel Aufmerksamkeit schenken. Interviewpartner*in 2 meint, dass die meisten Schulen die Radikalisierungsprävention in gewissem Umfang behandeln. Einige Schulen würden das Thema jedoch nur in einer Unterrichtsstunde aufgreifen, was schlichtweg nicht ausreiche.

Die Befragten waren sich einig darüber, dass es unter den Lehrkräften für politische Bildung in England keine beobachteten Widerstände gibt, die Prävention von Radikalisierung und Extremismus grundsätzlich in ihren Unterricht zu integrieren. Interviewpartner*in 1 erklärte jedoch, dass es den Lehrkräften für politische Bildung an Wissen darüber mangelt, wie sich dies im Unterricht konkret umsetzen lässt:

„I don't think there's resistance. I think there's a lack of confidence and a lack of knowledge and understanding about how to do those things, which is partly why the project that we did in 2017 and 2018 came about, particularly the deliberative classroom project. It was partly designed to help teachers tackle complex and controversial and sensitive issues in classrooms in a way that is designed to give their students knowledge. Knowledge before they enter into forming ideas or sharing ideas.“ (Interviewpartner*in 1)

Die weitreichenden Unterschiede und Freiheiten der Akademien in England erschweren den Aufbau einer nationalen Zusammenarbeit zwischen der politischen Bildung und der Prävention von Radikalisierung und Extremismus. Daraus folgt, dass die Projekte idealerweise *bottom-up* organisiert werden sollten. Dies ermöglicht eine passgenaue Ausrichtung auf die spezifischen Bedürfnisse einzelner Schulen, führt jedoch häufig zu isolierten Maßnahmen ohne übergreifendes Konzept. Entsprechend entsteht keine konzeptionelle Zusammenarbeit zwischen den Professionen, sondern bestenfalls eine Arbeitsteilung mit klaren Zuständigkeiten und Übergaberegeln.

Extremismusprävention an englischen Schulen

Im Bereich der Extremismusprävention setzen die Präventionsbeauftragten die Präventionsstrategie in ihrer jeweiligen Kommune um und arbeiten dabei mit Schulen, der Stadtverwaltung und anderen kommunalen Organisationen zusammen. Die konkrete Präventionsarbeit folgt laut einer*inem Interviewpartner*in einer zweigeteilten Logik: So gebe es einerseits einen reaktiven Teil, auf den der größte Anteil der Arbeitszeit der Präventionsbeauftragten entfalle. Dazu gehöre es, die Schulen darüber zu informieren, wie bei Sorgen um einzelne Schüler*innen vorzugehen ist. Außerdem umfasse dieser Teil der Arbeit die Prozessbegleitung und Unterstützung der betroffenen jungen Menschen nach einer Überweisung an das Präventionsteam. Wenn eine Schule oder anderweitige Organisation einen Fall an das Präventionsteam melde, entscheide die Polizei, ob dieser für die *Channel* in Frage kommt. *Channel* sind behördenübergreifende Gremien zur Fallbesprechung. Erreicht ein Fall dabei den festgelegten Schwellenwert, wird dem*der Jugendlichen eine individuelle sozialarbeiterische Begleitung angeboten. Die Teilnahme am Verfahren selbst ist jedoch freiwillig.

Diese Art der Präventionsarbeit werde durch einen proaktiven Anteil ergänzt. Dabei organisieren die Präventionsbeauftragten Aktivitäten oder Projekte an Schulen, um Schüler*innen über Radika-

lisierung und Extremismus aufzuklären. Diese proaktive Seite sei oft eine Form der Primärprävention, die sich in der Regel an eine ganze Klasse oder Schule richtet. Ob und in welchem Umfang solche Maßnahmen umgesetzt werden, entscheide dabei jede Schule selbst:

„It depends on the school. Some schools want us to talk to year six, which are 10, 11 year olds. Other schools want to talk to teenagers or 15 or 16 years old. So it varies. And typically it's going to be input around vulnerability.“ (Interviewpartner*in 4)

Alle Befragten aus England stimmen darin überein, dass die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Präventionsbeauftragten hauptsächlich über den*die *Designated Safeguarding Lead* (DSL) der Schule erfolgt – eine Person, die für alle Fragen zum Schutz von Schüler*innen verantwortlich ist, einschließlich der Radikalisierungsprävention. Im Falle von radikalierungsbezogenen Anliegen erfolgt die Berichterstattung an den*die Präventionsbeauftragten demnach durch den*die DSL. Im Gesamtbild zeigt sich in England keine inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Präventionsbeauftragten und den Lehrkräften der politischen Bildung.

Obwohl Schulen in England seit der Einführung der *Prevent Duty* gesetzlich zur Vorbeugung von Radikalisierung und Extremismus verpflichtet sind, existieren bislang keine landesweit organisierten Initiativen, in denen Fachkräfte beider Bereiche systematisch zusammenarbeiten. Den befragten Expert*innen zufolge bestehen im Bildungsbereich grundsätzlich keine Vorbehalte gegenüber einer Mitwirkung an der Prävention. Ähnlich wie in anderen Ländern finden sich Initiativen auf lokaler oder schulischer Ebene, bei denen Präventionsfachkräfte Schulen aufsuchen, um Maßnahmen der Primärprävention umzusetzen. Dabei zeigen sich jedoch erhebliche regionale und schulspezifische Unterschiede hinsichtlich der Frage, ob und wie die Radikalisierungs- und Extremismusprävention tatsächlich umgesetzt wird.

Was bedeutet das für den deutschen Kontext?

Die Grundidee dieser Studie war, dass eine erfolgreiche Kooperation zwischen der politischen Bildung und der Extremismusprävention den Schutz junger Menschen vor Radikalisierung verbessern könnte. Eine strukturelle Zusammenarbeit auf der Ebene des Bildungssystems schien ein naheliegender Weg zu sein, um dieses Vorhaben in großem Maßstab umzusetzen. Sowohl die internationale Umfrage als auch die englische Fallstudie haben jedoch gezeigt, dass es solche landesweiten Kooperationen auch international nicht oder allenfalls in rudimentären Ansätzen gibt.

Die Ergebnisse sowohl der internationalen Umfrage als auch der Interviews in England deuten darauf hin, dass in den meisten Ländern höchstens funktionale Kooperationen auf lokaler oder schulischer Ebene bestehen. Primärpräventionsprojekte werden meist punktuell aufgrund eines konkreten Bedarfs bestimmter Schulen eingerichtet. Diese Beobachtung wirft die Frage auf, inwiefern auch in Deutschland Schulen aktiv auf Präventionsfachleute zugehen (könnten), um gemeinsam Projekte zur Integration von Radikalisierungs- und Extremismusprävention in die (politische) Bildung zu entwickeln. Bislang scheint in Deutschland eine konsistente Strategie zu fehlen,

inwiefern Präventionsfachkräfte auf Schulen zugehen sollten, um deren Bedarfe zu ermitteln. Eine strukturierte Kooperation zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention steht also wie in vielen anderen Ländern noch aus.



Auf dieser Grundlage ergeben sich folgende Empfehlungen für Deutschland:

Weil es schwierig sein könnte, ad hoc eine Kooperation auf Bundesebene zu etablieren, sollten **Träger der politischen Bildung und der Extremismusprävention**

- **zunächst eine Anreizstruktur schaffen**, um Kooperationen zwischen den beiden Bereichen zu erproben. Denkbar wäre etwa ein Anreizsystem, das durch gemeinsame Workshops die Zusammenarbeit fördert: Fachleute aus beiden Bereichen könnten dort ermutigt werden, über gemeinsame Projektideen zum Schutz junger Menschen vor Radikalisierung und Extremismus nachzudenken. Dabei sollten sowohl die Lehrkräfte für politische Bildung als auch die Präventionsfachkräfte ihre jeweiligen professionellen Perspektiven und Methoden einbringen.
- **ein Pilotprogramm ausschreiben**, in dem Lehrkräfte für politische Bildung und Präventionsfachkräfte sich mit Projektideen bewerben können. Die Projekte sollten dann nach vereinbarten Kriterien evaluiert werden, um *Best Practices* zu identifizieren.

Um die aktuelle Situation in Deutschland und mögliche Effekte von Kooperationen zwischen der politischen Bildung und der Extremismusprävention besser zu verstehen, sollten **Wissenschaftler*innen** folgende Forschungsvorhaben in Betracht ziehen:

- **eine Baseline-Studie, um Gelingensbedingungen, Hindernisse und die sich daran anschließenden Formen praktischer Kooperation von politischer Bildung und Extremismusprävention in Deutschland zu systematisieren**. Dabei sollte auch untersucht werden, inwiefern regionale Unterschiede im Umfang und in der Art der Zusammenarbeit bestehen und wie sich diese erklären lassen. Durch die Abbildung des Status Quo zur Kooperation zwischen Prävention und politischer Bildung in Deutschland würde eine *Baseline-Studie* eine fundierte Grundlage für die gezielte Weiterentwicklung des Felds schaffen.
- **Um produktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Professionen zu erleichtern, sollte die Entwicklung von lokalen Kooperationsansätzen einer detaillierten Betrachtung unterzogen werden**. Die Einrichtung und Evaluation von Pilotprojekten auf lokaler Ebene könnte dazu beitragen, tragfähige Strukturen für die Zusammenarbeit zwischen Prävention und politischer Bildung bundesweit auszubauen.
- **eine Delphi-Studie mit Vertreter*innen aus der Extremismusprävention und politischen Bildung, um ein gemeinsames Konzept beziehungsweise Richtlinien für eine Kooperation zu entwickeln**. Indem Expert*innen aus beiden Bereichen zusammenkommen, um mögliche Hindernisse für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zu erörtern und einen Konsens darüber zu finden, wie diese am besten zu überwinden sind, könnte die *Delphi-Studie* einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Kooperationsbereitschaft von Fachkräften aus beiden Bereichen leisten.

Diese internationale Studie hat gezeigt, dass international vor allem lokale Projekte entstehen, in denen die beiden Bereiche zusammenarbeiten. Aus diesem Grund erscheint es logisch, dass auch Deutschland mit der Förderung von eher lokalen oder regionalen Projekten beginnt, die dann ausgeweitet werden können. Dabei ist unter anderem zu beachten, wie die lokalen Projekte auf die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Schulen eingehen, und nach welchen Kriterien gelingende Praxis bewertet werden kann.

ABBILDUNGEN

Icons S. 74, S. 76, S. 77, S. 80, S. 83: media machine GmbH, Mainz.

Abb. 1: eigene Darstellung.

Literatur

Busher, Joel/Choudhury, Tufyal/Thomas, Paul (2019): The enactment of the counter-terrorism "Prevent duty" in British schools and colleges: beyond reluctant accommodation or straightforward policy acceptance, in: Critical Studies on Terrorism 12: 3, 440–462. <https://doi.org/10.1080/17539153.2019.1568853>

Edwards, Phil (2021): Surveillance, safeguarding and beyond: the prevent duty and resilient citizenship, in: Critical Studies on Terrorism 14: 1, 47–66. <https://doi.org/10.1080/17539153.2020.1855018>

James, Natalie (2022): Countering far-right threat through Britishness: the Prevent duty in further education. Critical Studies on Terrorism, 15(1), 121–142. <https://doi.org/10.1080/17539153.2022.2031135>

LGIInform (2025): Number of secondary academies as a percentage of all secondary schools in England, https://lginform.local.gov.uk/reports/lgastandard?mod-metric=6599&mod-area=E92000001&mod-group=AllRegions_England&mod-type=namedComparisonGroup (letzter Zugriff: 05.08.2025).

Schmitt, Sophie (2019): Prävention oder politische Bildung? Kooperationen von Schule und außerschulischen Trägern politischer Bildung im Kontext von ‚Extremismusprävention‘ und ‚Demokratieförderung‘, in: POLIS 23: 2, 11–13.

Sjøen, Martin M./ Mattsson, Christer (2023): Depoliticising political violence: state-centric and individualized discourses in the Norwegian counterterrorism policy field, in: Scandinavian Journal of Educational Research 67: 6, 950–963. <https://doi.org/10.1080/00313831.2022.2114543>

UK Government 2014: Guidance on promoting British values in schools published, 27.11.2014, <https://www.gov.uk/government/news/guidance-on-promoting-british-values-in-schools-published> (letzter Zugriff: 05.08.2025).

Teilprojekt Evaluationsforschung

Demokratie und Diversität als Gegenstand und Anspruch

Gesellschaftliche Herausforderungen im Spiegel der Evaluationsforschung

J. Olaf Kleist & Simon Müller

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut)

Spiegelt die Evaluationsforschung gesellschaftliche Demokratieverständnisse wider? Unser Monitoring internationaler Evaluationszeitschriften offenbart die bemerkenswerte Evolution demokratischer Konzepte der letzten 25 Jahre: Von einem umfassenden, aber abstrakten Demokratieverständnis hin zu konkreter Partizipation, von affirmativer Diversität zu machtkritischer Auseinandersetzung mit Rassismus. Die Daten erzählen von tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformationen und einer Evaluationspraxis, die durch partizipative und diskriminierungskritische Ansätze selbst zur Stärkung demokratischer Prozesse beitragen kann.

Executive Summary & Empfehlungen

Unser Monitoring internationaler Evaluationszeitschriften zeigt bedeutende Veränderungen in der Adressierung demokratischer Konzepte in der Evaluationsforschung über die letzten 25 Jahre. Die zentralen Erkenntnisse sind:

- Die Evaluationsforschung besitzt eine implizite Reaktionsfähigkeit auf wichtige historische Entwicklungen und soziale Bewegungen.
- Es fand ein Übergang von abstrakten Demokratiekonzepten zu konkreten partizipativen Ansätzen statt.
- Es gab eine Entwicklung von allgemeinen Diversitätsdiskussionen hin zu kritischer Auseinandersetzung mit Diskriminierung.

Diese Trends spiegeln umfassendere gesellschaftliche Transformationen und veränderte Verständnisse demokratischer Teilhabe in Evaluationskontexten wider.



Evaluation von Programmen und Projekten sollte mit Qualitätssicherung, Transparenz und Rechenschaft als gelebte Demokratiepraxis eingesetzt werden. Den **Auftraggebenden von Evaluationen** empfehlen wir deshalb:

- bei der Festlegung von Zielen und Evaluationsparametern implizite Machtdynamiken und strukturelle Ungleichheiten zu berücksichtigen;
- partizipative Ansätze zu fördern, die marginalisierte Gruppen in Evaluationsdesigns einbeziehen;
- Evaluationen dabei zu unterstützen, als diskriminierungskritische Beratung für Projekte fungieren zu können.



Evaluationsdesigns und -praxis sind nicht neutral und können einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Resilienz der zu evaluierenden Programme und Projekte leisten. **Evaluierenden** empfehlen wir daher:

- in der Auswahl von Evaluationsaufgaben und in der Entwicklung von Evaluationskonzepten ihre gesellschaftspolitische Verantwortung anzunehmen;
- partizipative Methoden zu nutzen, die den Evaluationsprozess selbst demokratisieren und zu Empowerment beitragen;
- in der Entwicklung und Auswertung von Indikatoren zu berücksichtigen, dass Begriffsbedeutungen und deren demokratiepolitische Implikationen Veränderungen unterliegen.



Die Evaluationsforschung ist Teil gesellschaftspolitischer Entwicklungen, wodurch Bias und Machtverhältnisse in Evaluationskonzepte Einzug halten, aber auch Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Deshalb empfehlen wir der **Evaluationsforschung**:

- mit einem fortlaufenden Monitoring konzeptionelle Verschiebungen in der Evaluationspraxis zu identifizieren, um neue Trends, den eigenen Wandel und die gesellschaftspolitische Eingebundenheit erkennen und reflektieren zu können;
- Rahmenkonzepte zu entwickeln, die Spannungen und Widersprüchlichkeiten in Begriffen und Indikatoren reflektieren;
- demokratische, partizipative und diskriminierungskritische Evaluationsansätze zu entwickeln, die auch in Zeiten der Polarisierung aufrechterhalten werden können.

Multiperspektivität in der Evaluationsforschung

Vermeintliche Einseitigkeit, Voreingenommenheit oder Abhängigkeiten sind konstante Vorwürfe gegenüber Evaluationen (Widmer 2012). Dabei zeichnen sie sich zunehmend durch Multiperspektivität, Partizipation und die Reflektion marginalisierter Positionen aus, die ihr demokratisches Potenzial deutlich machen, wie wir anhand der Evaluationsforschung zeigen.

Die Evaluationsforschung ist nicht nur ein multimethodisches Forschungsfeld, wie wir im *PrEval Monitor 2024* gezeigt haben, sie ist auch ausgesprochen interdisziplinär. Die Bedeutung des Konzepts *Interdisziplinarität* hat in dem Forschungsfeld in den letzten 25 Jahren zugenommen: Mit verwandten Konzepten wie *Multi-*, *Trans-* und *Cross-Disziplinarität* wurde sie Anfang der 2000er Jahre im Schnitt noch in weniger als einem Prozent von einschlägigen Journalartikeln genannt, 20 Jahre später kamen diese Konzepte dreimal häufiger vor (Abb. 1). Multiperspektivität hat – wie auch multimethodische Ansätze (vgl. Müller 2024) – in der Evaluationsforschung deutlich zugenommen.

Anders als andere interdisziplinäre Forschungsfelder untersucht die Evaluationsforschung jedoch nicht ein spezifisches gesellschaftliches Thema aus den verschiedenen Perspektiven der Disziplinen. Ihr Interesse gilt einem ebenso weiten Feld an Themen, in dem Programme, Projekte und Maßnahmen evaluiert werden. Mit Blick in die führenden, interdisziplinären Zeitschriften der Evaluationsforschung seit 2000 stechen einige Disziplinen und Themenbereiche besonders hervor (Abb. 2). *Education* findet mit Abstand am häufigsten Erwähnung, aber auch *Internationale Entwicklungsarbeit* sowie *Gesundheitspolitik* sind relevante Felder, denen sich die Evaluationsforschung widmet. Dies spiegelt mithin Handlungsfelder wider, in denen auch die Evaluationspraxis besonders weit verbreitet und etabliert ist.

Die Handlungsfelder des Verbundprojekts *PrEval* – Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung – bilden bislang kein einschlägiges Handlungsfeld in der internationalen Evaluationsforschung. Evaluation zu diesen Themen in und aus Deutschland heraus (weiter) zu entwickeln, ist daher ein Ziel des Verbunds. Dennoch fanden *PrEval*-Themen bereits im Verlauf der letzten 25 Jahre Aufmerksamkeit in der Evaluationsforschung. Dies wollen wir am Beispiel des Querschnittsthemas *Demokratie* zeigen und dabei die Verwendung relevanter Begriffe der Teilhabe in einer diversen Gesellschaft mitdiskutieren, insbesondere auch die Thematisierung von Rassismus, Diskriminierung und Empowerment.

Demokratie und Partizipation

Ein Bezug auf Demokratie hat kurz nach der Jahrtausendwende eine hohe Relevanz für die Evaluationsforschung. Nach einer Spitze in 2001 erfuhr die Thematisierung von *Democracy* jedoch einen steilen Abfall und verblieb danach zunächst auf einem niedrigen Niveau – mit einem leicht-

Abb. 1: Aggregierte relative Häufigkeit des Auftretens von Multi-, Inter-, Cross- und Transdisziplinarität.



Abb. 2: Number of Journal Article Prevalence by Discipline (2000–2023).

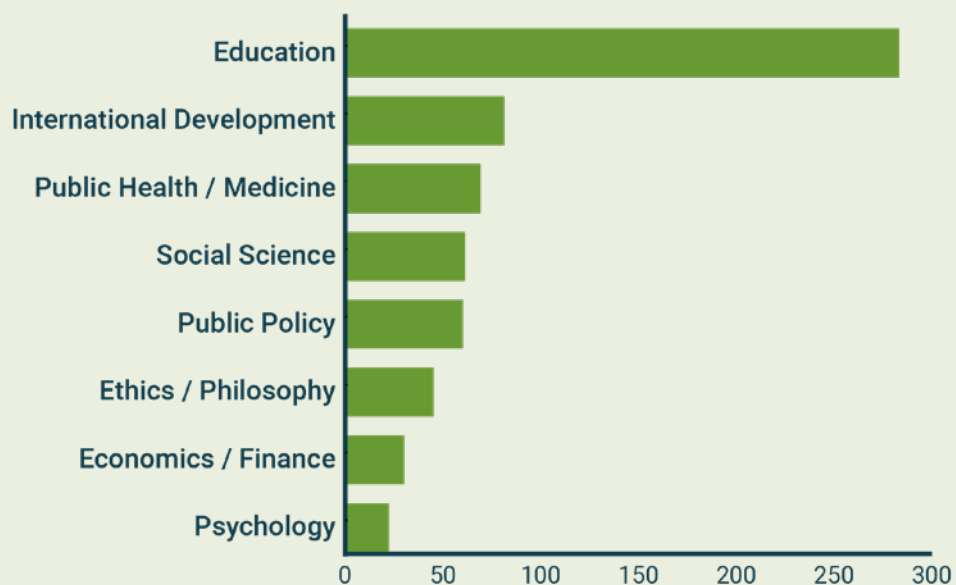
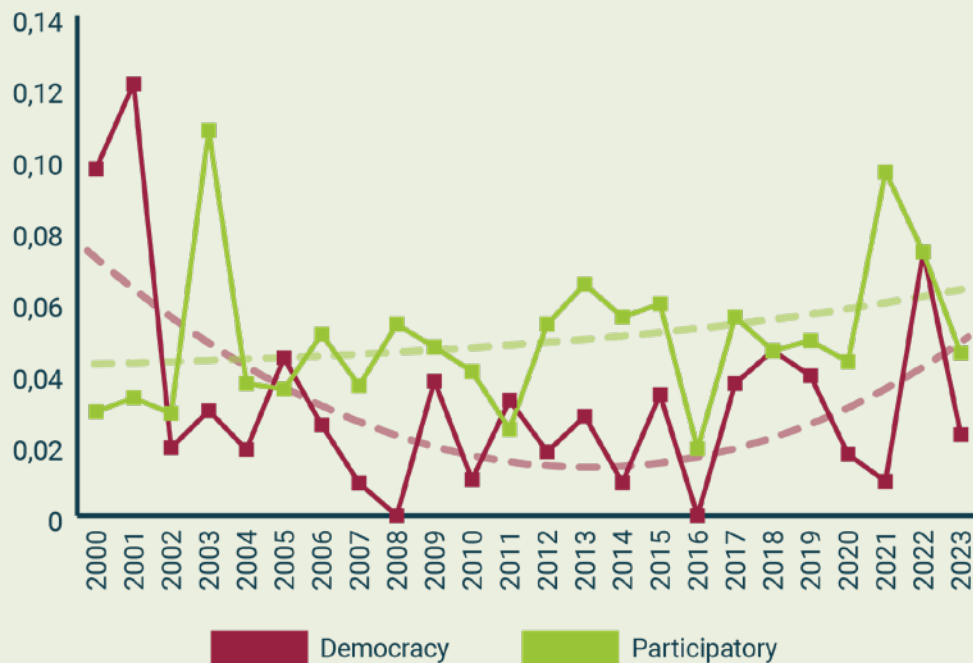


Abb. 3: Verlauf der Worthäufigkeiten: Democracy, Participatory.



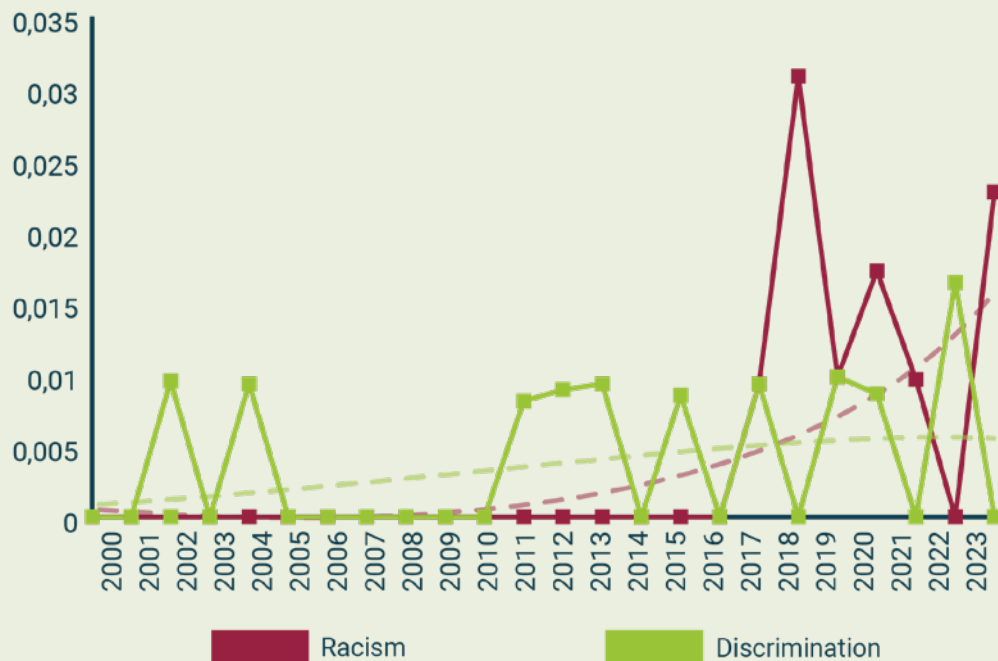
ten Anstieg ab Mitte der 2010er Jahre. Die Nutzung des Begriffs *Participatory* zeigt zwar Schwankungen, aber eine stabilere und mit der Zeit leicht steigende Tendenz. Auffällig sind parallele Spitzen beider Begriffe: 2001 für *Democracy* beziehungsweise 2003 für *Participatory*, 2021–2022 für beide Begriffe und auch in der Zwischenzeit mit ähnlichen Entwicklungen, etwa Tiefpunkten 2008 beziehungsweise 2011 und wieder 2016. Dabei erreichte der Begriff *Participatory* in den späten 2010er und frühen 2020er Jahren höhere Werte als *Democracy*, was eine Verschiebung der Gewichtung andeutet.

Interpretation

Während *Democracy* sich in den Zeitschriftartikeln in der Regel auf gesellschaftliche Organisationsformen bezieht, in denen oder zu denen Evaluationen stattfinden, bezieht sich *Participatory* auf die Evaluation selbst, die partizipativ angelegt ist. Dennoch steckt auch im Konzept der partizipativen Evaluation ein spezifisch demokratisches Prinzip von *Self-Governance* und der Aushandlung von Interessen (Hanberger 2006). Zu beobachten ist also nicht nur eine Abnahme des Interesses an Demokratie in der Evaluationsforschung, sondern ein Wandel im demokratischen Verständnis der Evaluation.

Die Daten zeigen eine Verschiebung von einem abstrakten Demokratieverständnis hin zu konkreteren partizipativen Methoden in der Evaluationsforschung. Während allgemeine Demokratiekonzepte an Bedeutung verlieren, gewinnen konkrete partizipative Ansätze, die Demokratie vom

Abb. 4: Verlauf der Worthäufigkeiten: Racism, Discrimination.



Gegenstand in die Evaluation selbst bringen, an Relevanz. Dies könnte bedeuten, dass Evaluation weniger als Instrument zur Beurteilung demokratischer Systeme, sondern verstärkt als demokratisierende Praxis selbst verstanden wird.

Historische Bezüge

Der anfängliche Demokratie-Fokus um 2000–2001 fällt mit der globalen Demokratisierungswelle nach dem Ende des Kalten Krieges zusammen. Hier kann von einem engen Zusammenhang mit Evaluationen in der internationalen Entwicklungsarbeit, aber auch im Bereich von *Public Policy* und Bildung ausgegangen werden. Der anschließende Rückgang könnte mit einer wachsenden Ernüchterung gegenüber demokratischen Transformationsprozessen und den Herausforderungen der 2000er Jahre (11. September 2001, „Krieg gegen den Terror“) zusammenhängen. So wurde etwa die nun auch international auflebende Extremismusprävention – politisch und in Evaluationen – weniger im Kontext von Demokratieförderung und verstärkt durch Versicherheitlichung betrachtet (Charkawi et al. 2024). Dennoch sind auch hier seit 2001 zunehmend partizipative Ansätze zur Anwendung gekommen (Shanaah 2023).

Die relativ stabile Relevanz partizipativer Ansätze in der Evaluationsforschung trotz sinkender Demokratie-Bezüge deutet auf eine Pragmatisierung hin: weniger Fokus auf große politische Systeme, mehr auf konkrete Einbindungsmethoden. Dies gilt sowohl für den Gegenstand der Evaluationen als auch für ihre Methoden und Ansätze. Somit kann auch trotz der geringeren Nennung



Evaluationsforschung: Methodik

Für das Monitoring der Evaluationsforschung wurden Abstracts, Keywords und Überschriften der Artikel von öffentlich zugänglichen Websites ausgewählter international führender Evaluationszeitschriften mittels eines Web-Scraping-Verfahrens extrahiert. Die Auswahl der Zeitschriften erfolgte basierend auf Kriterien wie Englischsprachigkeit, Peer-Review-Verfahren, Impact-Faktor, Veröffentlichung mehrmals pro Jahr sowie interdisziplinäre und internationale Ausrichtung. Untersucht wurden die Fachzeitschriften *Evaluation Review*, *Evaluation*, *New Directions for Evaluation* und das *American Journal of Evaluation*. Der bereinigte Datensatz umfasst 2.658 Artikel aus dem Zeitraum von 2000 bis 2023.

Die Analyse erfolgte durch einen wörterbuchbasierten Ansatz, wobei das Wörterbuch mithilfe von Synonymzusammenfassungen, Lemmatisierung und einem iterativen Verfeinerungsprozess erstellt wurde. Zur Sicherstellung der korrekten Bedeutung wurden nur eindeutig verwendete Begriffe berücksichtigt und die entsprechenden Textpassagen überprüft.

Die Inhaltsanalyse untersucht die Häufigkeit des Auftretens bestimmter Begriffe in verschiedenen Zeitschriften pro Jahr. Um dies zu visualisieren, präsentieren wir Grafiken, die den prozentualen Anteil der Zeitschriftenartikel darstellen, in denen die Begriffe aus unserem Wörterbuch in jedem Jahr aufgetreten sind. Aufgrund der hohen Schwankungen der Häufigkeiten, mit denen die Begriffe in den unterschiedlichen Jahren auftreten, und die häufig in einem „gezackten“ Muster bei der Verbindung der Datenpunkte resultieren, erweitern wir die Präsentation durch Hinzufügen einer polynominalen Trendlinie zweiten Grades.



Für mehr Informationen zur Methode des Monitorings der Evaluationsforschung: Müller, Simon 2024: Methodenwandel unter der Lupe: Entwicklungen und Trends in der internationalen Evaluationsforschung, in: Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken. PrEval Monitor, 1. Aufl. 2024, Frankfurt/M., 49–62.
DOI: 10.48809/PrEvalMon24

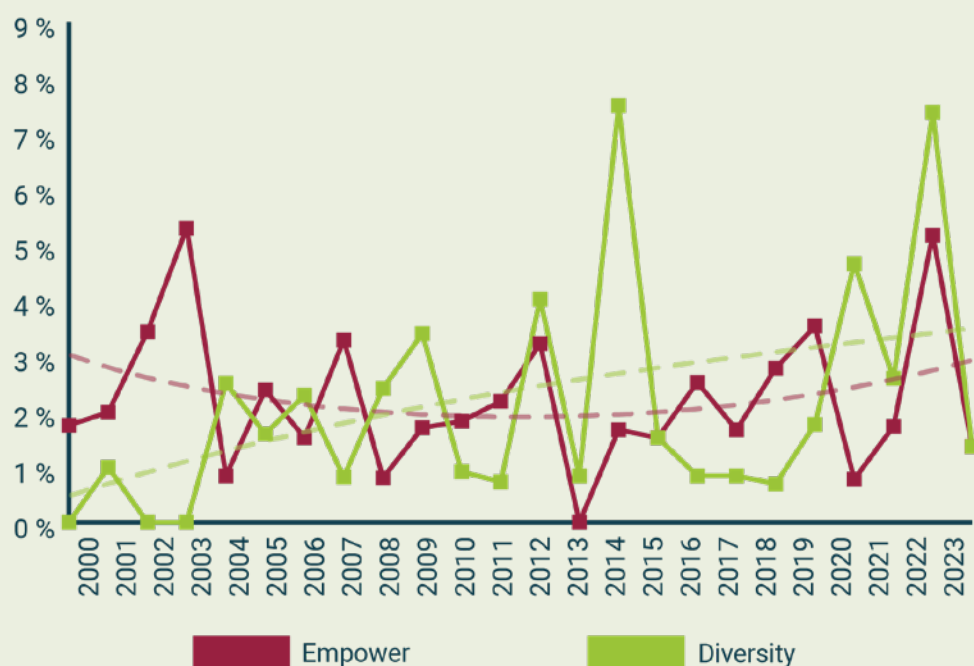
von Demokratie in der Evaluationsforschung von einer Demokratisierung der Evaluation selbst ausgegangen werden. Die gemeinsame Wiederbelebung beider Begriffe um 2021–2022 könnte mit den globalen demokratischen Herausforderungen (Populismus, autoritäre Tendenzen) und einem erneuerten Interesse an demokratischer Praxis zusammenhängen. Eine partizipative Evaluation kann hier selbst zur Resilienz von Demokratie beitragen.

Diversität, Rassismus, Diskriminierung und Empowerment

Im Streben nach Objektivität kann Evaluation dazu tendieren, ihre Werte an dominanten Perspektiven und Mehrheitspositionen auszurichten. Hingegen kann Evaluation gerade durch partizipative Ansätze sowie die Adressierung von Ausschlüssen, Diskriminierung und marginalisierten Positionen einer Einseitigkeit ihrer Analyse vorbeugen und damit pluralistisch-demokratische Ansätze stärken (Hanberger 2006: 31). Diese Verantwortungsübernahme spiegelt sich in der Thematisierung von Vielfalt und diskriminierenden Ausschlüssen in den internationalen Evaluationszeitschriften. Bezüge auf *Diversity* erfahren eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung seit 2000. *Discrimination* findet mit kleinen Ausnahmen in 2002 und 2004 vor 2010 keine Erwähnung, kommt danach aber regelmäßig vor. Auch *Racism* spielt bis etwa 2016 keine Rolle, steigt dann aber stark an und erreicht 2020 seinen Höhepunkt. *Empowerment* zeigt ein leicht U-förmiges Muster mit starken Ausschlägen und Höhepunkten um 2003 und 2022.

Auffällig ist, dass nach 2015/2016 *Racism*, *Discrimination* und *Empowerment* deutliche Zunahmen in der Nennung aufweisen. Genau zu dem Zeitpunkt ist hingegen bei *Diversity* ein mehrjähriger Tiefpunkt an Relevanz zu verzeichnen. Erst ab etwa 2019, mit dem Abfall der intensivsten Thematisierung von *Rassismus*, steigen Bezüge auf *Diversity* wieder deutlich an. Hier finden sich also deutliche Hinweise auf Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Themen und Konzepten.

Abb. 5: Verlauf der Worthäufigkeiten: Empower, Diversity.



Interpretation

Ähnlich wie bei *Demokratie* und *Partizipation* zeigen sich auch bei diesen Begriffen implizite Bedeutungsverschiebungen. So hat der *Empowerment*-Begriff je nach Kontext unterschiedliche Implikationen und kann etwa in der Sozialen Arbeit und in der Entwicklungspolitik generelle, sozial-psychologische beziehungsweise wirtschaftliche Ermächtigungsstrategien beschreiben, von dem sich ein rassismuskritisches und soziopolitisch verstandenes Empowerment abhebt. Parallel sehen wir etwa eine Evolution vom allgemeineren Konzept der *Diversität* hin zu einer machtkritischeren Auseinandersetzung mit *Rassismus*. Der frühe Anstieg von *Diversity* ohne entsprechende Zunahme bei *Racism* könnte auf anfänglich weniger kritische, eher affirmative Diversitätsdiskussionen hindeuten (vgl. Mecheril 2008). Eine ähnliche Bedeutungsentwicklung ist bei *Empowerment* anzunehmen.

Die gegenläufige Entwicklung von *Racism* einerseits und *Diversity* andererseits ab 2015/2016 unterstreicht die konträren Implikationen der Konzepte: Der Fokus auf *Rassismus* und *Empowerment* scheint für eine kurze Zeit einen noch unkritischen Diversitätsansatz abgelöst zu haben. Die spätere Parallelentwicklung aller drei Begriffe deutet auf eine Vertiefung und Politisierung der Diversitätsdiskussion hin, die zunehmend Machtverhältnisse und strukturelle Ungleichheiten adressiert.

Es ist bei diesen Entwicklungen der Begriffsverwendung in den Zeitschriften der Evaluationsforschung weniger deutlich als bei *Demokratie* und *Partizipation*, inwiefern sich die verwendeten Konzepte auch auf diversitätssensible und rassismuskritische Ansätze der Evaluation selbst beziehen oder ob insbesondere Entwicklungen anhand der evaluatorischen Bearbeitung gesellschaftlicher Phänomene abgebildet werden. In jedem Fall ist aber eine zunehmend kritische Beschäftigung mit diskriminierenden Ausschlüssen zu beobachten, die zumal für partizipative und diversitätssensible Demokratieverständnisse in der Evaluationsforschung stehen.

Historische Bezüge

Die frühe *Empowerment*-Spitze um 2003 könnte mit der Entwicklungszusammenarbeit und den *Millenniums-Entwicklungszielen* zusammenhängen. Diese formulierten im Bereich der internationalen Bildungs- und Frauenförderung *Empowerment* als zentrales Programm- und Projektziel, das vielfach evaluiert wurde. Dies unterstreicht auch die spezifische Bedeutung des Begriffs zu Beginn der 2000er Jahre, die noch keinen Bezug zu Rassismuskritik und nur bedingt zu Demokratiemodellen aufwies.

Der kontinuierliche Anstieg von *Diversity* spiegelt den gesellschaftlichen Trend zu mehr Bewusstsein für Vielfalt und die Implementierung von *Diversity, Equity and Inclusion* in Organisationen und Programmen insbesondere der USA wider (Jaiswal 2024). Eine Durchsetzung des Konzepts auch in anderen Weltregionen und seine zunehmende Implementation in Qualitätsstandards machen gerade die gestiegene Relevanz von *Diversity* für Evaluationen im untersuchten Zeitraum plausibel.

Der beachtliche Anstieg von *Racism* nach 2016 korreliert mit mehreren verbundenen Phänomenen:

- die Trump-Präsidentschaft in den USA (2017–2021);

- die zunehmende Sichtbarkeit der *Black Lives Matter*-Bewegung;
- der globale Rechtsruck und Debatten um Migration und Integration.

Allerdings sehen wir nach den globalen Protesten zum Tod von George Floyd im Jahr 2020 zunächst einen dramatischen Abfall bei dem Bezug auf *Racism*. Kurz darauf findet die parallele Wiederbelebung von *Empowerment*, *Discrimination* und *Diversity*, dann auch wieder von *Racism* statt. Dies deutet auf eine verstärkte Suche nach transformativen Ansätzen zur Überwindung struktureller Ungleichheiten hin. Zugleich lässt sich vor dem Hintergrund einer stärker polarisierenden Auseinandersetzung um *Rassismus*, *Diskriminierung* und auch *Diversity* kaum von einem dauerhaften Trend ausgehen. Eine gestiegene Sensibilität für Rassismus und Diskriminierung in der Evaluationsforschung mag aber auch längerfristig Auswirkung auf eine inklusivere Evaluation ermöglichen.

Evaluation in der Demokratie: Reflexion und Verantwortung

In der Evaluationsforschung ist im Verlauf der letzten 25 Jahre eine Veränderung im Umgang mit wichtigen demokratischen Konzepten zu beobachten. Als ein interdisziplinäres und thematisch vielfältiges Forschungsfeld finden Evaluationen in einer großen Bandbreite von Handlungsfeldern statt und werden im Kontext dieser untersucht. Dabei stellen Demokratie und Partizipation einen fundamentalen Kontext für Evaluationen jeder Art dar. Insofern Rechenschaftspflicht und Transparenz als demokratische Prinzipien durch Evaluation hergestellt werden können, begründet dies umgekehrt die Existenz und Relevanz von Evaluation in der Demokratie. Eine demokratische und partizipative Evaluation, die zudem die Beteiligung marginalisierter Gruppen einschließt, trägt somit Bedeutung über die Evaluation von Demokratieförderung hinaus. Dass die Bedeutung dieser Konzepte jedoch selbst einer Entwicklung unterliegt, wurde in unserem Monitoring der Evaluationsforschung deutlich.

Im gesellschaftspolitischen Kontext zeigt sich die Evaluationsforschung sehr responsiv gegenüber historischen Entwicklungen. Die Begriffskonjunkturen in den wissenschaftlichen Zeitschriften spiegeln deutlich Konfliktlinien und Themen wider, die Gegenstand von Evaluationen wurden, aber auch in der Evaluation selbst aufgegriffen wurden. Von der Post-Kalter-Krieg-Demokratieeuphorie über die Ernüchterung der 2000er bis hin zu den sozialen Bewegungen und Konflikten um Demokratiemodelle seit den späten 2010er Jahren bilden sich große historische Linien in unserem Monitoring ab. Dies bestätigt die Nähe der anwendungsbezogenen Evaluationsforschung zu den Themen und Herausforderungen, denen sich evaluierte Programme und Projekte widmen.

Die Daten zeigen dabei einen klaren Wandel in der Evaluationsforschung von allgemeinen demokratischen Prinzipien hin zu spezifischeren Aspekten sozialer Gerechtigkeit. Dabei ist ein Trend der Politisierung von abstrakteren Konzepten (*Democracy*) hin zu konkreteren Ansätzen

(*Participatory*) und von allgemeinen (*Diversity*) zu kritischen, machtsensiblen Konzepten (*Racism*, *Empowerment*) zu beobachten. Die Verschiebungen deuten auf eine Transformation der Evaluationspraxis hin: von neutralen Wirksamkeitsbewertungen zu kritischen Analysen von Machtverhältnissen und strukturellen Ungleichheiten.

Die zunehmende Bedeutung von *Diversität*, *Rassismus* und *Empowerment* seit den späten 2010er Jahren unterstreicht den Bedarf an kritischen Evaluationsansätzen, die Machtstrukturen und systemische Ungleichheiten berücksichtigen. Eine formative Evaluation in diesem Bereich kann insofern als diskriminierungskritische Beratung für Projekte und Maßnahmen fungieren und so selbst zu einer partizipativen und demokratischeren Gesellschaft beitragen (Al-Hashash et al. 2025).

Es ist jedoch unklar, inwiefern die beobachteten Trends sich in Zukunft fortsetzen. *Partizipation* war im beobachteten Zeitraum ein Grundpfeiler der Evaluationsforschung, was die anhaltende methodologische Bedeutung demokratischer Ansätze unterstreicht. Bei *Empowerment* ist aber ein zyklisches Muster erkennbar, das darauf hindeutet, dass bestimmte Konzepte in transformierter Form wiederkehren, angepasst an neue gesellschaftliche Kontexte. Obwohl die Evaluationsforschung gesellschaftliche Entwicklungen schnell aufnimmt, liegt es bei den Evaluierenden, inwiefern sie die Lehren einer partizipativen und diskriminierungskritischen Evaluation auch unter veränderten Umständen in „post-normalen“ Zeiten (Schwandt 2019) fortsetzen und damit zur Resilienz und Stärkung von Demokratie selbst beitragen.

Wegmarken der Evaluationsforschung: zum Stand und den Herausforderungen von Methoden, Ansätzen und Instrumenten

In Ergänzung zu den langfristigen Trends und thematischen Bezügen, die durch das Monitoring der Evaluationsforschung sichtbar werden, wird der aktuelle Stand der Forschung und Praxis der Evaluation in fokussierten Expertisen aufbereitet. Die Expertisen dienen somit als Wegmarken: Ausgewiesene Expert*innen präsentieren innovative Methoden, wichtige Ansätze sowie neue und etablierte Instrumente der Evaluation entlang wissenschaftlicher Erkenntnisse und anhand von *Best Practice*-Beispielen. Darauf aufbauend entwickeln die Autor*innen Handlungsempfehlungen als Wegweiser für Programmgebende, Evaluierende und Zivilgesellschaft, um die Evaluationsforschung und -praxis zu unterstützen und evidenzbasiert weiterzuentwickeln.

Die *PrEval* Expertisen entstanden im Zeitraum von 2022 bis 2025 und fokussieren

1. auf methodische Entwicklungen der Erhebungen und Analysen in Evaluationen,
2. auf Ansätze, die unterschiedliche Ebenen der Evaluation zum Gegenstand machen, und
3. auf Instrumente, die für Evaluationen wichtig sind oder zunehmend wichtig werden.

Dabei wird auf die gesamte Evaluationsforschung Bezug genommen, die Erkenntnisse aber werden speziell auf Evaluation in den Handlungsfeldern Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung bezogen. Leitende Fragen waren, welche Erkenntnisse aus der deutschen und internationalen Evaluationsforschung für die spezifischen Herausforderungen der im *PrEval*-Verbund behandelten Themen nutzbar gemacht werden können. Zentrale und übergreifende Erkenntnisse stellen wir im Folgenden vor.

1. Methoden

Evaluationen arbeiten traditionell sowohl mit qualitativen als auch quantitativen Methoden, zunehmend wird auch multimethodisch gearbeitet (vgl. Müller 2024). Diesen Trend machen die *Expertisen* von Simon Müller wie auch von Björn Milbradt und Frank Greuel deutlich. Müller (*PrEval Expertise* 3/2024) stellt auf der Suche nach Alternativen zum evaluatorischen Goldstandard der *Randomized Controlled Trials* (RCTs), der in den Handlungsfeldern des *PrEval*-Verbunds kaum umzusetzen und in der Erkenntnis selbst limitiert ist, zunächst quantitative quasi-experimentelle Methoden vor. Vor diesem Hintergrund empfiehlt er schließlich, Mischungen aus qualitativen und quantitativen Ansätzen zu nutzen, um kausale Wirkzusammenhänge zu plausibilisieren. Daran schließen Milbradt und Greuel (*PrEval Expertise* 5/2024) an, indem sie zeigen, wie *Mixed-Methods*-Designs bei der Evaluation von Programmen der Extremismusprävention, Demokratieförderung



Müller, Simon: Strategies for Causal Analysis in Evaluation, PrEval Expertise 3/2024, Frankfurt/M.



Milbradt, Björn/Greuel, Frank: Mixed Methods Evaluation on Programs of Preventing and Countering Violent Extremism: Basics, State of Play, Challenges, PrEval Expertise 5/2024, Frankfurt/M.



Isac, Maria Magdalena/Zels, Susanne/Abs; Hermann J.: Approaches to Monitoring Citizenship Education in Europe, PrEval Expertise 2/2024, Frankfurt/M.

und Vielfaltgestaltung seit vielen Jahren genutzt werden und wie die Methoden helfen können, differenzierte Einblicke zu gewinnen, methodische Lücken zu schließen und datengestützte Entscheidungen für Politik und Praxis zu ermöglichen. Monitoring ist eine Methode, die häufig in oder ergänzend zu Evaluationen durchgeführt wird, um längsschnittige Entwicklungen bezüglich der Umsetzung und Wirkung von Projekten zu erfassen. Maria Magdalena Isac, Susanne Zels und Hermann Josef Abs (*PrEval Expertise 2/2024*) stellen anhand nationaler Monitoringstrategien für *Citizenship Education* verschiedene Modelle vor, um Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken der verschiedenen Ansätze zu überprüfen.

Die drei *Expertisen* weisen mehrere thematische und konzeptionelle Verbindungen auf, die zu einem besseren Verständnis des Stands und der Entwicklungspotenziale der Evaluationsforschung und -praxis beitragen:

- **Methodenpluralismus:** Alle *Expertisen* betonen die Notwendigkeit eines methodisch vielfältigen Zugangs, der die Komplexität des Forschungsfeldes berücksichtigt. Die Kombination qualitativer und quantitativer Methoden wird als *Best Practice* herausgearbeitet, sofern der Gegenstand dies zulässt.
- **Kontextsensitivität:** Evaluationen müssen die spezifischen Rahmenbedingungen und Besonderheiten des jeweiligen Praxisfeldes berücksichtigen. Zugleich ist ein Blick über den thematischen Tellerrand wichtig, um methodische Möglichkeiten aus anderen Handlungsfeldern übernehmen und adaptieren zu können.
- **Theoriebasierung:** Die *Expertisen* unterstreichen die Notwendigkeit einer soliden theoretischen Fundierung von Evaluationen – sei es durch methodologische Konzepte, methodische Standardisierung oder theoretisch informierte Einzelfallanalysen.
- **Partizipation und Praxisrelevanz:** Eine partizipative Gestaltung von Evaluationsprozessen und -methoden, von der Konzeption über die Erhebung bis hin zur Auswertung, erlaubt es, verschiedene Stakeholder einzubeziehen und so die Praxisrelevanz der Forschung sicherzustellen.

- **Reflexivität und Transparenz:** Die Autor*innen betonen Reflexivität und Transparenz im Forschungsprozess, insbesondere hinsichtlich methodischer Limitationen und normativer Vorannahmen, sodass die Evaluation in einem iterativen Prozess erfolgt.

2. Ansätze

Evaluationen können unterschiedlich komplex sein. Dies hängt zum einen vom Gegenstand ab, zum anderen vom Verhältnis der Evaluierenden zu ihrem Gegenstand. Daraus entstehen Ansätze mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Herausforderungen. Im Bereich der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung haben sich in Deutschland groß angelegte Programmevaluationen entwickelt, die etwa Bundesprogramme wie *Demokratie leben!* oder *Zusammenhalt durch Teilhabe* im Verbund mehrerer Institute analysieren. Frank Greuel und Björn Milbradt (*PrEval Expertise 4/2024*) stellen aus langjährigen Erfahrungen Strategien vor, wie Programmevaluationen strategisch angelegt und zur Qualitätssicherung sowie zur Weiterentwicklung des Programms, seiner Maßnahmen und Angebote beitragen können.

Zunehmend sehen wir, dass Programmevaluationen externer Institute durch Selbstevaluationen ergänzt werden. In dem Fall führen geförderte Projekte die Evaluation ihrer eigenen Umsetzung, Zielerreichung und Wirkungen selbst durch. Susanne Giel (*PrEval Expertise 3/2025*) führt detailliert auf, welche Schritte von der Konzeption über Erhebungen und Auswertung bis hin zur Nutzung der Selbstevaluation notwendig sind, welche Herausforderungen damit verbunden sind und welche *Best-Practice*-Ansätze sich bewährt haben. Selbstevaluationen sind kein selbstreferenzielles Vorgehen, sondern auf Nutzen und Weiterentwicklung der Projekthalte ausgelegt. Darüber hinaus können sie zur Legitimation des Projekts beitragen, was für Programmgebende und -durchführende ein gemeinsames Interesse sein kann. Luzia Kromke und David Jeß (*PrEval Expertise 4/2025*) zeigen, wie in einem kooperativen Prozess zwischen Projektumsetzenden und der das Projekt finanzierenden Organisation eine Selbstevaluation ermöglicht wird. Durch eine iterative Zieldefinition, Zielüberprüfung und Zielanpassung werden mit der Selbstevaluation das Gelingen, der Nachweis über das Gelingen und der Transfer des Nachweises in das Projekt integriert.

Die Autor*innen kommen in den *Expertisen* zu Ergebnissen, die Ansatz-übergreifende Schlussfolgerungen für die Umsetzung von Evaluationen auf unterschiedlichen Ebenen erlauben:

- **Konzeptualisierung:** Die *Expertisen* heben hervor, dass Evaluationen eine Konzeptualisierung sowohl ihres Gegenstands als auch des eigenen Evaluationsansatzes voraussetzen, um die gegenseitigen Bezüge und



Greuel, Frank/Milbradt, Björn: Die Evaluation von Programmen in den Handlungsfeldern Extremismusprävention, Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und politische Bildung – Herausforderungen und Umgangsstrategien, PrEval Expertise 4/2024, Frankfurt/M.



Giel, Susanne: Selbstevaluation: Ihr Beitrag zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in politischer Bildung, Extremismusprävention und Demokratieförderung, PrEval Expertise 3/2025, Frankfurt/M.



Kromke, Luzia/Jeß, David: Zielorientierter Qualitätszyklus – ein organisationaler Ansatz der Selbstevaluation auf Augenhöhe, PrEval Expertise 4/2025, Frankfurt/M.

Abhängigkeiten in der Umsetzung der Evaluation berücksichtigen zu können.

- **Prozesshaftigkeit:** Ansätze müssen flexibel sein. Evaluationen bestehen aus vielen, sich konzeptionell und zeitlich überlappenden Elementen, die im Verlauf der Umsetzung reflektiert und angepasst werden müssen, um so den Ansatz im Prozess auf die Entwicklung des Programms, Projekts oder der Maßnahme weiterentwickeln zu können.
- **Gegenstandsbezogenheit:** Ansätze der Evaluation sind von Themen, Zielgruppen, Durchführenden und weiteren beteiligten Akteuren abhängig und können nicht unmittelbar auf andere Evaluationen, Situationen und Gegenstände übertragen werden. Berücksichtigt werden müssen insbesondere vulnerable Gruppen und sensible Daten, die durch den Evaluationsansatz betroffen sein können.
- **Kooperation:** Evaluationen sind nur in enger Kooperation mit weiteren Stakeholdern möglich und sinnvoll. Diese zu identifizieren und deren Rolle im gesamten Prozess zu berücksichtigen, sind für die Datenerhebung, Auswertungen und den Wissenstransfer zentral.

3. Instrumente

Evaluationen arbeiten mit einer Vielzahl an Instrumenten, die von Methoden und Ansätzen abhängig sein können. Einige Instrumente sind für Evaluationen jedoch fundamental und kommen in verschiedenen Schritten von Evaluationsprozessen zum Tragen. Diese stammen in der Regel

aus der allgemeinen Sozialforschung, etwa zur Datenanalyse, oder aus dem Organisationsmanagement und werden für die spezifischen Bedarfe der Evaluation adaptiert. Ein evaluationspezifisches Instrument stellen Jana Klemm und Rainer Strobl vor (*PrEval Expertise 1/2024*): Sie präsentieren Varianten internationaler Wirkmodelle, mit deren Hilfe theoriegeleitete Wirkanalysen ermöglicht werden, diskutieren und bewerten diese und entwickeln sie weiter. Dabei machen sie deutlich, wie diese Instrumente von der Konzeption bis zur Auswertung genutzt werden können, um auch komplexe Wirkannahmen und -zusammenhänge planen und überprüfen zu können. Für eine wirksame Evaluation und Qualitätssicherung in der Demokratieförderung sind insbesondere differenzierte Wirkungsmodelle mit klar definierten Wirkungsebenen und Schnittstellen von Bedeutung.

Instrumente, die in den letzten Jahren in allen Arbeitsbereichen Einzug gehalten haben, auch in der Evaluation, stehen im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz (KI). Hier stellen sich noch fundamentale Fragen zum Einsatz und zur Anwendung, auf die in zwei *Expertisen* geantwortet wird. Jan Ulrich Hense (*PrEval Expertise 1/2025*) analysiert KI-Anwendungen in der Evaluation und deren Besonderheiten im Vergleich zu herkömmlicher Software. Er identifiziert Einsatzmöglichkeiten in allen Phasen des Evaluationsprozesses und erörtert sowohl Chancen (Effizienzgewinne, Auswertung qualitativer Daten) als auch Risiken (Unzuverlässigkeit, Diskriminierung, Datenschutzprobleme). Die *Expertise* betont die Notwendigkeit einer informierten Haltung aller Beteiligten und einer kompetenten, reflektierten Anwendung von KI in Evaluationen.

Daran anschließend untersuchen Quito Tsui und Linda Raftree speziell die Rolle von Ethik beim Einsatz von KI in der Evaluation von Demokratieprogrammen. Sie heben die ambivalente Beziehung zwischen KI und Demokratie hervor: Einerseits kann KI demokratische Prozesse durch verbesserte Partizipation fördern, andererseits kann sie demokratische Werte durch Informationsmanipulation und erweiterte Überwachungsmöglichkeiten untergraben. Die Autorinnen plädieren für einen präzisen, kontextspezifischen Ansatz bei der KI-Nutzung in Demokratieevaluationen und warnen vor möglichen unbeabsichtigten negativen Folgen.

Trotz großer Unterschiede zwischen Wirkmodellen und KI-Anwendungen lassen sich übergreifende Schlussfolgerungen für den Einsatz von Instrumenten in Evaluationen aus den *Expertisen* ziehen:

- **Balance zwischen Komplexität und Praktikabilität:** In allen drei *Expertisen* wird betont, dass die Anwendung von Instrumenten ausreichend differenziert sein muss, um komplexe Prozesse abzubilden, gleichzeitig aber praktikabel und verständlich zu bleiben.
- **Kompetente Anwendung:** Trotz der scheinbaren Einfachheit mancher Instrumente ist ein fundiertes Verständnis der Konzepte und Technologie und ihrer Implikationen für qualitativ hochwertige Evaluationen unerlässlich.



Hense, Jan Ulrich: Anwendungen Künstlicher Intelligenz in der Evaluation: Stand von Forschung und Praxis, PrEval Expertise 1/2025, Frankfurt/M.



Tsui, Quito/Raftree, Linda: Exploring Emerging AI as Subject and Object in Democracy-Focused Evaluation, PrEval Expertise 2/2025, Frankfurt/M.



Klemm, Jana/Strobl, Rainer: Wirkungsmodelle und ihr Potenzial für Evaluation und Qualitätssicherung in der Demokratieförderung, PrEval Expertise 1/2024, Frankfurt/M.

- **Kontextspezifische Auswahl:** Die Auswahl von Instrumenten wie Wirkungsmodellen und KI-Tools muss den spezifischen Kontext und die Ziele des jeweiligen Demokratieförderprogramms berücksichtigen.
- **Transparenz und Dokumentation:** Sowohl bei Wirkungsmodellen als auch beim KI-Einsatz ist eine transparente Dokumentation des Vorgehens für die Qualitätssicherung und Nachvollziehbarkeit entscheidend.
- **Intersektorale Zusammenarbeit:** Für die Entwicklung hochwertiger Wirkungsmodelle und den verantwortungsvollen Einsatz von KI in Evaluationen ist eine Zusammenarbeit zwischen Projekt- und Evaluationsteams sowie ggf. KI-Expert*innen ratsam.

4. Zur Selbstverortung und Potenzialen der Evaluation

Die *Expertisen* ergänzen sich zu einem umfassenden Bild methodischer Zugänge, konzeptioneller Ansätze und innovativer Instrumente in der Evaluationsforschung. Sie bieten mit ihren komplexen und kritischen Auseinandersetzungen mit zentralen Herausforderungen der Evaluation im Bereich der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung wichtige Ergänzungen zu den längsschnittigen Analysen des Monitorings. Sie präsentieren sowohl theoretische Grundlagen als auch praktische Handlungsempfehlungen für eine wissenschaftlich fundierte und praxisrelevante Evaluationsforschung. Übergreifend lassen sich für Evaluationen folgende Schlussfolgerungen aus dem Monitoring und den *Expertisen* ziehen:

1. **Methodische Vielfalt und theoretische Fundierung:** Evaluationen sollten einen methodisch pluralistischen Ansatz verfolgen, der qualitative und quantitative Methoden kombiniert und dabei stets theoretisch fundiert ist. Dabei müssen sowohl die Komplexität des Forschungsfeldes als auch die Praktikabilität der Anwendung berücksichtigt werden. Eine kompetente Anwendung der Instrumente und eine kontextspezifische Auswahl sind dabei ebenso wichtig wie eine transparente Dokumentation des Vorgehens.
2. **Partizipation und kontextsensitive Kooperation:** Evaluationen müssen partizipativ gestaltet werden und verschiedene Stakeholder von der Konzeption bis zur Auswertung einbeziehen. Dies erfordert eine kontextsensitive Herangehensweise, die die spezifischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Praxisfeldes berücksichtigt und vulnerable Gruppen sowie strukturelle Ungleichheiten mitdenkt. Eine enge intersektorale Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren ist dabei zentral für den Erfolg.
3. **Reflexivität und demokratische Verantwortung:** Evaluationen sollten als reflexive, iterative Prozesse verstanden werden, die ihre eigenen normativen Vorannahmen und gesellschaftspolitischen Implikationen transparent machen. Dies beinhaltet eine kontinuierliche Reflexion von Machtdynamiken, die Förderung diskriminierungskritischer Ansätze und die Entwicklung von Rahmenkonzepten, die auch Spannungen und Widersprüchlichkeiten in der Evaluations-

praxis aufgreifen können. Evaluationen tragen damit eine demokratische Verantwortung, die über die reine Datenerhebung hinausgeht.

Die Evaluationsforschung und damit auch Evaluationen profitieren von reflexiven Standortbestimmungen, die sowohl historische Entwicklungen als auch vertiefte Auseinandersetzungen mit Methoden, Ansätzen und Instrumenten ermöglichen. So kann nicht nur eine zeitgemäße Weiterentwicklung ermöglicht werden, sondern auch ihre gesellschaftliche Selbstverortung vorgenommen und ihre demokratische Verantwortung wahrgenommen werden.

Alle *PrEval* Expertisen unter:



<https://preval.hsfk.de/publikationen/preval-expertisen>

ABBILDUNGEN

Icons S. 86, S. 87, S. 92, S. 103: media machine GmbH, Mainz.

Abb. 1/Abb. 2/Abb. 3/Abb. 4/Abb. 5: eigene Darstellung.

Cover der *PrEval* Expertisen: media machine GmbH, Mainz (Gestaltung); iStock/borzaya (Titelbilder [bearbeitet: PRIF]).

Literatur

Al Hashash, Samah/Mai, Hanna Hoa Anh/Sträter, Till 2025: Von der „Community-basierten Beratung gegen Rassismus“ lernen. Empfehlungen für eine diskriminierungskritische Beratung, in: Organisationsberatung, Supervision, Coaching 32, 93–107. <https://doi.org/10.1007/s11613-024-00919-6>

Charkawi, Wesam/Dunn, Kevin/Bliuc, Ana-Maria 2024: Evaluations of countering violent extremism programs: Linking success to content, approach, setting, and participants, in: International Journal of Law, Crime and Justice 77. <https://doi.org/10.1016/j.ijlcrj.2024.100674>

Hanberger, Anders 2006: Evaluation of and for Democracy. Evaluation 12:1, 17–37. <https://doi.org/10.1177/1356389006064194>

Jaiswal, Anita 2024: Historical Evolution of Diversity, Equity, and Inclusion, in: Kushwaha, Ravindra Kumar/Yadav, Pradeep Kumar/Kushwaha, Abhiram/Dwivedi, Pratyanshi (Eds.) 2024: Diversity, Equity & Inclusion, New Dehli/London, 226–232.

Mecheril, Paul 2008: Diversity. Differenzordnungen und Modi ihrer Verknüpfung. <https://heimatkunde.boell.de/de/2008/07/01/diversity-differenzordnungen-und-modi-ihrer-verknuepfung> (letzter Zugriff: 02.09.2025).

Müller, Simon 2024: Methodenwandel unter der Lupe: Entwicklungen und Trends in der internationalen Evaluationsforschung, in: Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken. Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk. PrEval Monitor, 1. Aufl. 2024, Frankfurt/M., 49–62. DOI: 10.48809/PrEvalMon24

Schwandt, Thomas A. 2019: Post-normal evaluation?, in: Evaluation 25:3, 317–329. <https://doi.org/10.1177/1356389019855501>

Shanaah, Sadi 2023: Explaining the variation and contestation of P/CVE policies around the world: a public policy approach, in: Critical Studies on Terrorism 16:3, 475–500. <https://doi.org/10.1080/17539153.2023.2234708>

Widmer, Thomas 2012: Unabhängigkeit in der Evaluation, in: LeGes: Gesetzgebung Evaluation 23:2, 129–147. <https://leges.weblaw.ch/legesissues/2012/2/20122129-147.html>

TEIL III: Evaluation im digitalen Zeitalter

Herausforderungen für politische Bildung, Sekundär- und Tertiärprävention

Pilotstudien und Federführende:

- **Pilotstudie: Digital P/CVE Counseling Services as a Challenge for Professional and Evaluation Practice**
i-unito – Institut für systemische und sozialarbeiterische Praxisentwicklung und Radikalisierungsprävention, Violence Prevention Network
 - **Pilotstudie: Entwicklung eines KI-Kompetenzprofils aus der Perspektive der politischen Bildung**
Universität Duisburg-Essen
-

Wirkung messen an der Schnittstelle zur Digitalität

Was bedeutet es, digital wirksam zu sein – in der politischen Bildung und in der Extremismusprävention? Welche Kompetenzen brauchen junge Menschen im Umgang mit KI und wie lassen sich digitale Beratungsprozesse evaluieren, die fluide, spontan und plattformgebunden verlaufen? Die beiden folgenden Beiträge beleuchten zentrale Fragen, die sich im Spannungsfeld von Digitalität, Bildung und Prävention stellen – aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven, aber mit einem gemeinsamen Ziel: digitale Praxis besser zu verstehen, zu nutzen und zu gestalten.

Der erste Beitrag widmet sich der digitalen Beratung in der Extremismusprävention. Anhand von Interviews und Fokusgruppen mit der Praxis wird deutlich, warum klassische Wirkungsmessung hier oft an Grenzen stößt: Beziehungen, Plattformlogiken und spontane Interaktionen prägen die Wirksamkeit – und erfordern kontextsensible Evaluationsansätze, die mit dieser Dynamik Schritt halten. Aufbauend auf Erkenntnissen aus einer vorausgegangenen *PrEval*-Pilotstudie beleuchtet der zweite Beitrag gesellschaftliche und ethisch-politische Dimensionen von KI und fragt, welche Kompetenzen junge Menschen brauchen, um sich in einer zunehmend durch KI geprägten Welt politisch zu orientieren und handlungsfähig zu bleiben.

Pilotstudie Sekundär- und Tertiärprävention

Evaluative Herausforderungen und Erkenntnisse aus digitalen Beratungsprojekten der sekundären und tertiären Extremismusprävention

Juliane Kanitz

i-unito – Institut für systemische und sozialarbeiterische Praxisentwicklung und Radikalisierungsprävention

Svetla Koynova

Violence Prevention Network

Maximilian Campos Ruf

Violence Prevention Network

*Digitale Beratung in der Extremismusprävention bewegt sich im Spannungsfeld von Plattformlogiken, Datenschutz, Beziehungspflege und knappen Ressourcen. Viele Projekte wünschen sich wirksame Evaluation – doch was bedeutet wirksam, wenn Zielgruppen anonym bleiben, Beziehungen online entstehen und Beratungsverläufe kaum planbar sind? Unsere Studie zeigt: Klassische Wirkungsmessung greift hier oft zu kurz. Stattdessen braucht es einen Perspektivwechsel – weg von starren Output-Zählungen hin zu lernorientierten, plattform- und beziehungsbe-
wussten Evaluationen.*

Executive Summary & Empfehlungen

Digitale Beratungsangebote in der sekundären und tertiären Extremismusprävention bewegen sich im Spannungsfeld zwischen Plattformlogiken, Datenschutzerfordernissen und begrenzten Ressourcen. Evaluation gilt als notwendig, ist jedoch selten strategisch verankert. Der Beitrag fasst zentrale Erkenntnisse aus qualitativen Erhebungen zusammen und leitet daraus Empfehlungen für Praxis, Evaluierende und Fördermittelgebende ab.



Praxisprojekten empfehlen wir:

- **Zielgruppenerreichung als Lernschleife zu etablieren.**
 - Die Frage „Wie verbessern wir unsere Zielgruppenerreichung?“ bietet sich als Gegenstand zur kontinuierlichen Reflexion und externen Evaluation an.
 - Anpassungen durch Plattformwechsel oder veränderte Kontextfaktoren sollten systematisch dokumentiert werden.
- **Beziehungsqualität systematisch zu reflektieren.**
 - Gesprächsprotokolle, kollegiale Beratung oder Ähnliches können qualitative Wirkungen sichtbar machen. Klassische Output-Indikatoren greifen hier zu kurz.
- **Spontane Aktivitäten wertzuschätzen.**
 - Spontane, unplanbare Maßnahmen sind oft essenziell für gelingende Beratung und sollten als Ausdruck wirksamer, responsiver Arbeit gelten.
- **Plattformwahl strategisch zu prüfen.**
 - Regelmäßige Reflexion über den Nutzen der eingesetzten Plattformen in Bezug auf Projektziele ist notwendig.
- **Datenschutzkonform, aber nicht datenlos zu arbeiten.**
 - Kreative Formate wie anonymisierte Verlaufsdocs oder Stimmungsbilder ermöglichen datenschutzkonformes Monitoring.



Evaluierenden empfehlen wir:

- **Wirkung nicht mit Zufriedenheit zu verwechseln.**
 - After-Session-Surveys zur Zufriedenheit sind wenig aussagekräftig. Stattdessen sollten relationale, prozessbasierte Methoden genutzt werden.

- **Plattformen als Wirkfaktor ernst zu nehmen.**
 - Digitale Räume sind soziale Settings mit eigener Logik – sie sind Teil der Intervention, nicht nur technische Infrastruktur.
- **Evaluation partizipativ und adaptiv zu gestalten.**
 - Lernziele der Praxis sollten integraler Bestandteil der Evaluation sein.
- **Indikatoren offen zu denken.**
 - *Mixed-Methods*-Ansätze, die auch informelle oder emergente Phänomene sichtbar machen, sind geeignet.
- **Datensensibilität mitzudenken.**
 - Datenschutzkonforme, zugleich auswertbare Lösungen sollten gemeinsam mit der Praxis entwickelt werden.



Fördermittelgebenden empfehlen wir:

- **Evaluation als Lerninstrument zu verstehen.**
 - Monitoring und Evaluation sollte Praxisentwicklung unterstützen – dafür braucht es entsprechende Mittel.
- **Praxistaugliches Monitoring zu ermöglichen.**
 - Output-Zählungen sind für junge, nicht-lineare Projekte wenig geeignet. Fallverläufe oder Beispiele für Lernerfahrungen bieten oft mehr Erkenntnis.
- **Hypothesenbildung zu fördern.**
 - Projekte sollten motiviert werden, eigene (auch qualitative) Wirkannahmen zu formulieren – mit Unterstützung durch Ressourcen und Beratung.
- **Flexible Indikatoren und experimentelle Lösungen zuzulassen.**
 - Indikatoren müssen kontextsensibel und nutzungsorientiert sein und Offenheit für experimentelle oder beziehungsbasierte Lösungen sollte vorhanden sein.

Formative Evaluation und die Frage der Zielgruppenerreichung

Eine zentrale Fragestellung, die sich als besonders geeignet für formative Evaluationen im Feld digitaler Beratung herauskristallisiert hat, lautet: *Wie verbessere ich meine Zielgruppenerreichung?* Diese Frage ist in ihrer Relevanz nicht auf einen bestimmten Beratungstyp beschränkt, sondern betrifft sowohl die aufsuchende (*Outreach*) als auch die auf eigenständige Kontaktaufnahme durch Beratungssuchende ausgerichtete (klassische) Beratungsarbeit.

Während bei der aufsuchenden Beratung der Fokus stärker auf der aktiven Präsenz und Ansprache potenzieller Klient*innen innerhalb digitaler Räume liegt, zielt die klassische Beratung auf die Bereitstellung von Zugängen und Ressourcen, die von Nutzer*innen eigenständig aufgesucht werden können. Beide Ansätze profitieren erheblich davon, ihre Zielgruppenerreichung nicht nur retrospektiv zu reflektieren, sondern sie im Rahmen kontinuierlicher Monitoring- und Lernprozesse aktiv und zielgerichtet zu analysieren und zu verbessern. Allerdings erfordert die Evaluation solcher Prozesse methodische Sensibilität: Nicht alle Zugriffs- oder Kontaktzahlen lassen automatisch Rückschlüsse auf tatsächliche Zielgruppenbindung oder Wirksamkeit zu.

Wirkungsevaluation: Anspruch und Realität

Die Forderung nach Wirkungsevaluationen – insbesondere nach solchen, die über reine Output-Messung hinausgehen – ist unter Praktiker*innen weit verbreitet. Tatsächlich wurde bislang jedoch in keinem der untersuchten Projekte eine Wirkungsevaluation im engeren Sinne durchgeführt. Dies hat mehrere Gründe.

Zum einen sehen sich viele Projekte mit sehr begrenzten Ressourcen konfrontiert (siehe Abschnitt *Geringe Ressourcen und das Ziel der Nutzungsorientierung*). Zum anderen besteht häufig Unklarheit darüber, wie *Wirkung* im Kontext digitaler Beratungsprozesse überhaupt angemessen zu erfassen ist.

Ein wesentlicher Befund ist dabei, dass Wirkung nicht ausschließlich über quantitative Indikatoren dargestellt werden kann. Vielmehr muss auch die Qualität der Beziehung zwischen Beratern und Ratsuchenden einbezogen werden – also jene Dimension, die im digitalen Raum oft noch schwerer greifbar ist als bei analogen Kontakten.

Gleichzeitig wurde deutlich: Klassische Zufriedenheitsmessungen im Anschluss an eine Beratung sind keine adäquate Alternative. Sie liefern kaum Aufschluss über tatsächliche Veränderungen auf Seiten der Nutzer*innen und können bei der Zielgruppe im Zweifel sogar für Misstrauen sorgen und somit abschreckend bezüglich des gesamten Beratungsprozesses wirken. Stattdessen müsste mehr danach gefragt werden: Was kann eine Beziehung im Internet überhaupt leisten? Und: In welchem Maß hängt die Erreichung bestimmter Interventionsziele von der

digitalen Umgebung, den darin bereitgestellten Kommunikationskanälen sowie der Frequenz der Begegnungen ab?

Plattformabhängigkeit als strukturierender Faktor

Ein weiterer zentraler Befund betrifft die hohe Kontextabhängigkeit digitaler Beratungsformate. Je nach Plattform variiert das erlaubte Maß an Austausch, Verbindlichkeit und Interaktion erheblich. Manche Plattformen (z. B. *TikTok* oder *Instagram*) sind eher restriktiv hinsichtlich Direktnachrichten oder Anonymitätseinstellungen, während andere niedrigschwellige und intensive Gespräche erleichtern (etwa *Discord*).

Für die aufsuchende Beratung fungieren Plattformen in erster Linie als *Begegnungsorte*, das heißt sie sind der Raum, in dem erste Kontakte geknüpft werden. In der klassischen Beratung hingegen fungieren Plattformen eher als *Transitionsräume*: Sie dienen dazu, Nutzer*innen in eigene, kontrollierte (und im Idealfall datensichere) Beratungskanäle zu überführen. Dieses Zusammenspiel zwischen Plattformlogik und Beratungsmethodik muss bei der Planung und Evaluation digitaler Formate wesentlich stärker berücksichtigt werden.

Unerwartete Aktivitäten und fehlende Indikatoren

In vielen Projekten entstehen im Verlauf der Arbeit neue Aktivitäten, die nicht im ursprünglichen Konzept vorgesehen waren, sich jedoch als notwendig zur Zielerreichung erweisen. Diese emergenten Handlungen, wie etwa spontane inhaltliche Adaptionen, Plattformwechsel oder zusätzliche Formate der Ansprache, etwa durch neue Contentproduktion, vor allem im Rahmen der aufsuchenden Arbeit, sind aus evaluativer Sicht besonders herausfordernd.

Da für diese Aktivitäten keine vordefinierten Kennzahlen, Indikatoren oder Ziele existieren, können sie in bestehenden Monitorings oft nicht adäquat abgebildet werden. Damit drohen relevante Aspekte der Praxis unsichtbar zu bleiben. Eine stärkere Öffnung von Evaluationsdesigns für nicht-intendierte Outputs und Outcomes könnte hier Abhilfe schaffen.

Datenbasierte Begrenzungen im digitalen Raum

Die Erhebung verlässlicher Daten im digitalen Kontext ist durch mehrere strukturelle Begrenzungen eingeschränkt. Zwei Faktoren sind dabei besonders hervorzuheben: *Anonymität* und *Datenschutz*.

Zahlreiche Angebote setzen bewusst auf anonyme oder pseudonyme Zugänge, um Schwellenängste zu verringern. Diese Schutzmaßnahmen sind aus ethischer Perspektive richtig und wichtig. Sie erschweren jedoch die Erhebung konsistenter Verlaufsdaten und individuelle Wirkungsanalysen. Auch aus technischer Sicht gibt es Begrenzungen: Plattformen gewähren oftmals nur eingeschränkte Datenzugänge, insbesondere hinsichtlich Reichweite, Sichtbarkeit und Interaktionen.

Gerade im Kontext der Fragestellung zur Zielgruppenerreichung ergibt sich hieraus ein methodisches Dilemma: Die relevantesten Daten (*Wer hat das Angebot gesehen? Wer hat nicht reagiert?*) bleiben verborgen, während nur jene Nutzer*innen sichtbar werden, die bereits interagiert haben.

Geringe Ressourcen und das Ziel der Nutzungsorientierung

Ein zentraler Querschnittsbefund ist der massive Mangel an Ressourcen für Monitoring und Evaluation in digitalen Beratungsprojekten. Oftmals sind selbst einfache Selbstevaluationsmaßnahmen, etwa die strukturierte Dokumentation von Kontakten oder Maßnahmen, nicht systematisch möglich. Externe Evaluationen, sofern sie stattfinden, müssen daher *nutzungsorientiert* sein: Ihr Ziel sollte nicht primär Rechenschaftslegung, sondern Praxisentwicklung sein.

Dies erfordert eine enge Verzahnung zwischen Evaluationsteams und Projektverantwortlichen sowie iterative Formate, deren Erkenntnisse direkt in Anpassungen der Praxis einfließen können.

Sprachbarrieren und Missverständnisse im Erwartungsdreieck

Ein besonders sensibler Themenbereich betrifft das Verhältnis zwischen Projekten, Fördermittelgebenden und Evaluators*innen. Hier zeigt sich ein systematisches Missverständnis: Häufig fehlt ein gemeinsames Vokabular für Zieldefinitionen, Hypothesenbildung und Wirklogiken.

Zwei Problemlagen stechen heraus:

- Auf Seiten der Fördermittelgebenden bestehen oft unrealistische Vorstellungen davon, was in digitalen Projekten gemessen werden kann – und welche tatsächliche Aussagekraft solche Messungen haben. Dies führt zu überzogenen Anforderungen an Monitoringprozesse, die an der Realität vorbeigehen.
- Umgekehrt fehlt es in vielen Projekten an expliziten Hypothesen zur Wirkung. Ohne eine klare Vorstellung davon, was wie verändert werden soll, bleibt das Monitoring zwangsläufig oberflächlich.

Hier braucht es eine systematische Übersetzungsarbeit: Evaluation kann und soll als gemeinsame Lernpraxis und nicht als reines Kontrollinstrument gelebt werden.

Allgemeine Erkenntnisse zur Kategorisierung digitaler Beratung

Abschließend lässt sich sagen, dass die untersuchten Projekte in methodischer wie technischer Hinsicht sehr unterschiedlich verfasst sind. Eine präzise, an die Projekte angepasste Definition von digitaler Beratung ist notwendig, um differenzierte Aussagen zu den intendierten Wirkungen treffen zu können. Dabei können zwei Ebenen unterschieden werden:

- *Methodisch*: Beratung als strukturierter Dialogprozess, der auch im digitalen Raum auf Beziehung, Vertrauen und Reflexion beruht.
- *Technisch*: Nutzung digitaler Infrastrukturen (Plattformen, Tools, Interfaces), die bestimmte Interaktionsformen ermöglichen oder begrenzen.

Eine Kategorisierung entlang dieser beiden Achsen, etwa nach Tiefe der Beziehung, Grad der Anonymität, Plattformstruktur und Interventionslogik, kann dabei helfen, die Vielfalt digitaler Beratungsangebote besser zu verstehen und gezielter zu evaluieren.

Evaluation digitaler Beratung zwischen Plattformlogik, Datenschutz und Pragmatismus: Lernen ermöglichen, statt nur zu messen

Digitale Beratung wird zunehmend zum zentralen Bestandteil der Präventionsarbeit – insbesondere in sensiblen oder komplexen Fällen. Ihre Stärken wie Schnelligkeit, Anonymität und Reichweite bergen jedoch auch Herausforderungen und machen sie mit klassischen Evaluationsmetho-

den nur schwer erfassbar. Wirkung entfaltet sich oft fragmentiert, flüchtig und über verschiedene Plattformen hinweg – häufig ohne direkt sicht- und noch weniger messbare Spuren.

Unsere Analyse offenbarte folgende zentrale Erkenntnisse:

1. **Flexible Evaluationsansätze sind entscheidend.** In digitalen Räumen bewähren sich formative, prozessorientierte Verfahren. Sie sind in der Lage, Anonymität zu respektieren, schnell auf Veränderungen zu reagieren und ermöglichen Lernen aus langsamen oder subtilen Entwicklungen.
2. **Plattformlogiken beeinflussen Evaluationsmöglichkeiten.** Kommerzielle, nicht für Beratungsprozesse konzipierte digitale Plattformen sind nicht für Langzeitdokumentation oder Wirkungsnachweise konzipiert. Fachkräfte improvisieren mit Screenshots oder Excel-Tabellen – kreativ, aber schwer vergleichbar. Plattformspezifische Methoden und Kooperationen mit Anbietern könnten hier durch neue technische Lösungen Abhilfe schaffen.
3. **Zwischen Datenschutz und Wirkungsnachweis braucht es Balance.** Um Vertrauen zu schaffen, dürfen kaum Daten erhoben werden – Evaluation aber braucht Einsicht. Datenarme, transparente Verfahren mit abgestuften Indikatoren sind ein möglicher Weg.
4. **Hybride Beratung und Ressourcenmangel erfordern Pragmatismus.** Beratung verläuft zunehmend hybrid: Online beginnt, Offline vertieft. Einfach nutzbare Tools wie *Emoji*-Feedback, anonyme Rückmeldungen oder Reflexionstagebücher, die an geringe Ressourcen und hybride Arbeitsbedingungen angepasst sind, gewinnen als Evaluationsinstrumente an Bedeutung.

Neben den oben aufgeführten zentralen Erkenntnissen offenbarte unsere Analyse auch die folgenden drei themen- und akteursfeldübergreifenden Kontextfaktoren, die es immer zu beachten und noch stärker in Evaluationsvorhaben zu integrieren gilt:

- Fundamentale Unterschiede in den Beratungslogiken müssen berücksichtigt werden. Auch wenn digitale Beratung zunächst nach einem relativ homogenen Arbeitsfeld klingt, unterscheiden sich die verschiedenen Ansätze (z. B. klassisch, aufsuchend, Verweis) substantiell. Die Tatsache allein, dass all diese Handlungsfelder (teilweise) online stattfinden, rechtfertigt noch keine vermeintlichen *one-size-fits-all*-Ansätze bezüglich Monitoring und Evaluation. Jede Beratungslogik beinhaltet eigene, spezifische Herausforderungen, die detailliert analysiert und berücksichtigt werden müssen.
- Ebenso wie in nicht-digitalen Beratungssettings beeinflusst die institutionelle Anbindung eines Projekts, insbesondere die Frage, ob die Trägerschaft staatlich oder zivilgesellschaftlich organisiert ist, das Beratungssetting stark. Solche institutionellen Unterschiede müssen in Evaluationsdesigns konsequent berücksichtigt werden.
- Besonders in relativ jungen und komplexen Dynamiken unterworfenen Arbeitsfeldern wie digitaler Beratung, in denen auch mittelfristig kein Ende turbulenter Entwicklungen abzusehen ist, ist ein Perspektivwechsel dringend nötig: Monitoring und Evaluation müssen künftig dringend als Aufgabengebiet gemeinsamen Lernens für Praxis, Evaluator*innen und Mittelgebende verstanden werden. Die Verkürzung von Monitoring und Evaluation auf einen reinen (vermeintlichen) Wirkungsnachweis ist der Schnelllebigkeit digitaler Entwicklungen nicht

angemessen und verhindert im schlimmsten Fall die Etablierung eines nachhaltigen, aber angemessen flexiblen Arbeitsfeldes.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Wunsch danach, digitale Beratung zu evaluieren, ist auf allen Seiten vorhanden. Und gute Evaluationspraxis ist möglich – allerdings nur mit angepassten Methoden und einer angemessenen Prise Flexibilität. Wer Evaluation wirklich als praxisnahes Lerninstrument versteht, kann Qualität stärken, Vertrauen aufbauen und langfristig viel bewirken.

Pilotstudie Politische Bildung

Entwicklung eines KI-Kompetenzprofils aus Perspektive der politischen Bildung

Marcus Kindlinger & Hermann Josef Abs

Universität Duisburg-Essen

*Wie verändert KI demokratische Prozesse? Und welche Kompetenzen werden dafür gebraucht? Diese Studie untersucht, welche Chancen und Risiken KI für politische Bildung birgt und wie Bürger*innen besser auf eine KI-geprägte Zukunft vorbereitet werden können. Wir werfen einen Blick auf internationale Rahmenwerke, gesellschaftspolitische Herausforderungen und konkrete Evaluationsansätze, damit KI-Nutzung in demokratischen Kontexten verantwortungsvoll gestaltet werden kann.*

Executive Summary & Empfehlungen

Wir haben in einer Pilotstudie untersucht, welche KI-Kompetenzen junge Bürger*innen aus Perspektive der politischen Bildung in einer zunehmend von der Technologie geprägten Gesellschaft benötigen. Als Ausgangspunkt diente das *UNESCO-Rahmenwerk für KI-Kompetenz* (UNESCO 2024a), das explizit gesellschaftliche und politische Aspekte von KI einbezieht. Durch eine Gegenüberstellung mit zwei unterschiedlichen etablierten Modellen der politischen Bildung (GPJE 2004; Europarat 2023) und zwei systematischen Reviews zu *KI in Civic Education* und zur *kritischen KI-Kompetenz* wurden Erweiterungsbedarfe identifiziert. Auf Basis unserer Ergebnisse sprechen wir folgende Empfehlungen aus, die sich an Evaluierende, Politik und Verwaltung, Fördermittelgebende sowie an Wissenschaftler*innen richten.



Bildungspolitik und -verwaltung empfehlen wir:

- KI als Querschnittsthema in Bildungs- und Lehrplänen zu verankern, um nicht nur technische, sondern auch ethisch-politische Kompetenzen zu stärken.
- klare Richtlinien zur Qualitätssicherung im KI-Bereich zu schaffen, etwa indem Anforderungen an Transparenz und Datenschutz festgelegt werden.
- internationale Austauschforen zu nutzen, um von gelungenen Praxisbeispielen zu profitieren.



Evaluierenden empfehlen wir:

- sich je nach Programmziel bei der Erfassung von KI-Kompetenzen nicht auf Urteils- und Handlungsfähigkeiten zu beschränken, sondern auch emotionale und motivationale Faktoren, die den Umgang mit Desinformation beeinflussen, zu berücksichtigen.



Fördermittelgebenden empfehlen wir:

- interdisziplinäre Projekte zu unterstützen, die technische, politische und pädagogische Expertise verbinden.
- Praktiker*innen frühzeitig in Projekte einzubinden, um Ergebnisse schnell in der Breite zu verankern.
- Studien zu ermöglichen, die die Wirksamkeit verschiedener Formate ermitteln.



Wissenschaftler*innen empfehlen wir:

- zu untersuchen, wie neue Technologien das politische Urteilen, Handeln und Zusammenleben verändern.
- theoretisch fundierte und empirisch validierte Instrumente für die Untersuchung einer politischen KI-Bildung zu entwickeln.

Die wachsende Relevanz Künstlicher Intelligenz bedingt vielfältige individuelle Anforderungen

KI hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt und ist dabei, unseren Alltag in vielen Bereichen grundlegend zu verändern. Chatbots, Sprachassistenten oder automatisierte Bilderzeuger sind längst fest im Arbeits- und Privatleben vieler Menschen verankert. Damit stellt sich für die politische Bildung die Frage, wie Bürger*innen befähigt werden können, eigenständig und verantwortungsvoll in einer sozialen und politischen Umwelt zu handeln, die von KI geprägt ist.

Im Mittelpunkt stehen dabei nicht nur technische Fähigkeiten zur Bedienung und Programmierung, sondern auch soziale, psychologische und politische Kompetenzen. Wer KI in der Schule, in der außerschulischen Jugendbildung oder in Weiterbildungsmaßnahmen thematisiert, sollte sich bewusst sein, welche gesellschaftlichen und rechtlichen Herausforderungen dabei berührt werden.

KI und ihre gesellschaftspolitische Tragweite

Der Begriff *Künstliche Intelligenz* wurde bereits in den 1950er-Jahren geprägt und wird zumeist auf neue Technologien bezogen, die Aufgaben übernehmen, welche zuvor Menschen vorbehalten waren. Dadurch ist der Begriff teilweise unklar und stets fluide. In aktuellen Dokumenten internationaler Organisationen lässt sich jedoch ein Trend beobachten, KI nicht nur als Technologie, sondern explizit auch als gesellschaftliches Phänomen zu betrachten.

Warum KI-Kompetenz für die politische Bildung bedeutsam ist

Unter *KI-Kompetenz* (englisch: *AI Literacy*) verstehen viele Fachleute heute die Fähigkeit, KI-Anwendungen kritisch zu verstehen, sachkundig zu nutzen und aktiv mitzugestalten – ohne dabei notwendigerweise selbst Expert*in in der Programmierung zu sein. Ein rein technischer Zugang greift zu kurz, da KI-Systeme soziale Interaktionen, wirtschaftliche Abhängigkeiten, politische Machtbeziehungen oder auch kulturelle Interpretationsmuster verändern. Damit reicht ein „kompetenter“ Umgang mit KI weiter als ein rein informatisches Verständnis.

Dem eigenen Anspruch nach muss politische Bildung hier ansetzen und Lernende dazu befähigen, die Auswirkungen von KI auf Demokratie, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft zu reflektieren. Die *UNESCO-Rahmenwerke für KI-Kompetenzen* von Lernenden und Lehrkräften (UNESCO 2024a; UNESCO 2024b) bilden dafür eine zentrale Grundlage: Sie betonen neben der technischen Seite ausdrücklich ethische, menschenzentrierte und gesellschaftspolitische Aspekte. Lernende sollen verstehen, dass sie selbst eine aktive Rolle in der Gestaltung einer von KI geprägten Welt

einnehmen können, indem sie sich kritisch mit Fragen rund um Verantwortung und Zurechenbarkeit, Schutz von Daten und Privatsphäre oder der Abwägung ethischer und rechtlicher Ansprüche auseinandersetzen.

Gesellschaftliche Herausforderungen durch KI

Deepfakes, Desinformationen und die sogenannte *Infokalypse*

Mit generativen KI-Systemen können täuschend echte Bilder, Videos oder Audiodateien erzeugt werden, die realistisch wirken, aber irrealer Inhalte zeigen. Dies kann das Vertrauen in Institutionen, Medien und demokratische Prozesse schwächen. Einerseits droht eine Flut an Falschinformationen; andererseits kann auch das Wissen um mögliche Manipulation selbst missbraucht werden, um wahre Inhalte als vermeintliche „Fakes“ abzutun (*liar's dividend*).

Politische Bildung muss junge und erwachsene Menschen dafür sensibilisieren, wie sich diese Unsicherheit verarbeiten lässt. Dazu benötigen sie zum einen Strategien, um Informationen zu verifizieren. Allerdings zeigt die Forschung, dass Desinformation nicht allein durch mangelnde Unterscheidungsfähigkeit, sondern auch über emotionale Bedürfnisse und Gruppendynamiken funktioniert. Ein reiner Fokus auf die Frage *Echt oder gefälscht?* greift daher zu kurz. Vielmehr gilt es, Lernende dabei zu unterstützen, Motivationen im Umgang mit Informationen zu reflektieren und Verantwortung für die Verbreitung von Inhalten zu übernehmen.

Verzerrungen (Bias) in KI-Systemen

KI kann gesellschaftliche Ungleichheiten reproduzieren oder sogar verstärken, wenn diese in Trainingsdaten inkorporiert sind oder durch Programmierentscheidungen abgebildet werden. Verzerrte Empfehlungen oder diskriminierende Entscheidungen im Bereich Kreditvergabe, Personalauswahl oder Strafverfolgung sind Beispiele für potenzielle Gefahren. Das Problem wird zusätzlich verschärft, wenn Verantwortung verschleiert wird: Wer haftet, wenn eine KI fehlerhafte oder diskriminierende Ergebnisse liefert?

Für die politische Bildung bedeutet dies, dass Lernende ein Verständnis dafür entwickeln sollten, wie Datenverarbeitung funktioniert, wo Vorurteile entstehen und wie diese sich systemisch auswirken können. Gleichzeitig braucht es aber auch Wissen um rechtliche Regelungen, ethische Richtlinien und politische Handlungsmöglichkeiten, um solchen Verzerrungen wirksam zu begegnen.

Chancen: Einsatz von KI für demokratische Prozesse

KI-Anwendungen ermöglichen nicht nur Manipulation, sondern können demokratische und rechtsstaatliche Werte und Prozesse potenziell stärken. So sind KI-gestützte Moderation und Faktenerkennung denkbar, um digitale Räume und Austauschforen konstruktiver zu gestalten und Desinformationen automatisch zu markieren. In Bürgerbeteiligungsverfahren kann KI große In-

formationsmengen bündeln und Teilnehmenden zugänglich machen. Jenseits von manipulativen Anwendungen durch *Social Bots* können argumentative Sprachmodelle auch eingesetzt werden, um Verschwörungsnarrative zu entkräften, indem sie geduldig und wertschätzend Gegenargumente liefern.

Eine kritische Frage lautet jedoch: Wer kontrolliert diese KI-Anwendungen, nach welchen Kriterien werden Daten gefiltert, und welche Form von Partizipation wird überhaupt ermöglicht? Eine politisch reflektierte KI-Bildung kann dazu beitragen, demokratische Potenziale von KI realistisch einzuschätzen und gleichzeitig die Grenzen und Abhängigkeiten dieser Technologien zu erkennen.

Das UNESCO-Rahmenwerk für KI-Kompetenz

Grundstruktur und Relevanz für politische Bildung

Das *UNESCO-Rahmenwerk für Lernende* (2024a) definiert vier Aspekte von KI-Kompetenz:

- menschenzentrierte Denkweise
- KI-Ethik
- KI-Techniken und -Anwendungen
- KI-Systemdesign

Es kombiniert diese Aspekte mit drei Progressionsstufen: *Verstehen*, *Anwenden* und *Gestalten*.

Für die politische Bildung sind aus diesem Rahmenwerk vor allem die Schwerpunkte *menschenzentrierte Denkweise* und *KI-Ethik* relevant. In diesen Kategorien wird verdeutlicht, wie eng digitale Technologien mit gesellschaftlichen Werten und Strukturen verflochten sind. Allerdings bedarf es auch bei einem Fokus auf diese beiden Aspekte eines grundlegenden technischen Verständnisses (z. B. zu Algorithmen und Datenverarbeitung), um beispielsweise Verzerrungen sinnvoll einschätzen und kontextualisieren zu können.

Gegenüberstellung mit Kompetenzmodellen aus dem Bereich politische Bildung und Demokratiebildung

Viele Bildungskontexte in Europa orientieren sich am *Referenzrahmen für Kompetenzen für eine demokratische Kultur* (RFCDC) des Europarats (2018). Gerade in Deutschland ist für schulische Lehrpläne hingegen das Modell der *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung* weiterhin prominent (im Folgenden GPJE-Modell; GPJE 2004). Beide betonen kritische Urteils- und Handlungsfähigkeit. Während der RFCDC allerdings einen stärkeren Fokus

auf interkulturelle Kompetenzen, Toleranz und Empathie legt, hebt das GPJE-Modell eher wissensbasierte, methodische und enger politisch-handlungsorientierte Fähigkeiten hervor.

Das *UNESCO-Rahmenwerk* (UNESCO 2024a) deckt bereits eine Vielzahl politisch relevanter Kompetenzen ab, gerade, wenn es um ethische Abwägungen und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse geht. Dennoch werden Bereiche wie die Fähigkeit, Mehrdeutigkeit auszuhalten (Ambiguitätstoleranz), oder interkulturelle Aspekte allenfalls indirekt repräsentiert. Eine stärkere Verzahnung mit Modellen der politischen Bildung könnte auch für eine systemischer geprägte Perspektive sorgen: KI-Bias könnte durch eine stärker gesellschaftlich-bildend ausgelegte Kontextualisierung statt als rein technisches Problem sinnvoller in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Ungleichheiten, ihren Grundlagen, Wirkungen und Legitimierungen gesetzt werden.

Empirische Befunde aus systematischen Reviews zu KI und politischer Bildung

Zwei systematische Übersichtsarbeiten (Reviews) zur Diskussion von KI in wissenschaftlichen Publikationen im Bereich *Civic Education* beziehungsweise *Social Studies* und zur kritischen KI-Kompetenz zeigen, dass in diesen Bereichen gerade folgende Kompetenzfacetten diskutiert werden:

- **kritisches Denken und ethische Reflexion:** Wie kann man KI-Outputs hinterfragen, wie erkennt man Vorurteile, Fehlinformationen und unzulässige Beeinflussung?
- **soziale Gerechtigkeit und Teilhabe:** Inwiefern kann KI als Werkzeug wirken, um Ungleichheiten abzubauen oder, in negativer Ausprägung, zu verstärken?
- **praktischer Einsatz für gemeinschaftliche Ziele:** Wie können Lernende eigene KI-Projekte gestalten, die auf realweltliche Problemstellungen reagieren?

Der Anspruch an kritisches Denken und ethische Reflexion ist in diesen Kontexten in der Regel mit dem Ziel verknüpft, individuelle Freiheiten zu erhöhen – oder zumindest Einschränkungen vorzubeugen – und Lernende zu einem selbstbestimmten, autonomen Handeln in einer von KI geprägten Welt zu befähigen.

Zugleich zeigte sich im Review eine Besonderheit von stärker kritisch-emanzipativ ausgerichteten Publikationen: In diesen wird häufiger gefordert, dass Lernende befähigt werden sollten, sich gegen illegitime oder intransparente KI-Systeme zu wehren, gegebenenfalls „alternative Zukünfte“ zu entwerfen. KI in der politischen Bildung ist dementsprechend nicht nur Objekt analytischer Betrachtung, sondern auch ein potenzieller Katalysator für kreative, transformative Ideen.



Methodik der Pilotstudie

Für diese Pilotstudie wurden zwei systematische Reviews durchgeführt, um zu klären, welche KI-Kompetenzen aus Perspektive der politischen Bildung besonders relevant sind. Ausgangspunkt war die Frage, inwieweit bereits diskutierte Konzepte aus der Forschung des *UNESCO-Rahmenwerk* (2024a) ergänzen oder erweitern können. Die Suche erfolgte in den Datenbanken *ERIC*, *Scopus*, *Web of Science* und *ProQuest* und konzentrierte sich auf peer-reviewte, englischsprachige Zeitschriftenartikel, die KI entweder in Verbindung mit *Civic Education* und *Social Studies* oder in Verbindung mit kritischer KI-Kompetenz behandelten.

Nach Entfernung von Duplikaten blieben 85 Texte zum Thema *KI und Civic Education* und 43 Beiträge zur *kritischen KI-Kompetenz*. Diese wurden anhand vordefinierter Einschlusskriterien gesichtet. Entsprechend ausschlaggebend war, ob aus der jeweiligen Studie tatsächlich Erkenntnisse für die politische Bildung im Kontext KI abgeleitet werden konnten. Publikationen, die sich nur am Rande mit KI befassten, keine hinreichende Qualitätsprüfung bestanden oder ohne politischen Bezug blieben, wurden ausgeschieden. Schließlich umfasste das Korpus elf Studien zu *KI und Civic Education* sowie 23 Texte zur *kritischen KI-Kompetenz*.

Auf Basis dieser finalen Auswahl konnten Kompetenzen aus unterschiedlichen Blickwinkeln kategorisiert werden: Während Arbeiten zu *Civic Education* mehr auf demokratische Teilhabe und gesellschaftliche Verantwortung fokussierten, lag der Schwerpunkt kritischer KI-Kompetenz stärker auf reflexiven und an Verständnissen von Gerechtigkeit orientierten Zugängen. Gemeinsam war allen Studien die Frage, wie Menschen befähigt werden können, KI in einem breiten gesellschaftlichen und politischen Kontext zu verstehen und kritisch zu gestalten. Ergänzend wurden weitere empirische und konzeptionelle Veröffentlichungen zum Einfluss von KI auf demokratische Prozesse herangezogen, um ein möglichst umfassendes Bild der Forschungslandschaft zu erhalten.

Herausforderungen bei der Evaluation von KI-Kompetenz

Das *UNESCO-Rahmenwerk* (2024a) nennt bereits erste Vorschläge, wie KI-Kompetenzen erfasst werden können – etwa mit realitätsnahen, szenariobasierten Aufgaben. Dabei bleiben allerdings einige Fragen offen. Technische Grundlagen können mit derzeit verfügbaren Mitteln teilweise sinnvoll über Wissens- oder Fähigkeitstests geprüft oder über Selbsteinschätzungsinstrumente indirekt abgefragt werden. Instrumente für eine stärker ethische oder gesellschaftspolitische Reflexion von KI hingegen fehlen aktuell tendenziell. Allerdings erschweren die rasche Entwicklung

neuer KI-Modelle und die oft stark divergierenden Einschätzungen darüber, wie sich KI in den nächsten Jahren auf demokratische Prozesse auswirken wird, die Entwicklung standardisierter Verfahren: Was heute als hohe Kompetenz und als notwendige Fähigkeit für eine vermutete Zukunft gilt, kann morgen schon überholt sein.

Empfehlungen für die Praxis



Aus den bisherigen Analysen leiten sich sieben Kernempfehlungen ab:

1. **emotionale und motivationale Komponenten integrieren:** Reine Faktenchecks genügen nicht, wenn die Verbreitung von Desinformationen oft emotionale Hintergründe hat. Kompetenzerwerb sollte daher auch an Selbstreflexion, Gruppendynamiken und persönliche Werte anknüpfen.
2. **Modularisierung und Differenzierung:** Um unterschiedliche Zielgruppen (z. B. schulisch, außerschulisch, Erwachsenenbildung) flexibel ansprechen zu können, empfiehlt sich ein modularer Aufbau von Kompetenzrahmenwerken. Die UNESCO-Unterscheidung von *Verstehen*, *Anwenden* und *Gestalten* kann je nach Alters- und Fähigkeitsniveau in abgestufte Lernziele übertragen werden. Bei der Entwicklung von Instrumentenkästen und Bildungsangeboten werden darüber hinaus weitere Differenzierungen für unterschiedliche Kontexte und Zielgruppen nötig – beispielsweise unterschiedliche sprachliche Aufbereitungen und Ansprachen.
3. **Kompetenzentwicklung empirisch erforschen:** Längerfristige Studien sind nötig, um die nachhaltige Wirkung von KI-Bildungsangeboten zu beurteilen. So lässt sich ermitteln, welche Methoden sich bewähren, wo Lernende Schwierigkeiten haben und wie KI-spezifische Inhalte in breitere Curricula eingebettet werden können.
4. **Anbindung an politische Kompetenzmodelle:** Die bekannten Modelle (z. B. GPJE 2004; Euro-parat 2018) liefern wertvolle Grundlagen, die um KI-spezifische Aspekte erweitert werden können. Ziel ist es, KI-Kompetenzen nicht isoliert zu betrachten, sondern als Teil einer umfassenden Bildung zur demokratischen Handlungs- und Urteilskompetenz.
5. **Verknüpfung mit bestehendem Material:** Die politische Bildung verfügt bereits über umfangreiche Konzepte zu Demokratie, Partizipation, Medienbildung und Ethik. KI-Themen sollten damit systematisch verwoben werden. Ein kuratierter und laufend aktualisierter Materialpool könnte Lehrenden helfen, auf qualitativ hochwertige Ressourcen zuzugreifen.
6. **interdisziplinären Austausch fördern:** Die rasante KI-Entwicklung verlangt nach Kooperation zwischen Informatik, Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft und weiteren Disziplinen. Politische Bildung kann dabei eine Brücke schlagen, um vielfältige und multidisziplinäre Erkenntnisse über Algorithmen, ethische Richtlinien und demokratische Prozesse zusammenzuführen.
7. **international vernetzen:** Internationale Erfahrungen, etwa im Umgang mit Deepfakes in Wahlkämpfen, können die Kompetenzprofile enorm bereichern. Die UNESCO und europäi-

sche Organisationen wie EU und Europarat bieten Plattformen für den Austausch, von denen politische Bildner*innen profitieren können.

Ausblick

KI ist ein Beispiel dafür, wie sehr politische Bildung von digitalen Entwicklungen geprägt ist. Was früher nur Spezialthemen der Informatik betraf, beeinflusst inzwischen Wahlen, Gesetzgebungen, Protestbewegungen und alltägliche Kommunikation und Meinungsbildung. Das *UNESCO-Rahmenwerk* (2024a) liefert einen wertvollen Ausgangspunkt zum Erkennen relevanter Bereiche und Fähigkeiten im Umgang mit KI. Allerdings müssen diese stärker in politisch-bildende Kontexte übersetzt und in nationale und regionale Gegebenheiten überführt werden. Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung technischer Grundlagen, sondern auch um die Frage, wie wir unser demokratisches Miteinander in einer sich rapide verändernden technischen Umgebung gestalten können.

Da sich die technische Entwicklung von KI fortlaufend in neuen Phänomenen zeigt – von Deep-fakes über KI-Bots bis hin zu Formen autonomer Entscheidungsfindung –, müssen auch Bildungskonzepte permanent darauf reagieren und angepasst werden. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit von Wissenschaft, Praxis und Politik. Politische Bildung kann es hier als Auftrag sehen, Lernende nicht nur im kritischen Analysieren, sondern auch im aktiven Mitgestalten zu unterstützen.

Werden junge Menschen und Erwachsene nicht angemessen befähigt, die Rolle und Tragweite von KI in unserer Gesellschaft und damit einhergehend auch in ihrem eigenen Alltag zu erkennen, zu reflektieren und zu beeinflussen, besteht die Gefahr, dass die Dynamik technologischer Innovation gesellschaftliche Diskurse und Institutionen überrollt. Die Verknüpfung des *UNESCO-Rahmenwerks* mit klassischen Kompetenzmodellen der politischen Bildung bietet eine Chance, in einer international anschlussfähigen Terminologie gemeinsam Umgangsstrategien zu entwickeln. Durch interdisziplinären und internationalen Austausch könnte diese konzeptionelle Basis fortlaufend aktualisiert und angepasst werden.

KI ist kein Nischenthema, sondern ein neues Feld für demokratische Aushandlungsprozesse – und zwar sowohl als Objekt analytischer Betrachtung als auch als mitgestaltendes Element unserer Gesellschaft. Politische Bildung kann hier eine zentrale Brückenfunktion einnehmen. Dies setzt jedoch voraus, dass sie eine klare Strategie und klare Ziele entwickelt, wie KI-Kompetenzen im Sinne einer umfassenden Demokratiebildung verstanden und gefördert werden können. Nur so lässt sich die Wirksamkeit entsprechender Maßnahmen überprüfen und der gesellschaftliche Umgang mit dem Phänomen effektiv weiterentwickeln.

ABBILDUNGEN

Icons S. 118, S. 119, S. 124, S. 125: media machine GmbH, Mainz.

Literatur

Europarat 2018: Reference Framework of Competences for Democratic Culture, Strasbourg. <https://www.coe.int/en/web/reference-framework-of-competences-for-democratic-culture> (letzter Zugriff: 21.10.2025).

GPJE 2004: Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf, Schwalbach/Ts.

UNESCO 2024a: AI Competency Framework for Students. Paris. <https://doi.org/10.54675/JKJB9835>

UNESCO 2024b: AI Competency Framework for Teachers. Paris. <https://doi.org/10.54675/ZJTE2084>

TEIL IV: Evaluation weiterdenken

***Zum Umgang mit Erkenntnissen
aus und über Evaluationen***

Evaluation weiterdenken

Evaluationen in der politischen Bildung und Extremismusprävention leisten mehr als reine Erfolgskontrolle – sie können Prozesse sichtbar machen, Lernräume eröffnen und zur Weiterentwicklung des gesamten Feldes beitragen. Die beiden folgenden Beiträge greifen Erkenntnisse aus vorangegangenen *PrEval*-Pilotstudien auf und widmen sich der Frage, wie sich daraus gewonnene Impulse konkret in der Praxis umsetzen lassen.

Der erste Beitrag knüpft an die Erkenntnis an, dass digitale beziehungsweise hybride Formate politischer Bildung differenzierte und gegenstandsangemessene evaluative Zugänge benötigen – *business as usual* greift hier zu kurz. In Zusammenarbeit mit einem Praxispartner wurden in transdisziplinären Methodenwerkstätten praxistaugliche Instrumente für die Selbstevaluation entwickelt, die dem hybriden Projektcharakter, pädagogischen Handlungslogiken und evaluativen Anforderungen Rechnung tragen.

Im zweiten Beitrag wird untersucht, ob und wie Evaluationsergebnisse in der Extremismusprävention tatsächlich aufgegriffen werden – also inwieweit sie in die Weiterentwicklung bestehender Angebote einfließen, Praxis gestalten oder zur strategischen Ausrichtung beitragen. Die Ergebnisse zeigen: Vielversprechende Ansätze wie partizipative Ergebnisworkshops oder die Verstetigung von Wissenschaft-Praxis-Kooperationen werden bislang kaum systematisch genutzt – und doch liegt in ihnen ein zentrales Potenzial für lernorientierte Praxisentwicklung.

Die Beiträge zeigen, was möglich wird, wenn Evaluation und diesbezügliche Forschung nicht als Abschluss, sondern als Anfang eines gemeinsamen Lernprozesses verstanden wird.

Selbstevaluation hybrider Projekte der politischen Bildung

Eine transdisziplinäre Methodenwerkstatt und Workshops als Räume für Instrumenten(weiter-)entwicklung

Susanne Johansson

Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)

Andrea Prytula

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut)

Wie kann man sich der Selbstevaluation eines Bildungsangebots mit digitalen Anteilen nähern – und dabei berücksichtigen, dass die Evaluation von Digitalprojekten kein business as usual ist? Digitale Formate stellen besondere Anforderungen an die Evaluation und erfordern fachübergreifende Perspektiven. Bildungs- und Medienwissenschaften etwa bringen jeweils eigene methodische Zugänge mit, die sich sinnvoll ergänzen können. Gemeinsam mit basa e.V. haben wir erprobt, wie in einem transdisziplinären Prozess praxistaugliche Selbstevaluationsinstrumente entwickelt werden können.

Executive Summary & Empfehlungen

Zusammen mit dem Bildungsträger *basa e.V.* haben wir mehrere Begleitformate umgesetzt, die darauf abzielten, Selbstevaluationsinstrumente für ein politisch-bildnerisches Angebot mit digitalen Anteilen zu entwickeln. Die Selbstevaluation von Digitalangeboten ist anspruchsvoll und bislang wenig erforscht. Um die Erfahrungen aus verschiedenen Disziplinen zu nutzen und wechselseitiges Lernen zu ermöglichen, haben wir gemeinsam transdisziplinäre Formate zur Entwicklung und Adaption von Selbstevaluationsinstrumenten erprobt: Externe Evaluierende aus unterschiedlichen Fachrichtungen brachten ihre Perspektiven in eine gemeinsame Methodenwerkstatt ein. So konnten unterschiedliche Zugänge gebündelt, der Gegenstand *digitale politische Bildung* besser verstanden und partizipativ passende Instrumente zur Selbstevaluation entwickelt werden. Auf Basis unserer Erfahrungen kommen wir zu den folgenden Empfehlungen.



Auftraggebenden von Evaluationen digitaler politischen Bildung empfehlen wir:

bedarfsorientierte transdisziplinäre Erprobungsräume zu schaffen, um die Methodenentwicklung gezielt zu fördern. Dies kann zum Beispiel über die Möglichkeit einer Beantragung entsprechender Fördermittel für Methoden-Workshops oder über programmseitige Begleitangebote erfolgen.



Praxis- und Evaluationspartner*innen empfehlen wir:

ihre Zusammenarbeit gezielt zu stärken. Ein Entwicklungs- und Erprobungsraum kann auch durch eine projektbegleitende Kooperation zwischen Praxis- und Evaluationsberatung geschaffen werden. Besonders Selbstevaluationen von auf Innovation ausgerichteten Modellprojekten können von einer solchen längerfristigen Unterstützung profitieren. Eine Kooperation kann zur Professionalisierung aller Beteiligten und einem gemeinsamen Verständnis des Evaluationsgegenstandes beitragen – insbesondere in einem Feld, in dem sich eine breite Expertise erst herausbilden muss und technische Entwicklungen für eine hohe Dynamik sorgen.



Akteur*innen, die transdisziplinäre Formate durchführen empfehlen wir:

diese intensiv mit allen Beteiligten vorzubereiten und kontextsensibel zu moderieren. Es sollte berücksichtigt werden, dass solche Formate ressourcenintensiv sind und das Gelingen transdisziplinärer Verständigung gezielt unterstützt werden muss. Dies kann unter anderem erfordern, Machtasymmetrien aktiv zu reflektieren und sensibel zu bearbeiten.

Im Zuge der *PrEval*-Pilotstudie *Digitalgestützte Evaluation von Digitalprojekten der politischen Bildung* (Johansson/ Prytula 2025, im Erscheinen) haben wir den Bildungsträger *basa* e.V. bei der Entwicklung von Selbstevaluationsinstrumenten für ein politisch-bildnerisches Angebot mit digitalen Anteilen begleitet. Vor dem Hintergrund der Bedarfe des Trägers sowie unserer Pilotstudienbefunde erschien es zielführend, sich dieser Aufgabe aus mehreren fachlichen Perspektiven zu nähern.

Wir entschieden uns daher für die Konzeption und Umsetzung einer *transdisziplinär** angelegten digitalen Methodenkwerkstatt sowie zweier Folge-Workshops.

Diese Formate dienten der Ideengenerierung für ein gegenstandsangemessenes selbstevaluatives Vorgehen sowie der Auswahl und Weiterentwicklung von konkreten Selbstevaluationsinstrumenten. Hierbei waren neben dem *PrEval*-Projektteam und den Fachpraktiker*innen der politischen Bildung auch externe Evaluationsexpert*innen aus unterschiedlichen Disziplinen eingebunden.

Im Folgenden stellen wir unsere Erfahrungen mit den Kooperations- und Begleitformaten und unsere daraus abgeleiteten Empfehlungen vor.

Die Pilotstudie *Digitalgestützte Evaluation von Digitalprojekten der politischen Bildung*

In unserer Pilotstudie identifizierten wir zunächst das Thema der (digitalgestützten) Evaluation digitaler politischer Bildung als ein Feld, das durch zahlreiche Forschungs-, Erprobungs- und Anwendungslücken gekennzeichnet ist. Im Rahmen einer Literaturrecherche sowie empirischer Erhebungen näherten wir uns daraufhin einer Erfassung der deutschen Evaluationslandschaft im Bereich der digital gestützten Evaluation von politisch-bildnerischen Digitalangeboten an. Im Zuge dessen wurde deutlich, dass entsprechende Evaluationsverfahren bisher weder quantitativ noch qualitativ *business as usual* darstellen. Für die Weiter-

*

Als *transdisziplinär* bezeichnen wir an dieser Stelle ein Vorgehen, das disziplinäre Grenzen überschreitet und – über die Einbindung von Fachpraxis – partizipativ ausgerichtet ist (Schulmeister/ Metzger 2024).

Das Anliegen der *PrEval*-Pilotstudien

Die *PrEval*-Pilotstudien haben zum Ziel, in durch (Evaluations-)Forschungslücken gekennzeichneten Bereichen Evaluationsbedarfe zu erfassen. Auf dieser Grundlage werden evaluative Herangehensweisen entwickelt und erprobt, um Impulse für die Fachpraxis und die Evaluationsforschung zu generieren. Hierbei kann es sich zum Beispiel um die Entwicklung und/ oder Erprobung von Evaluationsverfahren, Erhebungsinstrumenten oder evaluationsunterstützenden Formaten handeln. Diese werden projekt-, fall- und/ oder sozialraumbezogen und somit individuell auf einen konkreten Evaluationsgegenstand zugeschnitten, können aber für weitere Anwendungskontexte adaptiert werden. Im Zentrum des projektbezogenen Vorgehens steht die angestrebte vertrauensvolle und partizipative Zusammenarbeit mit Fachpraktiker*innen.



<https://preval.hsfk.de/pilotstudien>

entwicklung des Feldes erwiesen sich zwei Voraussetzungen als zentral: Für eine gegenstands-angemessene Evaluation digitaler politischer Bildung bieten zum einen methodische Anleihen in Bezugswissenschaften wie der Medienpsychologie und den *Computational Sciences* oder eine entsprechende inter- beziehungsweise transdisziplinäre Zusammenarbeit ein hohes Potenzial. Zum anderen erfordert die Methodenentwicklung in diesem Feld entsprechende Entwicklungs-, Erprobungs- und Reflexionsräume.

Kooperation mit der Bildungsstätte *basa e.V.*

Die genannten Bedarfe konnten wir in der Zusammenarbeit mit der Bildungsstätte *Alte Schule Anspach (basa e.V.)* sowie dem dort angesiedelten Projekt *#meinklima* validieren und aufgreifen. Das durch die *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* geförderte Bildungsangebot *#meinklima* widmet sich dem Thema Klimagerechtigkeit und richtet sich an Jugendliche in prekären Lebenslagen. Zentrales Ziel ist ihr Empowerment zu einer gesteigerten Teilhabe am Diskurs um den Klimawandel. Hierfür werden die Teilnehmenden bei der Erstellung von eigenem Content für Social Media-Plattformen begleitet.

Weitere Informationen zu *basa e.V.* und zum Angebot *#meinklima*:



<https://basa.de/>

https://www.instagram.com/polbil_basa/reel/DGdcHbci3Gp/

Das Bildungsangebot umfasst sowohl Umsetzungsphasen in realphysischen Räumen (Workshops in Schulen, Barcamps) als auch digitale Projektanteile (Kampagne im Netz, Posten von produziertem Content).

Der Kontakt zu *#meinklima* kam durch Unterstützung der bpb im Herbst 2023 zustande. Im Frühjahr und Sommer 2025 wurden zwei Workshops durchgeführt, in denen die Erfahrungen mit der Entwicklung und Erprobung der Selbstevaluationsinstrumente sowie die Kooperation als

solche gemeinsam ausgewertet und reflektiert wurden. Eine umfassende, abschließende Dokumentation wird aktuell erstellt (Prytula et al. 2025, i.E.).

Selbstevaluative Fragestellungen und Vorgehen bei der Umsetzung der Begleitformate

Im Zuge erster Gespräche kristallisierten sich bei *basa e.V.* die folgenden Bedarfe und Fragestellungen im Hinblick auf die Erhebung von Teilnehmenden-Feedback und eine zielerreichungsorientierte Selbstevaluation des Bildungsangebots heraus:

1. **Teilnehmenden-Feedback:** Welche Feedback-Instrumente (für realphysische wie digitale Settings) eignen sich für die Erfassung von Aspekten wie der Zufriedenheit mit den Inhalten, Methoden und Prozessen, den Teamenden und den Rahmenbedingungen?
2. **Selbstevaluation der adressat*innenbezogenen Outcome-Ziele:*** Wie kann Selbstevaluation erfassen, inwieweit das übergreifende Ziel erreicht wurde, Jugendliche zu mehr Engagement im Netz zu empoweren?
3. **Selbstevaluation von Output- und Outcome-Zielen im digitalen Raum:** Wie kann erhoben werden, inwieweit der Adressat*innenkreis des ausgespielten Contents erreicht wird?

Übergreifend zeigte sich ein Bedarf nach einer adressat*innengerechten Ansprache der Jugendlichen im Rahmen der Selbstevaluation: Die Methoden sollten möglichst niedrigschwellig, interaktiv und wenig schriftbasiert angelegt sein, um die Akzeptanz der Teilnehmenden für die Erhebungen zu erhöhen und Feedback zu ermöglichen.

Aufgrund der beschriebenen Ausgangssituation konzipierten wir zur Bearbeitung der genannten Fragestellungen Begleitformate, die durchgängig transdisziplinär angelegt waren: In die Durchführung wurden gezielt externe Evaluationsexpert*innen aus unterschiedlichen Disziplinen und mit ausgewiesener Erfahrung in der Evaluation von Digitalangeboten und der Selbstevaluationsberatung eingebunden.

Die Methodenwerkstatt und die Folge-Workshops folgten dabei übergreifend dem Prinzip „Von der Ideengenerierung zur Instrumentenentwicklung“: Die Methodenwerkstatt sollte zur Entwicklung möglichst gegenstandsadäquater Ideen zur Selbstevaluation in den herausgearbeiteten Bereichen anregen und den Blick auch auf innovative, noch nicht erprobte Methoden weiten. Hierzu wurden insbesondere Erfahrungen der Praxispartner*innen, der vier anwesenden Evaluationsexpert*innen und der gemeinsame Austausch herangezogen. In den beiden Folge-Workshops hingegen ging es um eine systematische Feinauswahl evaluativer Herangehensweisen sowie die konkrete Ausgestaltung der Selbstevaluation.

*

Im Gegensatz zu *Output*-Zielen, die sich auf zählbare Leistungen eines Projekts wie Produkte, Angebote oder die Anzahl von durchgeführten Interventionen, aber auch auf die Zufriedenheit von Adressat*innen beziehen, betreffen *Outcome*-Ziele Veränderungen, die bei den Adressat*innen durch eine Intervention hervorgerufen werden sollen (auch *Wirkungsziele* genannt).



Vgl. hierzu auch: Univation 2016 sowie Strobl/Lobermeier 2016: 39.

Die Methodenwerkstatt: Format und Ausgestaltung

Im Vorfeld der Methodenwerkstatt erhoben wir zunächst die Bedarfe der Fachpraktiker*innen im Hinblick auf die Gestaltung des Formats. Dabei wurde der Wunsch nach einem explorativen Einsatz digitaler Feedback-Tools sowie interaktiver Methoden deutlich, die zugleich als Anregung für eigene Formate dienen können. Auch vor diesem Hintergrund erschien eine digitale Umsetzung

der Methodenwerkstatt besonders geeignet. Für die drei Hauptfragestellungen der Fachpraktiker*innen (s. oben) erarbeiteten wir drei unterschiedliche digitale Bearbeitungssettings:

1. **Digital Storytelling: Ideengenerierung zu zielgruppenadäquaten Feedback-Instrumenten**

Die Mitarbeiter*innen von #meinklima brachten bereits einen umfangreichen Erfahrungsschatz im Einsatz von Feedbackinstrumenten in analogen und digitalen Settings mit, über den sich gut berichten und reflektieren ließ. Vor diesem Hintergrund wählten wir zur Bearbeitung der ersten Fragestellung ein *Digital Storytelling*. Die Teilnehmenden berichteten von ihren bisherigen Erfahrungen und entwickelten darauf basierend Ideen zur Weiterentwicklung des Vorgehens. Der erfahrungsbasierte, narrativ ausgerichtete Austausch ermöglichte den beteiligten Evaluationsexpert*innen zugleich einen tiefergehenden Einblick in die Bildungsarbeit von *basa e.V.*, den Projektkontext und die Adressat*innen – eine Grundlage, die die weitere Arbeit erleichterte.

Ergebnisse

Vor dem Hintergrund des *Incomes** der Teilnehmenden und der Bedarfe an niedrigschwelligen Feedbackprozessen wurde die Bedeutung vielfältiger methodischer Zugänge hervorgehoben – darunter spielerische oder bewegungs- und körperorientierte Ansätze sowie der Einsatz von Bildern. Im Hinblick auf Feedbackprozesse im digitalen Raum wurde herausgearbeitet, dass digitale Tools sich insbesondere dazu eignen, Feedback in Sekundenschnelle zu visualisieren. Doch dies bringt auch Herausforderungen mit sich: Die unmittelbare Sichtbarkeit von *Likes* kann dazu führen, dass Befragte sich in ihrer Bewertung an der Mehrheitsmeinung orientieren. Anonyme digitale Instrumente können zudem die Schwelle für beleidigende oder unangemessene Kommentare senken. Nicht zuletzt aus diesem Grund empfiehlt sich ein Methodenmix, der digitale beziehungsweise quantitativ orientierte Tools mit anschließenden Gesprächen kombiniert, um Rückmeldungen kontextualisieren und vertiefen zu können.

*

Das *Income* beschreibt die Ressourcen (z. B. Wissen und Fertigkeiten, Einstellungen, Handlungsdispositionen, soziale Werte), die die Teilnehmenden in das Bildungsangebot mit einbringen (Eval-Wiki 2015).

2. **Kollegiale Beratung: Beratung zu Selbstevaluationsverfahren im Kontext des Projektziels „Empowerment“**

Ein zentrales Projektziel von #meinklima ist es, Jugendliche in prekären Lebenslagen im Kontext *Klimagerechtigkeit* zu empowern. Da die Frage der Erfassung von Zielerreichung ein Feld betrifft, in dem Evaluator*innen klassischerweise viel Expertise aufweisen, wählten wir für die Bearbeitung der damit verbundenen Fragestellungen das Setting der kollegialen Beratung: In einem imaginierten Beratungssetting berieten die beteiligten Evaluationsexpert*innen die

Fachpraktiker*innen hinsichtlich möglicher Ansätze zur Erfassung von Empowermentprozessen bei den beteiligten Jugendlichen.

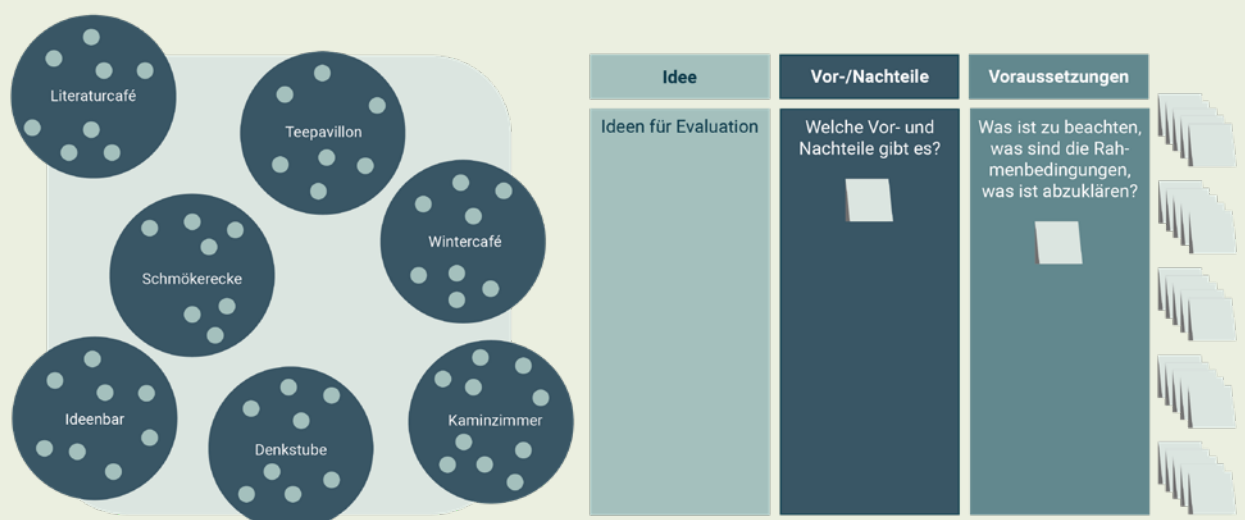
Ergebnisse

Vor dem Hintergrund des Empowerment-Ansatzes des Bildungsprojekts wurden insbesondere solche Methoden als vielversprechend eingeschätzt, die die Jugendlichen miteinander ins Gespräch bringen beziehungsweise zu aktiven Gestalter*innen im Rahmen der Selbstevaluation werden lassen (z. B. durch die eigenständige Entwicklung und Durchführung von Interviews).

3. Reflexionsecken: Ideengenerierung zur Erfassung von Outcomes im digitalen Raum

Da insbesondere zur Erfassung von Outcomes im digitalen Raum bislang wenig breites Erfahrungswissen vorliegt, planten wir für die Auseinandersetzung mit den Fragestellungen des Praxisprojekts ein Verfahren, das eine möglichst vielfältige Ideengenerierung anregt, die auch bisher noch nicht erprobte Methoden einschließt. Hierfür sollte sich jede*r Teilnehmende zunächst für individuelle Überlegungen zurückziehen, um diese im Anschluss den anderen Teilnehmenden zur gemeinsamen Diskussion von Vor- und Nachteilen sowie Umsetzungs Voraussetzungen vorzustellen. Auf einem *Miro Board* wurden symbolisch *Reflexionsecken* eingerichtet, in denen das Erarbeitete angepinnt werden konnte. Die Bezeichnung der digitalen Reflexionsräume wurde individualisiert (z. B. *Schmökerecke*, *Denkstube*, *Ideenbar*) und mit entsprechenden Symbolen hinterlegt. Das Format der Reflexionsecken konnte im Rahmen der Methodenwerkstatt aus zeitlichen Gründen nicht umgesetzt werden, wurde aber unter angepasster inhaltlicher Fragestellung in einen Folge-Workshop integriert.

Abb. 1: Digitale „Reflexionsecken“.



Empowerment als Hauptziel des Projekts: Folge-Workshops zur Auswahl und Ausarbeitung von Selbstevaluationsinstrumenten

An die Ideengenerierung und -diskussion im Rahmen der Methodenwerkstatt schloss die Konzeption konkreter, projektangemessener Selbstevaluationsinstrumente an. In Kooperation mit *basa e.V.* konnten hierfür zwei Folge-Workshops umgesetzt werden, die einer Verdichtung und Konkretisierung im Sinne der gezielten Auswahl und (Weiter-)Entwicklung von Selbstevaluationsinstrumenten dienten. Auf Wunsch der Fachpraxis lag der Fokus bei der Instrumentenentwicklung auf der Erfassung von Veränderungen im Bereich des Empowerments der teilnehmenden Jugendlichen im Hinblick auf ein kritisches Engagement im Netz, da in diesem Bereich der größte Begleitungsbedarf gesehen wurde. Die Fragestellungen nach gegenstands- und zielgruppenangemessenen Feedback-Instrumenten konnten zudem bereits im Rahmen der Methodenwerkstatt ausreichend tiefgehend bearbeitet werden.

Um die erwünschte Erfassung von Zielerreichung gezielt vorzubereiten, wurden im Rahmen der Folge-Workshops zunächst die interessierenden Zielsetzungen im Bereich *Empowerment zu kritischem Engagement im digitalen Raum* weiter operationalisiert. Diese Operationalisierung diente dazu, die Projektziele so zu konkretisieren, dass ihre Erreichung im Rahmen von (Selbst-)Evaluation erfassbar wird. Ergänzend wurde im Rahmen der Workshops ein Wirkmodell entwickelt, das die operationalisierten Ziele inkludiert und die zugrundeliegenden Wirkannahmen des Projekts im Bereich der Empowermentförderung visuell abbildet. Das Wirkmodell sollte die Fachpraktiker*innen dabei unterstützen, ein zielerreichungs- beziehungsweise wirkungsorientiertes Vorgehen zu verfolgen (vgl. Hense/Taut 2021).

Auf der Grundlage des Wirkmodells und der bereits im Rahmen der Methodenwerkstatt angestellten Überlegungen wurde die folgenden Instrumente zur weiteren Ausgestaltung und Adaption an Projektbedarfe ausgewählt:

1. **Das Selbstevaluationsinstrument „Reise durchs Projekt“**

Das Instrument *Reise durchs Projekt* kann im Zuge einer Vorher-Nachher-Befragung der Teilnehmenden beziehungsweise auch im Projektverlauf eingesetzt werden. Es basiert auf dem Instrument *Projektfluss* (JUGEND für Europa 2009: 69), das bereits im Rahmen der Methodenwerkstatt vorgestellt wurde. Es fragt im Rahmen einer Art bebilderten Reise durch eine Landschaft nach individuell „Mitgebrachtem“ wie zum Beispiel bereits vorhandenen Kenntnissen, aber auch Skepsis oder Emotionen bezüglich des Projektthemas, nach Erfolgserlebnissen und Selbstwirksamkeitserfahrungen, aber auch nach Spaß, Unerwartetem und erlebten Herausforderungen. Das Instrument wurde zunächst auf Papier konzipiert, kann aber auch digitalisiert oder interaktiv im Raum umgesetzt werden (z. B. durch die Bewegung zwischen unterschiedlichen „Landschaftsstationen“). Es eröffnet hierdurch flexible Anwendungsmöglichkeiten bei der Arbeit mit verschiedenen Zielgruppen.

2. Beobachtungsbogen zu Kontextfaktoren und Zielerreichungsprozessen im Bereich Empowerment

Im Zusammenhang der Frage nach dem *Wie* und *Warum* von Zielerreichung hielten wir es für wichtig, Kontextwissen zur Umsetzung (z. B. zu Adaptionen des Vorgehens) sowie zu Interaktionen und Teilnehmendenreaktionen (z. B. Akzeptanz und Reaktanz gegenüber dem Bildungsangebot, Gruppendynamiken, beobachtbares Handeln im Netz, nicht-intendierte Effekte) zu erheben. Zu diesem Zweck entwickelten wir einen an den Zielsetzungen und am Zuschnitt des Projekts orientierten Beobachtungsbogen. In seiner ausführlichen Variante kann dieser bei Hospitationen durch das Fachpraktiker*innen-Team eingesetzt werden. Eine Kurzversion, die auch durch die Bildner*innen selbst genutzt werden kann, ermöglicht es, erinnerte Situationen im Anschluss an Projektaktivitäten zum Beispiel per Sprachaufnahme zu dokumentieren und anschließend auszuwerten. Die Erfassung der Projektabläufe sowie die teilnehmende Beobachtung und ihre Dokumentation erwiesen sich im Projektverlauf als besonders wichtig, da zentrale Rahmenbedingungen (wie z. B. die Dauer der Workshops) in Abhängigkeit von den Bedarfen und Reglementarien kooperierender Schulen stark variieren. Entsprechende Veränderungen können Einfluss auf Ziele und Zielerreichungsprozesse nehmen, weshalb es im Rahmen einer Zielerreichungsüberprüfung von besonderer Bedeutung ist, sie in der Auswertung zu berücksichtigen.

3. Dokumentation und Analyse von Netzaktivitäten und Content

Im Hinblick auf Zielerreichungsprozesse, die sich im Rahmen des Handelns der Teilnehmenden im Netz manifestieren, wurden zudem Überlegungen angestellt, auch ihre Netzaktivitäten und Interaktionen zwischen den jeweiligen Workshops zu beobachten. Eine Idee bestand darin, den Jugendlichen einen Hashtag bereitzustellen, den sie bei eigenen Beiträgen nutzen können, um diese auch für das Projektteam sichtbar zu machen.

Kernbefunde und Empfehlungen

Als Zwischenbefund einer Kooperation, die im Laufe des Jahres 2025 mit dem Ziel der Erprobung der Instrumente weitergeführt wurde, lässt sich festhalten, dass sich die Zusammenarbeit zur Entwicklung von Selbstevaluationsinstrumenten im Rahmen der vorgestellten Pilotstudienziele (Exploration, Kreieren von Impulsen) bewährt hat. Gleichzeitig wurde die Wichtigkeit einer konstanten, längerfristig angelegten Zusammenarbeit deutlich: Gerade im Rahmen innovativer Projektarbeit mit vulnerablen Zielgruppen, die zudem durch Rahmenbedingungen von Kooperationspartnerinnen wie Schulen vielfältigen Änderungen im Projektverlauf unterliegen kann, sind Möglichkeiten zur Rückkopplung für die Fachpraktiker*innen essenziell.



Eine zentrale Lernerfahrung betrifft den Stellenwert von Digitalität und digitalgestützter Evaluation in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen: Im Rahmen der Zusammenarbeit kristallisierte sich heraus, dass die Hauptziele des Projekts – und damit das zentrale (Selbst-)Evaluationsinteresse der Fachpraktiker*innen – vor allem im Bereich des Empowerments der teilnehmenden Jugendlichen liegen. Die Evaluation von Outcomes im Netz (z. B. die Online-Rezeption des Contents durch die indirekte Zielgruppe der Klimaaktivist*innen) trat demgegenüber etwas in den Hinter-

grund. Dadurch standen Fragestellungen zur Evaluation im digitalen Raum im Verlauf weniger im Fokus als zunächst erwartet. Stattdessen gewann die Beobachtung des netzbezogenen Handelns der Jugendlichen (Kreieren und Posten von Content) sowie der Erfassung der hiermit verbundenen Gedanken und Emotionen der Teilnehmenden an evaluativer Bedeutung. Dies zeigt, dass sich Selbstevaluationsinteressen im Laufe eines mehrjährigen Projekts auch projektphasenabhängig verändern können. Auch aus diesem Grund empfiehlt sich gerade bei modellhaften, komplexen Projekten eine längerfristige Kooperation, die bedarfsabhängig intensiviert werden kann.

Für die Entwicklung von (Selbst-)Evaluationsinstrumenten hat sich das Vorgehen *Von der Ideen-generierung zur Instrumentenentwicklung* in transdisziplinärer Zusammenarbeit als funktional erwiesen: Das erfahrungsbasierte Brainstorming unter Einbezug unterschiedlicher disziplinärer Perspektiven ermöglichte eine breite Sammlung und kritische Reflexion evaluativer Vorgehensweisen. Die Vielfalt an Perspektiven weitete den Blick und bildete eine tragfähige Grundlage für die weitere Instrumentenentwicklung.

Im Rahmen der Kooperation kam dem transdisziplinären Moment eine besondere Bedeutung zu. Auf Grundlage unserer Erfahrungen aus der Konzeption und Umsetzung der Methodenwerkstatt leiten wir folgende Empfehlungen für ähnlich gelagerte transdisziplinäre Vorhaben ab:

- **Intensive Vorbereitung mit allen Beteiligten:** Je weniger sich die Teilnehmenden eines transdisziplinären Formats kennen und je stärker sich auch disziplinspezifische Perspektiven auf einen Evaluationsgegenstand voneinander unterscheiden, desto zentraler ist eine intensive Vorbereitung mit allen Beteiligten. Auch wenn zeitliche Ressourcen sowohl in der Fachpraxis als auch bei Evaluators*innen oft knapp sind, ist es von zentraler Bedeutung, Ziele der transdisziplinären Zusammenarbeit und das geplante Vorgehen frühzeitig abzustimmen und zu konkretisieren.

Gerade in transdisziplinären Formaten, in denen Praxispartner*innen einbezogen werden, können zudem unausgesprochene Rollenerwartungen (z. B. an Fachpraxis und Evaluators*innen) bestehen beziehungsweise im Verlauf unterschiedliche Rollen eingenommen werden (z. B. als Beratene und Berater*innen), die mit (Macht-)Asymmetrien einhergehen. Umso wichtiger ist es, bereits in der Vorbereitung Raum für eine bewusste Rollenklärung zu schaffen – zum Beispiel, indem die Haltung verankert wird, dass alle Teilnehmenden ungeachtet der jeweiligen Rollen Expert*innen auf ihrem eigenen Fachgebiet sind. Die Durchführenden beziehungsweise Moderator*innen sollten dabei auf Manifestationen von Machtasymmetrien achten und bei Bedarf sensibel intervenieren.

- **Evaluative Begrifflichkeiten vorab klären:** Vor dem Hintergrund unterschiedlicher disziplinspezifischer Perspektiven, Begriffsverwendungen und Denktraditionen empfehlen wir, zentrale evaluative Begriffe für die Dauer der Zusammenarbeit vorab im Sinne von temporären Arbeitsdefinitionen festzulegen. Idealerweise erfolgt dieser Arbeitsschritt gemeinsam mit allen Beteiligten, kann aber auch durch die Anbietenden des transdisziplinären Formats umgesetzt werden, wenn eine gemeinsame Erarbeitung aus Ressourcengründen nicht möglich ist. Entsprechende Arbeitsdefinitionen können Orientierung bieten und komplexe Aushandlungen über Begrifflichkeiten vorwegnehmen beziehungsweise auslagern.

- **Wohlbefinden in erprobenden Formaten unterstützen:** Eine zentrale Lernerfahrung betrifft die Beobachtung, dass Teilnehmende jeweils individuelle Normalitätsvorstellungen über Evaluation und evaluative Vorgehen mitbringen. Gerade bei transdisziplinär und/oder explorativ angelegten Formaten kann davon ausgegangen werden, dass einige Teilnehmende sich in und mit den entsprechenden Formaten wohl fühlen und Begeisterung für ein exploratives Vorgehen empfinden, während andere vielleicht eine gewisse Skepsis hegen und herkömmliche Formate bevorzugen. Dabei sind alle Empfindungen als berechtigt und als gleichwertig zu betrachten. Eine sorgfältige Vorbereitung (s. oben) unterstützt das Erwartungsmanagement aller Beteiligten. Darüber hinaus sollte ausreichend Zeit für das gegenseitige Kennenlernen und behutsames Ankommen beziehungsweise Aufwärmen eingeplant werden, um Vertrauen aufzubauen und ein produktives Miteinander zu ermöglichen.

ABBILDUNGEN

Icons S. 132, S. 133, S. 134, S. 135, S. 139: media machine GmbH, Mainz.

Abb. 1: Design: Lisa Schmit (DeZIM); eigene Darstellung.

Literatur

Eval-Wiki 2015: Incomes (eines Programms), 08.07.2015, [https://eval-wiki.org/glossar/Incomes_\(eines_Programms\)](https://eval-wiki.org/glossar/Incomes_(eines_Programms)) (letzter Zugriff: 30.04.2025).

Hense, Jan Ulrich/Taut, Sandy 2021: Wie Wirkungsmodelle zur Wirkung kommen. Nutzungsvarianten, Mehrwert und Kosten ihrer Verwendung in der Evaluationspraxis, in: Zeitschrift für Evaluation 2021: 2, 267–292.

Johansson, Susanne/Prytula, Andrea 2025 (im Erscheinen): Digitalgestützte Evaluation von Digitalprojekten der politischen Bildung, PrEval Studie, Frankfurt/M.

JUGEND für Europa (Hrsg.) 2009: Evaluation in der Jugendarbeit. Reflektieren – bewerten – lernen (T-Kit Nr. 10), https://pjp-eu.coe.int/documents/42128013/47262016/T-Kit-10_deutsch.pdf/313e28a2-683c-45d9-b10e-4ff42204b470 (letzter Zugriff: 07.08.2025).

Prytula, Andrea/Johansson, Susanne /Krämer, Anna Maria (2025, im Erscheinen): Selbstevaluation in der politischen Bildung: Räume der partizipativen Kooperation zwischen Fachpraxis und Evaluation in der Instrumentenentwicklung. DeZIM Decision Points.

Schulmeister, Christine/Metzger, Rolf 2024: Disziplin, Interdisziplinarität und Transdisziplinarität – eine begriffstheoretische Betrachtung, in: die hochschullehre 2024: 3, 22–40.

Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf 2016: Qualitätsentwicklung und Evaluation. Das proVal-Handbuch für die praktische Projektarbeit. 2. vollständig überarbeitete Auflage, Hannover.

Univation 2016: Evaluation? Aber logisch! Der Programmbaum nach Univation. <https://www.univation.org/programmbaum> (letzter Zugriff: 14.07.2025).

Wirkungshorizonte von Evaluationen

Zum Uptake von Evaluationen der Extremismusprävention

Marion Lempp

freiberufliche Evaluatorin

Evaluationen in der Extremismusprävention entfalten insbesondere dann ihr Potenzial, wenn sie nicht primär als Instrumente externer Kontrolle, sondern als Mittel evidenzbasierter Steuerung, reflexiven Lernens und kontinuierlicher Qualitätsentwicklung konzipiert werden. Voraussetzung hierfür ist eine breiter angelegte Evaluationspraxis, die bereits im Vorfeld durch eine differenzierte Zielklärung strukturiert und im Anschluss von einer wissenschaftlich fundierten Begleitung der Umsetzungsprozesse flankiert wird.

Executive Summary & Empfehlungen

Die Potenziale von Evaluationen in der Extremismusprävention – insbesondere ihre Funktion, die Qualität der evaluierten Praxis gezielt weiterzuentwickeln und darüber hinaus zur systematischen

Uptake bezeichnet die Aufnahme, Akzeptanz und Nutzung von Erkenntnissen aus Evaluationen durch die evaluierte Praxis sowie darüber hinaus – etwa durch Fachöffentlichkeit, Politik oder weitere relevante Akteure.

Wissensgenerierung im gesamten Fachgebiet beizutragen – werden bislang nicht ausreichend ausgeschöpft. Dies ist das zentrale Ergebnis einer Dokumentenanalyse und Befragung von unterschiedlichen Evaluationsakteur*innen von zehn Angeboten der Extremismusprävention im Rahmen einer im März/April 2025 durchgeführten Pilotstudie. Ausgehend von diesen Erkenntnissen lassen sich folgende Empfehlungen für die Umsetzung von Evaluationsergebnissen (*Uptake*) ableiten.



Fördermittelgebenden empfehlen wir:

Evaluation nicht als einmaliges Projekt zu verstehen, sondern als Einstieg in einen längerfristigen Wissenschaft-Praxis-Dialog. Folgeformate wie Transfer-Workshops, Umsetzungscoachings oder wissenschaftliche Begleitungen sollten frühzeitig mitgedacht und finanziell eingeplant werden.



Der evaluierten Praxis empfehlen wir:

bereits in der Evaluationsplanung Rollen und Verantwortlichkeiten für die Umsetzung von Handlungsempfehlungen zu definieren – mit externer Unterstützung.



Evaluierenden empfehlen wir:

- Ergebnisse zielgerichtet zu kommunizieren. Berichte und Empfehlungen sollten an unterschiedliche Adressierte angepasst werden – etwa kompakt und entscheidungsorientiert für Fördermittelgebende, detailliert und praxisnah für Fachkräfte oder analytisch für die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit.
- offene Feedbackschleifen zu ermöglichen. Formate wie *Management-Response-Verfahren*, partizipative Ergebnisworkshops oder Peer-Review-Prozesse sollten angeleitet werden, um Rückbindung, kritische Reflexion und Akzeptanz zu fördern und so Raum für lernorientierte Weiterentwicklung zu schaffen.



Evaluierenden und Evaluierten empfehlen wir:

- Evaluationsergebnisse sowie die daraus entstehenden Entwicklungsprozesse gemeinsam zu veröffentlichen (z. B. über *Open Access*). Dies ermöglicht nicht nur Sichtbarkeit, sondern auch Anschlussfähigkeit. So können Ergebnisse zur Weiterentwicklung des gesamten Präventionsfeldes beitragen – über das einzelne Programm hinaus.

Die Pilotstudie im Überblick: Evaluationslogiken, Zielsetzungen und methodische Umsetzung

Evaluationen in der sekundären und tertiären Extremismusprävention wurden bislang vielfach als externe Verfahren verstanden, die primär durch die Steuerungsinteressen der Fördermittelgebenden geprägt und von Evaluierenden umgesetzt wurden. Dieses Verständnis hat dazu beigetragen, dass ihr strategisches Potenzial zur Qualitätsentwicklung, Wirkungskklärung und praxisnahen Erkenntnisgewinnung bislang nicht in vollem Umfang ausgeschöpft wurde.

Insbesondere die Umsetzung von Handlungsempfehlungen blieb häufig den individuellen Ressourcen, der Eigenmotivation und den zeitlichen Spielräumen der Fachpraxis überlassen – zusätzlich zu ihren regulären Aufgaben. Eine systematische Rückbindung der Evaluationsergebnisse an die Praxis sowie deren strukturelle Verankerung fanden nur vereinzelt statt.

In einer *PrEval*-Pilotstudie greifen wir diesen Befund auf und untersuchen, wie Evaluationen künftig wirkungsvoller in der Präventionspraxis verankert werden können. Analysiert wurden hierfür zehn externe Evaluationen der Extremismusprävention im Hinblick auf die mit ihnen verbundenen Erwartungen, die methodische Umsetzung der Evaluationsprozesse sowie die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Darüber hinaus wurde betrachtet, auf welchen Wegen und in welchen Formaten die Ergebnisse verbreitet wurden und welche Wirkungen sie über den unmittelbaren Evaluationsauftrag hinaus entfalten konnten.



Methodik der Pilotstudie

Den konzeptionellen Bezugsrahmen der Untersuchung bildet die Evaluation des nordrhein-westfälischen *Aussteigerprogramms Islamismus* (API). Deren Vorbereitung wurde im Rahmen der *PrEval*-Pilotstudie von Klöckner et al. (2021) aufgegriffen, die Umsetzung der daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen (*Uptake*) erfolgte im Rahmen einer kooperativen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis.

Um dieses Einzelbeispiel in einen breiteren Kontext zu stellen und daraus übergreifende Erkenntnisse für Fachpraxis, Träger*innen, Fördermittelgebende und Evaluationsteams zu gewinnen, wurden neun weitere Programme, die zwischen 2015 und 2024 evaluiert wurden, in die Analyse einbezogen. Die Auswahl umfasst:

- fünf Programme der Tertiärprävention, darunter vier zivilgesellschaftlich getragene Beratungsstellen im Themenfeld Islamismus sowie ein staatliches Programm im Bereich Rechtsextremismus, und

- vier zivilgesellschaftliche Programme der Sekundärprävention, die sich in den Handlungsfeldern *Haft*, *Flucht* und *Onlineprävention* bewegen und auf unterschiedliche Formen von Ablehnungshaltungen abzielen.

Zur Analyse wurden diverse – teils unveröffentlichte – Dokumente herangezogen, darunter Konzeptpapiere, Evaluationsberichte und Folgepublikationen. Ergänzend wurden zehn leitfadengestützte Interviews mit Akteur*innen aus Praxis, Evaluation und wissenschaftlicher Begleitung durchgeführt.

Der Fokus der Untersuchung lag auf folgenden zentralen Fragestellungen:

- Welche strukturellen und personellen Voraussetzungen fördern oder behindern den Transfer von Evaluationsergebnissen in die Praxis?
- In welchem Umfang fließen Evaluationsergebnisse in strategische, konzeptionelle oder operative Veränderungen der Programme ein?
- Welchen Stellenwert messen Praxisakteur*innen Evaluationen bei – inhaltlich, strategisch und im Arbeitsalltag?
- Welche Rolle spielen professionelle Haltungen und institutionelle Rahmenbedingungen beim Umgang mit Handlungsempfehlungen?

Die Erkenntnisse der Pilotstudie

Wenngleich die Studie primär die Nutzung von Evaluationsergebnissen in den Blick nimmt, lässt sich der Evaluationsprozess selbst nicht ausklammern – denn sein Verlauf beeinflusst maßgeblich, welche Ergebnisse entstehen, wie sie verstanden werden und inwieweit sie in der Praxis anschlussfähig sind.

Was ist im Vorfeld der Evaluation zu beachten?

Evaluationen übernehmen im Feld der Extremismusprävention regelmäßig mehrere Funktionen gleichzeitig. Übergeordnet erfüllen sie stets eine Kontrollfunktion, die sich auf Zielerreichung, Wirtschaftlichkeit, Aufgabenerfüllung und die Kompetenz der handelnden Akteur*innen bezieht. Daneben treten weitere Funktionen wie Legitimation, Erkenntnisgewinn, Optimierung (vgl. Merchel 2019: 34) und organisationales Lernen, deren Gewichtung je nach Interessenlage der beteiligten Akteur*innen variiert.

In den untersuchten Fällen lassen sich drei grundlegende Evaluationstypen unterscheiden: *legitimationsorientierte Evaluationen*, angestoßen durch die Anforderungen von Fördermittelgebenden,

optimierungsorientierte Evaluationen mit Fokus auf Analyse und Weiterentwicklung bestehender Programme, sowie *formative Evaluationen*, die die Entwicklung und Steuerung neuer Programmansätze begleiten. Ergänzend spielt die wissenschaftliche Erkenntnisfunktion eine zentrale Rolle – insbesondere dort, wo Evaluationen als Beitrag zur Theoriebildung, Wissenssicherung und Felddifferenzierung verstanden werden.

Die Befunde zeigen, dass mit der Vielfalt dieser Funktionen Spannungsfelder einhergehen, etwa zwischen wissenschaftlicher Unabhängigkeit und politischem Erwartungsdruck, zwischen generellem Erkenntnisinteresse und konkreter Verwertbarkeit oder zwischen standardisierten Evaluationsansätzen und dem Bedarf an kontextsensiblen, individualisierten Rückmeldungen an die Praxis.

Gleichzeitig wird deutlich, dass Evaluationen dort besonders anschlussfähig sind und wirksam werden können, wo strukturelle Voraussetzungen und positive Vorerfahrungen bereits vorhanden sind. Dies bildet die Grundlage für eine differenzierte Auseinandersetzung mit einer der zentralen Leitfragen vieler Evaluationen: der Frage nach Wirkung. Wirkung ist kein isoliertes Ereignis, sondern entsteht im Zusammenspiel mit ihren Ursachen innerhalb eines Beziehungsgefüges durch Annahmen über Kausalität. Sie wird zuschreibend konstruiert – durch die Perspektive der Beobachtenden (vgl. Luhmann 2000, zitiert nach Lüders/Haubrich 2006: 9). Daraus folgt, dass Evaluationen die Wirkannahmen der beteiligten Akteur*innen rekonstruieren und reflektieren müssen.

Klößner, Mona/Koynova, Svetla/ Liebich, Johanna/Neef, Lisa (2021): Erfahrungen aus der Evaluationsplanung eines Aussteigerprogramms. Voraussetzungen für Wirksamkeitserfassung in der tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 6/2021, Frankfurt/M.



<https://preval.hsfk.de/publikationen/prif-reports>

Die analysierten Dokumente zeigen, dass nicht nur die Erfassung von Wirkung sehr unterschiedlich gehandhabt wird, sondern auch der Umgang mit weiteren Begriffen wie *Wirksamkeitsorientierung*, *Wirkungszielen* et cetera. Die der Evaluation des API vorausgegangene Studie von Klößner et al. (2021) betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer offenen Verständigung im Vorfeld über Erwartungen, Zielsetzungen und die Abbildbarkeit von Wirkung, denn eine Orientierung an Wirkannahmen im Sinne eines zentralen Referenzpunkts erfordert ein entsprechendes Studiendesign und methodisches Vorgehen.

Wie sollte der Evaluationsprozess gestaltet werden?

Evaluationen im Bereich der Extremismusprävention können unterschiedliche Qualitätsdimensionen in den Blick nehmen – darunter Konzepte, Prozesse, Strukturen oder Ergebnisse (vgl. Möller et al. 2020: 405). Eine ganzheitliche Betrachtung von Qualität erfordert jedoch die systematische Erfassung aller dieser Dimensionen. Dabei können komplexe logische Modelle eine wichtige methodische Grundlage bieten, um Wirkannahmen zu visualisieren und Zusammenhänge zwischen Ausgangslagen, Aktivitäten und Ergebnissen transparent zu machen (vgl. Möller et al. 2020: 414; Klemm/Strobel 2024: 31). In mehreren der untersuchten Evaluationen wurden solche Modelle erfolgreich eingesetzt.

Im Rahmen dieser Modelle lassen sich Programmlogiken rekonstruieren, die maßgeblich durch das professionelle Handeln der beteiligten Fachkräfte geprägt sind. Dieses Handeln basiert auf systematischer Informationsgewinnung und reflexiver Auseinandersetzung (vgl. Heiner 2004; Merchel 2019; von Spiegel 2018). Dabei werden Erfahrungswissen, theoretische Konzepte und situative Anforderungen von den Fachkräften in Einklang gebracht – und zwar auf der Grundlage einer Haltung, die sich an demokratischen Werten und dem Prinzip der Gleichwürdigkeit orientiert (vgl. Dewe/Otto 2018: 1209–1210). Wirksamkeit wird in dieser Perspektive nicht ausschließlich als messbares Ergebnis verstanden, sondern als Ausdruck einer haltungsgeleiteten Praxis, deren Wirkung im wechselseitigen Prozess mit den Adressierten entsteht (vgl. Figlesthaller et al. 2025: 75).

Um diese komplexen institutionellen Logiken und impliziten Wissensbestände evaluativ zugänglich zu machen, bedarf es einer sogenannten „Begegnungssphäre“ (Möller et al. 2020: 417), in der sich Fachkräfte ernst genommen und auf Augenhöhe eingebunden fühlen (vgl. Möller 2019). Die Qualität der Beziehung zwischen Evaluierenden und Praxis ist dabei ein zentraler Gelingensfaktor – aber keineswegs selbstverständlich, wie die Befunde zeigen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang laut der Studie von Klöckner et al. (2021) die Einrichtung einer vermittelnden Schnittstelle: Eine Person, die zwischen Evaluationsteam und Praxis vermittelt, kann Verständigungsprozesse unterstützen, den Ablauf strukturieren und bei Herausforderungen entlastend wirken.

Evaluert – und dann? Der Umgang mit Evaluationsergebnissen

Die Nutzung von Evaluationsergebnissen ist eine zentrale Voraussetzung für die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Programmen (vgl. Junk et al. 2022: 22–23). Dabei ist zwischen dem Transfer von Ergebnissen – etwa in Form von Berichten oder Empfehlungen – und einer tatsächlichen Transformation zu unterscheiden: Letztere meint tiefgreifende Veränderungen in Praxis und Wissenschaft, etwa in Bezug auf Strukturen, Haltungen oder Wissensbestände (vgl. Dewe 2005, in Möller et al. 2020: 417).

Ein besonders treffender Begriff zur Beschreibung dieses umfassenderen Prozesses ist der aus der Medizin stammende Ausdruck *Uptake*. Im Evaluationskontext beschreibt er die Aufnahme, Akzeptanz und Weiterverwendung von Erkenntnissen – nicht nur durch unmittelbar Beteiligte, sondern auch durch das weitere Feld der Extremismusprävention. Evaluation entfaltet nach diesem Verständnis selbst Wirkung, indem sie Diskurse, Orientierungen und institutionelle Praktiken beeinflusst (vgl. Junk et al. 2023: 368).

Die Befunde der Studie zeigen jedoch, dass eine solche transformative Nutzung von Evaluationsergebnissen bislang selten gelingt. Zwar werden Ergebnisse zunehmend zielgruppenspezifisch aufbereitet und in verschiedenen Formaten kommuniziert. In der Regel endet die Kooperation jedoch mit der Berichtslegung. Eine Verstetigung der Wissenschaft-Praxis-Zusammenarbeit über die Evaluation hinaus, im Sinne eines Wandels der „Begegnungssphäre“ zu einer kooperativen „Gestaltungssphäre“, bildet bislang die Ausnahme. Damit bleibt das Potenzial von Evaluation, strukturelle und konzeptionelle Weiterentwicklungen im Feld anzustoßen, vielfach ungenutzt.

Wie können Potenziale von Evaluationen ausgeschöpft werden? Damit Evaluationen also nicht nur die Wirkung der untersuchten Programme abbilden, sondern selbst Wirkung entfalten können, indem sie als Steuerungs-, Lern- und Entwicklungsinstrumente genutzt werden, bedarf es einiger Veränderungen in der Evaluationskultur – sowohl hinsichtlich der Erwartungen, die an ihre Funktion gestellt werden, der Form der Wissenschaft-Praxis-Kooperationen als auch der Vermittlung und Nutzung der Ergebnisse.



Die Evaluation des API als Bezugsrahmen dieser Pilotstudie dient als Beispiel für eine praxisnahe und zugleich wissenschaftlich fundierte Umsetzung einer erweiterten Evaluationspraxis. In Verbindung mit Erkenntnissen aus den weiteren Erhebungen der Pilotstudie lassen sich entlang des Evaluationsprozesses folgende zentrale Gelingensbedingungen identifizieren und Impulse zur Förderung von *Uptake* und Transformation geben.

Vor Beginn einer Evaluation sollten unter den *Evaluationsbeteiligten* zentrale Rahmenbedingungen geklärt werden. Dazu gehören der vorrangige Zweck der Evaluation, die konkreten Fragestellungen, die erforderlichen Datenzugänge sowie die Gestaltung von Rückkopplungsschleifen im Verlauf des Prozesses. Dabei ist es hilfreich, wenn auch *auf Seiten der evaluierten Praxis* personell klare Zuständigkeiten für die Planung und Durchführung des Evaluationsprozesses und für die Umsetzung der resultierenden Empfehlungen definiert werden. Dies kann durch die Benennung interner Evaluationsbeauftragter innerhalb der Trägerorganisationen oder durch hybride Steuerungsmodelle in Kooperation mit externen wissenschaftlichen Partner*innen erfolgen. Ebenso ist frühzeitig zu definieren, wie die Evaluationsergebnisse in die Praxis zurückfließen und dort nachhaltig wirksam werden können. Hierfür sind Ressourcen und gegebenenfalls fachliche Begleitung notwendig. *Fördermittelgebende* haben eine Schlüsselrolle dabei, diesen Vorarbeiten Relevanz beizumessen und entsprechende personelle, fachliche und zeitliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Während des Evaluationsprozesses sollten die *Evaluierenden* darauf abzielen, mit den Evaluierten eine vertrauensvolle „Begegnungssphäre“ auf Augenhöhe zu schaffen. Dies erfordert sowohl eine hohe Sensibilität gegenüber den spezifischen Bedingungen der Praxis als auch Transparenz in Bezug auf die eigenen wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen. Nur unter diesen Voraussetzungen können professionelle Einstellungen und implizite Handlungslogiken der Fachkräfte, die eine Grundlage für Wirksamkeitsannahmen bilden, adäquat erfasst werden. Darüber hinaus ist ein tragfähiges Vertrauensverhältnis zwischen Fachkräften und Klient*innen erforderlich, um den Evaluierenden einen Zugang zu den Zielpersonen der Maßnahmen zu ermöglichen und somit ihre subjektiven Perspektiven in die Datenerhebungen integrieren zu können. Nur durch eine solche methodische Mehrperspektivität lassen sich sowohl die Passgenauigkeit als auch intendierte und nicht intendierte Effekte der Maßnahmen differenziert und valide erfassen.

Der wesentliche Faktor für die Nachhaltigkeit des *Uptakes* liegt jedoch darin, im Anschluss an die Evaluation den Erkenntnistransfer in die Praxis nicht als einseitigen Prozess zu konzipieren. Vielmehr sollten *Evaluierende* darauf hinwirken, dass eine Gestaltungssphäre zwischen Wissenschaft und Praxis geschaffen wird, in der eine kooperative Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Evaluation ermöglicht und langfristig auch in der Förderpraxis etabliert wird. Konkret bedeutet dies:

-
- Zunächst sollten **Evaluierende** die Ergebnisvermittlung zielgruppenspezifisch und differenziert gestalten: Entscheidungsträger*innen in Verwaltung und Politik benötigen kompakte, handlungsorientierte Zusammenfassungen; Fachkräfte in der Präventionspraxis praxisnahe und anschlussfähige Aufbereitungen und die wissenschaftliche Fachöffentlichkeit eine analytisch fundierte Darstellung.
 - Weiterhin sollten **Evaluierende** offene Feedbackformate für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen wie etwa *Management-Response-Verfahren* anleiten, partizipative Ergebnisworkshops gestalten oder Peer-Reviews initiieren. So können Rückkopplung, Reflexion und Ergebnisakzeptanz gestärkt werden, die eine Basis für ein lernorientiertes Vorgehen in der Praxis bilden.
 - Schließlich kann eine gemeinsame Veröffentlichung der Evaluationsergebnisse und angestoßenen Entwicklungsprozesse durch die **Evaluierenden und Evaluierten** (etwa im *Open Access*) die Sichtbarkeit und Anschlussfähigkeit der Maßnahmen, die zur Transformation eingeleitet wurden, erhöhen. Die generierten Erkenntnisse können so über das evaluierte Programm hinaus Impulse für das gesamte Fachgebiet setzen.

ABBILDUNGEN

Icons S. 144, S. 145, S. 146, S. 148, S. 150: media machine GmbH, Mainz.

Literatur

Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe 2018: Professionalität, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans/Treptow, Rainer/Ziegler, Holger (Hrsg.) 2018: Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 6. Auflage, München, 1203–1213.

Figlesthler, Carmen/Haase, Katrin/Schau, Katja 2025: Wirkungsorientierte Evaluation von Beratung nach der Realist Evaluation. Zur Erschließung von Wirkmechanismen in der Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung, in: Greuel, Frank/Heinze, Franziska/König, Frank (Hrsg.) 2025: Was wirkt wie und warum? Wirkungsevaluationen in pädagogischen Handlungsfeldern für Demokratie und gegen Extremismus, Weinheim/Basel, 70–88.

Heiner, Maja 2004: Professionalität in der sozialen Arbeit. Theoretische Konzepte, Modelle und empirische Perspektiven, Stuttgart.

Junk, Julian/Koynova, Svetla/Ohlenforst, Vivienne/Ruf, Maximilian/Scheu, Lea Deborah 2022: Evaluation und Qualitätssicherung in der Kooperation sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der sekundären und tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 8/2022, Frankfurt/M.

Junk, Julian/Bressan, Sarah/Klöckner, Mona/Koynova, Svetla/Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Theis, Désirée/Tultschinetski, Sina/Uhl, Andreas 2023: Evaluation and quality management in violent extremism prevention, in: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe (Hrsg.) 2023: Handbook of Preventing Violent Extremism, An integrative cross-phenomenal approach for governmental agencies and civil society, 350–374, https://www.handbuch-extremismuspraevention.de/HEX/DE/Home/Aktuelles/aktuelleMeldung_node.html (letzter Zugriff: 15.05.2025).

Klemm, Jana/Strobel, Rainer 2024: Wirkungsmodelle und ihr Potenzial für Evaluation und Qualitätssicherung in der Demokratieförderung, PrEval Expertise 1/2024, Frankfurt/M.

Klöckner, Mona/Koynova, Svetla/Liebich, Johanna/Neef, Lisa 2021: Erfahrungen aus der Evaluationsplanung eines Aussteigerprogramms, Voraussetzungen für Wirksamkeitserfassung in der tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 6/2021, Frankfurt/M.

Lüders, Christian/Haubrich, Karin 2006: Wirkungsevaluation in der Kinder- und Jugendhilfe: Über hohe Erwartungen, fachliche Erfordernisse und konzeptionelle Antworten, in: Deutsches Jugendinstitut, Projekt exe (Hrsg.) 2006: Wirkungsevaluation in der Kinder- und Jugendhilfe. Einblicke in die Evaluationspraxis, München, 5–23.

Merchel, Joachim 2019: Evaluation in der Sozialen Arbeit, 3. aktualisierte Auflage, München.

Möller, Kurt 2019: Evaluation neu denken. Der Dritte Raum. bpb Serie Evaluation, 24.04.2019, <https://www.bpb.de/themen/infodienst/289854/evaluation-neu-denken/> (letzter Zugriff: 26.04.2025).

Möller, Kurt/Buschbom, Jan/Pfeiffer, Thomas 2020: Zur Evaluation von Praxisansätzen der Extremismusprävention, in: Ben Slama, Brahim/Kemmesies, Uwe (Hrsg.) 2020: Handbuch Extremismusprävention. Gesellschaftlich, Phänomenübergreifend, 389–424, https://www.handbuch-extremismuspraevention.de/HEX/DE/Handbuch/handbuch_node.html (letzter Zugriff: 25.04.2025).

Möller, Kurt/Lempp, Marion/Maier, Katrin 2022: Bericht zur Evaluation des Aussteigerprogramms Islamismus in Nordrhein-Westfalen. Kurzfassung, https://www.gegen-gewaltbereiten-salafismus.nrw/system/files/media/document/file/api-endbericht_kurzfassung.pdf (letzter Zugriff: 23.04.2025).

Spiegel, Hiltrud von 2018: Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. 6. Auflage, München/Basel.

ANHANG



PrEval Expertisen

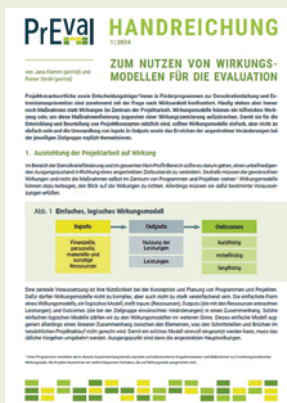
Die *PrEval Expertisen* nehmen Forschungsstand, Herausforderungen und Entwicklungspotenziale der internationalen Evaluationsforschung in den Blick. Sie erscheinen in deutscher oder englischer Sprache und werden jeweils durch eine zugehörige *PrEval Handreichung* (s. u.) ergänzt.

Die *PrEval Expertisen* werden von den *PrEval*-Partnern am *Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung* (DeZIM) koordiniert.

- Klemm, Jana/Strobl, Rainer: Wirkungsmodelle und ihr Potenzial für Evaluation und Qualitätssicherung in der Demokratieförderung, *PrEval Expertise* 1/2024, Frankfurt/M.
- Isac, Maria Magdalena/Zels, Susanne/Abs, Hermann Josef: Approaches to Monitoring Citizenship Education in Europe, *PrEval Expertise* 2/2024, Frankfurt/M.
- Müller, Simon: Strategies for Causal Analysis in Evaluation, *PrEval Expertise* 3/2024, Frankfurt/M.
- Greuel, Frank/Milbradt, Björn: Die Evaluation von Programmen in den Handlungsfeldern Extremismusprävention, Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und politische Bildung – Herausforderungen und Umgangsstrategien, *PrEval Expertise* 4/2024, Frankfurt/M.
- Milbradt, Björn/Greuel, Frank: Mixed Methods Evaluation on Programs of Preventing and Countering Violent Extremism: Basics, State of Play, Challenges, *PrEval Expertise* 5/2024, Frankfurt/M.
- Hense, Jan Ulrich: Anwendungen Künstlicher Intelligenz in der Evaluation: Stand von Forschung und Praxis, *PrEval Expertise* 1/2025, Frankfurt/M.
- Tsui, Quito/Raftree, Linda: Exploring Emerging AI as Subject and Object in Democracy-focused Evaluation, *PrEval Expertise* 2/2025, Frankfurt/M.
- Giel, Susanne: Selbstevaluation: Ihr Beitrag zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in politischer Bildung, Extremismusprävention und Demokratieförderung, *PrEval Expertise* 3/2025, Frankfurt/M.
- Kromke, Luzia/Jeß, David: Zielorientierter Qualitätszyklus – ein organisationaler Ansatz der Selbstevaluation auf Augenhöhe, *PrEval Expertise* 4/2025, Frankfurt/M.

ABBILDUNG

Cover der *PrEval Expertise* 1/2024: media machine GmbH, Mainz (Gestaltung); iStock/borzaya (Titelbild [bearbeitet: media machine GmbH, Mainz]).



PrEval Handreichungen

Die *PrEval Handreichungen* sind Policy Briefs, die auf vier Seiten die wesentlichen Inhalte, Erkenntnisse und Empfehlungen der *PrEval Expertisen* übersichtlich zusammenfassen.

- Klemm, Jana/Strobl, Rainer: Zum Nutzen von Wirkungsmodellen für die Evaluation, PrEval Handreichung 1/2024, Frankfurt/M.
- Isac, Maria Magdalena/Zels, Susanne/Abs, Hermann Josef: Monitoring Citizenship Education: Zur Entwicklung einer Monitoring-Strategie für politische Bildung und Demokratieförderung in europäischer Kooperation, PrEval Handreichung 2/2024, Frankfurt/M.
- Müller, Simon: Kausalanalysen in der Evaluation richtig anwenden. Methodenvielfalt wahrnehmen, gegenstandsangemessen arbeiten und Kapazitäten stärken, PrEval Handreichung 3/2024, Frankfurt/M.
- Greuel, Frank/Milbradt, Björn: Förderprogramme brauchen gegenstandsangemessene Evaluationen, PrEval Handreichung 4/2024.
- Milbradt, Björn/Greuel, Frank: Mixed Methods – A Strategy for Appropriate Evaluation, PrEval Handreichung 5/2024, Frankfurt/M.
- Hense, Jan Ulrich: Nutzung Künstlicher Intelligenz in der Evaluation öffentlicher Maßnahmen. Chancen und Risiken abwägen, um hohe Evaluationsqualität sicherzustellen, PrEval Handreichung 1/2025, Frankfurt/M.
- Tsui, Quito/Raftree, Linda: Generative AI in Democracy Evaluation: Opportunities, Risks, and Ethical Considerations, PrEval Handreichung 2/2025, Frankfurt/M.
- Giel, Susanne: Selbstevaluation in der Demokratieförderung, politischen Bildung und Extremismusprävention, PrEval Handreichung 3/2025, Frankfurt/M.
- Kromke, Luzia/Jeß, David: Zur Anwendung eines zielorientierten Qualitätszyklus als organisationaler Ansatz der Selbstevaluation, PrEval Handreichung 4/2025, Frankfurt/M.

ABBILDUNG

Cover der *PrEval Handreichung 1/2024*: media machine GmbH, Mainz (Gestaltung).



PrEval Studien

Die *PrEval Studien* bieten umfassende und detaillierte Einblicke in unsere Pilotstudien. Sie setzen die zehnteilige *PRIF*-Reportreihe aus dem Projekt *PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen* in einem weiterentwickelten Format fort.

► PRIF Reports

- Kindlinger, Marcus/Huschle, Lucy/Abs, Hermann Josef: Entwicklung eines integrierten Modells und Selbsteinschätzungsinstrumentes für *Digital Citizenship Literacy*, PrEval Studie 1/2025, Frankfurt/M.
- Kindlinger, Marcus/Abs, Hermann Josef: Entwicklung eines KI-Kompetenzprofils aus der Perspektive der politischen Bildung, PrEval Studie 2/2025, Frankfurt/M.
- Kanitz, Juliane: Bedarfsorientierte Evaluation in sicherheitsrelevanten Kooperationskontexten. Konzeption eines Evaluationsdesigns, PrEval Studie 3/2025, Frankfurt/M.
- Lempp, Marion: Wirkungshorizonte von Evaluationen: Zum Uptake von Evaluationen der Extremismusprävention, PrEval Studie 4/2025, Frankfurt/M.
- Johansson, Susanne/Prytula, Andrea/Nordbruch, Götz/Pfeuffer-Rooschütz, Levi/Scholtyssek, Bianca: Digitalgestützte Evaluation von Digitalprojekten der politischen Bildung: „Ein Klick ist nicht gleichbedeutend mit produktiver Auseinandersetzung“, PrEval Studie, Frankfurt/M. (im Erscheinen).
- Koynova, Svetla/van Heeswijk, Emma: Klient*innenzentrierte Evaluation in komplexen Beratungssettings, PrEval Studie, Frankfurt/M. (im Erscheinen).
- Koynova, Svetla/Kanitz, Juliane/Tschöp, David/Heil, Franziska: Digital P/CVE Counseling Services as a Challenge for Professional and Evaluation Practice, PrEval Studie, Frankfurt/M. (im Erscheinen).
- van Veldhuizen, Myrte/Abs, Hermann Josef: Citizenship Education and the Prevention of Radicalisation and Extremism. An International Comparative Study into the Organisation of Preventing Radicalisation and Extremism within (Citizenship) Education, PrEval Studie, Frankfurt/M. (im Erscheinen).

ABBILDUNG

Cover der *PrEval Studie 1/2025*: grübelfabrik (Gestaltung).

Das Coverbild wurde mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) erstellt.

Folgender Prompt wurde genutzt: „Abstrakte architektonische Konstruktion (helles, nicht so dunkles Bild)“. Erstellung und Bearbeitung: grübelfabrik

PrEval Working Papers

In Form von *Working Papers* präsentieren unsere Forschenden aktuelle Zwischenergebnisse aus der Projektarbeit.

- Tschöp, David/van Heeswijk, Emma/Hartmann, Lina/Büchschütz, Benedikt (2023): Auf der Suche nach Expertise. Die Schwierigkeiten bei der Auffindbarkeit von Wissensnetzwerken und Evaluationsexpertise in der Demokratieförderung, Extremismusprävention und politischen Bildung. PrEval Working Paper 1/2023, Frankfurt/M.

PrEval-Publikationen des GPPI

Die umfassenden Erkenntnisse aus dem internationalen Monitoring von PrEval werden am GPPI in Form von Reports und Forschungsberichten aufbereitet.

- Bressan, Sarah/Ebbecke, Sophie/Rahlf, Lotta (2024): How Do We Know What Works in Preventing Violent Extremism? Evidence and Trends in Evaluation from 14 Countries. GPPI Report, Berlin.
- Ebbecke, Sophie/Bressan, Sarah (2024): Building Evaluation Capacity to Improve Extremism Prevention. Best Practices for Developing Toolkits, GPPI Study, Berlin.
- Stoffel, Sofie Lilli/Bressan, Sarah/Korb, Lea Marlene (2025): Holding Ground in Preventing Violent Extremism: Avoiding Stagnation in P/CVE and Evaluation, GPPI Report, Berlin.
- Stoffel, Sofie Lilli (2025): Seen but not Heard: How Evaluation Overlooks Youth Realities in Extremism Prevention, GPPI Report, Berlin (im Erscheinen).

PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen (2020–2022)

- Baykal, Asena/Bressan, Sarah/Friedrich, Julia/Pasquali, Giulia/Rotmann, Philipp/Wagner, Marie (2021): Extremismusprävention evaluieren: Institutionelle Strukturen im internationalen Vergleich. GPPI-Study, Berlin.

Berichte der PrEval-Zukunftswerkstätten

- Kober, Marcus/Rahlf, Lotta/Logvinov, Mikhail/Junk, Julian/Becker, Helle/Kindlinger, Marcus (2024): Bericht der Zukunftswerkstatt Evaluationsdatenbank, Frankfurt/M.
- Ruf, Maximilian/Tschöp, David/Biene-Clément, Janusz/Lorenz, Moritz/Mönig, Alina/Hilal, Toqa (2024): Bericht der Zukunftswerkstatt Helpdesk, Frankfurt/M.
- Koyanova, Svetla/Hartmann, Lina/Lorenz, Moritz/Tschöp, David (2024): Bericht der Zukunftswerkstatt Wissensnetzwerke, Frankfurt/M.
- Bericht des Teilprojekts *PrEval-Plattform: Weiterführung und Vertiefung*, in Vorbereitung, 2025.
- Bericht der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank*, in Vorbereitung, 2025.

Publikationen und Formate der PrEval-Partner

- Kober, Marcus/Junk, Julian (2023): Evaluation in der Distanzierungs- und Deradikalisierungsarbeit, in: S. Benz & G. Sotiriadis (Hrsg.): *Deradikalisierung und Distanzierung auf dem Gebiet des islamistischen Extremismus. Erkenntnisse der Theorie – Erfahrungen aus der Praxis*, Wiesbaden: Springer VS, 431–445.
- Johansson, Susanne (2023): Evaluation. Susanne Johansson aus Sicht der Wissenschaft, in: Becker, Reiner/Bohn, Irina/Einwächter, Sophie/Küpper, Beate/Reinfrank, Timo/Schmitt, Sophie (Hg.), *Buzzwords Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* (Band 2), Frankfurt/M, 50–54.
- Interview with the PrEval working package on International Monitoring: Evaluating extremism prevention efforts: Insights from 14 countries (2023).
- Johansson, Susanne/Junk, Julian (2024): Möglichkeiten, Spannungsfelder und Herausforderungen von Evaluation im Handlungs- und Forschungsfeld politische Bildung. Zwischenbilanz aus dem Projekt „PrEval“, in: *Journal für politische Bildung* 2: 24, 34–40.
- Kanitz, Juliane/Guta, Harry (2024): Resonanz als Konzept der Präventionsarbeit – Anwendungsorientierte Forschung/Affektive Faktoren in den Radikalisierungsprozessen. *ZepRa. Zeitschrift für praxisorientierte (De-)Radikalisierungsforschung*, Bd. 3, Nr. 1: 168–195.
- Huschle, Lucy/Kindlinger, Marcus/Abs, Hermann J. (2024): Personal Responsibility and Beyond. Developing a Comprehensive Conceptualization of Digital Citizenship Competences, in: *Weizenbaum Journal of the Digital Society* 4: 4, 1–25, <https://doi.org/10.34669/wi.wjds/4.4.5>.

Publikationen und Formate der PrEval-Partner

- Kindlinger, Marcus/Hahn-Laudenberg, Katrin (2024): ChatGPT – Herausforderungen der schulischen Demokratiebildung, in: Pädagogische Rundschau 6: 24, 711–721.
- Posenau, Dirk/Becker, Helle/Hansek, Marcel (2025): Monitor: Empirische Grundlagenforschung zur Praxis nonformaler politischer Bildung. Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte. Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 1 (im Erscheinen).
- Posenau, Dirk/Becker, Helle/Hansek, Marcel (2025): Monitor: Wirkungsforschung zur non-formalen politischen Bildung. Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte. Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 2 (im Erscheinen).
- Hansek, Marcel/Becker, Helle/Posenau, Dirk (2025): Monitor: Evaluation im Bereich der non-formalen politischen Bildung. Bestandsaufnahme und Analyse von Forschungssituation und Fachdebatte, Fachstelle politische Bildung – Wissens-Hub, Working Paper 3 (im Erscheinen).
- Rahlf, Lotta/Koynova, Svetla (2025): Weniger Skepsis, mehr Selbstbestimmung: strukturierte Feedbackprozesse und Management Responses bei externen Evaluationen der Extremismusprävention, politischen Bildung und Demokratieförderung, PrEval – Zukunftswerkstätten, Frankfurt/M.
- Prytula, Andrea/Johansson, Susanne /Krämer, Anna Maria (2025): Selbstevaluation in der politischen Bildung: Räume der partizipativen Kooperation zwischen Fachpraxis und Evaluation in der Instrumentenentwicklung, DeZIM Decision Points (im Erscheinen).

PRIF Reports des PrEval-Projekts

Die Ergebnisse des Projekts *PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen* erschienen von 2020 bis 2022 als Teil der PRIF-Reihe *PRIF Reports*. Insgesamt sind zehn Titel verfügbar.

- Tultschinetski, Sina/Rieth, Alisa/Theis, Désirée: Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug – Ansätze, Chancen, Herausforderungen, PRIF Report 12/2022, Frankfurt/M.
- Schmidt, Olga/Liebich, Johanna/Klöckner, Mona/Walkenhorst, Dennis/Dziri, Bacem: Developmental Evaluation zur Begleitung von Entwicklungsprozessen in Projekten der Radikalisierungsprävention – ein Anwendungsbeispiel, PRIF Report 10/2022, Frankfurt/M.
- Uhl, Andreas/Freiheit, Manuela/Zeibig, Benjamin/Zick, Andreas: Evaluationskapazitäten im Bereich der Extremismusprävention und der politischen Bildung in Deutschland, PRIF Report 09/2022, Frankfurt/M.
- Junk, Julian/Koynova, Svetla/Ohlenforst, Vivienne/Ruf, Maximilian/Scheu, Lea: Evaluation und Qualitätssicherung in der Kooperation sicherheitsbehördlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der sekundären und tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 8/2022, Frankfurt/M.
- Koynova, Svetla/Mönig, Alina/Quent, Matthias/Ohlenforst, Vivienne: Monitoring, Evaluation und Lernen: Erfahrungen und Bedarfe der Fachpraxis in der Prävention von Rechtsextremismus und Islamismus, PRIF Report 7/2022, Frankfurt/M.
- Johansson, Susanne/Junk, Julian/Liebich, Johanna/Walkenhorst, Dennis: Klientenzentrierte Evaluation in Multi-Agency-Settings der Extremismusprävention. Möglichkeiten und Grenzen eines wirkungsorientierten Vorgehens, PRIF Report 6/2022, Frankfurt/M.
- Klöckner, Mona/Verhovnik-Heinze, Melanie/Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Nakamura, Reiko/Strunk, Julius: Multimethodische Evaluationsdesigns: eine Erhebung der sozialwissenschaftlichen Praxis, PRIF Report 1/2022, Frankfurt/M.
- Theis, Désirée/Verhovnik-Heinze, Melanie/Kroll, Stefan/Kierek, Keshia: Webvideos und Livestream zur Aufklärung über Desinformation. Evaluationsansätze zu digitalen Formaten in der politischen Bildung, PRIF Report 8/2021, Frankfurt/M.
- Klöckner, Mona/Koynova, Svetla/Liebich, Johanna/Neef, Lisa (2021): Erfahrungen aus der Evaluationsplanung eines Aussteigerprogramms. Voraussetzungen für Wirksamkeitserfassung in der tertiären Extremismusprävention, PRIF Report 6/2021, Frankfurt/M.
- Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Theis, Désirée/Tultschinetski, Sina/Verhovnik-Heinze, Melanie/Kautz, Christian/Kirchmann, Maryam (2021): Erfolgsbedingungen und Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Fachpraxis und Wissenschaft bei der Evaluation von Angeboten politischer Bildung, PRIF Report 5/2021, Frankfurt/M.

PRIF Spotlights des PrEval-Projekts

Die Zwischenergebnisse des Projekts *PrEval – Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen* erschienen von 2020 bis 2022 als Policy Briefs in der PRIF-Reihe *PRIF Spotlights*.

- Bressan, Sarah/Friedrich, Julia/Wagner, Marie (2021): Evaluationsstrukturen gestalten. Herausforderungen in der Extremismusprävention im internationalen Vergleich, PRIF Spotlight 10/2021, Frankfurt/M.
- Bressan, Sarah/Friedrich, Julia/Wagner, Marie (2021): Governing Evaluations. Internationally Shared Challenges to Organizing the Evaluation of Extremism Prevention, PRIF Spotlight 9/2021, Frankfurt/M.
- Koynova, Svetla (2021): Evaluationsbedarfe der Praxis. Ergebnisse einer Bedarfsabfrage im Präventionsfeld Islamistischer Extremismus, PRIF Spotlight 8/2021, Frankfurt/M.
- Quent, Matthias (2021): Prävention von Rechtsextremismus. Erfahrungen und Herausforderungen für Evaluation und wissenschaftliche Begleitung, PRIF Spotlight 7/2021, Frankfurt/M.
- Ruf, Maximilian/Walkenhorst, Dennis (2021): Evaluation im Kooperationskontext. Chancen zur Gestaltung der Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft, PRIF Spotlight 3/2021, Frankfurt/M.
- Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Kroll, Stefan/Theis, Désirée (2021): Mehr als Prävention. Politische Bildung und Extremismusprävention: Schnittmengen und Herausforderungen, PRIF Spotlight 02/2021, Frankfurt/M.
- Junk, Julian/Klößner, Mona/Kroll, Stefan/Leimbach, Katharina/Schlicht-Schmälzle, Raphaela/Tultschinetski, Sina (2020): Evaluation in der Extremismusprävention. Chancen einer vielfältigen Landschaft nutzen, PRIF Spotlight 8/2020, Frankfurt/M.

Alle Publikationen des *PrEval*-Projekts auf



<https://preval.hsfk.de/publikationen>



Die PrEval-Partner

Der *PrEval*-Verbund umfasst eine Vielzahl von Akteuren aus Wissenschaft und Fachpraxis, die ihre unterschiedlichen Perspektiven und Netzwerke in das Projekt einbringen sowie den Wissenstransfer unterstützen. *PrEval* ist als offenes Netzwerk konzipiert, das allen interessierten Akteuren offensteht.

Folgende Partner sind beteiligt:

Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)

Koordination des Verbunds, Ansprechperson: Prof. Dr. Julian Junk

Das PRIF analysiert nicht nur die Bedingungen von Konflikten, sondern entwickelt auf der Basis der Untersuchungen innovative Transformations- und Lösungskonzepte, in denen abnehmende Gewalt, zunehmende soziale Gerechtigkeit und politische Freiheiten in Gesellschaften verbunden werden können. Seit einigen Jahren sind die Schwerpunkte gesellschaftlicher Frieden und der Umgang mit Radikalisierung und politischer Gewalt hinzugekommen. Als Leibniz-Institut legt das PRIF zudem einen Schwerpunkt auf bundesweiten und internationalen Wissenstransfer und Politikberatung. Das PRIF koordiniert den *PrEval*-Verbund.

► <https://prif.org>

Amadeu Antonio Stiftung

Die *Amadeu Antonio Stiftung* ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Sie unterstützt Initiativen und Projekte, die eine demokratische Zivilgesellschaft stärken und sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wenden. Die Stiftung ist in den Bereichen demokratische Jugendkultur, Betroffenenberatung, digitale Zivilgesellschaft und in kommunalen Netzwerken aktiv. Die *Amadeu Antonio Stiftung* bindet als Koordinierungsstelle den *Kooperationsverbund Rechtsextremismusprävention (KompRex)* des Bundesprogramms *Demokratie leben!* ein. Das *KompRex* reagiert auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus, entwickelt bundesweite Präventionsangebote weiter, bündelt Wissen und Erfahrung und qualifiziert und vernetzt Projektpartner*innen. Im *PrEval*-Verbund ist die *Amadeu Antonio Stiftung* an der Zukunftswerkstatt *Helpdesk* und der Zukunftswerkstatt *Wissensnetzwerke* beteiligt.

► <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Das BAMF ist Teil des Geschäftsbereichs des BMI und hat es sich zur Aufgabe gemacht, Migration, Hilfe für Geflüchtete und Integration voranzubringen.

► <https://www.bamf.de>

Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx)

Die *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V.* (BAG RelEx) fördert die bundesweite Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die sich für wirksame und nachhaltige Prävention sowie Deradikalisierung im Bereich des religiös begründeten Extremismus engagieren. Als Dachverband von rund 40 Mitgliedsorganisationen bietet sie eine Plattform für Austausch, Kooperation und fachliche Weiterentwicklung.

BAG RelEx initiiert und begleitet die Erarbeitung sowie Fortschreibung von Qualitätsstandards und nutzt dafür die Expertise ihrer Mitglieder. Zugleich vertritt sie die Interessen zivilgesellschaftlicher Träger gegenüber Politik, Wissenschaft und Verwaltung und bringt deren Erfahrungen und Perspektiven in die fachliche und politische Debatte ein.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Präventionsarbeit zu islamistischen Ausprägungen des Extremismus. Seit Anfang 2025 koordiniert BAG RelEx das *KN:IX connect* – den *Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung*. Im *PrEval*-Verbund ist die BAG RelEx an der Zukunftswerkstatt *Helpdesk* und der Zukunftswerkstatt *Wissensnetzwerke* beteiligt.

► <https://www.bag-relex.de>

Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben e.V.

Arbeit und Leben ist ein Verbund von Weiterbildungsorganisationen mit dem Schwerpunkt der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie anderer Weiterbildungsbereiche. Träger sind der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) und der *Deutsche Volkshochschulverband* (DVV).

Der *Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben* ist der Dachverband der verschiedenen *Arbeit und Leben*-Landesorganisationen in den Ländern und Kommunen.

Die politische und soziale Bildungsarbeit von *Arbeit und Leben* zielt darauf ab, dass sich Arbeit und Leben der Menschen nach den Kriterien von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität mit dem Ziel einer demokratischen Kultur der Partizipation entwickeln können. Arbeit und Leben schafft mit Bildungs- und Beratungsangeboten Möglichkeiten, Wissen zu vermitteln, Urteilsbildung zu fördern, zur gesellschaftlichen Mitwirkung anzuregen und die Demokratie zu stärken. Im *PrEval*-Verbund ist Arbeit und Leben an der Zukunftswerkstatt *Helpdesk* und der Zukunftswerkstatt *Wissensnetzwerke* beteiligt.

► <https://arbeitundleben.de>

Bundeskriminalamt (BKA)

Das *Bundeskriminalamt* koordiniert die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten.

► <https://www.bka.de>

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Die Aufgabe der bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte, das Demokratiebewusstsein und die politische Partizipation in der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Im *PrEval*-Projekt ist die bpb an den Arbeitspaketen *Monitoring und Analyse*, an den Pilotstudien zu *Herausforderungen der Evaluation digitaler Ansätze in der politischen Bildung*, an

der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* sowie an den Zukunftswerkstätten *Helpdesk* und *Wissensnetzwerke* beteiligt.

► <https://www.bpb.de>

Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

Das *Deutsche Forum für Kriminalprävention* ist eine gemeinnützige Stiftung zur Förderung von Kriminalprävention. Sie vernetzt staatliche und nichtstaatliche Instanzen, fördert Synergien und übergreifende Ansätze und bindet gesellschaftliche Kräfte durch Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit ein. Das DFK ist bei *PrEval* federführend an der Umsetzung der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* beteiligt.

► <https://www.kriminalpraevention.de>

Deutsches Jugendinstitut (DJI)

Das DJI erforscht seit über 50 Jahren die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien. Als eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas ist das DJI auch in der Beratung von Bund, Länder sowie Kommunen tätig und liefert Impulse für die Fachpraxis. Im Rahmen von *PrEval* arbeitete das DJI in der Anfangsphase (2022/2023) an den Arbeitspaketen *Monitoring und Analyse*, an den *Pilotstudien zu Herausforderungen der Evaluation digitaler Ansätze in der politischen Bildung* sowie an der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* mit.

► <https://www.dji.de>

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

Das *Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung* (DeZIM) ist eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikt, zu gesellschaftlicher Teilhabe und Vielfalt sowie zu Diskriminierung und Rassismus arbeitet. Es besteht aus dem *DeZIM-Institut* in Berlin und einem bundesweiten Netzwerk von Forschungseinrichtungen, der *DeZIM-Forschungsgemeinschaft*. Das *DeZIM-Institut* wird vom *Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMBFSFJ) gefördert. Die Fachgruppe *Demokratieförderung und demokratische Praxis* am *DeZIM-Institut* führt insbesondere Evaluationen im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* durch.

Die DeZIM-Fachgruppe ist Teil des Sprecher*innen-Teams des AK *Demokratie i.Gr. der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V.* Über das DeZIM und den AK *Demokratie* werden weitere Evaluationen, die u. a. an der Evaluation von Bundesprogrammen mitwirken, in die *PrEval*-Prozesse integriert. Im *PrEval*-Verbund setzt das DeZIM das Arbeitspaket *Monitoring und Analyse* sowie gemeinsam mit dem PRIF die Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* um. Sie ist zudem an der Pilotstudie zu *Herausforderungen der Evaluation digitaler Ansätze in der politischen Bildung* beteiligt.

► <https://www.dezim-institut.de>

Global Public Policy Institute Berlin (GPPi)

Das GPPi ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Forschungsinstitut für globale Fragen mit Sitz in Berlin. Das GPPi verfügt über Erfahrung in der Durchführung von Evaluierungen, in Fra-

gen der institutionellen Gestaltung von Evaluierungsfunktionen und organisatorischem Lernen sowie in der Umsetzung von Projekten zur Prävention von gewalttätigem Extremismus, Konflikt- und Gewaltprävention. In *PrEval* setzt das GPPI das Teilprojekt *Internationales Monitoring* um.

► <https://gppi.net>

Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS)

Die *Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit* (HöMS) vereint wissenschaftlich fundierte Lehre und Forschung mit praxisnaher Ausbildung für den öffentlichen Dienst. Sie bietet Studiengänge in den Bereichen Verwaltung, Sicherheit und Polizei, die gezielt auf die komplexen Anforderungen des modernen Staatswesens vorbereiten. Ein zentraler Fokus der HöMS liegt auf der Sicherheitsforschung, insbesondere in den Feldern Extremismusprävention, Krisenmanagement und öffentliche Sicherheit. Als Hochschule für den öffentlichen Sektor ist die HöMS bestrebt, durch Wissensvermittlung und Forschungsergebnisse einen nachhaltigen Beitrag zur Professionalisierung und Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes zu leisten. Die HöMS ist Partner im *PrEval*-Verbund und arbeitet in der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* mit.

► <https://hoems.hessen.de>

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld (IKG)

Das *Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld* (IKG) untersucht seit über 25 Jahren die Grundlagen, Äußerungsformen und Folgen von Radikalisierung und kollektiver Aktion, Vorurteilen und Diskriminierung, sowie Migration, Akkulturation und Integration aus interdisziplinärer Perspektive. Das IKG widmet sich der interdisziplinären Theorieentwicklung und empirischen Forschung zu politisch und gesellschaftlich relevanten Phänomenen um Konflikte und Gewalt sowie ihren Implikationen für sozialen Zusammenhalt, Partizipation, Demokratie und Frieden. Ebenso hat das IKG jahrelange Erfahrungen im Wissenstransfer. Im *PrEval*-Verbund setzt das IKG das Arbeitspaket *PrEval-Plattform: Weiterführung und Vertiefung* um und ist an den Arbeitspaketen *Zukunftswerkstatt Helpdesk* und *Datenbank Evaluationsberichte* beteiligt.

► <https://www.uni-bielefeld.de/zwe/ikg>

i-unito

i-unito ist ein bundesweites Institut für systemische und sozialarbeiterische Praxisentwicklung und Radikalisierungsprävention und hat Anteil am *Legato*-Projektverbund, der dadurch auch an *PrEval* beteiligt ist. *i-unito* bringt ein breites Gesellschafter*innen-Netzwerk aus dem ganzen Bundesgebiet mit einer Vielzahl von Akteuren der Präventions- und Interventionsarbeit im Kontext von extrem rechter und religiös begründeter Radikalisierung in den *PrEval*-Verbund ein. In *PrEval* setzt *i-unito* in gemeinsamer Federführung mit PRIF und dem *Violence Prevention Network* Studien zu innovativen Evaluationsdesigns und zur Gestaltung von Evaluationsprozessen um und hat gemeinsam mit dem *Violence Prevention Network* die Federführung für die Zukunftswerkstätten *Helpdesk* und *Wissensnetzwerke* inne.

► <https://www.i-unito.de>

Professur für Erziehungswissenschaft, Arbeitsgebiet *Educational Research and Schooling* an der Universität Duisburg-Essen (UDE)

Prof. Hermann Josef Abs, Dr. Marcus Kindlinger und Dr. Myrte van Veldhuizen

Die Professur für Erziehungswissenschaft an der Universität Duisburg-Essen (UDE) deckt im *PrEval*-Verbund den Bereich der empirischen Bildungsforschung innerhalb und außerhalb von Schule ab. Professor Abs leitet das *Framework and Questionnaire Development Committee zur International Civic and Citizenship Education Study* (ICCS 2027). Durch die Mitarbeit in diesem und weiteren europäischen Projekten stellt die Professur die Verbindung zum EU-weiten Monitoring politischer Bildung und angrenzender Bereiche her. Weiterhin ist das Team der Professur Verbundpartner im Projekt *Pilotmonitor politische Bildung in Deutschland*, sowie seit 2025 verantwortlich für die Evaluation von Innovationsprojekten zum digitalen Raum im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* Im *PrEval*-Verbund setzt das Team der Professur gemeinsam mit dem PRIF und weiteren Verbundpartnern mehrere Studien und Expertisen um: (1) *Herausforderungen der Evaluation digitaler Ansätze in der politischen Bildung*, (2) *Entwicklung eines Kompetenzprofils zum Umgang mit KI aus Perspektive der politischen Bildung*, (3) *The Organization of Preventing Radicalization and Extremism within Citizenship Education*, und (4) *Approaches to Monitoring Citizenship Education in Europe*. Das Team ist zudem an den Arbeitspaketen *Monitoring und Analyse*, der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* sowie am Teilprojekt *Internationales Monitoring* – u. a. mit Blick auf das Verhältnis von Prävention und politischer Bildung außerhalb des deutschen Sprachraums – beteiligt.

► <https://www.uni-due.de/edu-research>

Transfer für Bildung e.V.

Der gemeinnützige Verein *Transfer für Bildung e.V.* setzt sich für politische, kulturelle und internationale Bildung ein. Er fördert Forschung, Beratung und Begleitung der Praxis und unterstützt den Dialog von Wissenschaft, Praxis und Politik. Die Arbeit richtet sich an Multiplikatoren (Verbände, Verwaltung, Träger etc.), Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen aus Politik und Zivilgesellschaft sowie an alle weiteren Interessierten. Besonders aktiv ist der Verein im Bereich der politischen Bildung und unterstützt dort den Dialog und Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis in verschiedenen Feldern politischer Bildung. Im *PrEval*-Verbund ist *Transfer für Bildung e.V.* über das Projekt *Fachstelle politische Bildung* an der Zukunftswerkstatt *Evaluationsdatenbank* beteiligt.

► <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/fachstelle-politische-bildung>

Violence Prevention Network

Violence Prevention Network gGmbH (VPN) ist seit über 20 Jahren erfolgreich in der Extremismusprävention, Deradikalisierungsarbeit und Distanzierungsbegleitung tätig. Das Ziel von *Violence Prevention Network* ist es, die Radikalisierung von ideologisch gefährdeten (jungen) Menschen zu verhindern und bereits radikalisierten Menschen durch Deradikalisierungs- und Distanzierungsarbeit zu ermöglichen, ihr Verhalten zu ändern, ein eigenverantwortliches Leben zu führen und (wieder) Teil des demokratischen Gemeinwesens zu werden. Mit über 120 Mitarbeiter*innen in acht Bundesländern sowie international vereint VPN wissenschaftliche und praktische Expertise in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und Islamistischer Extremismus sowie hybride Ideologien. Die Fachkräfte von *Violence Prevention Network* arbeiten bundesweit u. a. in Justizvollzugsanstalten sowie eigenen Beratungsstellen und bieten Fortbildungen für Multiplikator*innen

und Workshops für Jugendliche an. Parallel zu der praktischen Arbeit fördert *Violence Prevention Network* durch innovative Forschungs- und Entwicklungsprojekte die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis. International sind Expert*innen von *Violence Prevention Network* im *EU Knowledge Hub on Prevention of Radicalisation* sowie im Rahmen weiterer Vernetzungs- und Qualifizierungsprojekte aktiv. Im *PrEval*-Verbund setzt *Violence Prevention Network* gemeinsam mit *i-unito* Studien zu *Evaluativen Herausforderungen für digitale Beratungsangebote in der Extremismusprävention*, zu *Klient*innenzentrierter Evaluation in komplexen Beratungssettings* und zu *Bedarfsgerechter Evaluation in sicherheitsrelevanten Kooperationskontexten* um. Gemeinsam mit *i-unito* entwickelt *Violence Prevention Network* Unterstützungsformate für Fachpraxis und Förderinstitutionen zur Kompetenzentwicklung im Bereich Qualitätssicherung und Evaluation.

► <https://violence-prevention-network.de>

KONTAKT ► preval@prif.org

**PrEval – Zukunftswerkstätten Evaluation und Qualitätssicherung
in der Extremismusprävention, Demokratieförderung und politischen Bildung:
Analyse, Monitoring, Dialog**

c/o Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung (PRIF)
Darmstädter Landstraße 112
D-60598 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 95 91 04-0
<https://prif.org> | <https://preval.hsfk.de>

Titelbild: iStock/hh5800 (Bearbeitung: PRIF).
Druck: Hasel Druck & Service GmbH, Kriftel.

Die Autor*innen tragen die Verantwortung für die veröffentlichten Inhalte.
Die gesamteditorische Verantwortung liegt beim *PrEval*-Team am PRIF.
Projektleitung: Prof. Dr. Julian Junk | Kontakt: preval@prif.org

DOI: 10.48809/PrEvalMon25

Vorgeschlagene Zitation:

*Extremismusprävention, Demokratieförderung und politische Bildung durch Evaluation stärken.
Ergebnisse und Empfehlungen aus dem PrEval-Netzwerk, PrEval Monitor, 2. Aufl. 2025, Frankfurt/M.
DOI: 10.48809/PrEvalMon25*

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages